

Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz

Bericht 2005



Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1 Bevölkerung
- 2 Raum und Umwelt
- 3 Arbeit und Erwerb
- 4 Volkswirtschaft
- 5 Preise
- 6 Industrie und Dienstleistungen
- 7 Land- und Forstwirtschaft
- 8 Energie
- 9 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Verkehr und Nachrichtenwesen
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz

Bericht 2005

Bearbeitung Fabienne Rausa, Martina Schläpfer

Unter Mitarbeit von Elisabetta Capezzali, Eric Crettaz, André Farine,
Marcel Heiniger, Katrin Labeau, Urs Meier,
Thierry Murier, Christoph Junker, Céline Schmid

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)



Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Elisabeth Aebischer, Sektion Demografie und Migration, BFS, Tel. 032 713 67 11
E-Mail: info.dem@bfs.admin.ch
Realisierung: Rausa Fabienne und Schläpfer Martina, BFS
Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
Bestellnummer: 275-0500
Preis: Fr. 39.– (exkl. MWST)
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 1 Bevölkerung
Originaltext: Deutsch und Französisch
Titelgrafik: typisch gmbh, Bern
Grafik/Layout: BFS
Copyright: BFS, Neuchâtel 2005
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 3-303-01206-7

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5	3	Arbeitsmarkt und Bildung	49
Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick	7	3.1	Erwerbstätigkeit: Übersicht	50
1 Historische Darstellung	11	3.2	Berufliche Stellung und Tätigkeit	52
1.1 Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung	12	3.3	Arbeitsvolumen und Arbeitszeit	54
1.2 Im Ausland geborene Bevölkerung und ausländische Bevölkerung	14	3.4	Arbeitslosigkeit	56
1.3 Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung	16	3.5	Arbeitsmigration	58
1.4 Einbürgerung	18	3.6	Löhne	60
1.5 Ausländische Arbeitskräfte	20	3.7	Bildung	62
2 Bevölkerung	23	4	Armut, Wohnen und Gesundheit	65
2.1 Bestand und Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung	24	4.1	Armut	66
2.2 Anwesenheitsbewilligung	26	4.2	Wohnen	68
2.3 Anwesenheitsdauer	28	4.3	Gesundheit	70
2.4 Asylbereich	30	Anhang		
2.5 Internationale Wanderungen	32	Definitionen und Quellen		73
2.6 Natürliche Bevölkerungsbewegung	38	Literaturverzeichnis		87
2.7 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts	40	Übersichtstabellen		89
2.8 Ausländer aus der Europäischen Union	42	Tabellenverzeichnis der CD-ROM		123
2.9 Internationaler Vergleich	44			

Einleitung

Die Anwesenheit von Ausländern in der Schweiz hat in der Vergangenheit mehrfach zu politischen Diskussionen geführt und ist auch heute noch immer ein aktuelles Gesprächsthema, insbesondere in Zusammenhang mit Fragen der Einwanderung und Integration dieser Personen in die schweizerische Gesellschaft. Diese Publikation des Bundesamtes für Statistik (BFS) möchte die ausländische Bevölkerung der Schweiz primär aus demografischer und arbeitsmarktlicher Sicht beschreiben. Sie knüpft damit inhaltlich an die BFS-Publikation «Vom Einwanderungsland zur multikulturellen Gesellschaft» (Haug, 1995) an.

Die vorliegende Publikation ist eine aktualisierte und inhaltlich leicht neu konzipierte Ausgabe der Publikation «Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2004». Der Tabellenteil wurde mit den neuesten Daten aktualisiert und erweitert. Dort werden Zeitreihen angeboten, welche die langfristige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung dokumentieren. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die verfügbaren Daten vor 1975 grösstenteils sehr lückenhaft sind.

Im Gegensatz zu anderen existierenden ausländerstatistischen Veröffentlichungen des Bundes werden alle Ausländerkategorien umfassend dargestellt. Durch die Darstellung der gegenwärtigen Situation und der Entwicklungen im Ausländer-, Flüchtlings- und Asylbereich wendet sich der Bericht vor allem an die interessierte Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Zur Realisierung dieser Publikation wurde auf Daten aus verschiedenen Sektionen des BFS sowie aus anderen Bundesämtern zurückgegriffen. Obwohl der Schwerpunkt in den Bereichen Bevölkerung und Erwerbstätigkeit liegt, wurden auch in der diesjährigen Ausgabe einige ausgewählte aktuelle Strukturdaten aus den Themenkreisen Armut, Bildung, Wohnen und Gesundheit aufgenommen.

Der Bericht soll in erster Linie eine aktuelle Bestandsaufnahme sein; der Schwerpunkt wurde auf die Präsentation der neuesten verfügbaren Ergebnisse (in der Regel Ereignisjahr 2004) gelegt.

Zuerst werden die *wichtigsten Ergebnisse im Überblick* des Jahres 2004 präsentiert. Auf einen ausführlichen Kommentar aller in den Tabellen dargestellten Sachverhalte wird bewusst verzichtet. Dafür werden in auf insgesamt 27 themenspezifischen Doppelseiten ausgewählte Aspekte der Ausländerstatistik in Kurztexten dargestellt und mit Grafiken illustriert.

Im Anhang *Definitionen und Quellen* werden die in der Tabellensammlung verwendeten Bevölkerungskonzepte bzw. die Referenzperioden der Statistiken präsentiert. Ebenso werden die methodologischen Grundzüge der im Bericht verwendeten Statistiken erläutert: einerseits die laufende Bevölkerungsstatistik der Schweiz, andererseits die Arbeitsmarktstatistiken. Die den Statistiken zu Grunde liegenden Datenquellen werden anschliessend detailliert beschrieben.

Neben den *Übersichtstabellen* in der Publikation werden auf der CD-ROM detaillierte Tabellen sowie der gesamte Publikationsinhalt angeboten, in der Annahme, dass die Veröffentlichung umfangreicher Datenreihen auf Papier immer weniger den heutigen Bedürfnissen entspricht. Die Tabellensammlung geht auf den Bedarf von Fachleuten ein, die bereit sind, mehr Zeit für die Analyse und die Durchsicht aufzuwenden. Das Informationsangebot auf der Webseite des BFS (www.statistik.admin.ch) wurde stark ausgebaut; dort sind nun bedeutend mehr Daten verfügbar als in der Vergangenheit. Detaillierte Tabellen werden zukünftig auch in zunehmender Masse über die BFS-Webseite als Online-Dienstleistung erhältlich sein.

In der vorliegenden Publikation werden aus Gründen der Einfachheit und Lesefreundlichkeit immer männliche Bezeichnungen als neutrale Ausdrücke verwendet, wenn von beiden Geschlechtern gesamthaft die Rede ist.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Erneuter Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung

Im Jahr 2004 stieg die ausländische Wohnbevölkerung gegenüber dem Vorjahr um 15'500 (+1,0%) auf 1'639'100 Personen. Zudem arbeiteten 185'500 ausländische Grenzgänger in der Schweiz. Während die Zahl der Aufenthalter und Niedergelassenen jeweils nur leicht zunahm, stieg die Zahl der Kurzaufenthalter erneut stark an (+57,4% für bewilligte Aufenthalte von mind. 1 Jahr, +2,1% für Aufenthalte von weniger als einem Jahr).

Ende 2004 hielten sich 55'100 Personen aus dem Asylbereich (3,4% aller Ausländer) in der Schweiz auf. Die Zahl der Asylsuchenden (Ausweis N) reduzierte sich infolge der Abnahme der eingereichten Asylgesuche leicht um 23,1% auf 31'700 Personen. Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F) stieg um 0,2% und betrug Ende 2004 23'400 Personen.

Einwanderung und Auswanderung rückläufig

Die Zahl der langfristigen Einwanderungen sank 2004 gegenüber dem Vorjahr um 6700 auf 71'200 Personen (-8,6%). Zusätzlich reisten 106'900 Kurzaufenthalter (-11,5%), welche sich weniger als ein Jahr in der Schweiz aufhielten, sowie 14'800 Personen aus dem Asylbereich (-31,3%) ein. Die Gesamteinwanderung reduzierte sich somit um 27'300 auf 193'000 Personen (-12,4%). Fast zwei Drittel aller ausländischen Immigranten kamen für einen bewilligten Aufenthalt von weniger als einem Jahr in die Schweiz. Da die Auswanderungen (154'100 Personen) ebenfalls tiefer lagen als im Vorjahr (-5,5%), sank der Einwanderungsüberschuss 2004 gegenüber dem Vorjahr um 32,0% auf 38'900 Personen, nachdem er sich im Jahr 2003 auf 57'200 und im Jahr 2002 auf 66'700 belief.

Eine besondere Bedeutung kommt nach wie vor der Rückwanderung bei Ausländern zu, welche auf Grund ihrer Anwesenheitsbewilligung dauerhaft oder längerfristig in der Schweiz leben könnten. Auf 1000 Einwanderungen entfielen 2004 525 Rückwanderungen. Die Zahl der Auswanderungen der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung stieg leicht und erreichte 2004 53'000. Die überwiegende Zahl dieser Auswanderer verlässt die Schweiz nach einer relativ kurzen Anwesenheitsdauer. Über die Hälfte (57,4%) aller 2004 zurückgewanderten Personen reiste nach einem Aufenthalt von weniger als 5 Jahren wieder aus.

Ein breites Nationalitätenspektrum

Eine besondere Bedeutung kommt nach wie vor der Verschiebung zu Gunsten geografisch weiter entfernter Herkunftsländer zu. Der Anteil der Staatsangehörigen eines nichteuropäischen Landes (238'800 Personen) blieb auf 14,6%. Andererseits setzte sich der seit 1999 feststellbare Aufwärtstrend bei den Angehörigen eines EU15-Mitgliedsstaates weiter fort (+19'200 bzw. +2,2%), obwohl die Zahl der Rückwanderer nach Italien und Spanien, den ehemals wichtigsten Rekrutierungsgebieten für ausländische Arbeitskräfte, wiederum höher (+2300) als jene der Zuwanderer aus diesen beiden Staaten war. Die jährliche Zahl der Einwanderer aus Portugal verdreifachte sich seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU und stieg von 4300 im Jahr 2001 auf 13'500 im Jahr 2004 (+181,3%). Eine knappe Mehrheit der Ausländer (55,5% bzw. 909'900 Personen) stammt nach wie vor aus einem Mitgliedsland der EU15 und EFTA. In dieser Beziehung unterscheidet sich die Schweiz von den meisten anderen europäischen Staaten, in denen Personen aus Osteuropa, der Türkei und ausser-europäischen Ländern dominieren. Mit 307'700 Personen repräsentierten die Italiener 2004 weiterhin die

stärkste Einzelnationalität, gefolgt von den Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro (211'300 Personen). Die Zahl der Personen aus allen fünf Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien war 2004 erstmals leicht rückläufig (-0,5 Prozentpunkte). Letztes Jahr machten sie gut ein Fünftel (22,4%) der ausländischen Wohnbevölkerung der Schweiz aus.

Langjähriger Aufenthalt in der Schweiz

Nahezu ein Fünftel aller Ausländer (21,4%) ist in der Schweiz geboren und gehört somit zur zweiten oder sogar dritten Ausländergeneration. Dabei gibt es aber beträchtliche Unterschiede nach einzelnen Nationalitäten. So sind einerseits je über 30% der italienischen und türkischen, andererseits jedoch nur 11,5% aller deutschen und 13,3% aller französischen Staatsangehörigen in der Schweiz geboren. Mehr als ein Drittel (37,2%) aller im Ausland Geborenen hält sich seit mindestens 15 Jahren in der Schweiz auf; 16,9% sogar seit mindestens 30 Jahren. Fast alle Personen mit einem italienischen oder spanischen Pass (91,1% bzw. 90,9%) besitzen eine zeitlich unbeschränkte Niederlassungsbewilligung.

Rückläufige binationale Ehen

Die Folgen der zunehmenden Multikulturalität der Bevölkerung zeigen sich auch bei der Entwicklung der Eheschliessungen und Geburten. Im Jahr 2004 wurden in der Schweiz 14'000 Ehen zwischen einem schweizerischen und einem ausländischen Partner geschlossen; jede dritte Eheschliessung (35,5%) war somit eine schweizerisch-ausländische Verbindung. Die Geburtenzahl 2004 stieg gegenüber dem Vorjahr (von 71'800 auf 73'100). Die Zahl der Lebendgeburten mit einem schweizerischen und einem ausländischen Elternteil mit 29'700 stieg leicht – dies entsprach mehr als zwei Fünftel (46,8%) aller Geburten von verheirateten Frauen. Im Jahr 2004 besass etwas mehr als ein Viertel (26,5%) der in der Schweiz geborenen Kinder eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Hauptgründe dafür lagen im hohen Anteil der Ausländerinnen im Alter zwischen 20 und 44 Jahren (49,2% gegenüber 32,1% bei den Schweizerinnen) und in der höheren Geburtenhäufigkeit der Ausländerinnen (1,9 Kinder je Frau im Gegensatz zu 1,3 bei den Schweizerinnen).

Einbürgerungen leicht gestiegen

35'700 in der Schweiz wohnhafte Personen erhielten im Jahr 2004 den Schweizer Pass (261 bzw. 0,7% mehr als im Vorjahr). Die Einbürgerungen spielen die entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Wohnbevölkerung schweizerischer Nationalität. Deren leichte Zunahme im Jahr 2004 jedoch war ausschliesslich auf diese Neubürger zurückzuführen, da ansonsten ein Sterbe- und Auswanderungsüberschuss von insgesamt 9500 zu verzeichnen war. Die rohe Einbürgerungsziffer blieb auch 2004 mit 2,4% auf einem im europäischen Vergleich tiefen Stand. Trotz den restriktiven Einbürgerungsbestimmungen könnten heute schätzungsweise 823'100 Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erwerben. Auf einzelne Nationalitäten bezogen würde dies z.B. 79,4% aller italienischen, 77,7% der spanischen, 74,1% der slowenischen, 68,2% der griechischen und etwa zwei Fünftel der deutschen und französischen Staatsangehörigen mit einer langfristigen Anwesenheitsbewilligung betreffen. Die Zugehörigkeit zu einem EU-Staat, das Verbot der Doppelbürgerschaft durch den Heimatstaat und die zum Teil hohen Anforderungen halten zahlreiche Ausländer vom Erwerb des Schweizer Bürgerrechts ab.

Im internationalen Vergleich

Die Schweiz gehört zu den europäischen Ländern, in denen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am meisten Ausländer wohnen. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz betrug 2004 21,8%. Werden Kurzaufenthalter und Personen aus dem Asylbereich nicht berücksichtigt, reduziert sich dieser Anteil auf 20,2%. Einzig Luxemburg und Liechtenstein weisen noch höhere Anteile auf.

Ein Viertel der Erwerbstätigen sind Ausländer

In der Jahresmitte 2004 waren 1,053 Mio. Ausländer in der Schweiz erwerbstätig, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,0% entspricht. Da die Zahl der erwerbstätigen Schweizer im selben Zeitraum um 0,1% auf 3,123 Mio. gesunken ist, vergrösserte sich der Ausländeranteil an der erwerbstätigen Bevölkerung von 25,0% auf 25,2%.

Die standardisierte Erwerbstätigenquote betrug Mitte 2004 für die ausländischen Staatsangehörigen 67,2%. Aufgrund des deutlich höheren Rentneranteils in der Schweizer Bevölkerung lag die entsprechende Quote der Einheimischen bei lediglich 63,7%. Bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) lag die Erwerbstätigenquote der Schweizer (78,9%) indes über derjenigen der Ausländer (72,2%).

Ausländische Erwerbstätige sind jünger und arbeiten seltener Teilzeit

In verschiedener Hinsicht unterscheidet sich die Struktur der ausländischen Erwerbstätigen von derjenigen der Schweizer. So waren die ausländischen Erwerbstätigen in der Regel jünger: 58,3% der Ausländer waren unter 40-jährig (Schweizer: 45,8%). Im Weiteren lag der Frauenanteil bei den Ausländern (38,5%) deutlich unter demjenigen der Schweizer (46,4%).

Teilzeitarbeit ist bei ausländischen Erwerbstätigen weniger verbreitet als bei schweizerischen Arbeitskräften. Mitte 2004 arbeiteten 22,9% der ausländischen und 33,9% der schweizerischen Erwerbstätigen Teilzeit. Diese Differenz manifestiert sich insbesondere bei den Frauen (Schweizerinnen: 59,2%; Ausländerinnen: 46,9%). Auf Grund der tieferen Teilzeitquote leisteten die ausländischen Erwerbstätigen einen leicht überproportionalen Anteil am gesamten Arbeitsvolumen (2003: 26,1%). Allerdings existieren grosse branchenspezifische Unterschiede: Im Gastgewerbe beispielsweise haben ausländische Arbeitskräfte über die Hälfte (52,6%) zum Arbeitsvolumen beigetragen. Auf der anderen Seite wurde in der öffentlichen Verwaltung (8,1%) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (7,7%) nur ein kleiner Teil des Arbeitsvolumens von Ausländern erbracht.

Lohn- und Positionsunterschiede auch zwischen Ausländern

Was die ausgeübten Berufe betrifft, so sind nicht nur zwischen Schweizern und Ausländern, sondern je nach Staatsangehörigkeit auch zwischen Ausländern deutliche Unterschiede festzustellen. Im 2. Quartal 2004 war rund ein Drittel (32%) der Nord- und Westeuropäer in Gesundheits-, Lehrberufen oder als Wissenschaftler tätig. Bei den Schweizer Erwerbstätigen waren es 22%. Ein bedeutender Anteil der Erwerbstätigen aus Südeuropa

sowie dem westlichen Balkan ist umgekehrt in der Kategorie «Berufe in Industrie und Gewerbe» angesiedelt (21% bzw. 26%). Deutlich tiefer ist der entsprechende Anteil bei Nord- und Westeuropäern (8%) sowie bei den Schweizer Erwerbstätigen (12%).

Staatsangehörige nord- und westeuropäischer Staaten sind auch überdurchschnittlich oft in Kaderpositionen anzutreffen. Bei ihnen betrug der Anteil der Arbeitnehmenden mit Vorgesetztenfunktion 42% (Ausländer total: 29%) gegenüber 30% bei den schweizerischen Erwerbstätigen.

Die Differenzen sind ebenfalls bei den Löhnen markant. Die Hälfte der Arbeitnehmenden aus Nord- und Westeuropa verdiente 2004 mehr als 7000 Franken monatlich (brutto, umgerechnet auf eine Vollzeitstelle). Dieser Medianwert lag für Schweizer Arbeitnehmende bei knapp 6100 Franken, für Südeuropäer bei 5000 Franken und jener für Arbeitnehmende aus dem Westbalkan und den EU-Beitrittskandidatenstaaten bei 4500 Franken.

Deutlich höhere Arbeitslosigkeit bei Ausländern als bei Schweizern

Ausländische Arbeitskräfte bekommen die Auswirkungen wirtschaftlich schwieriger Situationen deutlicher zu spüren als ihre Schweizer Kollegen. Ende Juni 2004 waren in der Schweiz 59'175 Personen ausländischer Nationalität als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbsbevölkerung betrug 6,6% und lag somit deutlich über jener der Schweizer (2,6%). Bei vielen Ausländern kumuliert sich das Risiko, arbeitslos zu werden: Sie sind oft wenig qualifiziert und arbeiten häufiger in Branchen, die besonders vom Konjunkturverlauf abhängen.

Ausländer überdurchschnittlich von Armut betroffen

Ausländische Staatsangehörige sind bedeutend öfter von Armut betroffen als Schweizer. Diese Situation ist zu einem Grossteil darauf zurückzuführen, dass der Anteil an Personen ohne nachobligatorische Ausbildung bei Ausländern überproportional hoch ist. Darüber hinaus sind sie häufiger in Branchen mit allgemein niedrigem Lohnniveau tätig, nicht selten in atypischen Arbeitsverhältnissen.

Unterschiedliche Beteiligung ausländischer Jugendlicher in nachobligatorischen Ausbildungen

Mit steigender Bildungsstufe nimmt der Bildungszugang für Ausländer ab. Insbesondere Jugendliche aus Ländern der zweiten Einwanderungswelle (Ex-Jugoslawien, Türkei, Portugal), weisen auf der Sekundarstufe II eine vergleichsweise tiefe Beteiligungsquote auf (48%; Schweizer: 75%). Unterschiede zeigen sich auch in der gewählten Bildungsform auf dieser Stufe. So hat die Berufslehre besonders für südeuropäische Jugendliche eine grössere Bedeutung als für junge Schweizer.

Sterblichkeitsraten zwischen Ausländern und Schweizern unterschiedlich

Schliesslich sind auch Unterschiede bezüglich gesundheitsheitlicher Aspekte festzustellen: So ist die Sterblichkeitsrate der Ausländer im erwerbsfähigen Alter geringer als diejenige der Schweizer. Nach der Pensionierung nähern sich die Sterblichkeitsraten der Ausländer denjenigen der Schweizer an, ohne diese ganz zu erreichen. Höher ist die Sterblichkeitsrate der Ausländer hingegen bei den Säuglingen im ersten Lebensjahr.

1 Historische Darstellung

1.1 Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung

Die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz war im Laufe des 20. Jahrhunderts aus wirtschaftlichen und politischen Gründen starken Schwankungen unterworfen.

Vor 1914 kam es im Rahmen der 2. industriellen Revolution und des Ausbaus des Eisenbahnnetzes in der Schweiz zu einer ersten bedeutenden Einwanderungswelle. Ausländische Staatsangehörige konnten sich in der Schweiz frei niederlassen und genossen eine weitgehende Berufsfreiheit.

Während und nach dem Ersten Weltkrieg sank der Ausländeranteil stark. Die Bewegungsfreiheit wurde aufgehoben, Einreise und Aufenthalt ausländischer Personen wurden streng kontrolliert und beschränkt. Die wirtschaftliche Entwicklung von 1919-1939 verlief moderat, Arbeitskräfte wurden nicht mehr in grossem Mass benötigt. Die Wirtschaftskrisen von 1920-1922 und der 30er Jahre liessen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen. Neue gesetzliche Bestimmungen erlaubten es den Kantonen, die Niederlassung ausländischer Arbeitnehmender zu beschränken oder zu verbieten. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung sank von 14,7% im Jahr 1910 auf 10,4% (1920), 8,7% (1930) bis auf 5,2% im Jahr 1941 (Grafik G1.1.1).

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in der Schweiz ein grosser Arbeitskräftemangel. Mit der Unterzeichnung des ersten Rekrutierungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien 1948 begann eine Periode starker Zuwanderung, zuerst von italienischen, später von spanischen, portugiesischen und jugoslawischen Staatsangehörigen. Im Wesentlichen handelte es sich um eine temporär beabsichtigte Arbeitsmigration nach dem Rotationsprinzip. Saisonarbeiter durften sich maximal 9 Monate pro Jahr in der Schweiz aufhalten.

Nach 1964 wurde Behörden wie Wirtschaftsspitzen bewusst, dass der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nicht ein vorübergehendes, sondern ein strukturelles Phänomen war. Deshalb rückte man vom Rotationsprinzip ab und wandte sich schrittweise einer auf Integration und Assimilation ausgerichteten Politik zu, die eine dauerhafte Niederlassung fördern und eine Einbürgerung ermöglichen sollte.

Die darauf folgende Zeit war durch die Rezessionsjahre von 1975-1979 und 1983 geprägt. Der Schweiz gelang es, ihre Arbeitslosigkeit zu exportieren, indem gewisse Bewilligungen nicht erneuert und heimgekehrte Ausländer nicht ersetzt wurden. Dennoch stieg der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung unablässig weiter und überschritt 1994 erstmals die 20%-Schwelle. Seit 1996 hat sich die jährliche Zuwachsrates der ausländischen Wohnbevölkerung stark verlangsamt (Grafik G1.1.2).

Definitionen:

Die **ausländische Wohnbevölkerung** umfasst alle ausländischen Staatsangehörigen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben – unabhängig von ihrer Anwesenheitsdauer und der Art der Anwesenheitsbewilligung.

Personen ohne offiziellen Wohnsitz in der Schweiz (z.B. Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten, Touristen, Besucher oder Geschäftsreisende) zählen nicht zur ausländischen Wohnbevölkerung.

Tabellen:

P01D-P03D
T0101D, T0103D.

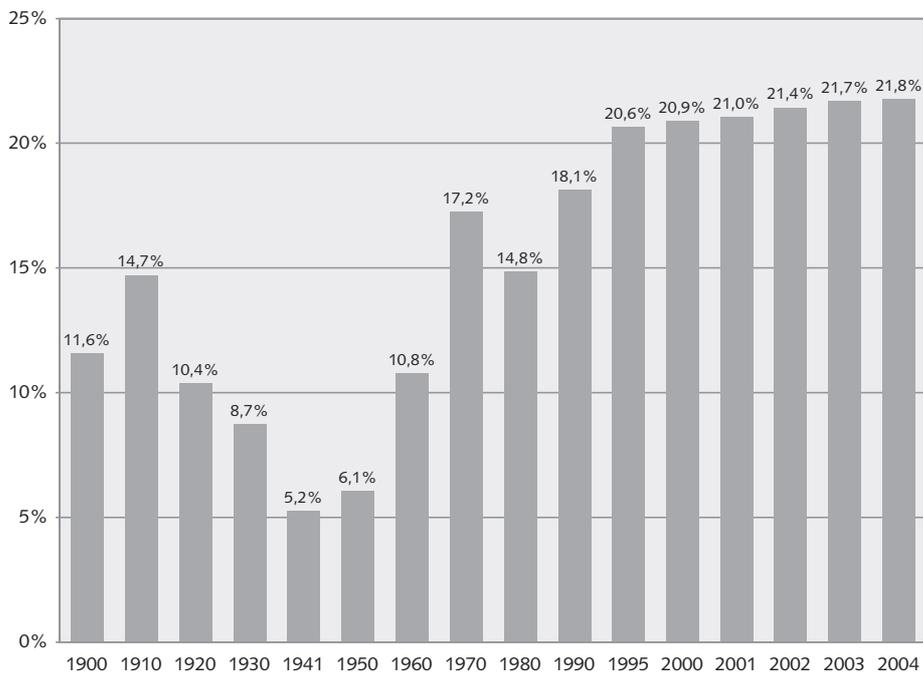
Quellen:

BFS/VZ, BFS/PETRA

1.1 Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung der Schweiz, 1900-2004

G 1.1.1

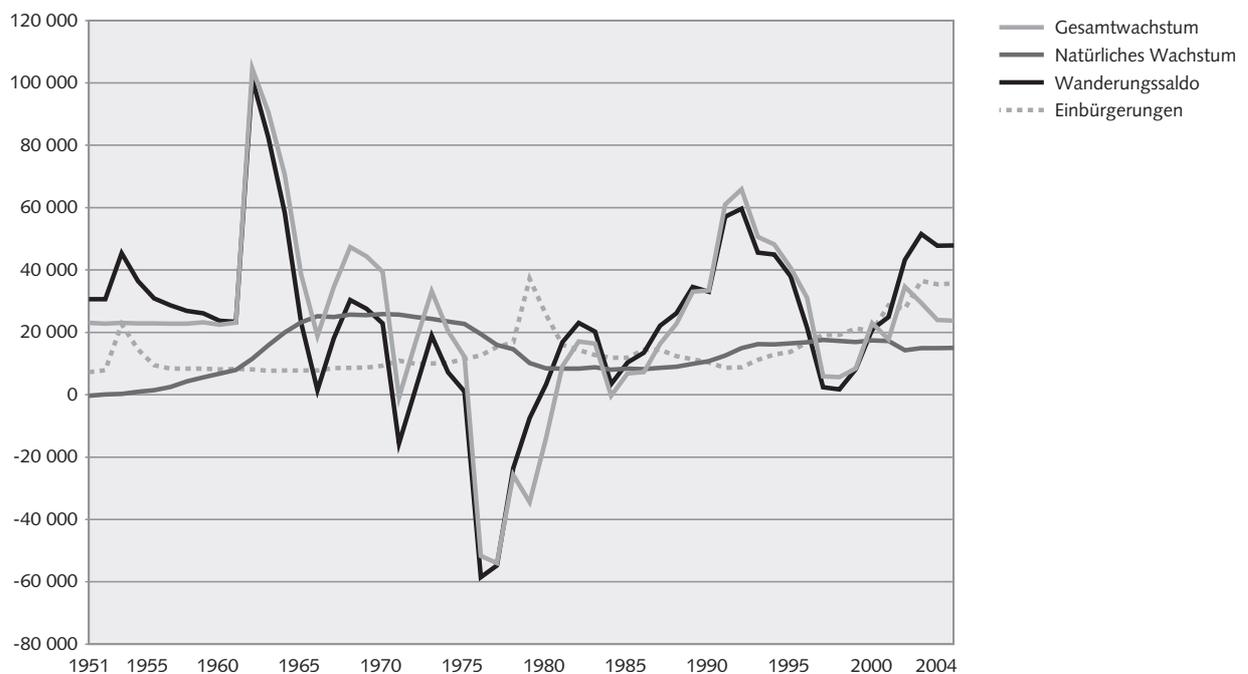


Quellen: BFS/ESPOP & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Wachstum der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 1951-2004

G 1.1.2



Quellen: BFS/ESPOP & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

1.2 Im Ausland geborene Bevölkerung und ausländische Bevölkerung

Mit Ausnahme von 1930, als die Zahl der in der Schweiz und der im Ausland geborenen ausländischen Staatsangehörigen ungefähr ausgewogen war, sind die derzeit hier ansässigen Ausländer mehrheitlich im Ausland geboren und in die Schweiz eingewandert.

Vor 1930 war der Ausländeranteil höher als der Migrantenanteil in der Wohnbevölkerung, was im Wesentlichen auf die Niederlassungsfreiheit zurückzuführen war, die ausländischen Staatsangehörigen damals zugestanden wurde (Grafik G1.2.1). Da Einbürgerungen kostspielig, schwer zu erlangen und ihre Vorteile nicht immer augenscheinlich waren, wurde die ausländische Staatsangehörigkeit über Generationen hinweg beibehalten.

Die Wirtschaftskrisen der 1920er und 1930er Jahre liessen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen. Die Anziehungskraft der Schweiz schwand. Die ausländische Wohnbevölkerung sank zwischen 1910 und 1941 von 14,7% auf 5,2%.

Nach 1941 kehrte der Trend; der Anteil der Zugewanderten überstieg den Anteil der in der Schweiz geborenen Ausländer. Ab 1950 holte die Schweiz im Zuge des konjunkturellen Anstiegs zahlreiche ausländische Arbeitskräfte ins Land, deren Aufenthaltsdauer allerdings befristet wurde.

Mitte der 1960er Jahre wurde die Rotationspolitik schrittweise durch eine Integrations- und Assimilationspolitik abgelöst. Der dauerhafte Aufenthalt der ausländischen Arbeitskräfte wurde erleichtert, insbesondere durch eine vermehrte Bewilligung des Familiennachzugs.

Ab 1970 wird die Migrationspolitik auf eine Beschränkung des Anteils der ausländischen Erwerbstätigen ausgerichtet. Als Folge davon steigt die Gesamtzahl der Ausländer rascher an als diejenige der ausländischen Erwerbspersonen.

Damit ist die Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem Einwanderungsland mit einem (abgesehen von den Jahren 1970 und 1975-1977) praktisch anhaltenden Einwanderungsüberschuss geworden.

Im Jahr 2000 waren die in der Schweiz ansässigen ausländischen Staatsangehörigen grösstenteils europäischer Herkunft (82%). Ein Drittel der eingewanderten Bevölkerung besteht aus schweizerischen Staatsangehörigen (Grafik G1.2.2).

Die Einbürgerung ist ein wichtiger Integrationsindikator und beeinflusst die Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Nationalität. Mit dem Inkrafttreten der Revision des Kindesrechts (1978) und des Bürgerrechts der Ehegatten (1992) wurde das Verfahren zum Erwerb des Schweizer Bürgerrechts vereinfacht, was eine Zunahme der jährlichen Einbürgerungen bewirkte. Trotzdem steigt der Ausländeranteil jährlich weiterhin leicht an, da die Einwanderungen die Zunahme der Einbürgerungen mehr als kompensieren.

Definitionen:

Alle Personen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, zählen zur **ausländischen Wohnbevölkerung**.

Alle Personen, unabhängig von ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit, welche nicht in der Schweiz geboren wurden und somit eingewandert sind, zählen zu den Migranten.

Ausländeranteil: Anzahl Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit je 100 Personen der Gesamtbevölkerung.

Migrantenanteil: Anzahl im Ausland geborener Personen (=Migranten) je 100 Personen der Gesamtbevölkerung.

Tabellen:

P03D
T0102D-T0108D

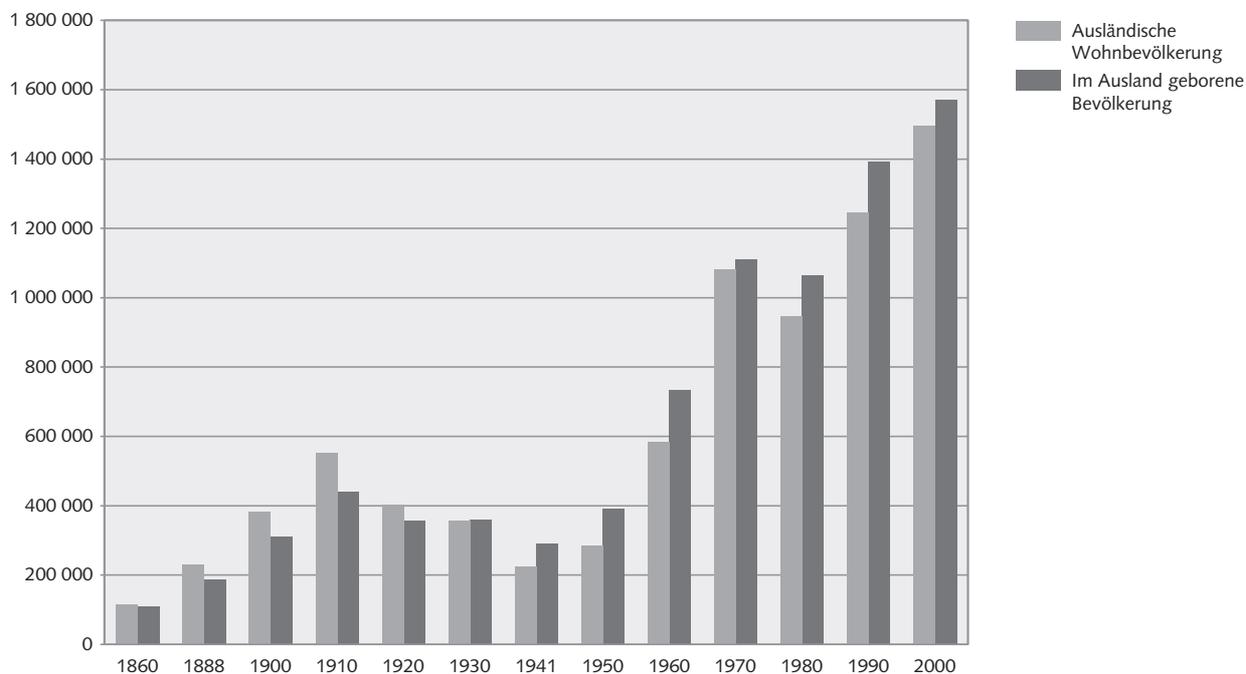
Quelle:

BFS/VZ

1.2 Im Ausland geborene Bevölkerung und ausländische Bevölkerung

Ausländische Wohnbevölkerung und im Ausland geborene Bevölkerung, 1860-2000

G 1.2.1

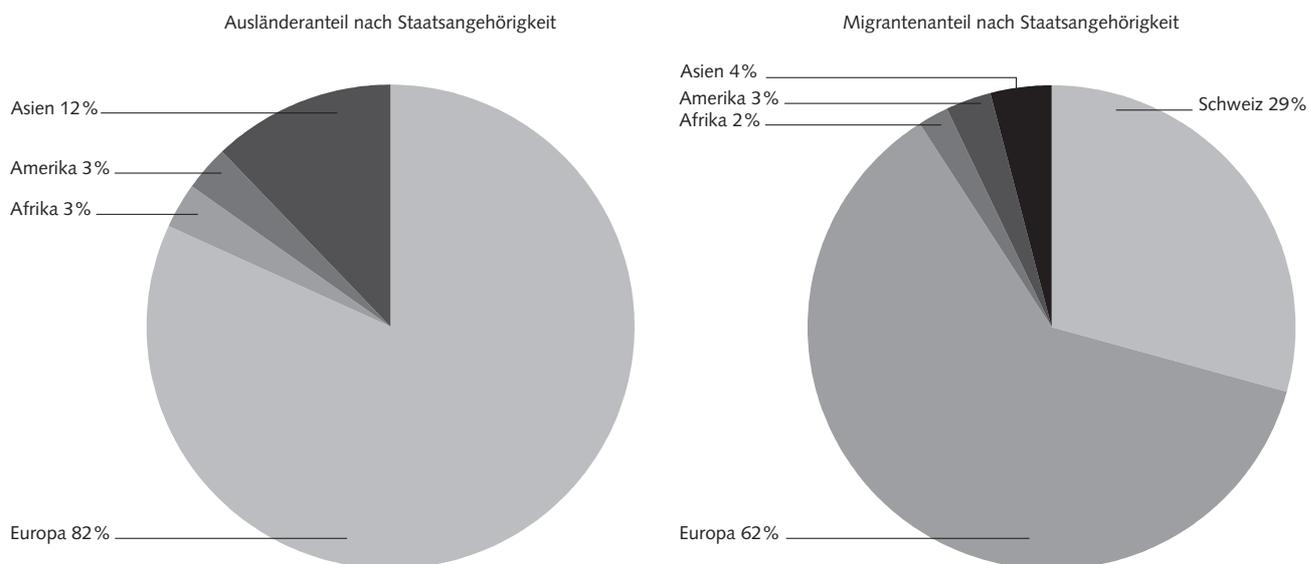


Quelle: BFS/VZ

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Ausländeranteil und Migrantenanteil nach Staatsangehörigkeit, 2000

G 1.2.2



Quelle: BFS/VZ

© Bundesamt für Statistik (BFS)

1.3 Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung

Die ausländische Wohnbevölkerung der Schweiz ist grösstenteils europäischer Herkunft. Stammen zu Beginn des letzten Jahrhunderts noch 96% der Ausländer aus den Nachbarländern, waren es 2004 lediglich noch 35,5%. Dagegen steigt der Anteil der Staatsangehörigen aus nichttraditionellen Rekrutierungsgebieten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stammen 96% der ausländischen Personen aus Nachbarländern der Schweiz. Die grösste Gruppe bildeten Staatsangehörige der verschiedenen deutschen Länder. Es waren hauptsächlich Handwerksleute, die in einigen Städten einen beträchtlichen Anteil der Schneider, Schuster und Zimmerleute ausmachen. Ein kleiner, in der französischen Schweiz Wohnhafter Anteil französischer Staatsangehöriger bildete ebenfalls eine gut integrierte Gruppe, mit einer ähnlichen Sozialstruktur wie die einheimische Bevölkerung. Die Italiener etablierten sich allmählich als drittstärkste ausländische Bevölkerungsgruppe in der Schweiz. Ein Grossteil von ihnen war als Bau- oder Hilfsarbeiter beim Bau der Eisenbahnen und der ersten Wasserkraftwerke beschäftigt. Zu erwähnen ist schliesslich ein kleiner Prozentsatz ausländischer Studierender, die der Anziehungskraft der Schweizer Universitäten und insbesondere der medizinischen Fakultäten folgten und nach Beendigung ihres Studiums wieder ausreisten.

Der Anteil der aus Nachbarländern stammenden ausländischen Personen sank von 87% im Jahr 1960 auf 62% (1980) und 35,5% (2004). Seit den 1980er Jahren wird dieser Rückgang durch das Zusammenwirken zweier entgegengesetzter Faktoren noch beschleunigt: Immer mehr Staatsangehörige der Nachbarländer kehren in ihre Heimat zurück, während neue Arbeitskräfte hauptsächlich aus

Portugal, aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und aus dem Vereinigten Königreich zuwandern. Vor allem der Anteil der Italiener an der ausländischen Wohnbevölkerung hat sich seit 1970 stark verringert. Machten sie damals mit 583'000 Personen noch 54% aller ausländischen Staatsangehörigen aus, sind es heute lediglich noch 18,8% (307'700 Personen). Trotz der zahlreichen Rückwanderungen und Einbürgerungen im Laufe der 1990er-Jahre, ist die italienische Gemeinschaft weiterhin eine der grössten in der Schweiz. Andere Ausländergemeinschaften haben in den 1990-er Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Fast ein Viertel aller ausländischen Personen stammt aus einem Nachfolgestaat des früheren Jugoslawien. Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen aus dem aussereuropäischen Raum ist im internationalen Vergleich nach wie vor gering (Grafik G1.3.1).

Die ausländische Bevölkerung ist nicht mehr so systematisch männlich dominiert, wie noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das familiärere Gepräge der Migration seit 1990 hat zu einer viel ausgewogeneren Geschlechterverteilung geführt. Es gibt jedoch nationale Besonderheiten: Bei den deutschen, portugiesischen, italienischen und afrikanischen Bevölkerungsgruppen dominieren die Männer, bei den amerikanischen, asiatischen und südosteuropäischen Nationalitäten dagegen die Frauen (Grafik G1.3.2).

Tabellen:

P01D-P03D, P05D-P07D
T0101D-T0103D

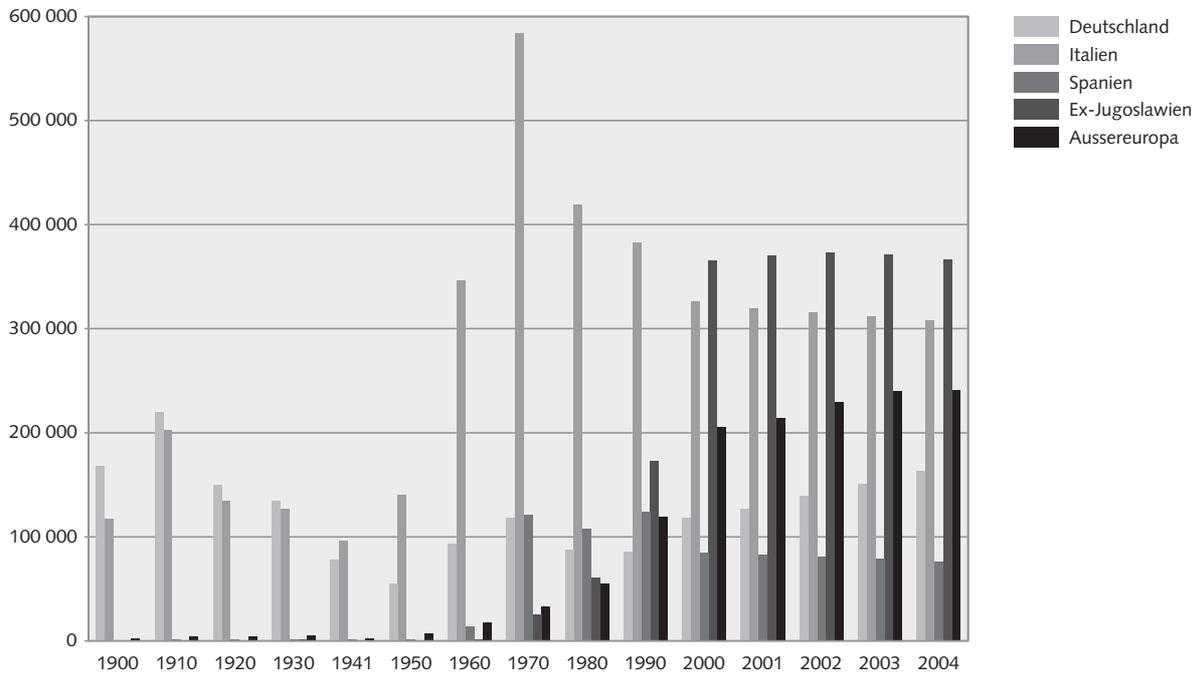
Quellen:

BFS/VZ, BFS/PETRA

1.3 Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1900-2004

G 1.3.1

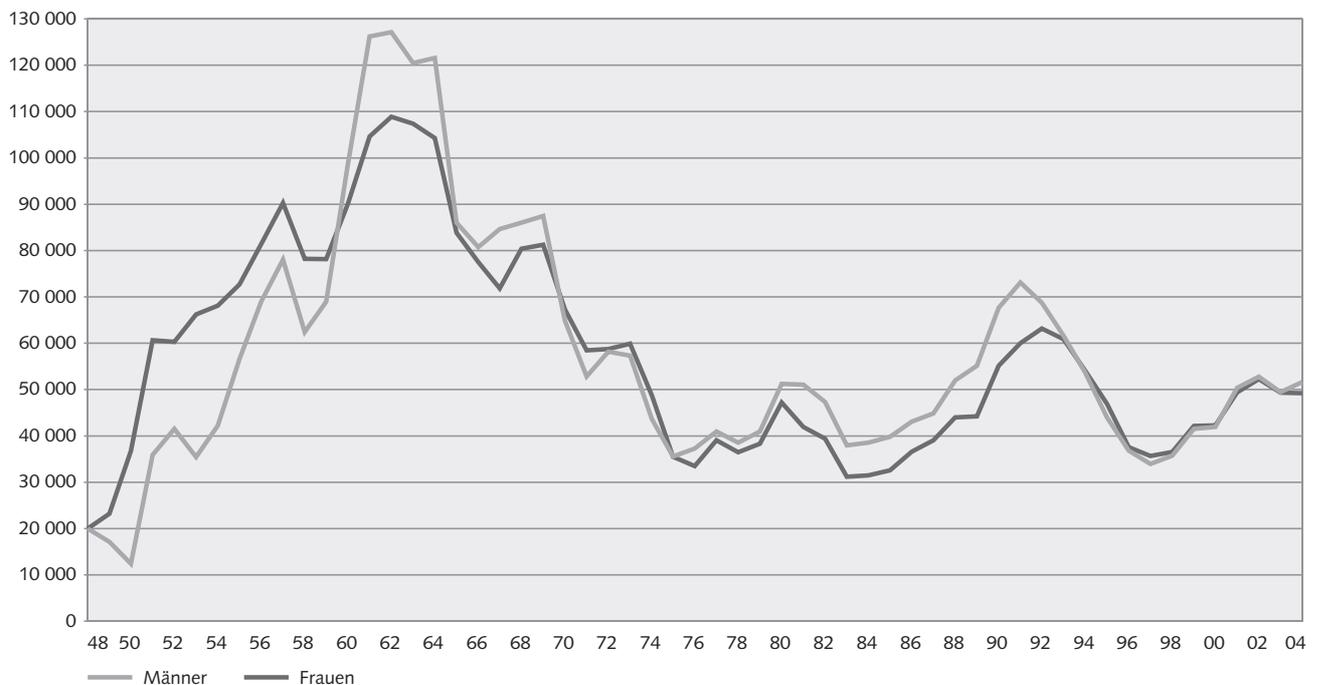


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Geschlecht, 1948-2004

G 1.3.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

1.4 Einbürgerung

Gemessen an der Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung erwirbt nur ein geringer Anteil der ausländischen Personen den Schweizer Pass. Die Zugehörigkeit zu einem EU-Staat, das Verbot der Doppelbürgerschaft durch den Heimatstaat und die zum Teil hohen Anforderungen dürften viele Ausländer vom Erwerb des Schweizer Bürgerrechts abhalten.

Die Einbürgerungsentwicklung schwankt in Abhängigkeit von den Rechtsentscheiden und dem politischen Kontext (Grafik G1.4.1). So ist eine erste Zunahme in den Jahren 1953 und 1954 durch die Wiedereinbürgerung von gebürtigen Schweizerinnen bedingt, die einen Ausländer geheiratet hatten, was vor diesem Zeitpunkt mit dem automatischen Verlust des Schweizer Bürgerrechts verbunden war. Ein weiterer Anstieg 1978 und 1979 steht im Zusammenhang mit der Anerkennung des Bürgerrechts von Kindern von gebürtigen Schweizerinnen, die einen Ausländer geheiratet hatten.

Die Zunahme der Bürgerrechtserwerbe in jüngerer Zeit ist zum Teil durch die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes von 1992 zu erklären. Trotz eines Unterbruchs im Jahr 2001 nimmt die Zahl der Einbürgerungen kontinuierlich zu; zwischen 1993 und 2004 hat sie sich nahezu verdreifacht (von 12'900 auf 35'700). Dieser starke Anstieg ist auf die deutlich höhere Anzahl von Gesuchen, eine gewisse Vereinfachung der kantonalen und kommunalen Verfahren sowie eine Verringerung der auf Bundesebene hängigen Dossiers zurückzuführen. Im Laufe der 1980er Jahre erwarben mehr Frauen als Männer den Schweizer Pass (Grafik G1.4.2). Der Anteil der eingebürgerten Frauen stieg zwischen 1981 und 1991 von 53% auf 64%. 1992 fiel er auf 34% zurück, bedingt durch eine Änderung des Bürgerrechtsgesetzes, wonach ausländische Frauen, die einen Schweizer heiraten, nicht mehr automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhielten. Von 1992-1997 liessen sich mehr Männer als Frauen einbürgern. Seit 1998 sind die Einbürgerungen von Ausländerinnen wieder knapp in der Mehrheit (2004: 52,4%).

Die ordentliche Einbürgerung ist weiterhin die häufigste Art des Bürgerrechtserwerbs. Im Jahr 2004 erlangte mehr als die Hälfte der Neueingebürgerten den Schweizer Pass auf diesem Weg. Bis 1991 war die Heirat mit einem Schweizer die am zweithäufigsten genutzte Möglichkeit des Bürgerrechtswechsels. 1991 erlangten sogar mehr Frauen das Schweizer Bürgerrecht durch Heirat (47%) als durch das ordentliche Einbürgerungsverfahren (42%). Seit 1992 können die Frauen das Schweizer Bürgerrecht nicht mehr durch Heirat erwerben, aber Ehegatten von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern haben Anspruch auf erleichterte Einbürgerung. Die Männer machten als erste Gebrauch davon: Von 1992-1994 erwarben mehr von ihnen das Bürgerrecht im erleichterten als im ordentlichen Verfahren. Im Jahr 2004 erfolgten 21,6% der Einbürgerungen im erleichterten Verfahren.

Definitionen:

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts: Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit durch eine Person, welche zuvor Staatsbürger eines anderen Landes oder staatenlos war. Es werden fünf Arten des Erwerbs des Schweizer Bürgerrechts unterschieden: (1) Ordentliche Einbürgerung, (2) Erleichterte Einbürgerung,

(3) Wiedereinbürgerung, (4) Feststellung des Schweizer Bürgerrechts, (5) für ein unmündiges ausländisches Kind: Adoption durch einen Schweizer Bürger.

Das Schweizer Bürgerrecht beruht auf dem Prinzip des «ius sanguinis» und kann automatisch nur durch Abstammung (schweizerischer Elternteil) erworben werden.

Rohe Einbürgerungsziffer

(Grafik G1.4.1): Zahl der in einem bestimmten Kalenderjahr das Schweizer Bürgerrecht erwerbenden Personen je 100 ausländische Aufenthalter und Niedergelassene am Anfang des gleichen Kalenderjahres.

Tabellen:

P06D

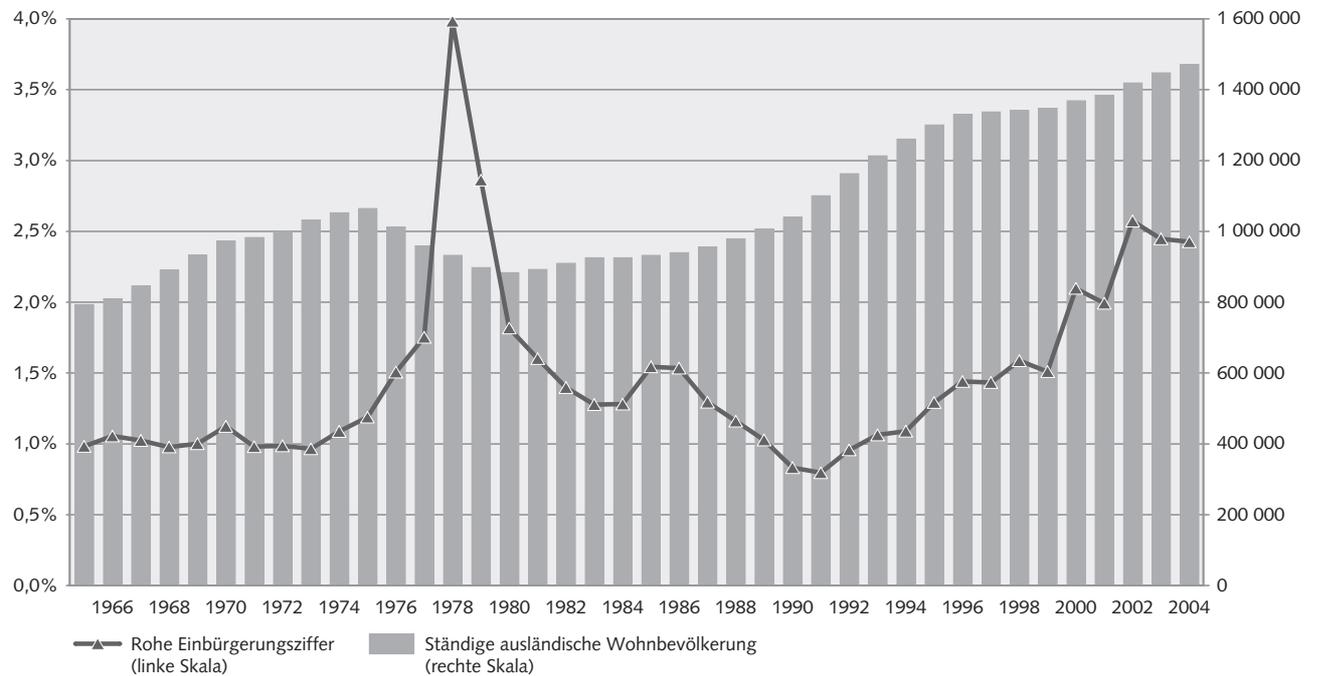
T0111D

Quellen:

BFS/PETRA, BFM/ZAR

Rohe Einbürgerungsziffer, 1965-2004

G 1.4.1

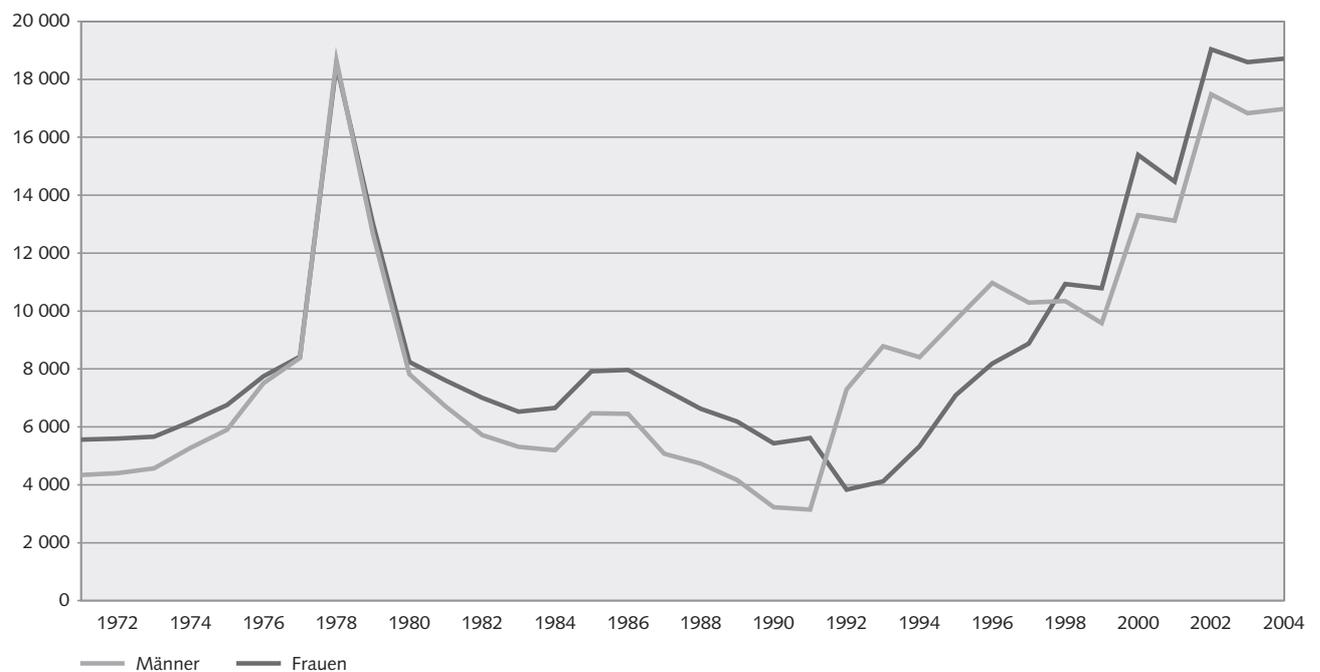


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Geschlecht, 1971-2004

G 1.4.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

1.5 Ausländische Arbeitskräfte

In der Geschichte der modernen Schweiz hing die Präsenz ausländischer Arbeitskräfte stets eng mit der wirtschaftlichen Lage des Landes zusammen. Bis anfangs der 1980er Jahre bestand die Praxis darin, die ausländischen Arbeitnehmenden je nach Konjunkturlage ins Land zu holen oder wieder heimzuschicken. Seither hat der stetig wachsende Anteil der ausländischen Arbeitskräfte mit einer langfristigen Anwesenheitsbewilligung die Stellung der ausländischen Personen auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich verändert.

In der Geschichte der modernen Schweiz hing die Präsenz ausländischer Arbeitskräfte stets eng mit der wirtschaftlichen Lage des Landes zusammen. Der Wirtschaftsaufschwung, den die Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebte, zog viele ausländische Arbeitskräfte an: Der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen stieg von 9,4% im Jahr 1888 auf 13,4% (1900) bis auf 16,7% im Jahr 1910. Der Erste Weltkrieg und die Atmosphäre des Misstrauens, der sich die Fremden ausgesetzt sahen, setzten dieser Entwicklung ein abruptes Ende: Ihr Anteil an den Erwerbstätigen fiel bis 1920 auf 11,6%. In der Zwischenkriegszeit wurde der Aufenthalt von ausländischen Personen in der Schweiz durch neue Bundeserlasse streng geregelt (Einrichtung der Zentralstelle für Fremdenpolizei; Schaffung verschiedener Kategorien von Anwesenheitsbewilligungen im Ausländergesetz). Indem die Anwesenheitsbewilligung von einer Arbeitsbewilligung abhängig gemacht wurde, war die Wirtschaftslage fortan entscheidend für die Verweigerung oder Erteilung von Bewilligungen. Diese vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise eingeführte restriktive Gesetzgebung vermochte einen erneuten Zustrom von ausländischen Arbeitskräften offenbar zu verhindern. 1930 betrug deren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Schweiz lediglich noch 10,8%.

Während des Zweiten Weltkriegs schloss die Schweiz ihre Grenzen und zahlreiche ausländische Arbeitskräfte verliessen das Land (1941 machten sie nur noch 5,7% der Erwerbstätigen aus). Nach dem Ende des Konflikts setzten die Bundesbehörden konsequent das Konzept des Ausländergesetzes um, das darin bestand, die Arbeitsmigration an die realen Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen. Die ausländischen Arbeitskräfte dienten als perfekte «Konjunkturpuffer», deren Zahl (namentlich im Falle der Saisonarbeiter) mit dem Auf und Ab der Konjunktur variierte.

Zu Beginn der 1960er Jahre lösten der Wirtschaftsboom und der Mangel an einheimischen Arbeitskräften in der Schweiz eine Periode starker Einwanderung aus: Der Ausländeranteil an den Erwerbstätigen stieg von 16,4% im Jahr 1960 auf 23,3% (1963) und auf 25,6% 1972, dies trotz neuer restriktiver Massnahmen, die darauf abzielten, eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden (Festlegung eines maximalen Ausländeranteils pro Unternehmen, Kontingentierungen). Parallel dazu verwarf

das Schweizer Stimmvolk zwei Volksinitiativen, die eine Reduktion der Ausländerzahl in der Schweiz anstrebten. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte erhöhte sich bis zur Erdölkrise der 1970er Jahre, einem schweren Konjunkturreinbruch, der die Welt in die erste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg führte. Um ein Anschnellen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, wurden abgelaufene Saisonarbeiter-, Jahresaufenthalts- und Grenzüberquerungsbewilligungen nicht erneuert und heimgekehrte Ausländer nicht ersetzt. Durch diese protektionistischen Massnahmen reduzierte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 1973-1977 um 217'000 Personen und ihr Anteil an den Erwerbstätigen betrug auf dem Höhepunkt der Krise noch 20,4%.

In den 1980er Jahren passte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stets der Konjunktur an: Auf den Rückgang während des Abschwungs 1982-1983 folgte ein Anstieg in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Zu Beginn der 1990-er Jahre lag der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen wieder auf demselben Niveau wie vor der Ölkrise (1990 waren 25,1% der Erwerbstätigen ausländische Personen). Auch ihre rechtliche Stellung hatte sich verbessert, verfügten sie doch fortan mehrheitlich über eine langfristige Anwesenheitsbewilligung (1970 war lediglich ein Fünftel in dieser Lage), sodass sie nicht mehr gezwungen waren, die Schweiz beim ersten Anzeichen einer konjunkturellen Verlangsamung zu verlassen.

Die Krise der 1990er Jahre traf die ausländische Bevölkerung in aller Härte; ihre Arbeitslosenquote kletterte auf Höchstwerte (1997 waren im Mittel 10,7% der ausländischen Erwerbspersonen arbeitslos, verglichen mit 3,6% der schweizerischen Erwerbsbevölkerung). Dank ihrer starken Vertretung im zweiten Sektor profitierten sie vom Wiederaufschwung zwischen 1998 und 2001, waren dann aber als erste betroffen, als die Konjunktur erneut abflaute.

Mit dem Inkrafttreten des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) über den freien Personenverkehr, welches Massnahmen wie die Abschaffung des Saisonarbeiterstatus und die Verlängerung der Anwesenheitsbewilligung für Angehörige aus den EU15- und EFTA-Mitgliedstaaten auf fünf Jahre beinhaltet, dürfte ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der Schweiz und ihren ausländischen Arbeitskräften angebrochen sein.

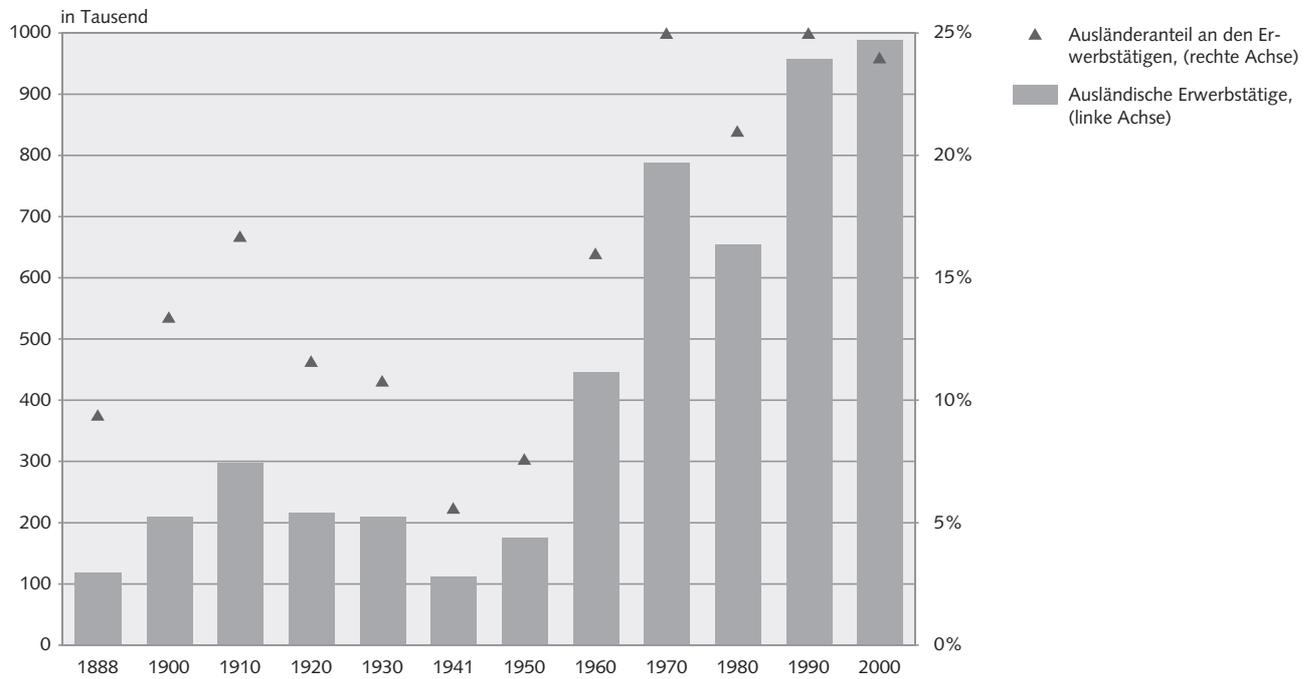
Tabelle:
P11D

Quellen:
BFS/ETS, BFS/VZ, BFM/ZAR,
seco

1.5 Ausländische Arbeitskräfte

Entwicklung der Zahl erwerbstätiger Ausländer in der Schweiz und des Ausländeranteils an den Erwerbstätigen, 1888 - 2000

G 1.5.1

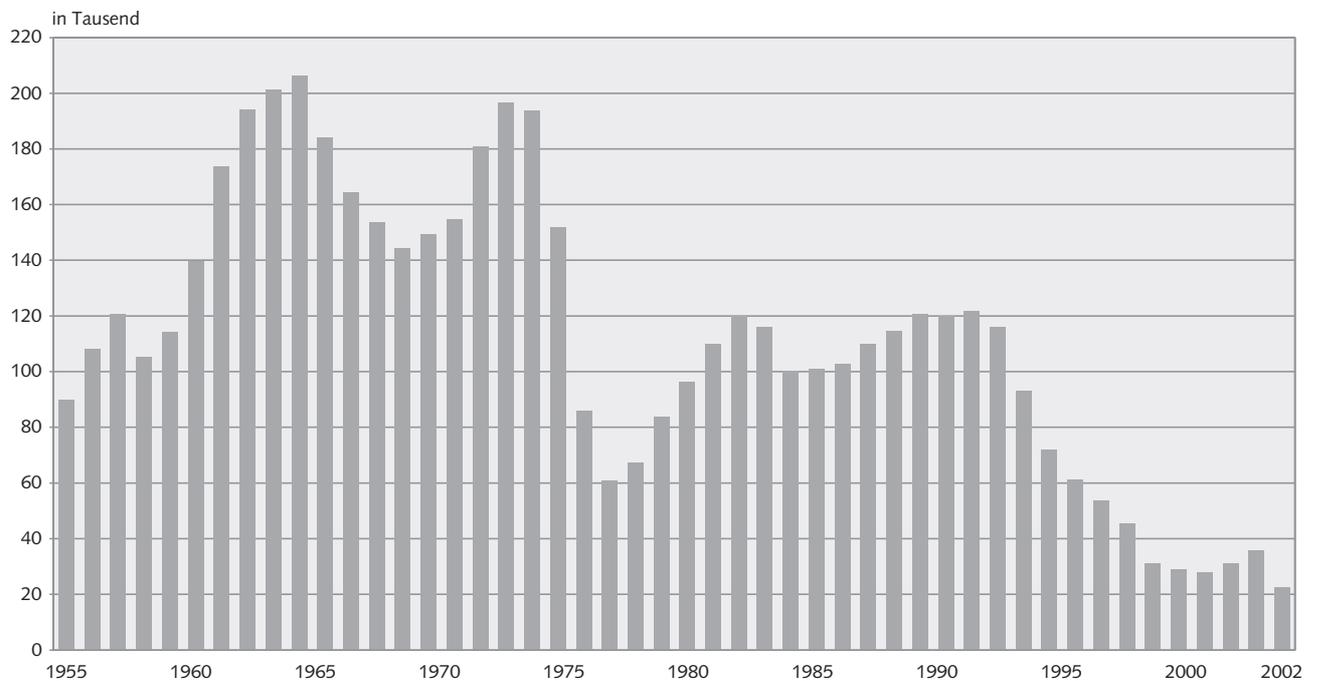


Quelle: BFS/1888 bis 1950, VZ. Seit 1960, ETS.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Zahl der Saisonarbeiter in der Schweiz, Ende August, 1955 - 2002

G 1.5.2



Quelle: Historische Statistik der Schweiz; BFM

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2 Bevölkerung

2.1 Bestand und Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung

Ende 2004 lebten etwas mehr als 1,6 Millionen Ausländer in der Schweiz, dies entspricht einem Anteil von 21,8 % an der Gesamtbevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr war dieser Anteil um 0,1 Prozentpunkte höher.

Der Ausländeranteil der Schweiz ist die Folge mehrerer Einwanderungswellen zwischen 1950 und 2000, einer restriktiven Einbürgerungspolitik und der hohen Geburten- und niedrigen Sterbeziffer der ausländischen Bevölkerung.

Das jährliche Wachstum der ausländischen Bevölkerung lag im Jahr 2004 bei 1,0% (2003: 2,0%). 1'639'100 ausländische Staatsangehörige waren Ende 2004 in der Schweiz permanent oder temporär wohnhaft. Dies entspricht 21,8% der Gesamtbevölkerung. Der Ausländeranteil erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die Schweiz zählte 1'639'100 Ausländer, wovon 875'200 Männer (53,4%) und 763'900 Frauen (46,6%). 391'300 Personen (23,9%) waren jünger als 20 Jahre und 102'800 Personen (6,3%) waren über 64 Jahre alt. 1,15 Millionen Personen befanden sich im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) – dies entspricht 69,9% aller Ausländer in der Schweiz. Die Altersgruppe der 20-39-Jährigen ist am grössten (Grafik G2.1.1). Der Jugendquotient der ausländischen Wohnbevölkerung nahm weiter ab (1995: 38,4%, 2004: 34,2%), während sich der Altersquotient mit 9,0% im Vergleich zu 2003 leicht erhöhte.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist die Zahl der Personen aus aussereuropäischen Ländern gestiegen. Ebenso gab es Gewichtsverlagerungen innerhalb der europäischen Herkunftsregionen zu Gunsten der süd- und südosteuropäischen Staaten.

Die europäischen Staatsangehörigen bildeten 2004 in der Schweiz mit 1'397'800 Personen die grösste ausländische Gemeinschaft (Grafik G2.1.2). Mit 307'700 Personen repräsentierten die Italiener weiterhin die stärkste Einzelnationalität. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahr jedoch erneut zurückgegangen (-1,2%)

Basis:

Wohnbevölkerung (siehe Anhang Definitionen).

Tabellen:

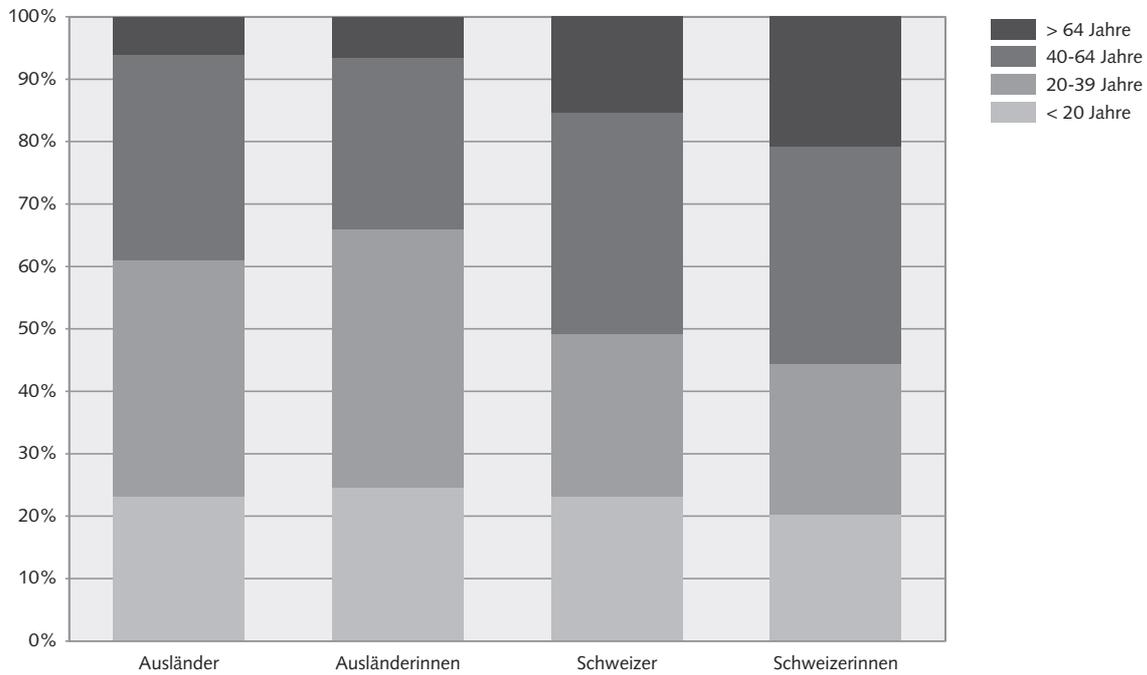
P01D
T01012, T0102D, T4101D

Quellen:

BFS/PETRA, BFS/SAKE

2.1 Bestand und Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung

Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 2004 **G 2.1.1**

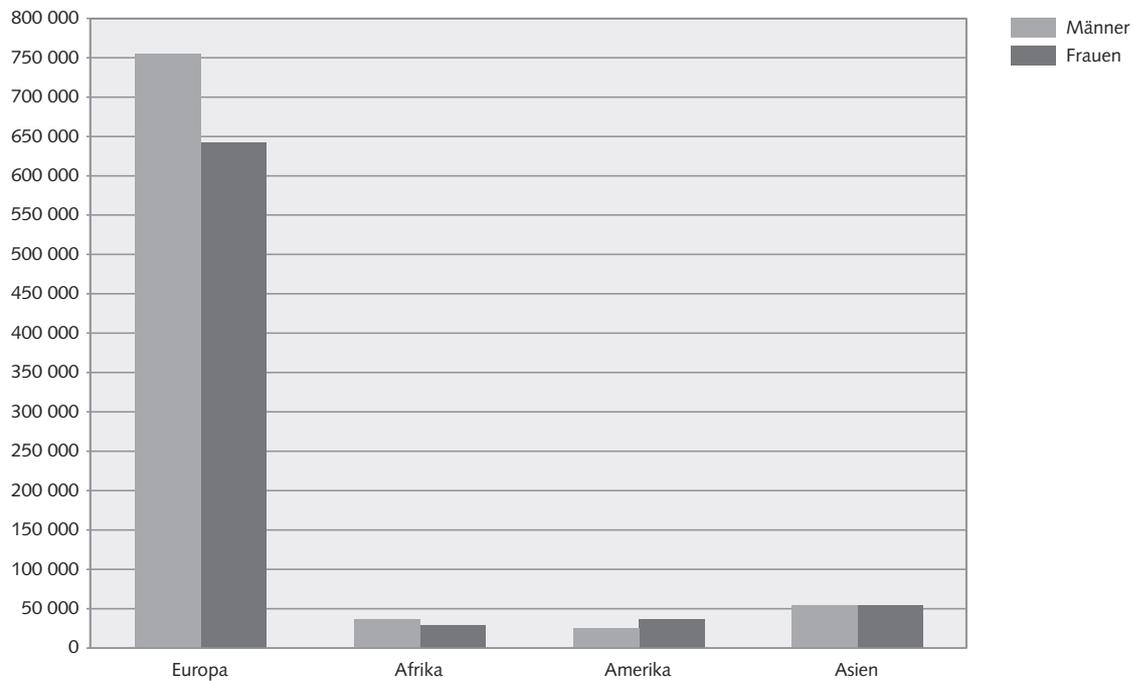


Quellen: BFS/ESPOP & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004

G 2.1.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.2 Anwesenheitsbewilligung

Ende 2004 besaßen mehr als zwei Drittel aller ausländischen Staatsangehörigen eine zeitlich unbegrenzte Niederlassungsbewilligung. Diese Ausländergruppe macht alleine 14,5% der Gesamtbevölkerung aus, also jede siebte Person in der Schweiz. Ein weiteres Viertel aller Ausländer war im Besitz von mindestens einjährigen Anwesenheitsbewilligungen. 55'100 Personen (3,4%) waren dem Asylbereich zuzuordnen.

Die Anwesenheit der über 1,6 Mio. Ausländer ist durch verschiedene Anwesenheitsbewilligungen geregelt, welche die Anwesenheitsdauer, deren befristeten oder dauerhaften Charakter und den Integrationsgrad der einzelnen Personen entscheidend beeinflussen (Grafik G2.3.1).

Zwei Drittel aller Ausländer (66,5% bzw. 1'089'400 Personen) waren Ende 2004 im Besitz einer Niederlassungsbewilligung (Ausweis C). Als Aufenthalter waren 384'900 Personen in der Schweiz ansässig, 4,0% mehr als im Vorjahr. Die Hauptgründe für das stete Wachstum dieser beiden Gruppen liegen in den diversen Automatismen des geltenden Ausländerrechts, welche den Übergang vom Kurz- zum Daueraufenthalt ermöglichen, im vermehrten Familiennachzug und in der zunehmenden Geburtenzahl.

Die Zahl des in der Schweiz wohnhaften Personals diplomatischer Vertretungen, internationaler Organisationen und ausländischer staatlicher Betriebe (inkl. Familienangehörige und Hauspersonal) sank mit 27'200 Personen gegenüber dem Vorjahr leicht ab (-200).

80'100 Ausländer besaßen eine Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L). Durch Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommen mit der EU15 stieg die Zahl der Kurzaufenthalter mit einem bewilligten Aufenthalt von weniger als einem Jahr von 58'100 im Jahr 2003 auf 59'400 im Jahr 2004 (+27,1%).

Die Zahl der Personen aus dem Asylbereich, deren Aufenthaltsdauer nicht absehbar ist, war mit 55'100 um -2,9% tiefer als im Vorjahr. Der Bestand der anerkannten Flüchtlinge, welche alle entweder eine Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung besitzen, ging gegenüber 2003 um -1900 Personen auf 24'100 zurück. Von ihrer Gesamtzahl entfielen etwa ein Drittel auf Staatsangehörige aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, ein Fünftel auf Personen aus der Türkei und 9,9% auf irakische Staatsbürger.

Es lassen sich hinsichtlich der Anwesenheitsbewilligung von Ausländern in der Schweiz eindeutige nationenspezifische Muster identifizieren (Grafik G2.3.2). Nahezu alle Italiener und Spanier (91,1% bzw 90,9%) in der Schweiz verfügen über eine Niederlassungsbewilligung. Auch bei Kroaten (84,8%), Türken (78,2%), Portugiesen (71,3%) und Österreichern (69,0%) kann man Ähnliches feststellen. Die diesbezüglich geringeren Anteile bei Deutschen (50,9%) und Franzosen (57,9%) weisen darauf hin, dass sich aus diesen beiden Nachbarstaaten zahlreiche Personen erst seit weniger als 5 Jahren in der Schweiz befinden. Drei von zehn Personen aus Afrika (32,7%) und einer von vier Asiaten (24,5%) sind dem Asylbereich zuzuordnen.

Definitionen (Grafik G2.2.2):

Aufenthalt: Personen mit einer Aufenthalts- (B) oder Kurzaufenthaltsbewilligung (L) mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens einem Jahr oder einer vom EDA ausgestellten Anwesenheitsbewilligung.

Kurzaufenthalt: Inhaber mit einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als einem Jahr (Ausweis L).

Asylbereich: Personen mit Ausweis F oder N, ohne anerkannte Flüchtlinge.

Tabellen:

P17D
T0103D, T1113D-T1117D,
T1210D

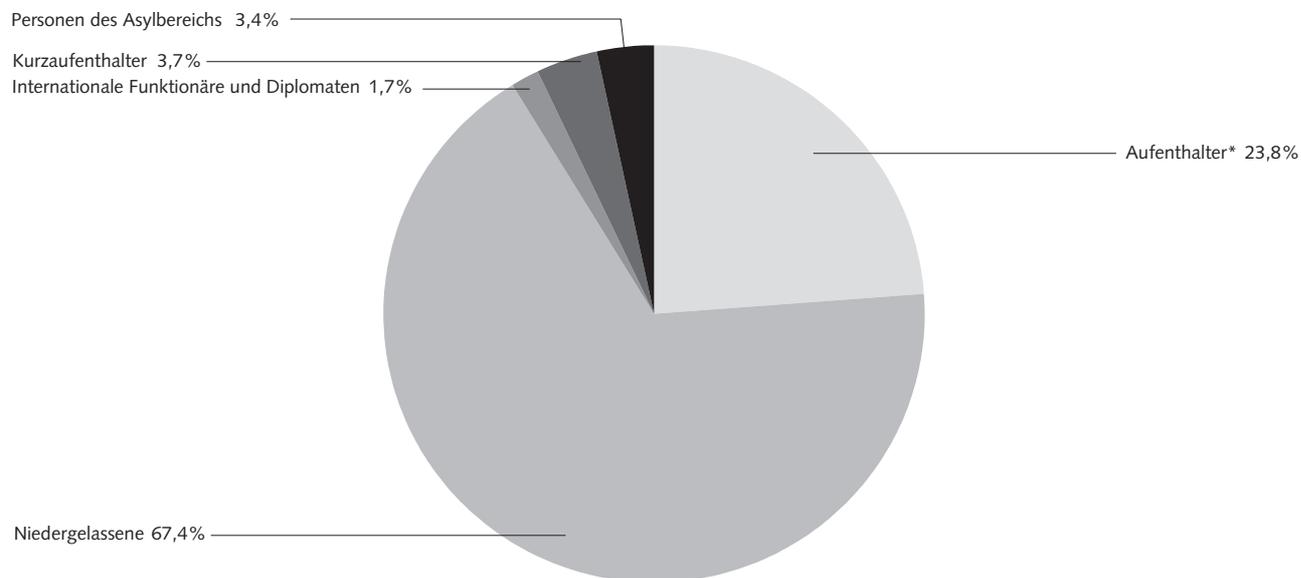
Quellen:

BFS/PETRA, BFM/ZAR, BFM/AUPER

2.2 Anwesenheitsbewilligung

Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 2004

G 2.2.1



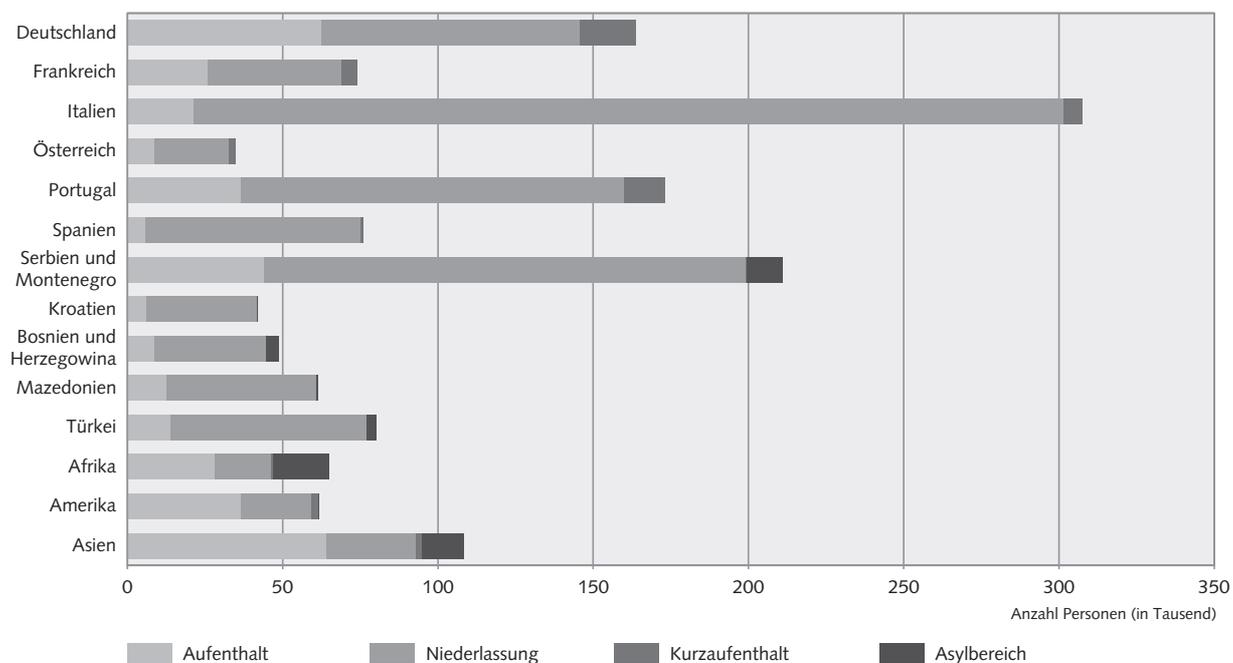
* inkl. Kurzaufenthalter (>= 12 Monate)

Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Anwesenheitsbewilligung, 2004

G 2.2.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.3 Anwesenheitsdauer

Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Staatsangehörigen ist ein fester Teil der schweizerischen Gesellschaft geworden. Mehr als ein Fünftel aller Ausländer sind in der Schweiz geboren und gehören somit zur zweiten oder sogar dritten Ausländergeneration. 58,0 % der im Ausland Geborenen halten sich ununterbrochen seit 10 oder mehr Jahren in der Schweiz auf. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Kinder und Jugendlichen kamen in der Schweiz zur Welt.

Der Geburtsstaat und die Aufenthaltsdauer in der Schweiz sind wichtige Merkmale für die Beurteilung des Grades der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Da das Schweizer Bürgerrecht automatisch nur durch Abstammung erworben werden kann, behalten viele in der Schweiz geborene Ausländer – zumindest anfänglich – ihre Staatsangehörigkeit bei. Mehr als ein Fünftel (20,5%) aller Ausländer ist im Ausland geboren und vor 20 und mehr Jahren in die Schweiz eingewandert. Andererseits waren zum Jahresende 2004 20,4% der Ausländer seit weniger als 5 Jahren in der Schweiz ansässig (Grafiken G2.3.1 und G2.3.2).

350'700 – das sind 23,5% – aller Aufenthalter und Niedergelassenen sind in der Schweiz geboren und somit keine Migranten. Dabei gibt es beträchtliche Unterschiede nach einzelnen Nationalitäten. Mehr als ein Drittel (38,4%) der italienischen, 32,8% der türkischen und 31,7% der spanischen Staatsangehörigen sind in der Schweiz geboren, gehören also zur zweiten oder dritten Ausländergeneration. Dabei handelt es sich um Nachkommen von Migranten-gruppen, welche bereits seit langem in der Schweiz ansässig sind.

Mehr als zwei Drittel (67,1%) der rund 358'300 Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung gehörten Ende 2004 der zweiten oder dritten Generation an. Von ihnen besitzen 89,4% die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes. 19,9% sind serbisch-montenegrinische, 18,7% italienische, 13,2% portugiesische und 8,4% türkische Staatsangehörige. Zur zweiten und dritten Generation gehören aber auch volljährige Ausländer (110'300 Personen über 19 Jahre), die inzwischen zum Teil bereits eigene Familien gegründet haben. In dieser Gruppe stellen die italienischen Staatsangehörigen mit fast zwei Dritteln die absolute Mehrheit, gefolgt von 11,5% Spaniern und 6,3% Deutschen.

Definitionen:

Zweite Ausländergeneration:

In der Schweiz geborene Personen, welche nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen und deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Dritte Ausländergeneration:

In der Schweiz geborene Personen, welche nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch mindestens einen ebenfalls in der Schweiz geborenen ausländischen Elternteil haben.

Basis:

Inhaber einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B), Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) oder Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens einem Jahr.

Tabellen:

T1117D, T1210D, T1405D

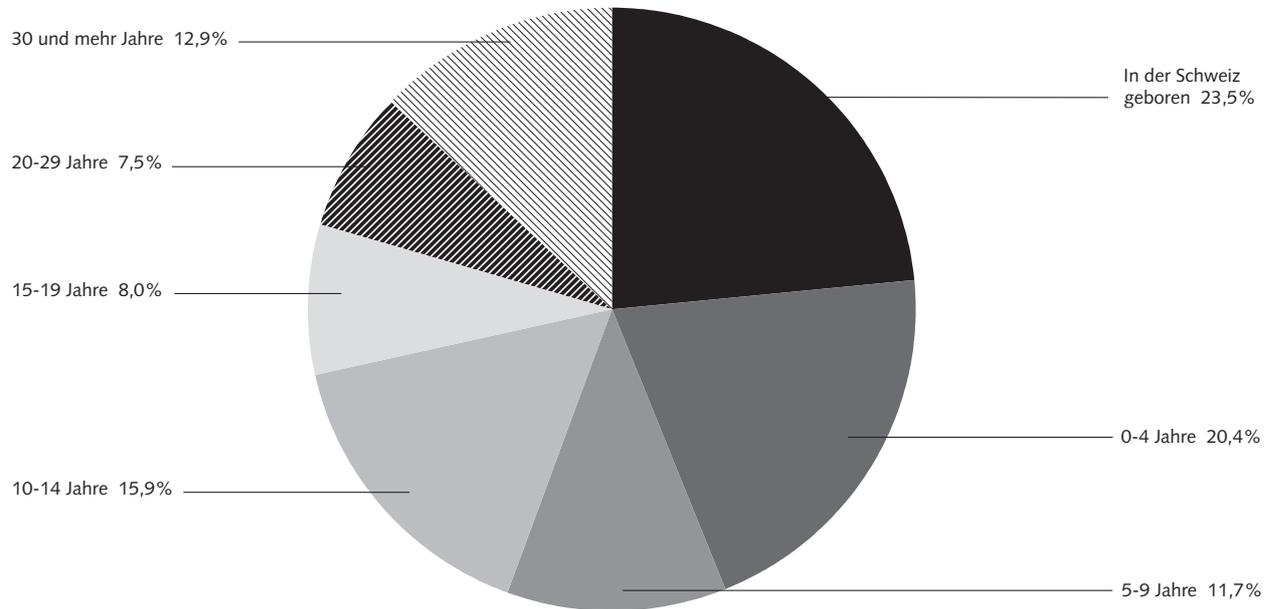
Quellen:

BFS/PETRA, BFS/SAKE

2.3 Anwesenheitsdauer

Aufenthalter und Niedergelassene nach Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz, 31. Dezember 2004

G 2.3.1

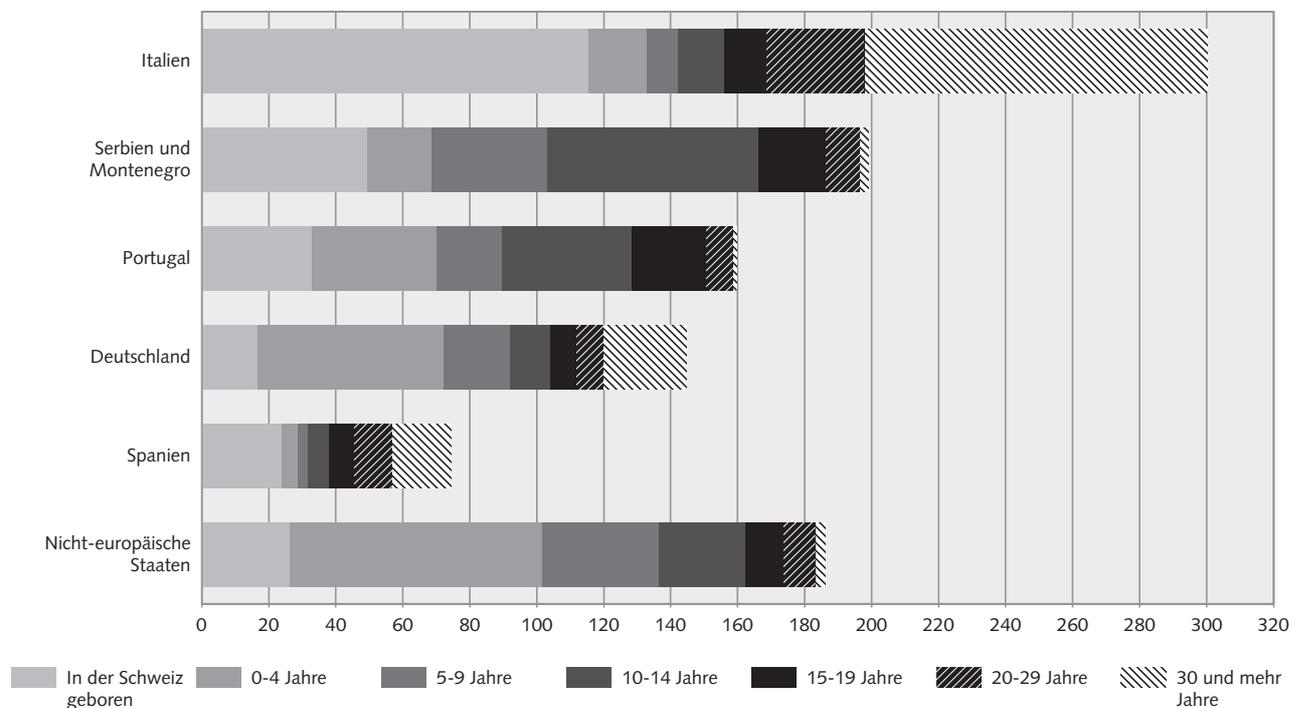


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Aufenthalter und Niedergelassene nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz, 31. Dezember 2004

G 2.3.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.4 Asylbereich

Im Jahr 2004 wurden in der Schweiz 14'200 neue Asylgesuche gestellt, das sind 6600 weniger als ein Jahr zuvor. Seit 1987 konnten nicht mehr so tiefe Zahlen verzeichnet werden. Ende 2004 hielten sich 55'100 Personen aus dem Asylbereich in der Schweiz auf 14,6% weniger als im Vorjahr.

Von Januar bis Dezember 2004 suchten in der Schweiz 14'200 Personen um Asyl nach. Die Zahl der Asylgesuche nahm damit gegenüber der Vorjahresperiode (20'800) um -31,5% ab. Gleichzeitig ging der Bestand der Personen des Asylbereichs (Ausweis F oder N), die sich Ende 2004 in der Schweiz aufhielten, um 9500 Personen zurück (Grafik G2.4.1). 12,5% der neu eingereisten Asylsuchenden stammten aus Serbien und Montenegro; bei der Mehrheit von ihnen handelte es sich um Personen aus der Provinz Kosovo. Die nächst grössten Anteile stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit 8,1%, aus Georgien (5,1%), aus dem Irak (4,4%) sowie aus Bulgarien (3,4%) (Grafik G2.4.2).

1600 Personen wurde 2004 Asyl gewährt. Die Anerkennungsquote lag somit bei 9,2%. Die entsprechende Quote für Asylsuchende aus der Türkei betrug 31,6%, diejenige für Personen aus dem Irak 29,3%. Für Staatsangehörige aus Serbien und Montenegro lag die Quote bei 4,3% und bei denen aus Georgien 0,6%. Zusätzliche 4200 Personen wurden 2004 entweder im Rahmen eines ordentlichen Asylverfahrens oder ohne Asylverfahren vorläufig aufgenommen.

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 19'700 Wegweisungen von abgewiesenen Asylsuchenden erlassen. Bei 10'500 Personen kann jedoch nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass sie die Schweiz verlassen haben; ihr Aufenthaltsort ist unbekannt.

Neben den 24'100 anerkannten Flüchtlingen hielten sich Ende 2004 offiziell weitere 55'100 dem Asylbereich zuzuordnende Personen im Land auf. Dazu zählten 23'400 vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) – 0,2% weniger als im Vorjahr –, welche entweder als abgewiesene Asylsuchende bzw. ohne Asylverfahren eine befristete Aufenthaltsbewilligung erhielten, da ihre Rückreise zu jenem Zeitpunkt unmöglich war. 31'700 Asylsuchende (Ausweis N) befanden sich entweder noch in einem laufenden Asylverfahren (in 1. oder 2. Instanz) oder waren trotz abgewiesenem Gesuch immer noch in der Schweiz ansässig, da ihre Ausreise aus verschiedensten Gründen noch nicht vollzogen werden konnte.

Mehr als drei Viertel (77,4%) der Personen im Asylbereich reisten vor mehr als einem Jahr in die Schweiz ein. Die Differenzierung zwischen lang- und kurzfristigem Aufenthalt wird vor allem im Asylbereich zunehmend schwieriger.

Definitionen:

Asylgesuch: Laut Asylgesetz gilt «jede Äusserung, mit der eine Person zu erkennen gibt, dass sie die Schweiz um Schutz vor Verfolgung nachsucht» als Asylgesuch. Statistisch wird für jede Einzelperson ein Asylgesuch ausgewiesen, auch wenn mehrere Personen (Ehepartner, minderjährige Kinder) einen gemeinsamen Antrag stellen.

Geburten von Ausländerinnen, die in einem laufenden Asylverfahren stehen, und Gesuche um Familienzusammenführung von anerkannten Flüchtlingen werden in der Schweiz als Asylgesuche gezählt.

Asylbereich: Personen mit Ausweis F oder N, ohne anerkannte Flüchtlinge.

Anerkennungsquote: Anteil der positiven Entscheide (d.h. Anerkennung als Flüchtling) am Total der während des Kalenderjahres gefällten Entscheide. Die Aussagekraft dieser Quote ist jedoch beschränkt, da sie stark von administrativen Abläufen abhängt.

Tabellen:

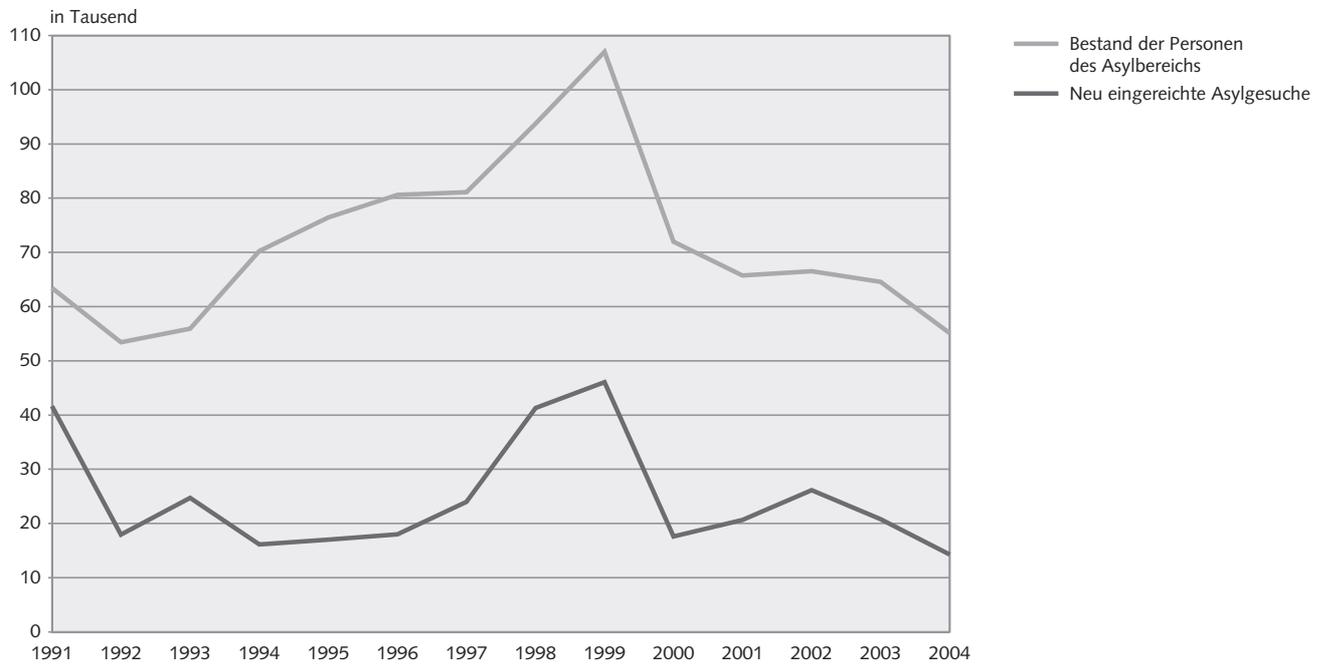
P04D, P10D, P18D, P36D
T1102D, T1109D, T1212D,
T1213D, T4104D

Quellen:

BFM/AUPER, BFS/PETRA

Bestand der Personen des Asylbereichs und neu eingereichte Asylgesuche, 1991 bis 2004

G 2.4.1

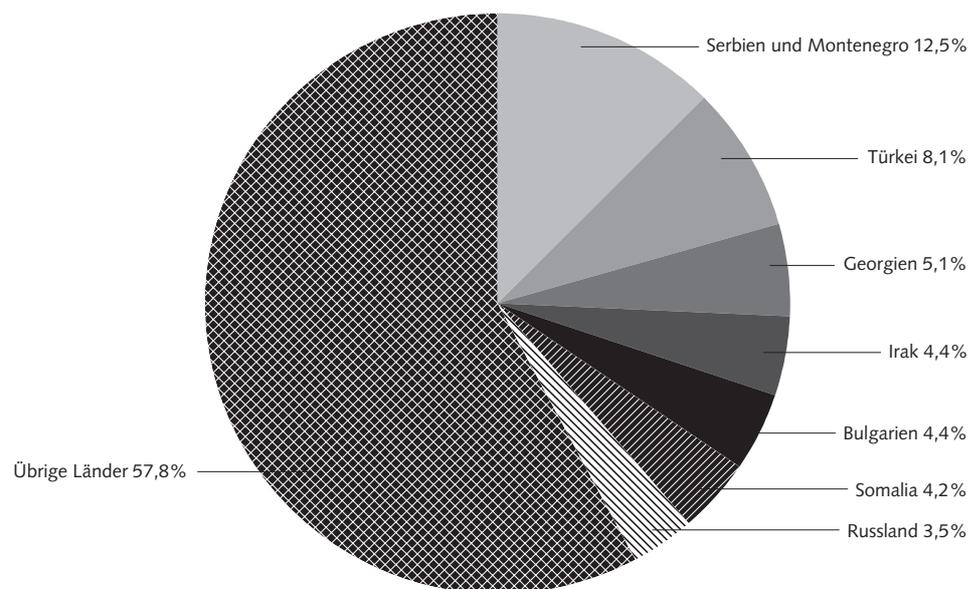


Quellen: BFM/AUPER & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Neu eingereichte Asylgesuche nach Staatsangehörigkeit der Asylsuchenden, 2004

G 2.4.2



Quelle: BFM/AUPER

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.5 Internationale Wanderungen

Die Gesamteinwanderung von Ausländern nahm 2004 gegenüber dem Vorjahr um 12,4% ab. Da die Auswanderung ebenfalls um etwa 5,5% zurückging, resultierte ein Zuwanderungsüberschuss aus dem Ausland von 38'900 Personen. Der Wanderungssaldo reduzierte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 32,0%. Zwei Drittel aller ausländischen Einwanderer kamen für einen bewilligten Aufenthalt von weniger als einem Jahr in die Schweiz.

Die Zahl der langfristigen Einwanderungen nahm 2004 gegenüber dem Vorjahr wieder ab (-6700 Personen bzw. -8,6%) und umfasste 71'200 Personen. Zusätzlich reisten 106'900 Kurzaufenthalter (-11,5%), welche sich weniger als ein Jahr in der Schweiz aufhielten, sowie 14'800 Personen aus dem Asylbereich (-31,3%) ein. Die Gesamteinwanderung nahm somit um 27'300 Personen ab (-12,4%). Zwei von drei Immigranten kamen für einen bewilligten Aufenthalt von weniger als einem Jahr in die Schweiz. Da die Auswanderungen (154'100 Personen) ebenfalls tiefer lagen als im Vorjahr (-5,5%), sank der Zuwanderungsüberschuss 2004 gegenüber dem Vorjahr um -32,0% auf 38'900 Personen (2003: 57'200).

Werden alle ausländerrechtlichen Anwesenheitsbewilligungen berücksichtigt, erreichte die jährliche Zahl der Einwanderungen 1995 einen Tiefstand. Die Zahl der ausländischen Einwanderer ist dieses Jahr tendenziell eher wieder im Absteigen und liegt aktuell bei rund 193'000 Personen. Der jährliche Anteil der für einen mehrjährigen Aufenthalt in die Schweiz einreisenden Personen an der Gesamteinwanderung der Ausländer erreichte in der Mitte der 1990er Jahren vorübergehend nahezu 50%. Anschliessend reduzierte er sich auf einen Drittel und lag 2004 bei 36,9%. Die kurzfristigen Einreisen stellten 2004 eine knappe Mehrheit dar (55,4%). Der Anteil der Asyleinwanderung überstieg 1998 und 1999 die 20%-Grenze, fiel danach jedoch auf unter 10% und betrug 2004 7,7% (Grafik G2.5.1).

Die täglichen Ein- und Ausreisen von Grenzgängern (Jahresmittel 2004: 185'500) sind für den schweizerischen Arbeitsmarkt bedeutsam. Sie gelten jedoch als internationale Pendlerbewegungen und nicht als internationale Wanderungen.

Die seit Beginn der 1990er Jahre feststellbare Tendenz zu einem grundsätzlichen Wandel in den Einwanderungsmotiven der Ausländer bestätigte sich auch 2004. Nur ein Viertel (25,0%) aller langfristigen Einwanderer kam im Rahmen der Kontingente zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz. In 42,8% aller Fälle erfolgte die Einreise aus familiären Gründen (Familiennachzug, Heirat mit Schweizer Bürgern). Diese Werte entsprechen in etwa auch den kumulierten Jahresergebnissen seit 1998 (Grafik G2.5.2).

Jährlich werden in der Schweiz um die 100'000 Personen wegen fehlender oder ungültiger Visa oder Reisedokumente an der Grenze zurückgewiesen. 2004 ging die Zahl der die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllenden Personen um 12,3% auf 88'700 zurück. Die Zahl der Aufgriffe von Asyl- und Arbeitssuchenden, die versuchten, illegal in die Schweiz zu gelangen, sank 2004 um 15,1% auf 6900. Der aktuelle Aufenthaltsort von rund 10'500 Asylsuchenden, deren Gesuche 2004 ohne weitere Rekursmöglichkeiten abgelehnt wurden und die demzufolge die Schweiz hätten verlassen müssen, war unbekannt.

Definitionen:

Langfristige Einwanderung: Personen mit einer Niederlassungsbewilligung (C) oder einer Aufenthalts-(B) bzw. Kurzaufenthaltsbewilligung (L) mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens einem Jahr oder einer vom EDA ausgestellten Anwesenheitsbewilligung.

Kurzfristige Einwanderung:

Personen mit einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als einem Jahr (Ausweis A oder L).

Asyleinwanderung: Personen mit Ausweis F oder N, ohne anerkannte Flüchtlinge.

Tabellen:

P17D
T0105D-T0107D, T1214D

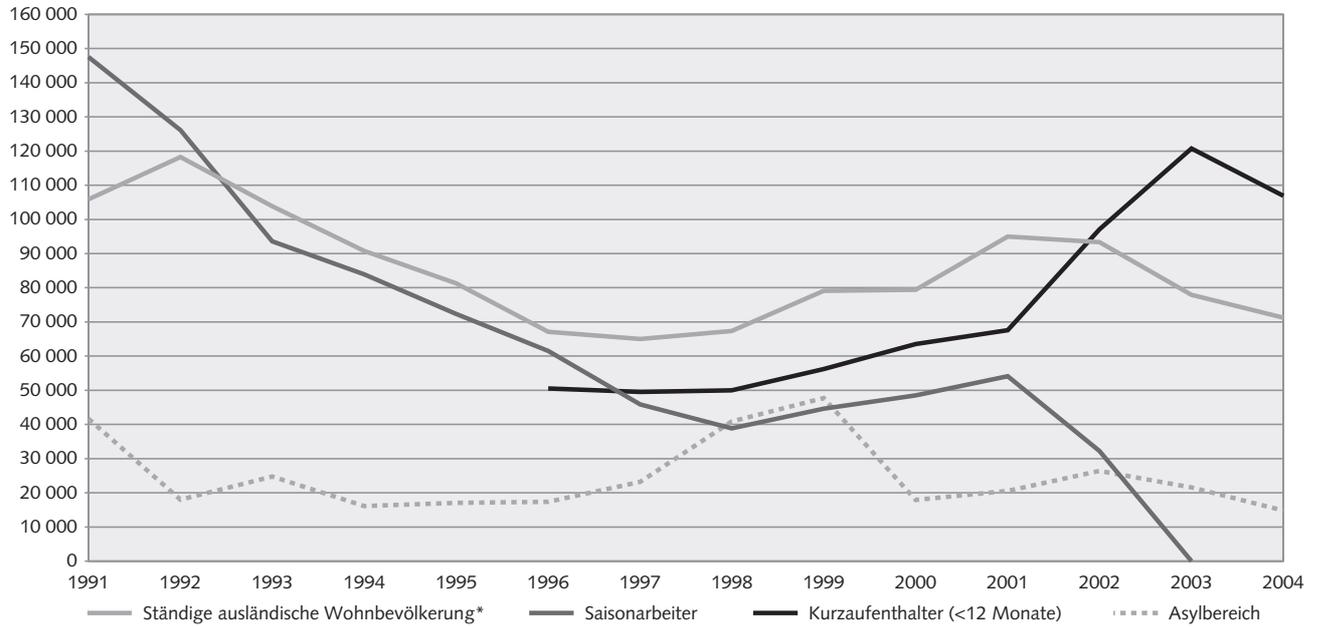
Quellen:

BFS/PETRA (teilweise eigene Schätzungen), BFM/ZAR, BFM/AUPER

2.5 Internationale Wanderungen

Einwanderung von ausländischen Staatsangehörigen nach Anwesenheitsbewilligung, 1991-2004

G 2.5.1



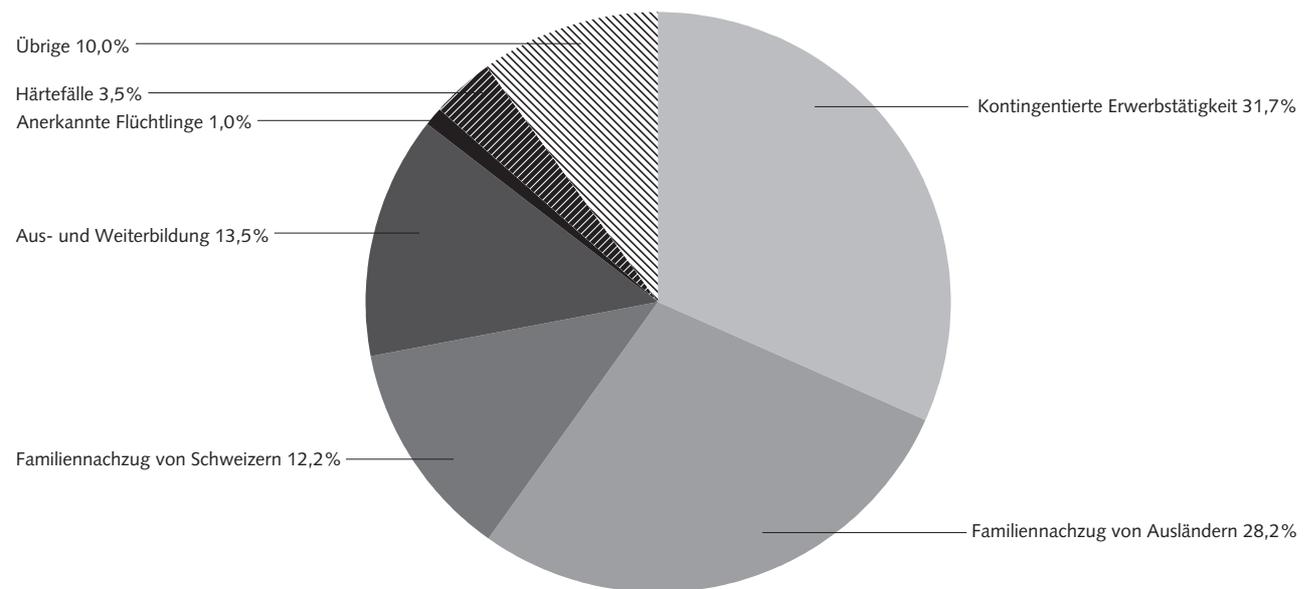
*Niedergelassene, Aufenthaltler, Kurzaufenthalter \geq 12 Monate, internationale Funktionäre

Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung* nach Einwanderungsgrund, 1998-2004 (kumuliert)

G 2.5.2



* ohne internationale Funktionäre

Quelle: BFM/ZAR

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.5 Internationale Wanderungen

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung ist mobil. Jeder 10. Ausländer wanderte 2004 in die Schweiz ein oder verliess das Land wieder. Auf 1000 Einwanderungen entfielen 525 Rückwanderungen. Unter den langfristigen Einwanderern stellten die Männer eine knappe Mehrheit (51,2%) dar. Drei Fünftel aller Immigranten waren 20-39 Jahre alt.

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung ist äusserst mobil. 2004 wanderten 153'800 Personen in die Schweiz ein oder verliessen wieder das Land. Die Migrationsziffer erreichte einen Wert von 101,7 Promille und war damit rund dreizehn Mal höher als diejenige der Schweizer Staatsangehörigen (7,8‰).

Eine besondere Bedeutung kommt nach wie vor der Rückwanderung zu – gerade auch bei Ausländern, welche auf Grund ihrer Anwesenheitsbewilligung dauerhaft oder längerfristig in der Schweiz leben könnten. Auf 1000 Einwanderungen entfielen 2004 525 Rückwanderungen. Die überwiegende Zahl dieser Auswanderer verlässt die Schweiz nach einer relativ kurzen Aufenthaltsdauer. Über die Hälfte (57,4%) aller 2004 Zurückgewanderten reiste nach einem Aufenthalt von weniger als 5 Jahren wieder aus.

Männer und Frauen sind an der langfristigen Einwanderung in die Schweiz schon seit einigen Jahrzehnten in etwa gleich grossem Ausmass beteiligt. Dies ist auf den verstärkten Familiennachzug und die Einreise von Ehepartnern von Schweizern zurückzuführen. 2004 betrug der Anteil der Männer und Frauen jeweils 51,2% und 48,8%. Wird die gesamte Einwanderung berücksichtigt, so verschiebt sich dieses Geschlechterverhältnis deutlich zu Gunsten der Männer: 2004 waren 58,6% aller Einwanderer Männer. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Männer bei den neu eingereisten Kurzaufenthaltern (63,1%) und speziell bei den Personen des Asylbereichs (76,5%) die weitaus dominierende Rolle spielen.

Die Mobilität ist generell eng mit dem Lebensalter verbunden. Die mobilste Lebensphase ist dabei das junge Erwachsenenalter. Dies gilt insbesondere auch für die internationale Wanderung. Die Immigranten sind primär jüngere Personen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren, während die Wegzuger etwas älter sind (Grafik G2.5.3).

Drei von fünf aller 2004 langfristig in die Schweiz eingewanderten Ausländer (61,8%) waren zwischen 20 und 39 Jahren alt. Bei der Auswanderung ergab sich ein ähnliches Bild: 49,5% der Auswanderer waren 20-39-jährig. Eine grössere Bedeutung kommt hier der Altersgruppe der 40-64-Jährigen zu. Sie umfasste 27,1% aller Auswanderer (im Vergleich zu lediglich 15,5% aller Einwanderer). Sowohl bei Männern als auch bei Frauen ergab sich bis und mit dem 50. Altersjahr ein Einwanderungsüberschuss (+51'400 Personen), bei den Älteren hingegen ein Aus- oder Rückwanderungsüberschuss (-3500 Personen).

Der Altersaufbau der Einwanderer ist immer erheblich jünger als der Altersaufbau der Wohnbevölkerung im Aufnahmeland (Grafik G2.5.4). Der Anteil der 20-39-jährigen Personen unter den Einwanderern lag 2004 um 34,1 Prozentpunkte über demjenigen der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz. Die starke Vertretung in dieser Altersklasse lässt die Bedeutung der Einwanderung ausländischer Staatsangehöriger für die Wohnbevölkerung der Schweiz erkennen. Ausländer sind jünger und erhöhen den Anteil an erwerbsfähigen Personen. Dazu trägt nicht zuletzt auch der intensive «Austausch» von Zu- und Wegzügen bei.

Definitionen:

Migrationsziffer: Summe der Einwanderungen und der Auswanderungen bezogen auf 1000 Personen in der Jahresmitte.

Rückwanderungsziffer: Zahl der Auswanderungen bezogen auf 1000 Einwanderungen im gleichen Kalenderjahr.

Tabellen:

P05D, P16D, P35D
T0104D, T1201D-T1210D,
T4102D

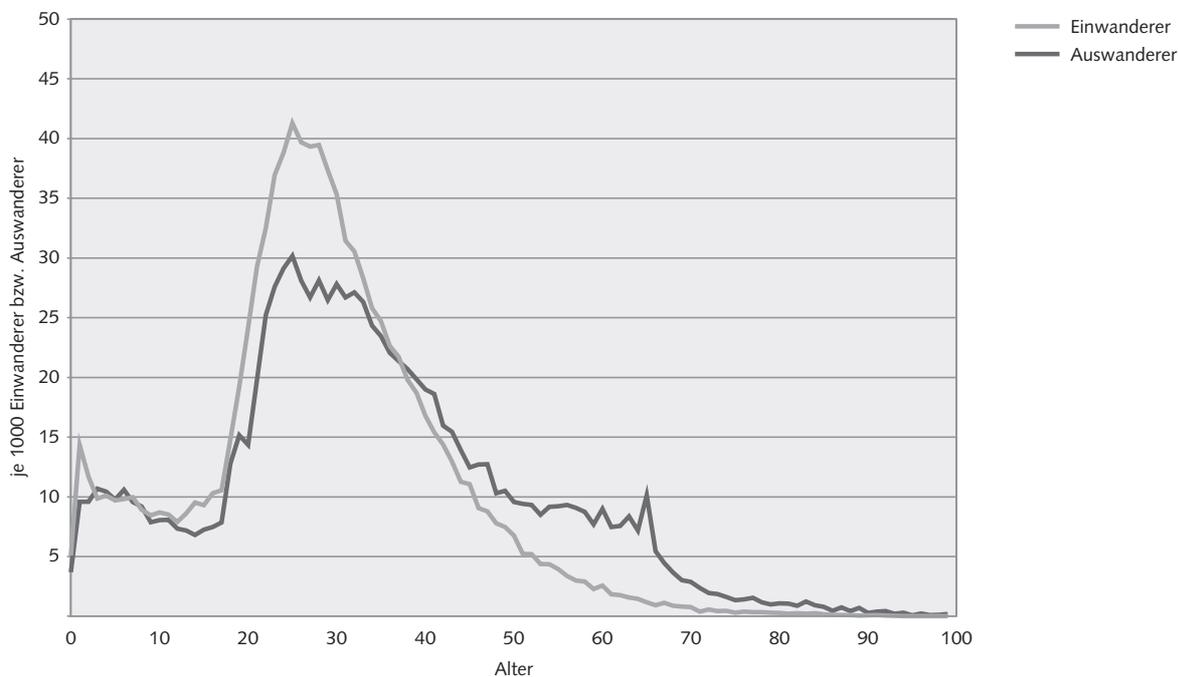
Quellen:

BFS/ESPOP, BFS/PETRA

2.5 Internationale Wanderungen

Ein- und Auswanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Alter, 2004

G 2.5.3

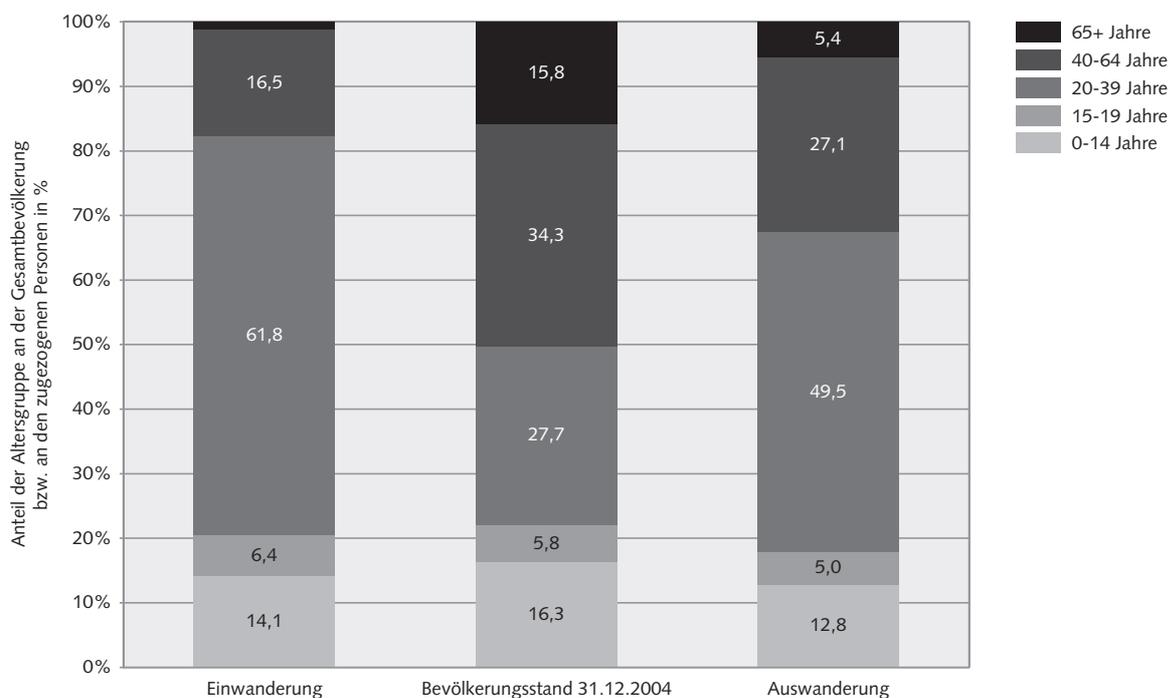


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung und Gesamtbevölkerungsstand nach Altersgruppen, 2004

G 2.5.4



Quellen: BFS/ESPOP & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.5 Internationale Wanderungen

Knapp die Hälfte der Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung entfiel 2004 auf Staatsangehörige aus Deutschland, Portugal, Frankreich, Serbien und Montenegro sowie Italien. 24,0% der Auswanderungen betrafen deutsche und italienische Staatsbürger. Italiener und Spanier verzeichneten letztes Jahr wiederum leichte Auswanderungsüberschüsse, während die EU15-Staaten als Ganzes jedoch einen gegenüber dem Vorjahr um 17,9% höheren Einwanderungsüberschuss auswiesen.

Der Grossteil des Migrationsgeschehens der Schweiz findet noch immer mit den europäischen Staaten statt. Trotzdem ist der Anteil der europäischen Staaten an der Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung seit 1991 (82,2%) um 9,6 Prozentpunkte auf 72,6% gesunken. Staatsbürger aus Deutschland, Portugal, Frankreich, Serbien und Montenegro und Italien stellen weiterhin einen Grossteil der Ausländer, die langfristig in die Schweiz einwandern, aber auch derjenigen, die aus der Schweiz wegziehen. Im Jahr 2004 machten sie 49,8% aller ausländischen Langzeit-Immigranten und 43,0% der Emigranten aus.

Unter den im Jahr 2004 in die Schweiz eingewanderten ausländischen Staatsangehörigen bildeten die Deutschen wie schon im Vorjahr das grösste Kontingent. Die Zuzüge deutscher Staatsbürger sind seit 1998 im Steigen und erreichten 2004 18'200 gegenüber 15'100 im Jahr 2003. An zweiter Stelle folgten die Einwanderer aus Portugal (13'500 Personen). Seit der Einführung des Freizügigkeitsabkommens ist die Einwanderung von portugiesischen Staatsangehörigen markant gestiegen, verzeichneten sie doch jährliche Zuwachsraten von +35,8% (2003) und +10,7% (2004). Auch die Einwanderung italienischer Staatsangehöriger (2004: 5900 Personen) ist seit 2003 wieder leicht im Ansteigen. 24,0% der Auswanderungen betrafen deutsche (12,7%) und italienische (11,4%) Staatsbürger, während insbesondere Personen aus Serbien und Montenegro weniger häufig die Schweiz wieder verlassen (Grafik G2.5.5).

2004 war die Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung aus den EU15- und EFTA-Staaten (56'200 Personen) höher als diejenige aus den Drittstaaten (44'600 Personen). Auf die gesamte Wohnbevölkerung be-

zogen war die Einwanderung von EU15- und EFTA-Staatsangehörigen wegen der starken Präsenz der erwerbstätigen Kurzaufenthalter jedoch schon immer höher als diejenige aus dem Nicht-EU15- und EFTA-Raum.

Bei Betrachtung des Saldos aus langfristigen Ein- und Auswanderungen zeigt sich, dass im Zeitraum zwischen 1998 und 2004 mit mehreren Staaten markante Ungleichgewichte bestanden: Der seit 2001 stark angestiegene Einwanderungsüberschuss der Staatsangehörigen aus den EU15- und EFTA-Ländern ist in erster Linie eine Folge des Inkrafttretens des Freizügigkeitsabkommens und der damit verbundenen erhöhten Einwanderung. Die einzelnen Mitgliedsstaaten zeigen jedoch teilweise unterschiedliche Muster: Während für italienische und spanische Staatsbürger nach wie vor Auswanderungsüberschüsse zu verzeichnen sind, kamen aus Deutschland, Frankreich und seit 2003 auch wieder aus Portugal hingegen stets mehr Zu- als Rückwanderer. Die Einwanderungsüberschüsse (jedoch mit leicht zunehmender Tendenz seit 2003) ergeben sich auch für die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und die ausser-europäischen Staaten (Grafik G2.5.6).

Definitionen:

Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung: Einwanderung von Personen mit einer Niederlassungs-, Aufenthalts-, Kurzaufenthaltsbewilligung mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens einem Jahr oder einer vom EDA ausgestellten Anwesenheitsbewilligung plus Statuswechsel und Übertritt aus dem Asylbereich.

Statuswechsel und Übertritt

aus dem Asylbereich: Erhält ein Kurzaufenthalter mit einem bewilligten Aufenthalt von weniger als 1 Jahr bzw. eine Person des Asylbereichs eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung, so wird dies statistisch als Einwanderung ausgewiesen, da es sich dabei um einen Neuzugang zur ständigen Wohnbevölkerung handelt.

Tabellen:

P05D, P16D, P35D
T0104D, T1201D-T1210D,
T4102D

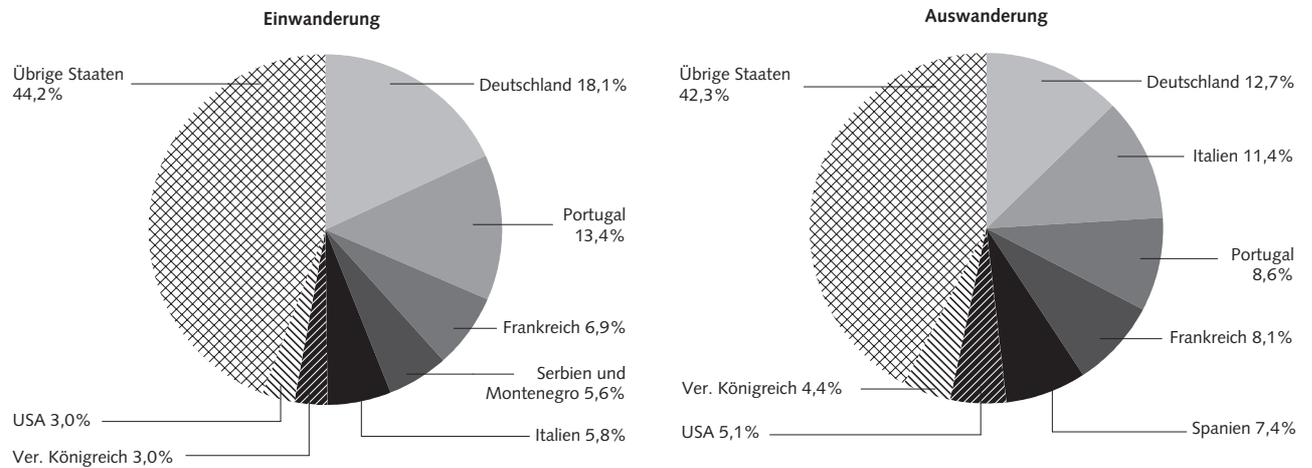
Quellen:

BFS/PETRA, BFM/ZAR

2.5 Internationale Wanderungen

Ein- und Auswanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach der häufigsten Staatsangehörigkeit, 2004

G 2.5.5

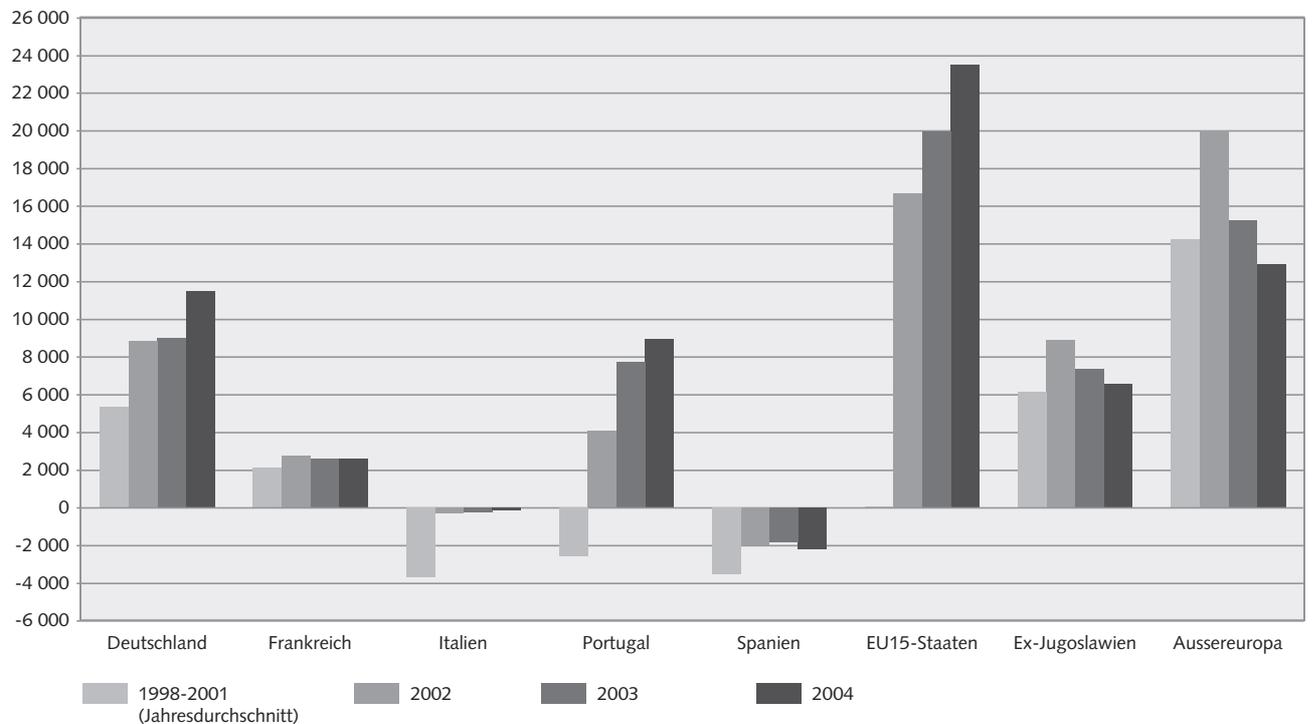


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Internationaler Wanderungssaldo der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1998-2004

G 2.5.6



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.6 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Immer mehr Ehen sind schweizerisch-ausländische Verbindungen. Mehr als ein Drittel aller 2004 geschlossenen 39'500 Ehen umfasste jeweils einen schweizerischen und einen ausländischen Partner. Immer mehr Kinder haben ausländische Eltern. 2004 besass ungefähr jedes vierte in der Schweiz geborene Kind (26,5%) eine ausländische Staatsbürgerschaft. Weitere 17,5% aller Neugeborenen hatten entweder eine Mutter oder einen Vater mit einer nicht-schweizerischen Staatsangehörigkeit.

Im Jahr 2004 hatten mehr als zwei Fünftel aller in der Schweiz Geborenen (29'700), deren Eltern verheiratet waren, einen Vater, eine Mutter oder beide Elternteile mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Die stärkste Gruppe waren dabei die Neugeborenen mit einem oder zwei Elternteilen aus Serbien und Montenegro (15,3%). An zweiter und dritter Stelle folgten die Kinder mit italienischen und deutschen Elternteilen.

Etwas weniger als die Hälfte (46,1% oder 33'700) aller Neugeborenen stammten aus Ehen zwischen zwei Schweizer Staatsangehörigen. Der Anteil der Lebendgeborenen aus binationalen oder multikulturellen Ehen ist seit 1992 um 17,0% gestiegen. 15'800 Neugeborene hatten im Jahr 2004 Eltern mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit. In rund 81,3% dieser Fälle besass ein Elternteil die schweizerische Staatsbürgerschaft.

Die Ausländerinnen sind eine demografisch junge Bevölkerung. Daher ist auch der Anteil der Frauen im reproduktiven Alter höher. Ende 2004 machten die 20-44-jährigen Frauen 49,2% der ständigen weiblichen ausländischen Wohnbevölkerung aus (im Vergleich zu 32,1% im schweizerischen Bevölkerungsteil). Das Durchschnittsalter der Frauen ausländischer Nationalität bei der Geburt ihres ersten Kindes ist mit 27,6 Jahren um fast 3 Jahre tiefer als jenes der Schweizerinnen (30,1 Jahre).

Die durchschnittliche Kinderzahl der Ausländerinnen ist insgesamt deutlich höher als diejenige der Schweizerinnen (Grafik G2.6.1). 2004 lag die zusammengefasste Geburtenziffer für die Ausländerinnen bei 1,9 und Schweizerinnen bei 1,3; das ergibt für die Schweiz 1,4.

Die Entwicklung der Heiraten deutet ebenfalls auf die zunehmende Multikulturalität der Wohnbevölkerung in der Schweiz hin, die sich in gemischtnationalen Ehepaaren ausdrückt. Zugenommen haben 2004 die gemischtnationalen Heiraten (Grafik G2.6.2). 14'000 Ehen zwischen einem schweizerischen und ausländischen Partner wurden in der Schweiz geschlossen, damit war jede dritte Heirat (35,5%) eine schweizerisch-ausländische Verbindung. Hinzu kamen 4800 Heiraten zwischen Ausländern – jeweils gleicher oder unterschiedlicher Nationalität – so dass bei rund 48 von 100 Ehen mindestens ein Partner Ausländer war. Diese Entwicklung ist neben der im Allgemeinen höheren Heiratshäufigkeit der Ausländer ebenfalls auf die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung im heiratsintensiven Alter zurückzuführen.

In derselben Zeitspanne hat der Anteil der Eheschliessungen zwischen Schweizer Männern und Frauen an den Heiraten insgesamt seit 1990 von 68% auf 52,3% im Jahr 2004 abgenommen. Anteilsmässig leben jedoch mehr schweizerische als ausländische Staatsangehörige in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften zusammen.

Definitionen:

Zusammengefasste Geburtenziffer (ZGZ): Durchschnittliche Anzahl Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens zur Welt bringen würde, wenn die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Kalenderjahres bis zum Ende des Gebärfähigkeitsalters der Frau konstant blieben.

Basis: Meldungen der kommunalen Zivilstandsämter. Es werden nur jene Heiraten, Geburten und Todesfälle gezählt, bei denen die massgebende Person einen ständigen Wohnsitz in der Schweiz hat. Im Ausland erfolgte Geburten und Heiraten von in der Schweiz ständig wohnhaften Ausländern sind jedoch grösstenteils nicht enthalten.

Folgende Personen sind massgebend für die Bestimmung des ständigen Wohnsitzes in der Schweiz:

Bei Heirat: Ehemann, unabhängig vom Wohnsitz der Ehefrau vor der Heirat bzw. Ehefrau, wenn der Ehemann zum gleichen Zeitpunkt keinen ständigen Wohnsitz in der Schweiz hatte.
Bei Geburt: Mutter (Wohnsitz zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes).

Tabellen:

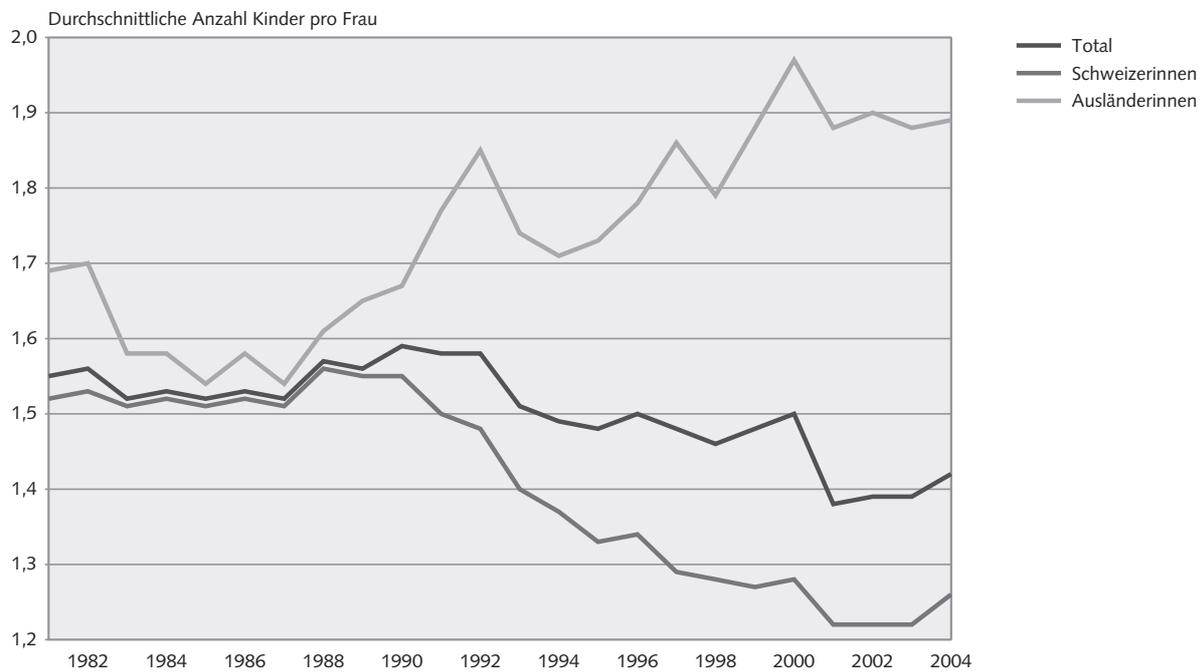
P07D, P19D-P23D
T0108D-T0110D, T0112D,
T1301D- T1308D

Quelle:

BFS/BEVNAT

2.6 Natürliche Bevölkerungsbewegung

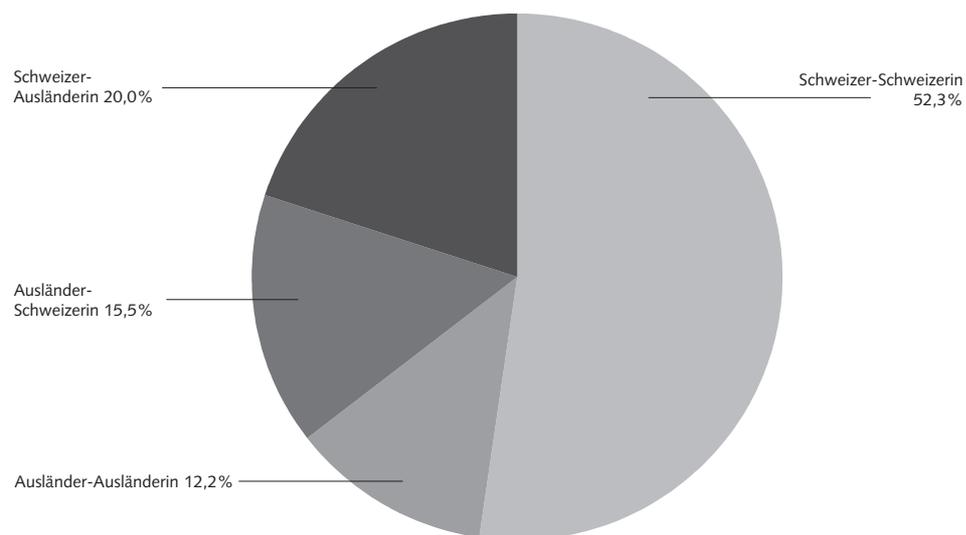
Zusammengefasste Geburtenziffer nach Staatsangehörigkeit, 1981-2004 G 2.6.1



Quellen: BFS/BEVNAT & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Heiraten nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 2004 G 2.6.2



Quellen: BFS/BEVNAT & BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.7 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts

Im Jahr 2004 erwarben 35'700 Ausländer das Schweizer Bürgerrecht. Diese Zahl ist 0,7% höher als im Vorjahr. Nur 2,4% in der Schweiz lebenden Ausländern erwarben das einheimische Bürgerrecht – ein im internationalen Vergleich relativ niedriger Prozentsatz. Jeder zweite Aufenthaltler und Niedergelassene würde jedoch die bestehenden Einbürgerungsbestimmungen erfüllen.

Die Zahl der Eingebürgerten war 2004 mit 35'700 Personen um 0,7% höher als im Vorjahr. Trotzdem hat sich die Zahl der jährlichen Neubürger im Vergleich zu 1991 (8800 Eingebürgerte) mehr als vervierfacht. Dieser seit 2000 deutlich sichtbare Aufwärtstrend erklärt sich grösstenteils durch die Aufarbeitung alter Pendenzen in den Kantonen. Weitere Gründe für die Zunahme der jährlichen Zahl der Eingebürgerten sind die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens in verschiedenen Kantonen sowie der Umstand, dass immer mehr Ausländer immer länger in der Schweiz leben. Seit 1993 kompensieren die Einbürgerungen auf Seiten der Schweizer Staatsangehörigen den Auswanderungsüberschuss, welcher grösser ist als der Geburtenüberschuss, und verhindern damit eine Abnahme der Wohnbevölkerung schweizerischer Nationalität.

Nach der früheren Staatsangehörigkeit betrachtet, waren die Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro (7900 Personen) am zahlreichsten, gefolgt von Staatsangehörigen aus Italien (4200), der Türkei (3600) und Bosnien und Herzegowina (2400) (Grafik G2.7.1). Europäer stellten mit 27'700 Einbürgerungen den grössten Anteil, von ihnen stammten zwei Drittel (67,1%) jedoch aus nicht EU15- und EFTA-Staaten.

Bezogen auf die ständige Wohnbevölkerung ergaben sich für 2004 die folgenden rohen Einbürgerungsziffern: Relativ hohe Einbürgerungsziffern haben Personen aus Asien und Lateinamerika (je 4,4%) sowie aus Afrika (4,2%). Einbürgerungsziffern, welche dem Schweizer Mittel (2,4%) entsprechen, verzeichneten ehemalige Staatsangehörige aus Australien, Lettland, Estland und China. Personen aus europäischen Ländern, welche nicht der EU15- und EFTA angehören, liessen sich häufiger einbürgern, so z.B. Staatsangehörige aus Bosnien und Herzegowina (5,2%), Albanien (5,0%), Russland (4,7%) und aus der Türkei (4,6%). Teilweise deutlich unter dem Schweizer Mittel liegen im Allgemeinen Staatsangehörige der EU15- und EFTA-Staaten, insbesondere Personen aus Österreich (0,5%), Norwegen (0,4%) und Dänemark (0,3%).

Bei den Einbürgerungen kann nach Nationalitätengruppen entweder eine weibliche oder eine männliche Dominanz festgestellt werden. Bei den eingebürgerten Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Afrika dominieren die Männer, während es bei den Personen aus Nordosteuropa, Asien und Lateinamerika eher die Frauen sind (Grafik G2.7.2).

Definitionen:

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts: Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit durch eine Person, welche zuvor Staatsbürger eines anderen Landes oder staatenlos war. Es werden fünf Arten des Erwerbs des Schweizer Bürgerrechts unterschieden: (1) **Ordentliche Einbürgerung**, betrifft in der Regel ausländische Staatsangehörige, welche seit zwölf Jahren (davon drei in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches) in der Schweiz wohnen, wobei die zwischen der Vollendung des 10. und des 20. Lebensjahres in der Schweiz vollbrachten Jahre doppelt gezählt werden

(2) **Erleichterte Einbürgerung**, die insbesondere für ausländische Ehepartner eines schweizerischen Staatsangehörigen sowie ausländische Kinder eines schweizerischen Vaters besteht, der mit der Mutter nicht verheiratet ist (3) **Wiedereinbürgerung** für Personen, die das Schweizer Bürgerrecht verloren haben (durch Verwirkung, Heirat oder Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht),

(4) **Feststellung des Schweizer Bürgerrechts** bei Personen, von denen fälschlicherweise angenommen wurde, dass sie lediglich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder staatenlos sind, (5) für ein unmündiges ausländisches Kind: Adoption durch einen Schweizer Bürger bzw. eine Schweizer Bürgerin.

Das Schweizer Bürgerrecht beruht auf dem Prinzip des «ius sanguinis» und kann automatisch nur durch Abstammung (schweizerischer Elternteil) erworben werden.

Rohe Einbürgerungsziffer:

Zahl der in einem bestimmten Kalenderjahr das Schweizer Bürgerrecht erwerbenden Personen je 100 ausländische Aufenthaltler und Niedergelassene am Anfang des gleichen Kalenderjahres.

Basis:

nur in der Schweiz wohnhafte Personen.

Tabellen:

P06D, P24D
T0111D, T1401D-T1407D,
T4103D

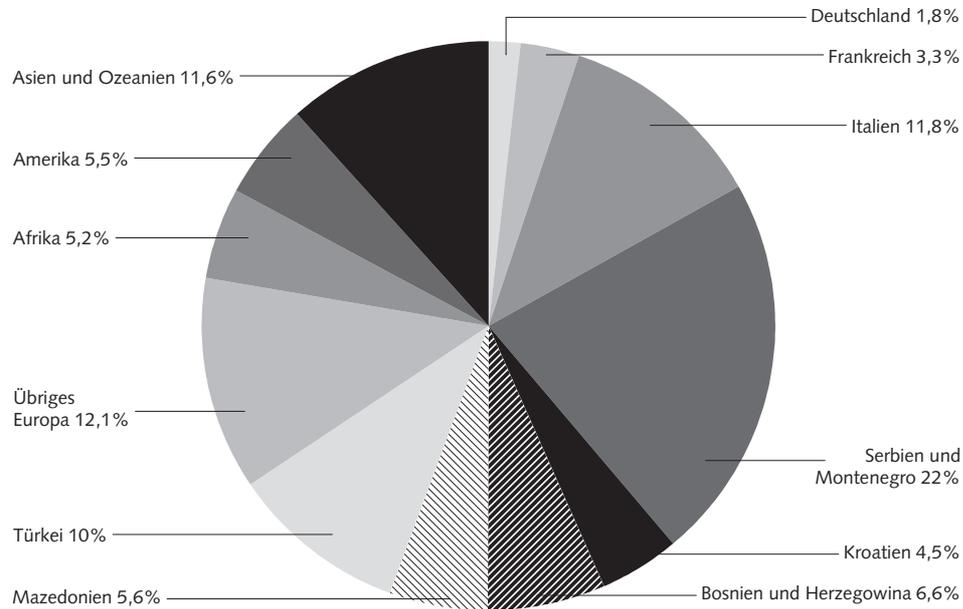
Quelle:

BFS/PETRA

2.7 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach ehemaliger Staatsangehörigkeit, 2004

G 2.7.1

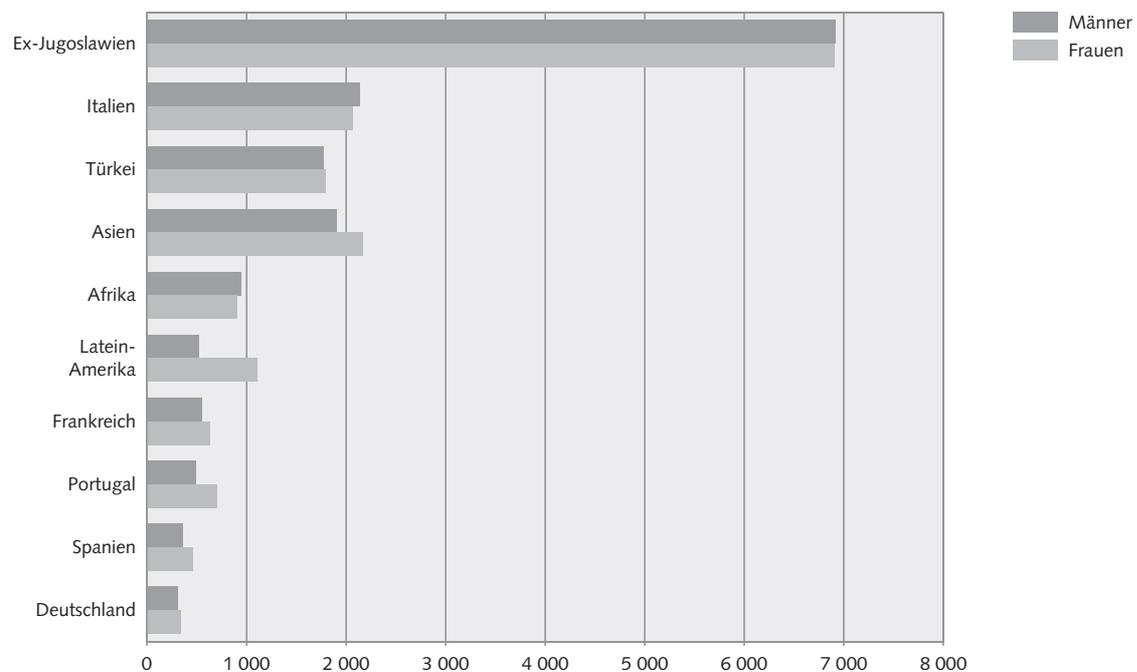


Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Geschlecht und ehemaliger Staatsangehörigkeit, 2004

G 2.7.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.8 Ausländer aus der Europäischen Union

Die Mehrheit der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz stammt aus den EU15- und EFTA-Staaten. Aus den zehn neuen EU-Mitgliedsländern stammten 2004 lediglich 1,3% der ausländischen Bevölkerung. 2004 war die Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung aus den EU15- und EFTA-Staaten wieder höher als diejenige aus den Drittstaaten.

Die Bürger der EU15- und EFTA-Mitgliedsstaaten bildeten die grösste Gemeinschaft der ausländischen Wohnbevölkerung der Schweiz (Grafik G2.8.1). Eine knappe Mehrheit der Ausländer (55,5% bzw. 909'900 Personen) stammt nach wie vor aus einem jener Länder. Mit 307'700 Personen bzw. 33,8% aller Staatsangehörigen aus EU15- und EFTA-Staaten waren die Personen aus Italien die stärkste Einzelnationalität, gefolgt von denjenigen aus Portugal (211'300) und Deutschland (173'300), welche damit 19,0% bzw. 18,0% dieser spezifischen Bevölkerung ausmachten.

Ende 2004 lebten 21'100 Personen, davon waren 60,5% Frauen, aus den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten in der Schweiz. Nach individuellen Nationalitäten betrachtet, lag Polen an der Spitze mit 5700 Staatsangehörigen (26,8% aller «neuen» EU-Bürger), gefolgt von der Tschechischen Republik (4100 bzw. 19,3%) und Ungarn (4000 bzw. 19,1%).

Seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens ist die Zahl der Italiener (-1,4%) und Spanier (-3,3%) nach wie vor leicht rückläufig. Hingegen stieg die Zahl der Staatsangehörigen aus Deutschland, Portugal (je +8,5%), Frankreich (+3,3%) und Österreich (+1,1%) gegenüber 2003 deutlich an.

2004 war die Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung aus den EU15- und EFTA-Staaten (56'200 Personen) wieder höher als diejenige aus den übrigen Staaten (44'600 Personen). Im Gegensatz zu den Jahren 1995-1999, die von einem Auswanderungsüberschuss geprägt waren, wurde 2004 wiederum ein positiver Wanderungssaldo aus den EU15- und EFTA-Staaten von insgesamt 23'600 Personen registriert (+18,3% gegenüber 2003). Betrachtet man den Wanderungssaldo etwas detaillierter, sind markante Unterschiede nach Nationalität festzustellen (Grafik G2.8.2). Der anhaltende Auswanderungsüberschuss der Staatsangehörigen gewisser EU15- und EFTA-Länder ist im Wesentlichen das Ergebnis der starken Rückwanderung nach Italien und Spanien, zwei der ehemals traditionellen Herkunftsländer von Arbeitsmigration. Aus anderen EU15-Mitgliedsstaaten, wie z.B. Portugal, Deutschland und Frankreich, kamen als Folge der Einführung der Personenfreizügigkeit hingegen mehr Zu- als Rückwanderer.

Definitionen:

Zu den **EU-15-Mitgliedsstaaten** Stand vor der EU-Erweiterung am 1.5.2004) gehören Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Die **zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten** (Beitritt am 1.5.2004) sind die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

Zu den **EFTA-Mitgliedsstaaten** gehören Island, Liechtenstein und Norwegen.

Das seit dem 1. Juni 2002 geltende Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über den freien Personenverkehr gilt gegenwärtig für Staatsangehörige aus den EU-15- und den EFTA-Mitgliedsstaaten.

Basis:

Bevölkerungsstand: Wohnbevölkerung.

Ein- und Auswanderung: ständige Wohnbevölkerung.

Tabellen:

P02D, P09D, P10D, P14D, P16D

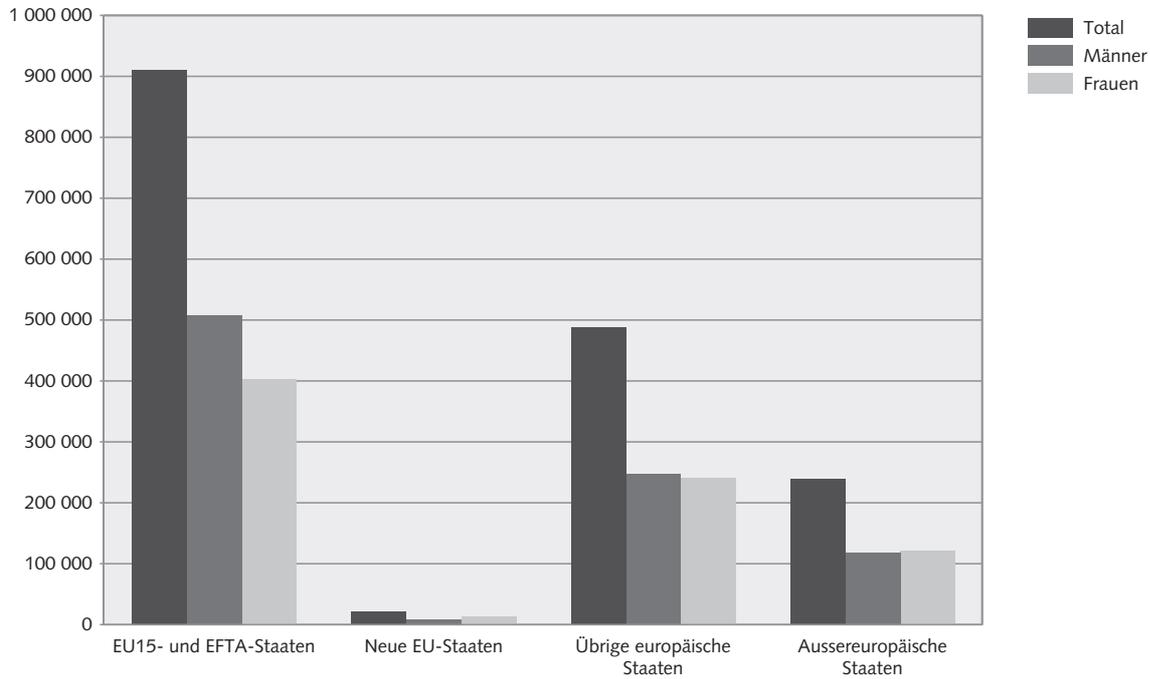
T1104D-T1108D, T1115D, T1117D-T1119D, T1122D, T1201D-T1203D, T1207D-T1210D

Quellen:

BFS/PETRA, BFM/ZAR

2.8 Ausländer aus der Europäischen Union

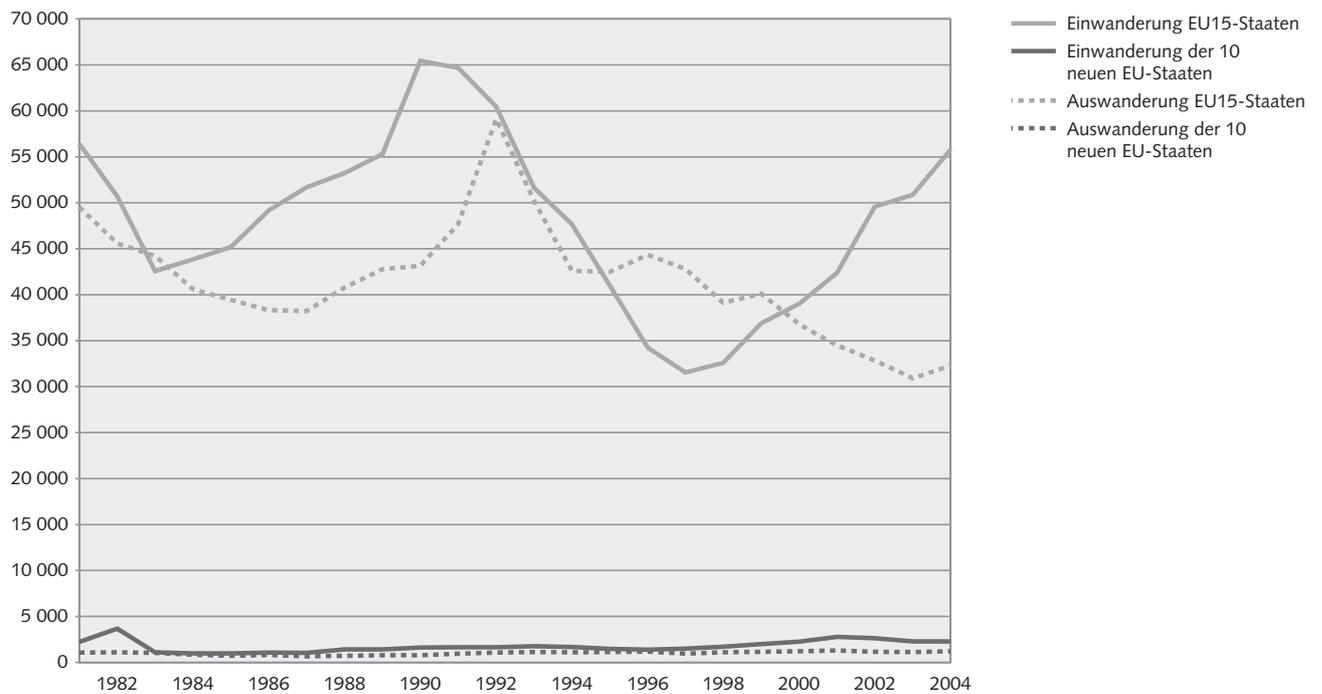
Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeitsgruppen, 2004 G 2.8.1



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Ein- und Auswanderung von EU-Staatsangehörigen, 1981-2004 G 2.8.2



Quelle: BFS/PETRA

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.9 Internationaler Vergleich

Derzeit gibt es weltweit etwa 175 Millionen internationale Migranten. Rund 3 Prozent der Weltbevölkerung leben ausserhalb des Landes, in dem sie geboren wurden. Innert 25 Jahren hat sich die Zahl der Migranten weltweit verdoppelt. Kein Land kann sich dem Phänomen Migration entziehen, das vielfältige Ursachen hat: politische, wirtschaftliche, familiäre, gesundheitliche und andere mehr.

Fast 175 Millionen Menschen leben heute nicht mehr in ihrem Geburtsland. Damit hat sich die Zahl der Migranten gegenüber 1960 (75 Millionen) mehr als verdoppelt. Da sich im gleichen Zeitraum auch die Weltbevölkerung nahezu verdoppelt hat, ist der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung hingegen nur von 2,5% auf 2,9% gestiegen. Jeder 35. Mensch auf der Welt ist ein internationaler Migrant. Heute halten sich 60% der Migranten in den hoch entwickelten Regionen und 40% in den Entwicklungsschwächsten Regionen der Welt auf.

Insgesamt ist Europa mit 56 Millionen weltweit die Region mit den meisten Migranten, gefolgt von Asien (50 Millionen) und Nordamerika (41 Millionen). Nahezu jede zehnte in einem Industrieland lebende Person ist ein Migrant. An der Spitze der Länder mit der grössten Anzahl von Migranten stehen die Vereinigten Staaten (35 Millionen) und Russland (13,3 Millionen), gefolgt von Deutschland (7,3 Millionen), der Ukraine (6,9 Millionen), Frankreich und Indien (je 6,3 Millionen). In diesen sechs Staaten leben zwei Fünftel aller internationalen Migranten. Mit 1,6 Millionen im Ausland geborener Personen ist die Schweiz die Heimat von einem Prozent aller weltweiten Migranten (Grafik G2.9.1).

Gemessen an der Gesamtbevölkerung zeigt die Rangliste der Länder mit den höchsten Migrantenanteilen ein anderes Bild (Grafik G2.9.2). Die arabischen Golfstaaten sowie Gabun verdanken ihre hohen Ausländeranteile der Erdölindustrie. Als traditionelle Einwanderungsländer weisen die

Schweiz (2004: 21,8%), Luxemburg, Australien, Neuseeland und Kanada hohe Anteile im Ausland geborener Personen auf. Die grossen Migrantenanteile in Estland, Lettland und Kasachstan sind auf die hohe Anzahl von Russen zurückzuführen, die in diesen Staaten leben.

Die wichtigsten Zielregionen von Migranten sind heute die Industrieländer. Zwischen 1960 und 2000 stieg die Zahl der internationalen Migranten in Australien, Neuseeland, Japan, Europa, Nordamerika und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion um 78 Millionen, während die Zahl der Migranten in den weniger entwickelten Regionen einzig um 27 Millionen zunahm. Die wichtigsten Auswanderungsländer sind ausnahmslos Entwicklungsländer, an der Spitze lagen zwischen 1970 und 1995 Mexiko (6 Millionen), Bangladesch und Afghanistan (je 4,1 Millionen). Die wichtigsten Einwanderungsländer sind umgekehrt nicht ausschliesslich Industrienationen. Neben den Vereinigten Staaten (16,7 Millionen) und Russland (4 Millionen) waren Saudi-Arabien (3,4 Millionen) und Indien (3,3 Millionen) zwischen 1970 und 1995 die Länder mit der grössten Anzahl von Einwanderern.

Definitionen:

Die UNO definiert *Migranten* als Menschen, die ausserhalb des Landes leben, in dem sie geboren wurden (= im Ausland geborene Personen).

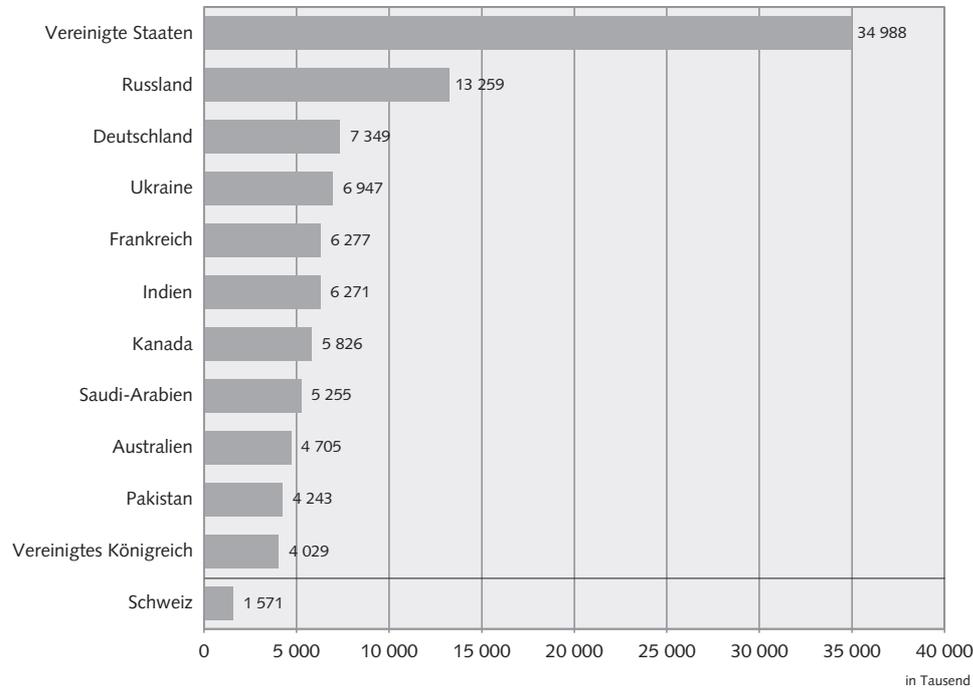
Quelle:

UNO, IOM

2.9 Internationaler Vergleich

Staaten mit der höchsten Anzahl Migranten, 2000

G 2.9.1

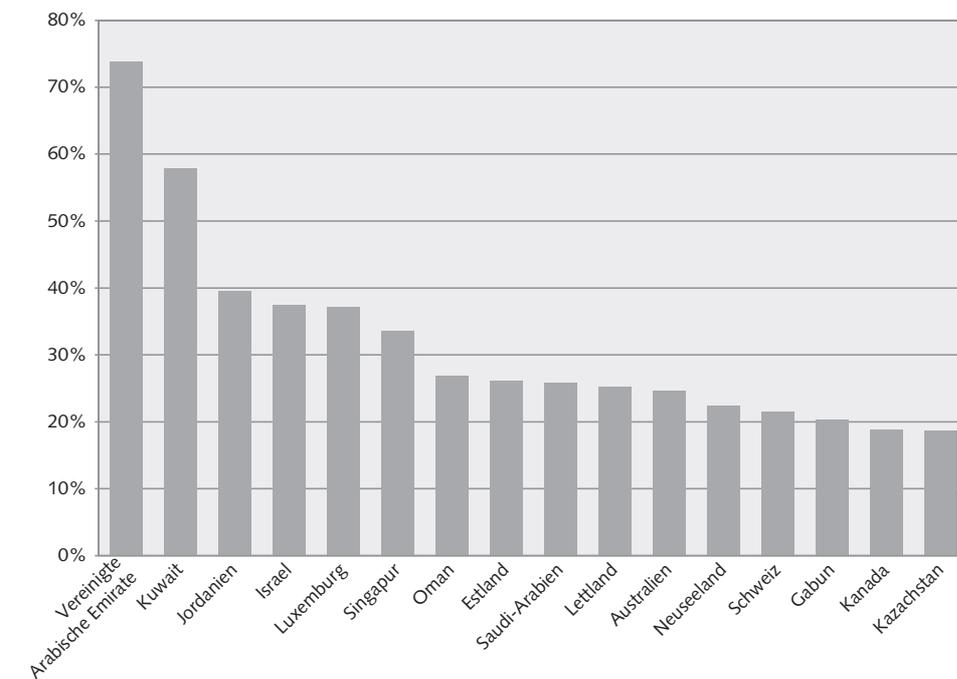


Quelle: United Nations (2002)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Staaten mit dem höchsten Migrantenanteil, 2000

G 2.9.2



Quelle: United Nations (2002)

© Bundesamt für Statistik (BFS)

2.9 Internationaler Vergleich

Durch das Zusammenwirken verschiedener politischer und Migrationsfaktoren gehört die Schweiz zu den europäischen Ländern, die gemessen an ihrer Bevölkerung am meisten ausländische Staatsbürger beherbergen. In Westeuropa weisen einzig Luxemburg und Liechtenstein höhere Ausländeranteile auf.

In allen Ländern Westeuropas hat die Zuwanderung in den letzten Jahren zugenommen. Im Jahr 2002 nahm Deutschland in absoluten Zahlen mit 658'300 ausländischen Staatsangehörigen am meisten Migranten auf. Die Schweiz (105'000 Personen) belegte den vierten Platz nach Spanien mit 443'100 und dem Vereinigten Königreich mit 418'200 zugewanderten Personen (Grafik G2.9.4).

Die Schweiz gehört zu denjenigen Ländern, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl am meisten Ausländer beherbergen. Von allen EU15 und EFTA-Staaten wiesen 2003 einzig Luxemburg (38,6%) und Liechtenstein (34,4%) höhere Quoten auf. In den übrigen Ländern betrug der Anteil der ausländischen Personen an der Wohnbevölkerung weniger als 10%. Extrem niedrige Ausländeranteile verzeichneten Finnland und Portugal mit 2,0% bzw. 2,2% (Grafik G2.9.3).

Nach Staatsangehörigkeit ihrer ausländischen Bevölkerung betrachtet sind Luxemburg, Belgien, Irland (ein Sonderfall auf Grund der überwiegend britischen Zugewanderten) und die Schweiz Länder, in denen die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung aus dem EU15-Raum stammt. In allen übrigen Ländern stammt die ausländische Wohnbevölkerung hauptsächlich aus südosteuropäischen oder nicht-europäischen Ländern, vor allem aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Marokko und Algerien.

Europaweit wurden 2003 im Vereinigten Königreich und in Frankreich am meisten Asylgesuche eingereicht (60'000 bzw. 51'900). Die Schweiz ist jedoch immer noch eines der westeuropäischen Länder, das gemessen an der Gesamtbevölkerung am meisten Asylsuchende aufnimmt. Im Jahr 2003 entfielen 278 Asylgesuche auf 100'000 Einwohner, womit die Schweiz nach Zypern, Österreich, Norwegen, Schweden und Luxemburg den sechsten Platz einnahm.

Was die Einbürgerungen betrifft belegt die Schweiz europaweit einen Platz im unteren Mittelfeld. Seit 2000 erwerben in der Schweiz jährlich nur etwa 2,3 von 100 ausländischen Staatsangehörigen das nationale Bürgerrecht. Die Schweiz verzeichnet somit eine rohe Einbürgerungsziffer, welche etwa auf dem Niveau von Dänemark, Deutschland und Finnland liegt. Mit Einbürgerungsziffern höher als 6% wird hingegen in Schweden, Ungarn, Lettland, Slowakei und Slowenien vergleichsweise viel häufiger eingebürgert.

Bemerkung:

Internationale Definitionen sind nur bedingt vergleichbar, da sich die Kriterien der Datenregistrierung (berücksichtigte bzw. ausgeschlossene Ausländerkategorien) von Land zu Land unterscheiden.

Tabellen:

P37D-P39D
T4101D-T4104D

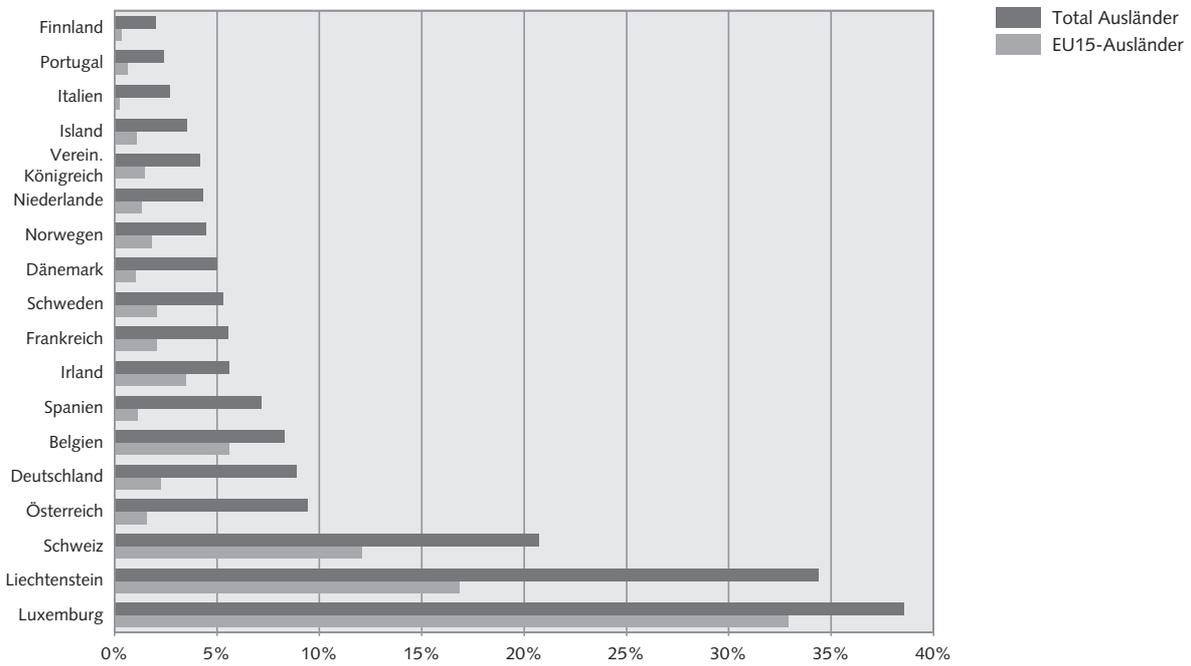
Quellen:

BFS/PETRA, BFS/ESPOP,
Eurostat

2.9 Internationaler Vergleich

Ausländeranteil in verschiedenen Staaten Europas, um 2003

G 2.9.3

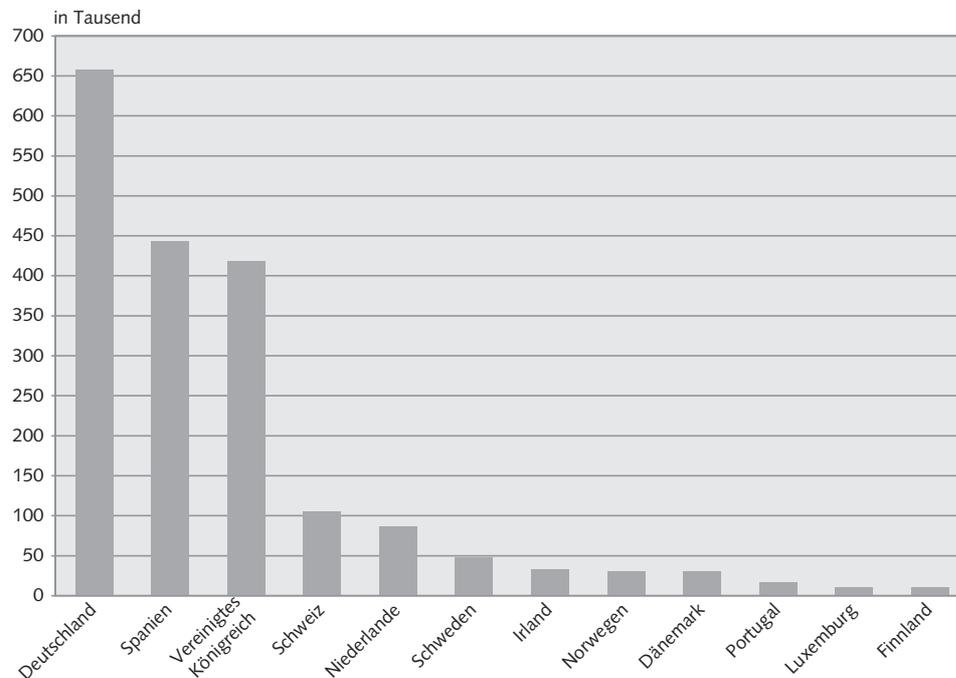


Quelle: Eurostat

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Einwanderung von ausländischen Staatsangehörigen in verschiedene Staaten der EU und in die Schweiz, 2002

G 2.9.4



Quelle: Eurostat

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3 Arbeitsmarkt und Bildung

3.1 Erwerbstätigkeit: Übersicht

Mitte 2004 zählte die Schweiz 1,053 Millionen ausländische Erwerbstätige. Jede vierte erwerbstätige Person stammt somit aus dem Ausland. Die ausländischen Arbeitskräfte unterscheiden sich hinsichtlich verschiedener Strukturmerkmale von den schweizerischen: Sie sind häufiger männlich, jünger, fast ausschliesslich Arbeitnehmende und im zweiten Sektor überdurchschnittlich stark vertreten. Die Merkmale der ausländischen Erwerbstätigen variieren zudem je nach Herkunftsland. Von 2003-2004 nahm die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen zu, während jene der schweizerischen leicht sank.

Per Jahresmitte 2004 gingen 1,053 Millionen Ausländer in der Schweiz während mindestens einer Stunde pro Woche einer beruflichen Aktivität nach. Sie machten damit 25,2% der erwerbstätigen Bevölkerung aus, die insgesamt 4,176 Millionen Personen zählte. Ein Grossteil der ausländischen Arbeitskräfte sind Niedergelassene (55,3%), rund ein Fünftel Aufenthaltler (21,6%). Grenzgänger machen 16,8%, Kurzaufenthalter 5,3% und die übrigen Gruppen (darunter die Personen aus dem Asylbereich) 1,1% der ausländischen Erwerbstätigen aus (Grafik G3.1.1).

Der Frauenanteil unter den ausländischen Erwerbstätigen beträgt 38,5%. Er liegt damit acht Prozentpunkte unter demjenigen der Schweizerinnen (46,4%). Die Verteilung nach Geschlecht variiert zudem je nach Bewilligungstyp. Die ausländischen Arbeitskräfte sind deutlich jünger als ihre Schweizer Kolleginnen und Kollegen: Mitte 2004 waren 58,3% der Ausländer weniger als 40 Jahre alt, bei den Schweizern dagegen nur 45,8%. Die ausländischen Erwerbstätigen sind im zweiten Sektor überdurchschnittlich stark vertreten. Fast ein Drittel von ihnen (32,2%) gingen einer Arbeit in diesem Sektor nach, verglichen mit einem Fünftel (20,7%) der Schweizer. Mit Anteilen von 66,4% bzw. 1,4% waren sie dafür im Dienstleistungssektor und im primären Sektor untervertreten (Schweizer: 74,7% bzw. 4,6%).

Teilzeitarbeit ist bei den Ausländern weniger verbreitet als bei den schweizerischen Erwerbstätigen. Per Jahresmitte 2004 arbeiteten 22,9% der ausländischen und 33,9% der schweizerischen Erwerbstätigen Teilzeit. Diese Differenz ist hauptsächlich auf die Unterschiede bei den Frauen zurückzuführen. Während die Mehrheit der erwerbstätigen Schweizerinnen (59,2%) Teilzeit arbeitete, traf dies nur auf 46,9% der erwerbstätigen Ausländerinnen zu. Die Ausländer waren fast ausschliesslich als Arbeitnehmende (95,6%) tätig, wobei keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen. Nur wenige von ihnen (4,4%)

übten Mitte 2004 eine berufliche Tätigkeit als Selbständig-erwerbende oder mitarbeitende Familienmitglieder aus (Schweizer: 13,7%).

Die Merkmale der Erwerbstätigen unterscheiden sich je nach Herkunftsland. Innerhalb der ständigen Wohnbevölkerung sind die Erwerbstätigen aus dem südeuropäischen Raum im Vergleich zu den Nord- und Westeuropäern im sekundären Sektor überdurchschnittlich stark vertreten. Die Gliederung nach der Herkunftsregion fördert auch beträchtliche Gegensätze beim Bildungsstand zu Tage (Grafik G3.1.2). 48,2% der Südeuropäer und 54,8% der Erwerbstätigen aus den westlichen Balkanländern verfügten über keine nachobligatorische Ausbildung (Schweizer 15,7%). Umgekehrt verfügt die Mehrheit der ausländischen Erwerbstätigen aus Nord- und Westeuropa (56,5%) sowie ein grosser Teil der Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern (46,7%) über eine Tertiärausbildung (Schweizer: 28,1%).

Gegenüber dem Vorjahr (Jahresmitte 2003) nahm die Zahl der schweizerischen Erwerbstätigen leicht ab (-0,1%), während jene der ausländischen Erwerbstätigen trotz der ungünstigen Wirtschaftslage um 1,0% zunahm. Die standardisierte Erwerbstätigenquote war bei den Ausländerinnen und Ausländern per Jahresmitte 2004 nach wie vor höher als bei den Schweizern (67,2% gegenüber 63,7%). Diese Differenz zwischen den Erwerbstätigenquoten der beiden Bevölkerungsgruppen ist leicht zu erklären: Viele Ausländer kehren nach Beendigung ihrer Berufslaufbahn in der Schweiz in die Heimat zurück. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren ist deshalb bei den ausländischen Staatsangehörigen deutlich kleiner als bei den Schweizern. Betrachtet man dagegen nur die Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre), ist die Erwerbstätigenquote der Schweizer (78,9%) höher als jene der Ausländer (72,2%).

Definitionen:

Nationalitätengruppen:

Nord- und Westeuropa:
Deutschland, Österreich, Frankreich, Benelux, Dänemark, Vereinigtes Königreich, Irland, Schweden, Finnland, Norwegen, Island, Liechtenstein, Monaco; Südeuropa:
Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Vatikanstadt, San Marino, Andorra;

Neue EU-Mitgliedstaaten:

Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei
Westliche Balkanländer:
Serbien und Montenegro (inkl. Kosovo), Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Albanien;
EU-Beitrittskandidaten:
Bulgarien, Rumänien, Türkei.

Standardisierte Erwerbs-

tätigenquote: Anteil der Erwerbstätigen an der ständigen Wohnbevölkerung gemessen.

Basis:

Erwerbstätige Bevölkerung nach dem Inlandkonzept / ständige Wohnbevölkerung

Tabellen:

P25D, P26D
T2101D-T2110D

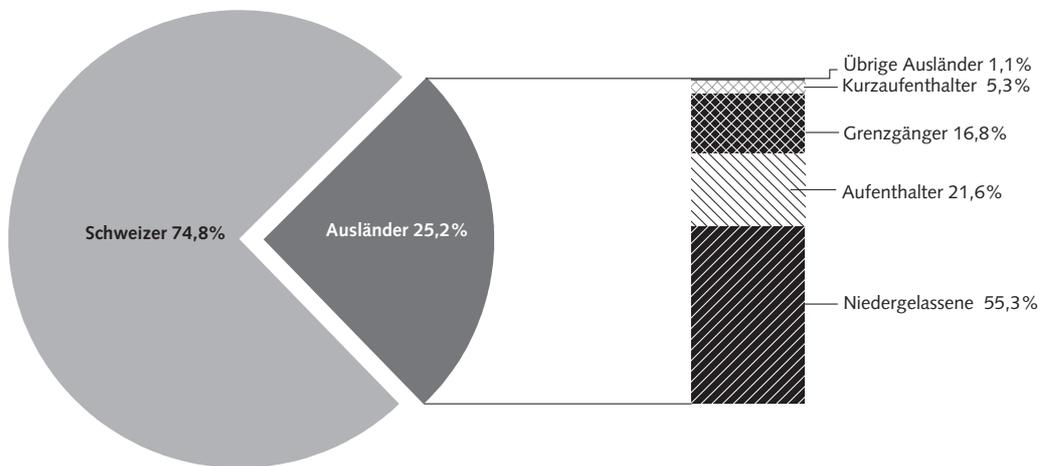
Quellen:

BFS/ETS, BFS/SAKE

3.1 Erwerbstätigkeit: Übersicht

Erwerbstätige nach Staatsangehörigkeit und Anwesenheitsbewilligung, gemäss Inlandkonzept, Ende des 2. Quartals 2004

G 3.1.1

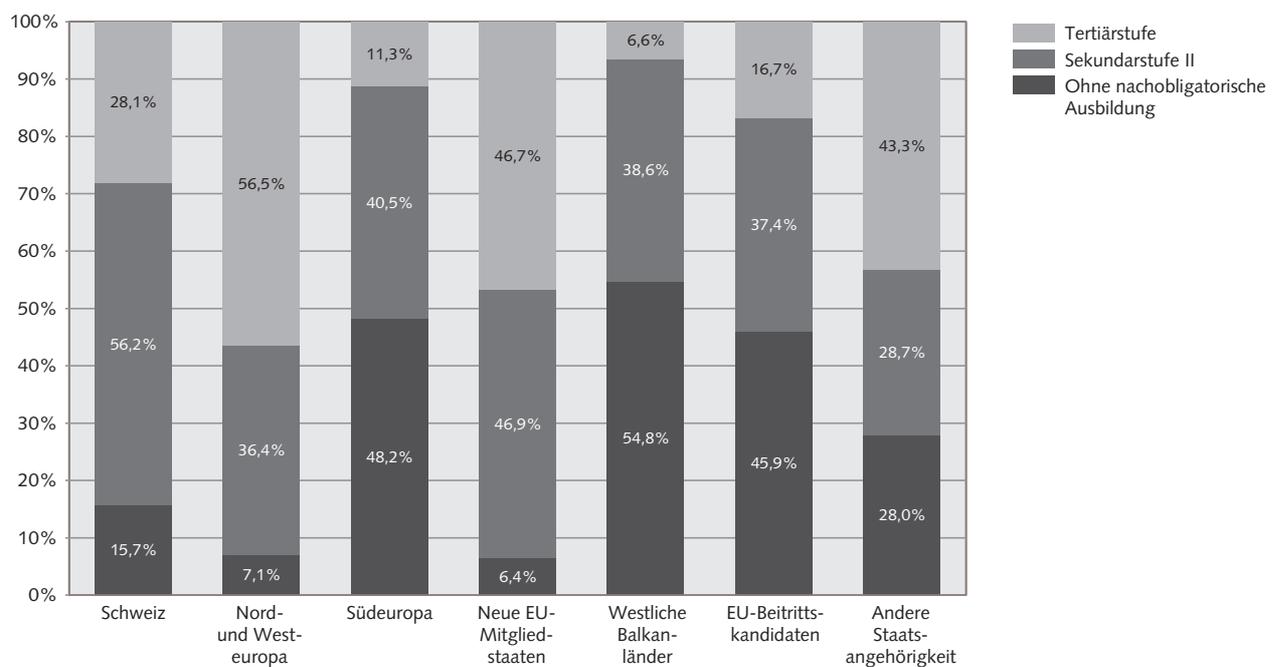


Quelle: BFS/ETS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Erwerbstätige der ständigen Wohnbevölkerung nach Bildungsstand und Staatsangehörigkeit, im 2. Quartal 2004

G 3.1.2



Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.2 Berufliche Stellung und Tätigkeit

Im Jahr 2004 bestätigten sich die bereits in früheren Jahren festgestellten Unterschiede zwischen Schweizern und Ausländern hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit und der beruflichen Stellung. Noch stärkere Abweichungen waren jedoch unter den Ausländern selbst entsprechend ihren Herkunftsgebieten festzustellen.

Bei den Schweizern ist der Anteil der Erwerbstätigen, die höher qualifizierte Berufe ausüben, grösser als bei den Ausländern, aber bei einer Unterscheidung der Ausländer nach Herkunftsgebiet ergibt sich ein differenzierteres Bild (Grafik G3.2.2). Besonders auffällig ist dies bei der Kategorie «Gesundheits-, Lehrberufe, Wissenschaftler», der 22% der Schweizer und 16% der Ausländer angehören; bei den Ausländern aus Nord- und Westeuropa ist aber der Anteil dieser Kategorie mit 32% viel grösser als bei den Schweizern, während er bei den Ausländern aus Südeuropa (9%) und dem Westbalkan (8%) deutlich kleiner ist.

Der Kategorie «Berufe in Industrie und Gewerbe (ohne Bau)» gehören dagegen 12% der Schweizer, aber nur 8% der Nord- und Westeuropäer an; bei den Ausländern aus Südeuropa und dem Westbalkan sind jedoch die entsprechenden Anteile viel grösser (21% bzw. 26%; Ausländer total: 18%). Erhebliche Abweichungen gibt es auch bei der Kategorie «Berufe in Bau-/Ausbaugewerbe und Bergbau», in der 5% der Schweizer und nur 2% der Nord- und Westeuropäer tätig sind; bei den Erwerbstätigen aus Südeuropa und dem Westbalkan fällt diese Kategorie jedoch stärker ins Gewicht (13% bzw. 19%; Ausländer total: 10%). Ein grosser Anteil der Ausländer aus Südeuropa und dem westlichen Balkan entfällt auch auf die «Berufe des Gastgewerbes und der persönlichen Dienstleistungen» (je 20%), während lediglich jeweils 7% der Schweizer bzw. der Nord- und Westeuropäer in diesen Berufen tätig sind.

Die Kategorie «Manager, Administrations- und Bankberufe, Juristen» ist bei den Schweizern am grössten (23%); bei den Nord- und Westeuropäern beträgt sie 20%, bei den Südeuropäern 14% und bei den Ausländern aus dem Westbalkan 4% (Ausländer total: 13%). Innerhalb dieser Kategorie ist aber eine weitere Differenzierung angebracht: Eigentliche Managementberufe üben 4% der Schweizer, aber 9% der Nord- und Westeuropäer aus (Südeuropäer: 3%; Ausländer total: 4%).

Bei den Handels- und Verkehrsberufen ist das Verhältnis recht ausgeglichen (Schweizer: 16%; Nord- und Westeuropäer: 14%; Südeuropäer: 15%; Ausländer aus dem Westbalkan: 14%; Ausländer total: 15%).

Bei den beruflichen Stellungen ergibt sich eine analoge Verteilung nach Herkunftsgebieten. So ist der Anteil der Arbeitnehmenden ohne Vorgesetztenfunktion bei den Schweizern mit 46% grösser als bei den Nord- und Westeuropäern (44%), aber viel kleiner als bei den Erwerbstätigen aus Südeuropa und dem Westbalkan (60% bzw. 66%; Ausländer total: 58%). Bei den Frauen gehört mehr als die Hälfte dieser Kategorie an (Schweizerinnen: 58%; Nord- und Westeuropäerinnen: 58%; Südeuropäerinnen: 71%; Frauen aus dem Westbalkan: 73%; Ausländerinnen total: 68%). Bei den Männern ist dieser Anteil viel kleiner (Schweizer: 36%; Nord- und Westeuropäer: 35%; Südeuropäer: 53%; Männer aus dem Westbalkan: 60%; Ausländer total: 51%).

Wenn bei den beruflichen Stellungen der ausländischen Erwerbstätigen nach Anwesenheitsdauer differenziert wird, weisen die Ausländer mit einer Anwesenheitsdauer von 0 bis 5 Jahren mit 33% den grössten Anteil an Arbeitnehmenden mit Vorgesetztenfunktion auf (Grafik G3.2.1). Unterschiede gibt es auch bei den Selbständigerwerbenden. Ihr Anteil nimmt mit der Anwesenheitsdauer zu: Bei den Ausländern mit einer Anwesenheitsdauer von 0 bis 5 Jahren liegt er bei 6%, bei den Ausländern mit einer Anwesenheitsdauer von 10 und mehr Jahren bei 9%. Bei den Schweizern ist der Anteil dieser Kategorie mit 16% deutlich grösser als bei den Ausländern insgesamt (8%).

Definition:

Die Zuteilung der einzelnen Nationen zu den Nationengruppen wird in Kapitel 3.1 definiert.

Basis:

Erwerbstätige der ständigen Wohnbevölkerung

Tabellen:

P26D
T2108D - T2116D

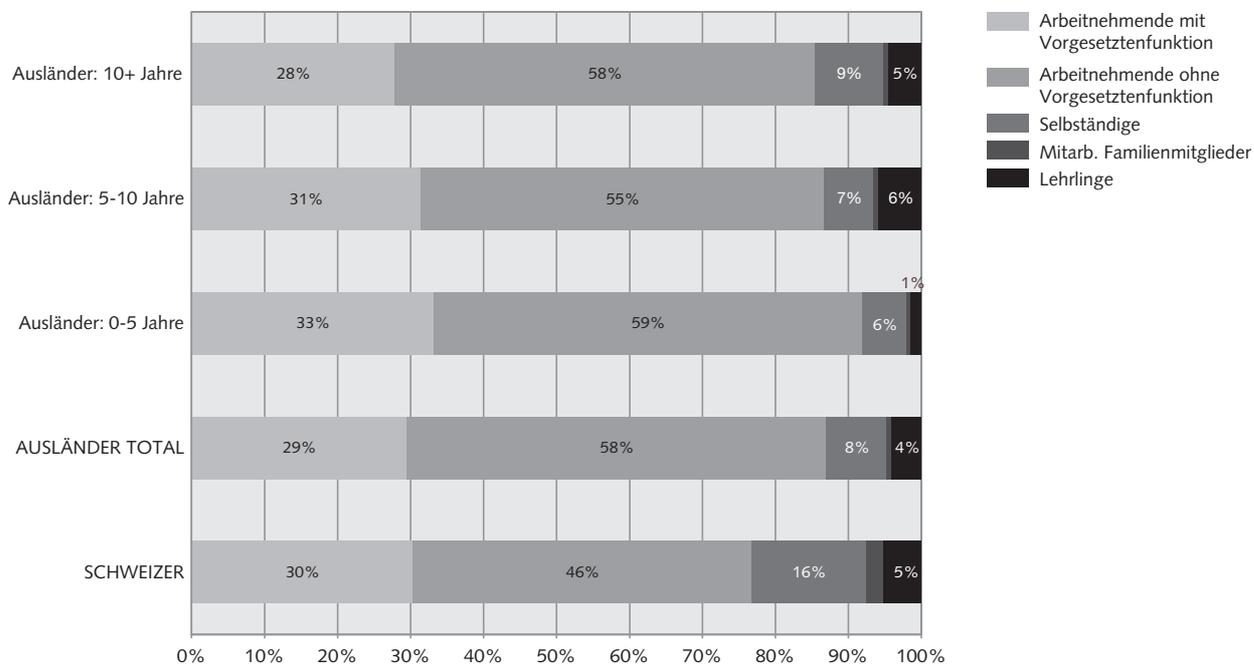
Quelle:

BFS/SAKE

3.2 Berufliche Stellung und Tätigkeit

Erwerbstätige nach beruflicher Stellung und Anwesenheitsdauer in der Schweiz, im 2. Quartal 2004

G 3.2.1

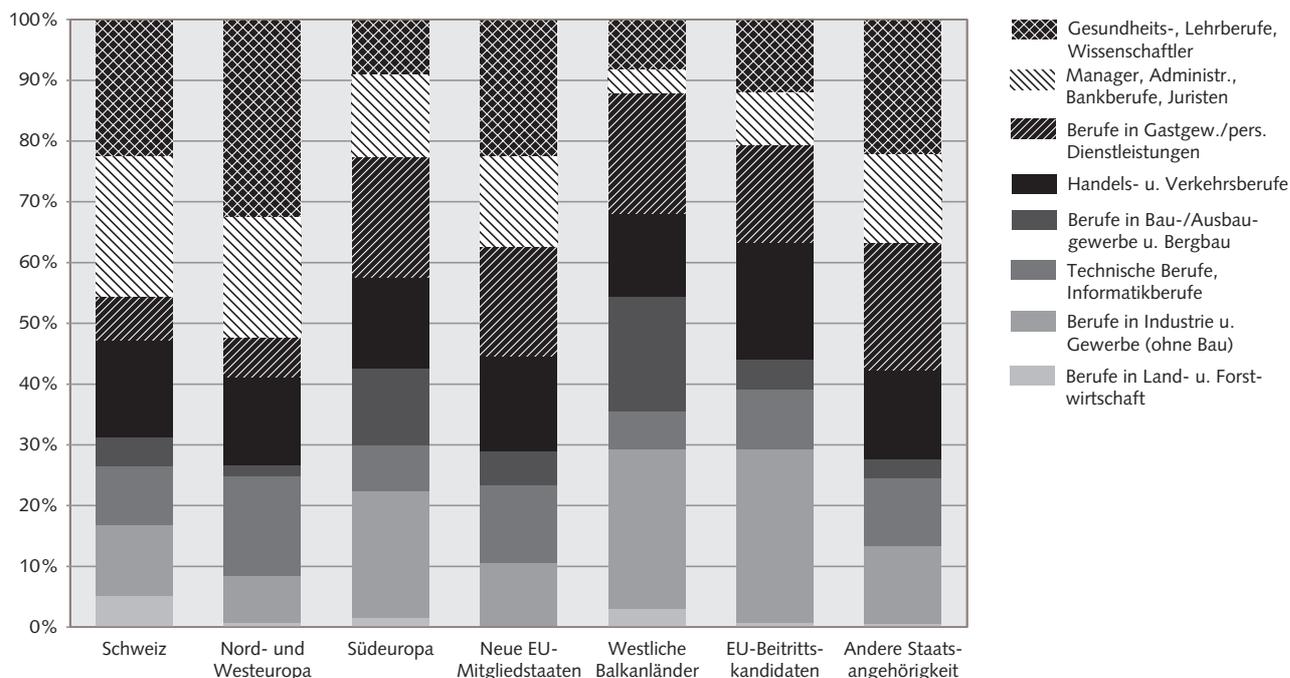


Quelle: BFS/SAKE

Bundesamt für Statistik (BFS)

Erwerbstätige nach ausgeübtem Beruf (SBN 2000) und Staatsangehörigkeit, im 2. Quartal 2004

G 3.2.2



Quelle: BFS/SAKE

Bundesamt für Statistik (BFS)

3.3 Arbeitsvolumen und Arbeitszeit

Die 1,036 Millionen ausländischen Erwerbstätigen in der Schweiz arbeiteten im Jahr 2003 insgesamt 1,780 Milliarden Stunden, was etwas mehr als einem Viertel (26,1%) des gesamten in der Schweiz erbrachten Arbeitsvolumens entspricht. Im Gastgewerbe trugen die ausländischen Arbeitskräfte gar zu 52,6% zum Total der geleisteten Arbeitsstunden bei. Dagegen lag der entsprechende Anteil in der Land- und Forstwirtschaft bei lediglich 7,7%.

Im Jahr 2003 leisteten die ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz rund 1,780 Milliarden Arbeitsstunden. Dies entspricht 26,1% des gesamten in der Schweiz erbrachten Arbeitsvolumens. Der Vergleich mit dem Ausländeranteil an den Erwerbstätigen (2003: 24,9%) zeigt, dass die Ausländer überproportional zu den insgesamt in der Schweiz erbrachten Arbeitsstunden beitrugen. Die tatsächliche Jahresarbeitszeit der ausländischen Erwerbstätigen liegt damit leicht über derjenigen der schweizerischen (1651 Stunden bzw. 1525 Stunden). Diese Differenz ist weitgehend auf die deutlichen Unterschiede bei den Frauen zurückzuführen. Da die Schweizerinnen häufiger Teilzeit arbeiten, kommen sie durchschnittlich auf eine geringere tatsächliche Jahresarbeitszeit als die Ausländerinnen (Schweizerinnen: 1207 Stunden, Ausländerinnen: 1373 Stunden).

Für die Jahresarbeitszeiten aufgeteilt nach Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigen ergibt sich ein unterschiedliches Bild: Bei den Vollzeiterwerbstätigen kamen Personen schweizerischer Nationalität auf eine höhere Stundenzahl als Ausländer (1945 gegenüber 1895 Arbeitsstunden). Bei den Teilzeiterwerbstätigen war die Situation gerade umgekehrt (ausländische Erwerbstätige: 860 Stunden, Schweizer Erwerbstätige: 813 Stunden). Dies bedeutet, dass die Teilzeit arbeitende ausländische Bevölkerung im Durchschnitt einen höheren Beschäftigungsgrad aufweist als die schweizerische.

Je nach Wirtschaftssektor und -abschnitt variierte der Anteil des von ausländischen Personen geleisteten Arbeitsvolumens stark (Grafik G3.3.1). Analog zum entsprechen-

den Ausländeranteil an den Erwerbstätigen lag das prozentuale Arbeitsvolumen in der Land- und Forstwirtschaft sehr tief (7,7%). Im sekundären Sektor betrug der entsprechende Prozentsatz 34,4%. Im Dienstleistungssektor präsentierte sich die Situation je nach Wirtschaftsabschnitt sehr unterschiedlich. Im Gastgewerbe wurde jede zweite Arbeitsstunde (52,6%) von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit geleistet. Überdurchschnittlich trugen die ausländischen Arbeitskräfte zudem zu den im Wirtschaftsabschnitt «Private Haushalte» geleisteten Stunden bei (38,2%). Umgekehrt wurde im Unterrichtswesen (15,1%) und in der öffentlichen Verwaltung (8,1%) nur ein kleiner Teil des Arbeitsvolumens von ausländischen Personen erbracht.

2003 leisteten bei den Vollzeitarbeitnehmenden (Grafik G3.3.2) Personen ausländischer Nationalität weniger Überstunden (durchschnittlich 45 Stunden pro Arbeitsstelle) als die Schweizer (55 Stunden). Dieser Unterschied ist sicher durch die stärkere Vertretung der Personen schweizerischer Nationalität in Führungspositionen zu erklären, aber auch mit dem geringen Ausländeranteil im Wirtschaftsabschnitt «Kredit- und Versicherungsgewerbe», in dem im Allgemeinen überdurchschnittlich viele Überstunden geleistet werden. Die jährliche Absenzendauer wird bei den ausländischen Arbeitnehmenden in gleichem Umfang gemessen wie bei den schweizerischen (durchschnittlich 70 Stunden Abwesenheit pro Arbeitsstelle).

Definitionen:

Beim **tatsächlichen jährlichen Arbeitsvolumen** werden im Gegensatz zum **jährlichen Normalarbeitsvolumen** die Überstunden berücksichtigt sowie die Absenzen nicht als Arbeitszeit gezählt. Dasselbe gilt für die tatsächliche Jahresarbeitszeit.

Basis:

Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen, tatsächliche Jahresarbeitszeit: Gesamtzahl der Beschäftigten gemäss Inlandkonzept.
Jährliche Absenzendauer und Überstunden:
Vollzeitarbeitnehmende gemäss Inlandkonzept.

Tabellen:

P27D
T2117D-T2120D

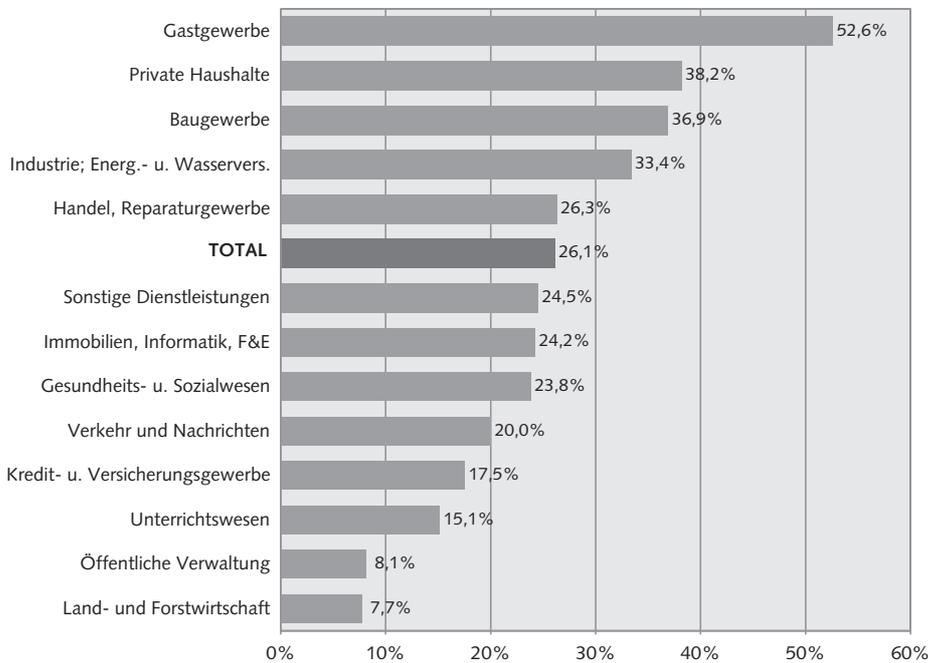
Quellen:

BFS/AVOL, BFS/ETS

3.3 Arbeitsvolumen und Arbeitszeit

Prozentualer Anteil des von ausländischen Erwerbstätigen jährlich erbrachten Arbeitsvolumen nach Wirtschaftsabschnitten, gemäss Inlandkonzept, 2003

G 3.3.1

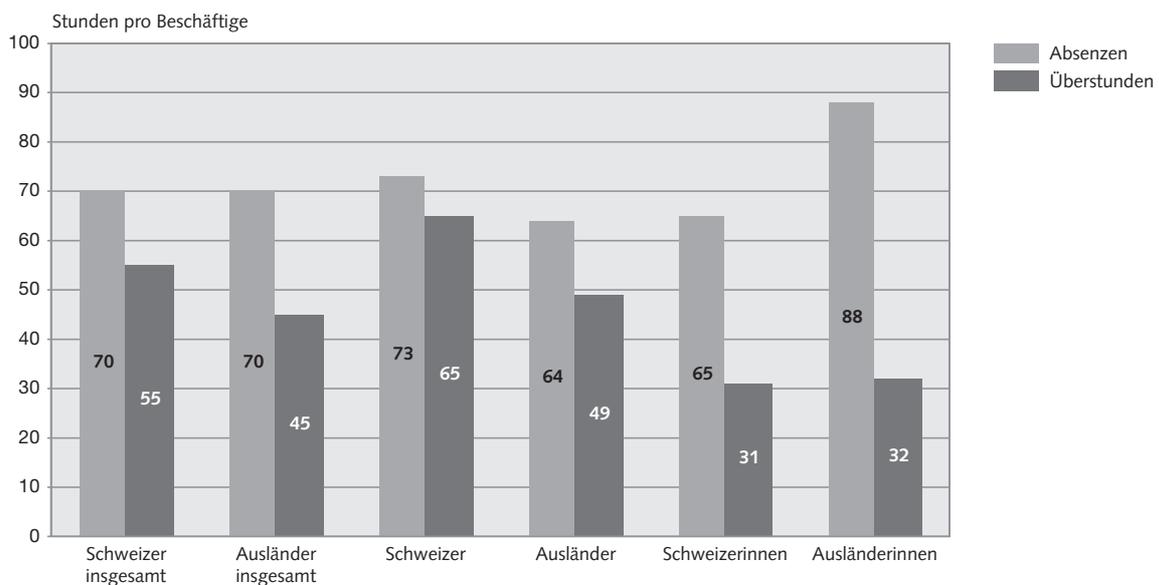


Quelle: BFS/AVOL

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Jährliche Dauer der Absenzen¹ und Überstunden² der Vollzeitarbeitnehmenden³ nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, gemäss Inlandkonzept, 2003

G 3.3.2



¹ Einschliesslich Absenzen aus gesundheitlichen Gründen (Krankheit, Unfall), bezahlter Mutterschaftsurlaub, Militärdienst, Zivildienst, Zivildienst, Kurzarbeit, Arbeitsfreigebungen, aus persönlichen/familiären Gründen oder wegen schlechtem Wetter. Ohne Ferien und Feiertage.

² Nur die während des Jahres nicht kompensierten Überstunden.

³ Inklusive Angestellte im eigenen Betrieb (juristische Definition).

Quelle: BFS/AVOL

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.4 Arbeitslosigkeit

Mitte 2004 waren in der Schweiz 59'200 Ausländer als arbeitslos registriert. Dies entspricht einem Anteil von 41% aller in der Schweiz eingeschriebenen Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbsbevölkerung lag mit 6,6% nach wie vor deutlich über jener der Schweizer Bevölkerung (2,8%). Mindestens zwei Gründe erklären dieses Phänomen: Einerseits weisen jene Branchen, welche besonders vom Konjunkturverlauf abhängen, hohe Ausländeranteile auf. Andererseits verfügen ausländische Arbeitskräfte tendenziell über ein tieferes Bildungsniveau, was das Arbeitslosigkeitsrisiko zusätzlich erhöht.

Ende Juni 2004 waren 59'200 Ausländer bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) als arbeitslos registriert. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 41% am Total der registrierten Arbeitslosen in der Schweiz. 94% der arbeitslosen Ausländer waren Niedergelassene oder Aufenthalter. Bei den restlichen 6% handelte es sich vor allem um Personen des Asylbereichs (Grafik G3.4.2).

Von der stagnierenden Arbeitslosigkeit zwischen Juni 2003 und Juni 2004 waren Schweizer in gleichem Masse betroffen wie Ausländer (Grafik G3.4.1). Mit 6,6% wiesen diese aber eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote auf als Schweizer (2,8%). Die Gliederung nach Geschlecht zeigt im Weiteren eine deutlich erhöhte Arbeitslosenquote bei den ausländischen Frauen (7,2%). Der entsprechende Wert der ausländischen Männer lag bei 6,2%. Innerhalb der Schweizer Bevölkerung waren Frauen und Männer indes praktisch gleich stark von der Arbeitslosigkeit betroffen (2,9% bzw. 2,7%).

Sowohl bei der schweizerischen als auch der ausländischen Bevölkerung waren 2004 die 15-24-Jährigen am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen (Schweizer: 3,3%; Ausländer: 7,6%). Die höchste Arbeitslosenquote unter den analysierten Kategorien verzeichneten die ausländischen Frauen dieser Altersklasse (8,3%; ausländische Männer: 7,0%). Bei den Schweizern betragen die entsprechenden Arbeitslosenquoten der 15-24-Jährigen 3,1% (Frauen) sowie 3,5% (Männer).

Betrachtet man die Arbeitslosenzahlen aufgeteilt nach Wirtschaftszweigen der vormaligen Arbeitgeber, so fällt auf, dass Ausländer vor allem in einzelnen Branchen, welche stärker vom Konjunkturverlauf abhängen, überdurchschnittlich vertreten sind. So waren Ende Juni 2004 61,9% der Arbeitslosen, welche zuletzt im Gastgewerbe gearbeitet hatten, Ausländer. Im Baugewerbe betrug der entsprechende Anteil 49,8%. Umgekehrt war der Ausländeranteil an den Arbeitslosen in jenen Branchen vergleichsweise tief, in welchen die ausländischen Arbeitskräfte eher untervertreten waren und die gleichzeitig eine geringe Arbeitslosigkeit aufwiesen (z.B. Unterrichtswesen: 28,2%).

Zudem bietet die Mehrzahl der Branchen, in denen überdurchschnittlich viele Ausländer vor ihrer Arbeitslosigkeit beschäftigt waren, vorwiegend Arbeitsplätze mit einem niedrigen Anforderungsniveau an. Rund 38% der ausländischen Erwerbspersonen haben (gemäss SAKE 2004) keine nachobligatorische Ausbildung abgeschlossen; bei den Schweizern liegt der entsprechende Anteil bei 16%. Ausländische Arbeitskräfte unterliegen deshalb einem erhöhten Risiko, arbeitslos zu werden.

Basis:

Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

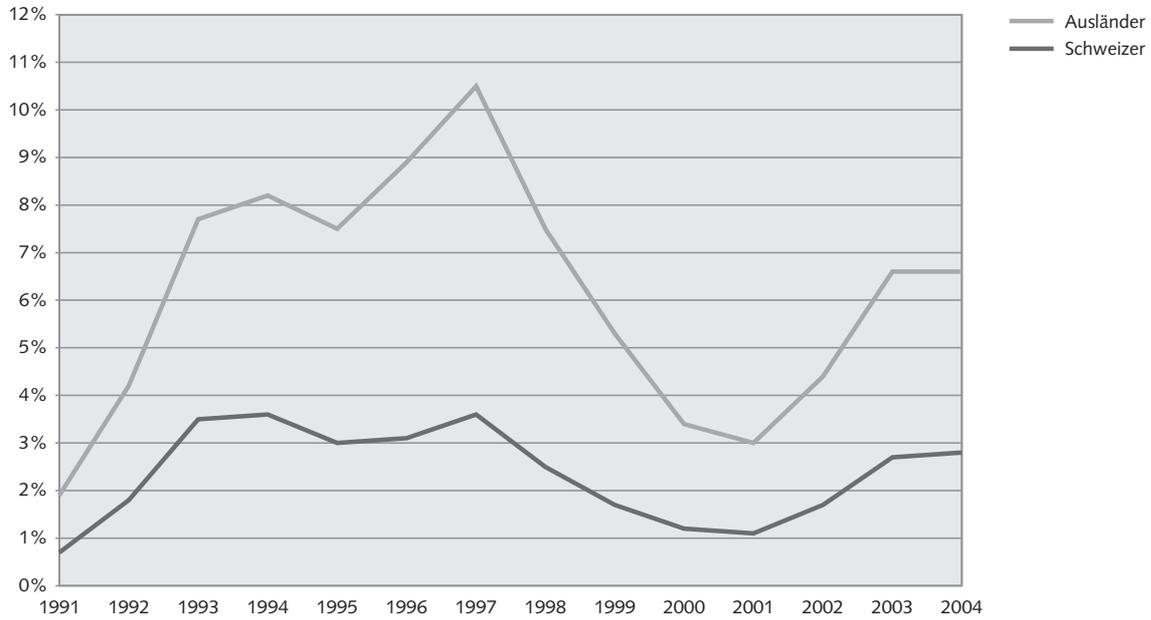
Tabellen:

P28D, P29D
T2201D-T2203D

Quellen:

seco/Arbeitslosenstatistik,
BFS/SAKE

Entwicklung der Arbeitslosenquote¹ der Bevölkerung schweizerischer und ausländischer Staatsangehörigkeit, 1991-2004 (am Ende des 2. Quartals) **G 3.4.1**

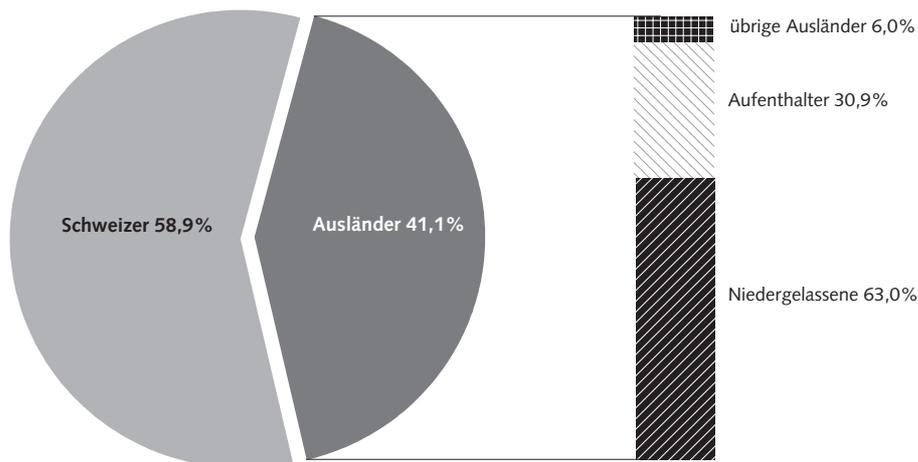


¹ ab 2000: aktualisierte Basis (Erwerbspersonen gemäss Volkszählung 2000)

Quelle: seco

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Arbeitslose nach Staatsangehörigkeit und Anwesenheitsbewilligung, am Ende des 2. Quartals 2004 **G 3.4.2**



Quelle: seco

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.5 Arbeitsmigration

Wie schon 2002 stand das Jahr 2003 im Zeichen eines markanten Einwanderungsüberschusses ausländischer Arbeitskräfte, und dies trotz Konjunkturverlangsamung: 100'000 Einwanderungen standen lediglich 61'000 Auswanderungen gegenüber, was einem Überschuss von 39'000 ausländischen Erwerbstätigen entspricht. Bei den Männern betrug das Plus 23'000 Personen, bei den Frauen 16'000.

Trotz der Ende 2001 einsetzenden und 2002 anhaltenden Konjunkturverlangsamung stand das Jahr 2003 wiederum im Zeichen eines markanten Einwanderungsüberschusses ausländischer Arbeitskräfte (Grafik G3.5.1). Den 100'000 Einwanderungen ausländischer Arbeitskräfte (-1% gegenüber 2002) standen 61'000 Auswanderungen gegenüber (-14% gegenüber 2002). Dies bedeutet einen Einwanderungsüberschuss von 39'000 Personen (2002: +30'000) (Grafik G3.5.2).

Bei den Schweizer Erwerbspersonen war die Wanderungsbewegungen 2003 leicht negativ (15'000 Einwanderungen von Erwerbspersonen gegenüber 18'000 Auswanderungen). Innerhalb der vergangenen fünf Jahre (1999-2003) wanderten netto 11'000 Schweizer Arbeitskräfte aus.

Bei der geschlechtsspezifischen Analyse der Wanderungen fällt auf, dass das Ausmass bei den Männern konjunkturabhängiger ist als bei den Frauen. Die Erholung am Schweizer Arbeitsmarkt Ende der 1990er Jahre führte bereits 1999 zu einem Einwanderungsüberschuss bei den Männern, während sich die Trendwende bei den Frauen erst im Jahr 2000 vollzog. Die Tatsache, dass rund zwei Drittel der Saisonarbeiter (dieser Ausweistyp existiert seit dem 1. Juni 2002 nicht mehr), Kurzaufenthalter und Grenzgänger Männer sind, dürfte diesen Sachverhalt grösstenteils erklären; gerade der Umfang dieser Arbeitskräftegruppen passt sich stark der jeweiligen Situation auf dem Arbeitsmarkt an. Die Männer stellen auch die Mehrheit der wandernden ausländischen Arbeitskräfte. Im Jahr 2003 gingen 63,1% der Einwanderungen und 66,1% der Auswanderungen auf das Konto der männlichen Arbeitskräfte.

Neben den Wanderungen, welche die Struktur der Erwerbsbevölkerung stark beeinflussen, darf ein weiterer wichtiger Faktor nicht unterschätzt werden: Die Einbürgerungen. So erwarben im Jahr 2003 rund 20'000 ausländische Arbeitskräfte das Schweizer Bürgerrecht. Diese Nationalitätenwechsel hinterlassen zwar innerhalb eines Jahres keine deutlichen Spuren, prägen das Bild längerfristig aber ebenfalls wesentlich. Während die Zahl schweizerischer Arbeitskräfte zwischen 1999 und 2003 insgesamt um 3,6% anstieg, hätte die Zunahme ohne Einbürgerungen lediglich 0,9% betragen. Weiter wäre die ausländische Erwerbsbevölkerung nicht, wie nun von den Statistiken ausgewiesen, nur um 10,4% sondern um 19,0% gewachsen.

Auf Grund der demografischen Daten und der Zahl der ausländischen Erwerbstätigen ist für 2004 erneut mit einem Einwanderungsüberschuss von Erwerbspersonen zu rechnen – in etwa der gleichen Grössenordnung wie 2003.

Definitionen:

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Als **Erwerbstätige** gelten Personen, die während mindestens einer Stunde pro Woche einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Als **Erwerbslose** (nach internationalen Normen) gelten Personen, die nicht erwerbstätig und auf Arbeitssuche sind.

Basis:

Nachfolgende Gruppen wurden berücksichtigt: Ausländische Niedergelassene, Aufenthaltler, Saisonarbeiter (diese Kategorie existiert hingegen seit dem 1. Juni 2002 nicht mehr), Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Personen des Asylbereichs und ausländisches Personal der Schweizer Botschaften und Konsulate sowie der Schweizer Hochseeflotte.

Der Begriff «internationale Wanderungen» wurde für diese Statistik erweitert: Die neuen Grenzgänger werden unter den Einwanderungen verbucht, und die Personen, die ihren Status als Grenzgänger verlieren, unter den Auswanderungen.

Es werden nur langfristige Wanderungen berücksichtigt, d.h. nicht jene, auf die innerhalb eines Jahres eine Wanderung in die umgekehrte Richtung folgt.

Tabellen:

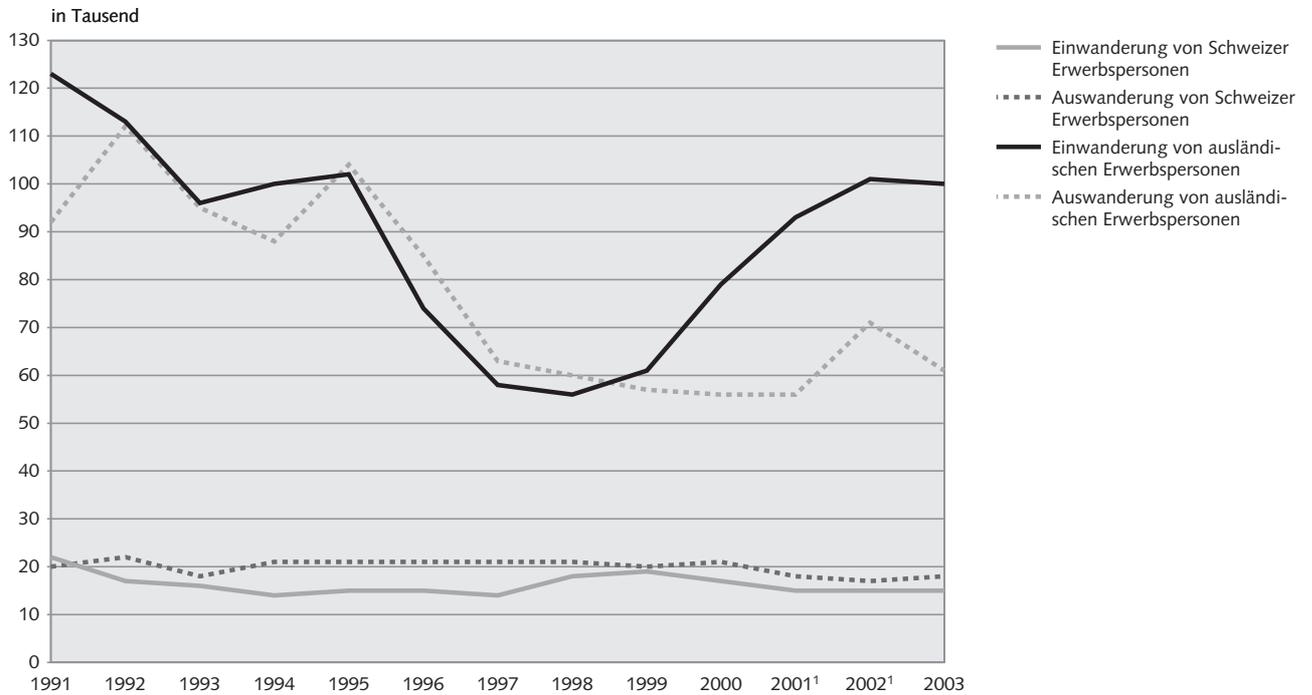
P30D
T2301D

Quelle:

BFS/AGR

Ein- und Auswanderung von Erwerbspersonen nach Staatsangehörigkeit, 1991-2003

G 3.5.1



¹In Folge der Anpassung statistischer Quellen wurden die AGR-Ergebnisse rückwirkend revidiert.

Quelle: BFS/AGR

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Wanderungssaldo der Erwerbspersonen nach Staatsangehörigkeit, 1991-2003

G 3.5.2



¹In Folge der Anpassung statistischer Quellen wurden die AGR-Ergebnisse rückwirkend revidiert.

Quelle: BFS/AGR

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.6 Löhne

Im zweiten Quartal 2004 bezogen 8,7% der erwerbstätigen Ausländer mit Niederlassungs- oder Anwesenheitsbewilligung ihr Haupteinkommen aus selbständiger Tätigkeit. Für den schweizerischen Bevölkerungsteil ergab sich ein Wert von 17,0%. Die Hälfte der Nord- und West-Europäer verdiente mindestens 7000 Franken brutto pro Monat. Nur ein Achtel der Südeuropäer erzielten ein Einkommen in dieser Höhe. Im Jahr 2002 erhielten die ausländischen Arbeitnehmer in der Schweiz durchschnittlich 77 Franken weniger in Form von 13. Monatslohn oder Sonderzahlungen als ihre Schweizer Kollegen.

Im zweiten Quartal 2004 bezogen 8,7% der ausländischen Erwerbstätigen – und 17,0% der Schweizer Erwerbstätigen – ihr Arbeitseinkommen hauptsächlich aus einer selbständigen Tätigkeit. Je nach Herkunft der ausländischen Arbeitskräfte variierte dieser Anteil jedoch beträchtlich. Der grösste Anteil findet sich bei den Erwerbstätigen aus Nord- und Westeuropa (12,2%) gefolgt von Südeuropa (8,2%). Mit 6,5% ist der Anteil bei den Erwerbstätigen aus dem Westbalkan und aus den EU-Beitrittskandidatenstaaten am geringsten.

2004 war die Differenz zwischen der Lohnstruktur der schweizerischen Arbeitskräfte und jener der ausländischen Arbeitskräfte je nach Nationengruppe unterschiedlich gross (Grafik G3.6.1). So lag die Obergrenze des ersten Quartils (die am schlechtesten bezahlten 25% der Arbeitnehmenden) für die Schweizer bei rund 4700 Franken brutto pro Monat, für die Nord- und Westeuropäer bei rund 5400 Franken, für die Südeuropäer bei deutlich tieferen 4100 Franken und bei 3700 Franken bei den Ausländern aus dem Westbalkan und den EU-Beitrittskandidatenstaaten (Ausländer anderer Nationalitäten: 3800 Franken).

Umgekehrt präsentierte sich die Situation an der Untergrenze des letzten Quartils (die am besten bezahlten 25% der Arbeitnehmenden) wie folgt: Schweizer rund 7900 Franken brutto pro Monat, Nord- und Westeuropäer 9500 Franken, Südeuropäer 6000 Franken und Erwerbstätige aus dem Westbalkan und aus den EU-Beitrittskandidatenstaaten lediglich 5400 Franken (Ausländer anderer Nationalitäten: 7000 Franken).

Beim Medianlohn ergaben die Schätzwerte folgendes Bild: Schweiz knapp 6100 brutto pro Monat, Norden/Westen Europas 7000 Franken, Südeuropa 5000 Franken, Westbalkan und EU-Beitrittskandidatenstaaten 4500 Franken und übrige Staaten 4800 Franken.

Nur 23,3% aller ausländischen Arbeitnehmenden (inkl. nicht ständig in der Schweiz wohnhafte Ausländer) – und 27,0% der schweizerischen Arbeitnehmenden – erhielten im Jahr 2002 zusätzlich zum Grundlohn punktuelle Sonderzahlungen in Form von Gratifikationen, Prämien sowie Provisions-, Umsatz- und Gewinnanteilen.

Beim 13. Monatslohn ergibt sich nur eine minimale Differenz: ausländische Arbeitnehmende 75,0%, schweizerische 75,4%. Dabei sind Saisoniers und Personen mit Anwesenheitsbewilligung deutlich schlechter gestellt. 32,9% bzw. 23,8% unter ihnen (und nur 16,8% der Schweizer Arbeitnehmenden) hatten weder Anrecht auf einen 13. Monatslohn noch auf Sonderzahlungen (Grafik G3.6.2).

Der von den ausländischen Arbeitnehmer bezogene Zusatz zum Bruttogrundlohn in Form von 13. Monatslohn oder Sonderzahlungen wurde für das Jahr 2002 auf durchschnittlich 432 Franken pro Monat veranschlagt (9,2% des Bruttogrundlohns). Für die Schweizer ergaben sich 509 Franken monatlich (9,9% des Bruttolohns). Augenfälliger ist der Unterschied unter Einbezug der Anwesenheitsbewilligung. So ergeben sich Zusätze von monatlich 522 Franken für die Aufenthalter (10,3% des Bruttogrundlohns), 492 Franken für die Grenzgänger (9,6%), 412 Franken für die Niedergelassenen (9,1%) und schliesslich bescheidene 187 Franken für die Saisonarbeiter (4,8%).

Definitionen:

Die Zuteilung der einzelnen Nationen zu den Nationengruppen wird in Kapitel 3.1 definiert.

Der **Zentralwert** oder **Medianlohn** bezeichnet jenen Lohn, bei dem die eine Hälfte der Arbeitnehmenden weniger und die andere Hälfte mehr verdient.

Basis:

SAKE: Ständige Wohnbevölkerung: Erwerbstätige in allen Wirtschaftssektoren.

LSE: Beschäftigte des 2. und 3. Sektors (+Gartenbau) gemäss Inlandkonzept.

Tabellen:

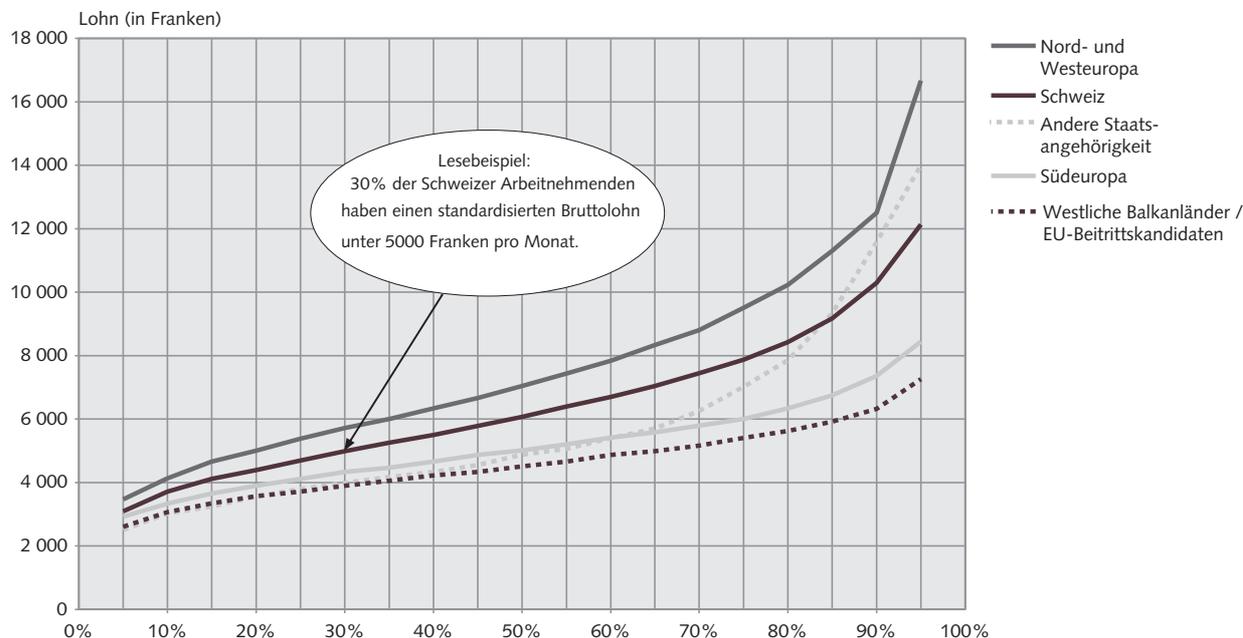
P31D
T2401D, T2402D

Quellen:

BFS/ SAKE 2004, BFS/ LSE 2002

Standardisierter Bruttomonatslohn der Arbeitnehmenden¹, nach Staatsangehörigkeit, im 2. Quartal 2004

G 3.6.1



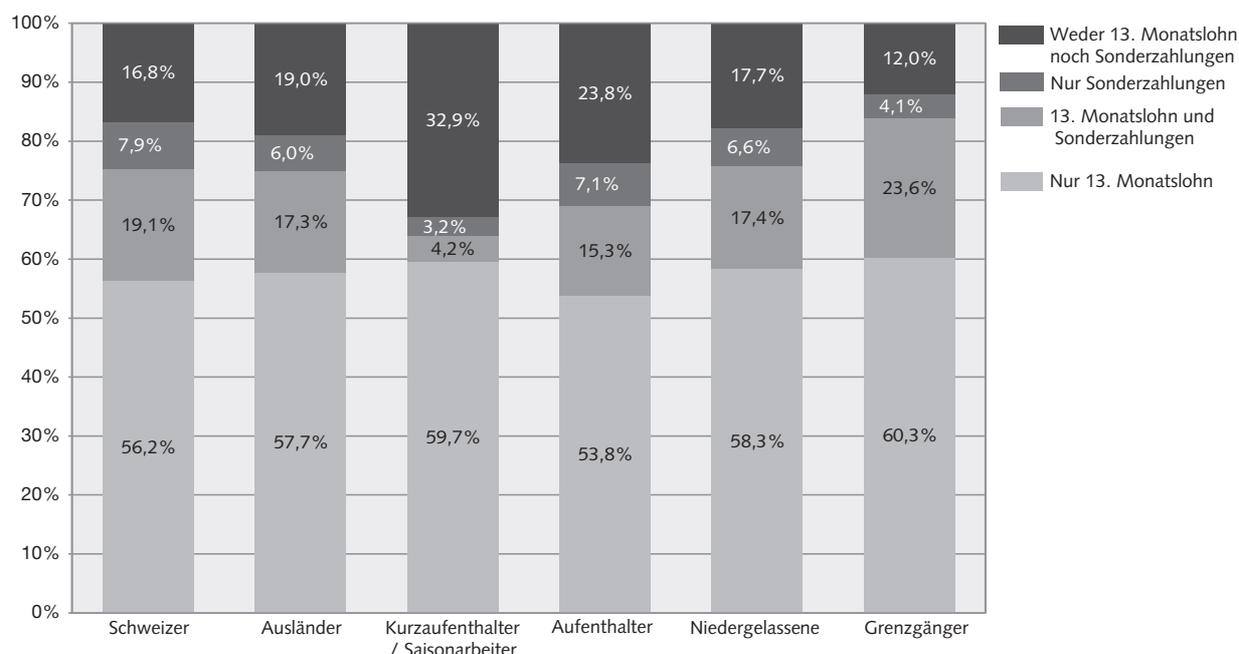
¹ Wegen zu geringen Daten keine Angaben für neue EU-Mitgliedstaaten

Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Anteil der Arbeitnehmenden (Schweizer bzw. Ausländer nach Anwesenheitsbewilligung) gemäss den wichtigsten Gehaltsnebenleistungen, 2002

G 3.6.2



Quelle: BFS/LSE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.7 Bildung

Nach der obligatorischen Schule ist die Berufslehre die wichtigste Bildungsform für die ausländischen Jugendlichen. Vor allem ausländische Frauen besuchen aber häufig Berufslehren von kurzer Dauer, ausserdem beschränken sie sich auf wenige Berufe.

An die obligatorische Schulzeit schliesst die Sekundarstufe II. Der erfolgreiche Bildungsabschluss auf dieser Stufe wird es den Jugendlichen ermöglichen, als qualifizierte Arbeitskraft ins Erwerbsleben zu treten oder ihre Ausbildung auf der Tertiärstufe fortzusetzen (Universität, Fachhochschule oder höhere Berufsausbildung). Zu einem grossen Teil wird dieser Abschluss mitentscheiden, in welchem Masse eine junge erwachsene Person später an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen teilhaben kann.

Trotz der Freiwilligkeit der Ausbildungen auf Sekundarstufe II sind diese in den letzten Jahren beinahe selbstverständlich geworden. Der Anteil Schülerinnen und Schüler an der 16-20-jährigen Wohnbevölkerung stieg in den letzten Jahren an (1980-2003: 60%-73%). Diese Beteiligungsquote fällt jedoch für die verschiedenen Nationalitäten recht unterschiedlich aus. So nehmen Jugendliche aus den Ländern der zweiten Einwanderungswelle, d.h. aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und Portugal deutlich weniger an einer Ausbildung auf dieser Stufe teil (2003: 48%), als Jugendliche aus Italien oder Spanien (2003: 79%; CH: 75%).

Unterschiede ergeben sich auch in der Art der Ausbildung, welche die Jugendlichen unterschiedlicher Nationalität wählen, respektive welche ihnen überhaupt zugänglich sind (Grafik G3.7.1). Und wieder fallen die gleichen Nationalitätengruppen auf. So absolvieren die Jugendlichen aus Italien und Spanien (15%) seltener eine Maturitätsschule aber viel häufiger eine Anlehre (3%) als Schweizer (24% resp. 1%). Für die später eingewanderten Ausländergruppen fällt dieser Unterschied noch deutlicher aus. 7% der Jugendlichen aus dem früheren Jugoslawien, der Türkei und Portugal besuchen eine berufliche An- oder Vorlehre, aber nur 9% eine Maturitätsschule.

Die wichtigste Bildungsart auf der Sekundarstufe II ist die Berufslehre, besonders für die ausländischen Jugendlichen. Nicht jede Berufslehre stellt aber an die Auszubildenden die gleichen Anforderungen. Einen Hinweis darauf gibt die Dauer der Lehre (Grafik G3.7.2). Grundsätzlich ist der Anteil der kurzen ein- und zweijährigen Berufsbildungen unter den Frauen viel höher als bei den Männern (25%, resp. 12%). Unter den südeuropäischen Frauen ist dieser Anteil am höchsten. So machen 39% der jungen Frauen aus Ländern der zweiten Einwanderungswelle eine kurze Berufslehre. Nur eine geringe Bedeutung haben bei sämtlichen südeuropäischen Frauen die vierjährigen Lehren. Unter den Männern fallen die Unterschiede etwas geringer aus. Aber auch unter ihnen besuchen am häufigsten die Schweizer lange Berufslehren.

Werden die Berufe in Gruppen zusammengefasst, so ist das Muster der Berufswahl für alle Nationalitäten in etwa ähnlich. Männer und Frauen lernen unterschiedliche Berufe. Berufe der Metall- und Maschinenindustrie sind männer-typisch. Gesundheitsberufe sind beinahe ausschliesslich frauentypisch. Sehr wichtig für beide Geschlechter sind Büroberufe, für Frauen etwas mehr als für Männer. Die Nationalität verschiebt lediglich die Akzente dieser Wahl ein wenig. So lernen beispielsweise junge Italienerinnen und Spanierinnen häufiger Büroberufe als die andern jungen Frauen, junge Frauen aus den Ländern des früheren Jugoslawien, Türkinnen und Portugiesinnen bevorzugen überdurchschnittlich Verkaufsberufe.

Basis:

Gesamtheit der Schüler auf der Sekundarstufe II. Um die Daten gleichzeitig nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln zu können, müssen Individualdaten vorliegen. Die Schweizerische Bildungsstatistik ist in dieser

Hinsicht im Umbruch. Solche Daten liegen erst für einige Kantone vor. Es sind dies für die Berufsbildung die Kantone ZH, BE, NW, FR, BS, BL, AR, AG, VD, NE und GE. Das entspricht 66% der Schüler in der Berufsbildung.

Tabellen:

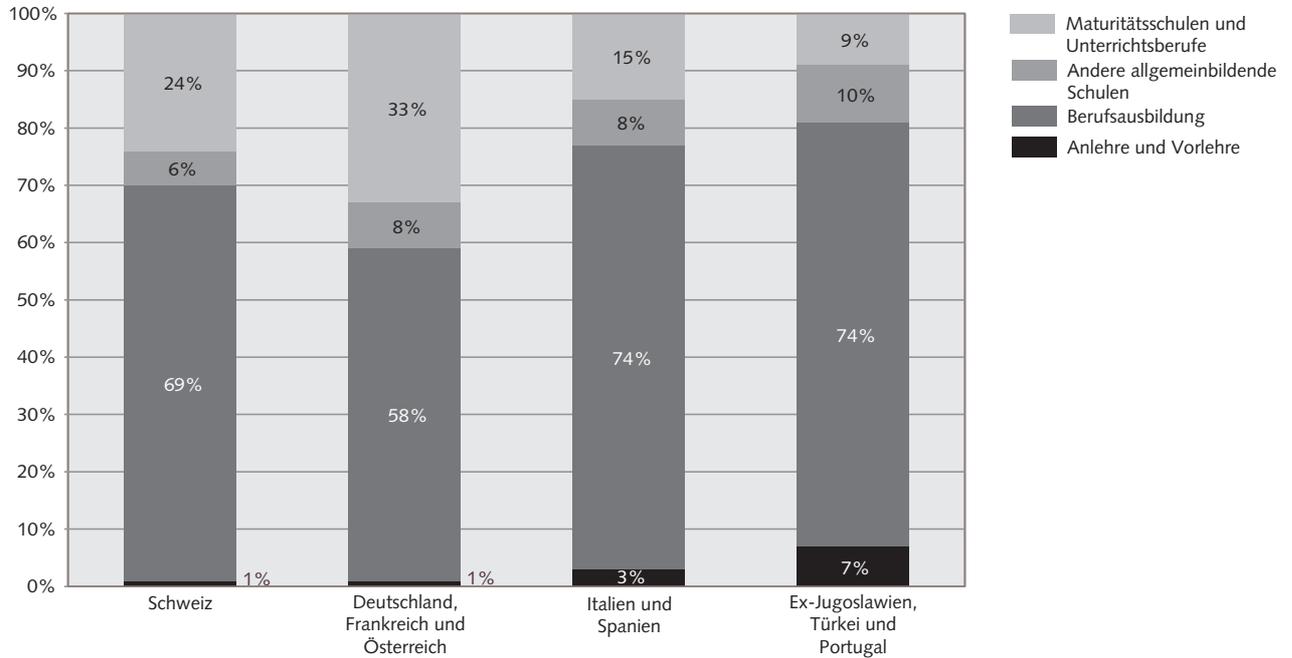
P32D
T2501D, T2502D

Quellen:

BFS/Schul- und Berufsbildungsstatistik, BFS/ESPOP, BFM/ZAR

Schüler der Sekundarstufe II, nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und nach Ausbildungstyp, 2003

G 3.7.1

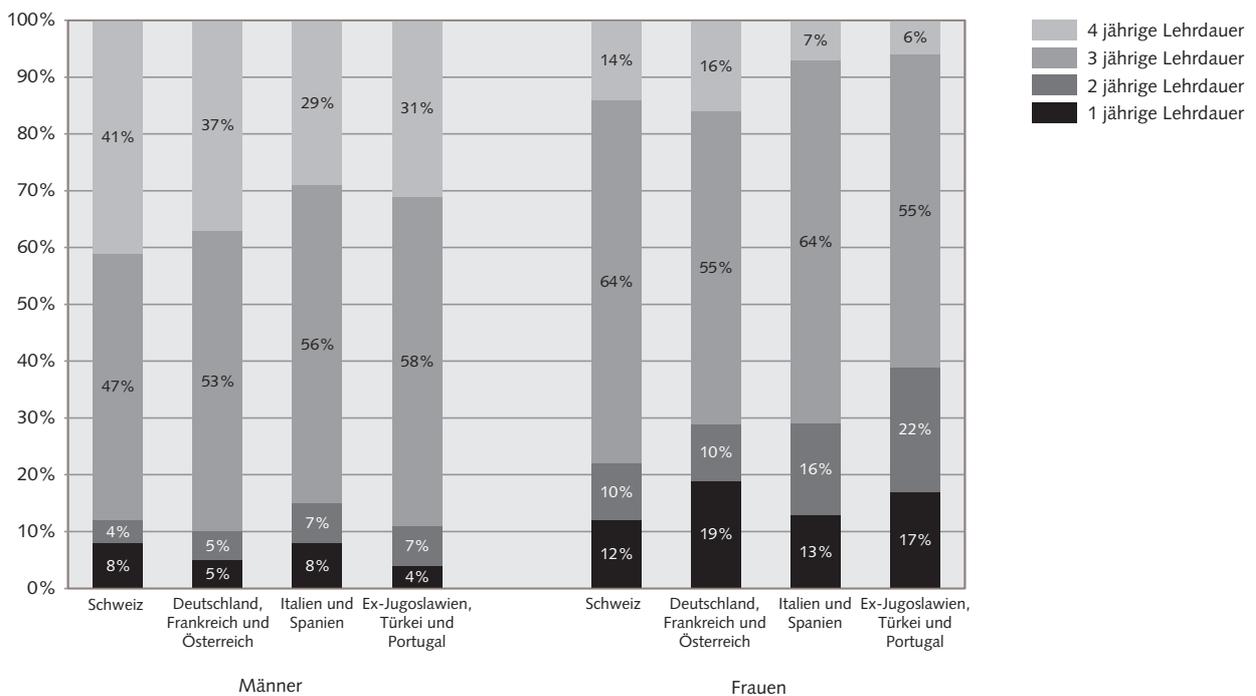


Quelle: BFS/SHIS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Schüler der Berufsbildung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und nach Lehrdauer (1. Lehrjahr: Kantone ZH, BE, NW, FR, BS, BL, AR, AG, VD, NE, GE), 2003

G 3.7.2



Quelle: BFS/SHIS

© Bundesamt für Statistik (BFS)

4 Armut, Wohnen und Gesundheit

4.1 Armut

Ausländische Staatsangehörige sind bedeutend öfter von Armut betroffen als Schweizer und auch öfter Working Poor. Unter den Ausländern aber bestehen enorme Unterschiede je nach Nationalität.

In der Schweiz betrug 2003 die Armutsquote unter den ausländischen Staatsangehörigen im erwerbsfähigen Alter 21,4%. Sie liegt damit weitaus höher als bei Personen schweizerischer Nationalität (10,4%).

Unter den ausländischen Staatsangehörigen bestehen jedoch enorme Unterschiede (Grafik G4.1.1). Während nur gerade 7% der Ausländer aus Nord- und Westeuropa von Armut betroffen sind, liegt die Armutsquote der Ausländer aus den neuen EU-Staaten (neue Mitgliedstaaten) und aus den südeuropäischen Staaten bei 16,2% resp. 19,2%. Die Quote bei den Ausländern anderer Nationalitäten beträgt ca. 30,0% und ist damit dreimal so hoch wie bei den Schweizern (West-Balkan 33,1%, Beitrittskandidatenstaaten Türkei, Bulgarien und Rumänien 29,2% und andere Nationalitäten 28,4%).

Das Armutsrisiko wird durch mehrere Faktoren bestimmt: Haushaltsgrösse bzw. Anzahl Kinder im Haushalt, Branche, Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Beruf. Die arbeitsmarktbezogenen Faktoren spielen erwartungsgemäss eine entscheidende Rolle bei erwerbstätigen Armen (die sog. Working Poor). Ausländische Staatsangehörige sind unter den Working Poor stark übervertreten (Working Poor-Quote: 13,2%), insgesamt beläuft sich die Quote auf 7,4%. Es bestehen auch hier sehr grosse Unterschiede (Grafik G4.1.2): Während die Working Poor-Quote der Nord- und Westeuropäer sehr tief ist (2,8%), ist die der Schweizer doppelt so hoch (5,7%). Bei den Südeuropäern ist das Working Poor-Risiko überdurchschnittlich hoch (12,9%). Noch viel höher ist es aber bei den Ausländern anderer Nationalitäten: Mit durchschnittlich 19,9% ist die Quote dreieinhalb Mal so hoch wie bei den Schweizern.

Die Situation der neuen EU-Bürger weicht ein wenig vom obigen Schema ab: Obwohl die Armutsquote leicht über dem Durchschnitt liegt (16,2%), ist die Working Poor-Quote niedrig (4,2%). Diese Bevölkerungsgruppe scheint sehr heterogen zu sein: Einerseits ist der Anteil an Universitätsabsolventen hoch und der an unqualifizierten Erwerbstätigen tief. Andererseits ist der Anteil an erwerbslosen Haushalten sehr hoch (14,8%). Dazu besteht diese Subgruppe aus sehr unterschiedlichen Ländern.

Tätigkeiten in den typischen Niedriglohnbranchen wie Gastgewerbe, Verkauf/Detailhandel sowie in privaten Haushalten sind in hohem Masse von Working Poor besetzt, auch Nacht- und Wochenendarbeit sowie befristete Arbeitsverträge erhöhen das Armutsrisiko.

Ausländische Staatsangehörige sind häufiger in diesen Wirtschaftszweigen erwerbstätig, nicht selten in atypischen Arbeitsverhältnissen.

Die prekäre Situation ausländischer Staatsangehöriger ist zu einem Grossteil darauf zurückzuführen, dass ihr Anteil an Personen ohne obligatorische Ausbildung sowie ohne nachobligatorische Ausbildung überproportional hoch ist. Aber auch unabhängig von Haushaltsgrösse, Branche und Arbeitsverhältnis arbeiten Ausländer im Durchschnitt unter schlechteren Lohnbedingungen als Schweizer Erwerbstätige. Was die nicht berufstätigen Ausländer betrifft, lässt sich feststellen, dass ihr Anteil unter den (Langzeit-) Arbeitslosen und Ausgesteuerten weit über dem Durchschnitt liegt.

Definitionen:

Die hier angewandte **Armuts-grenze** ist aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS abgeleitet. Ist das **Äquivalenzeinkommen** eines Haushalts nach Abzug der Steuern und der Sozialversicherungen tiefer, gilt der betreffende Haushalt als arm. Unter dem Äquivalenzeinkommen versteht man das auf einen Einpersonenhaushalt umgerechnete Haushaltseinkommen. Die Zusammensetzung des Haushalts wird berück-

sichtigt, indem das verfügbare Haushaltseinkommen durch eine entsprechende Zahl dividiert wird. Unsere Analyse basiert auf den 20 bis 59-Jährigen, da sie die wichtigste Kategorie der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter darstellen. **Working Poor** sind erwerbstätige Personen, die in einem Haushalt leben, dessen kumulierter Erwerbsumfang mindestens einer Vollzeitbeschäftigung entspricht und dessen Einkommen unter der Armutsgrenze liegt.

Nationalitätengruppen:

Die Zuteilung der einzelnen Nationen zu den Nationalitätengruppen wird in Kapitel 3.1 definiert.

Basis:

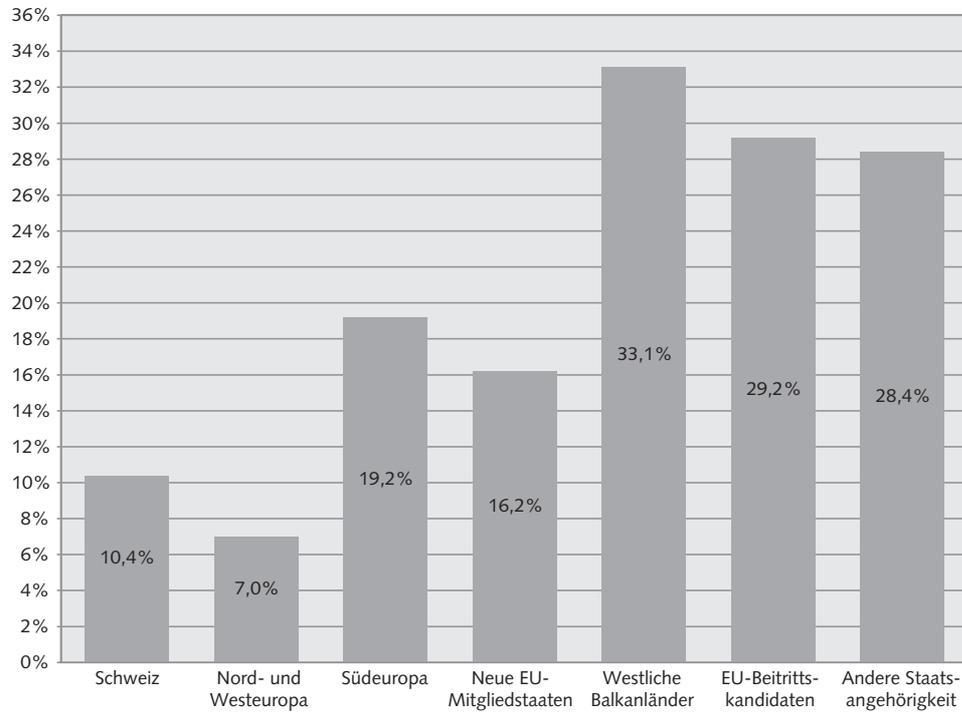
Ständige Wohnbevölkerung

Quelle:

BFS/SAKE

Armutsquote der 20-59-Jährigen nach Staatsangehörigkeit, 2003

G 4.1.1

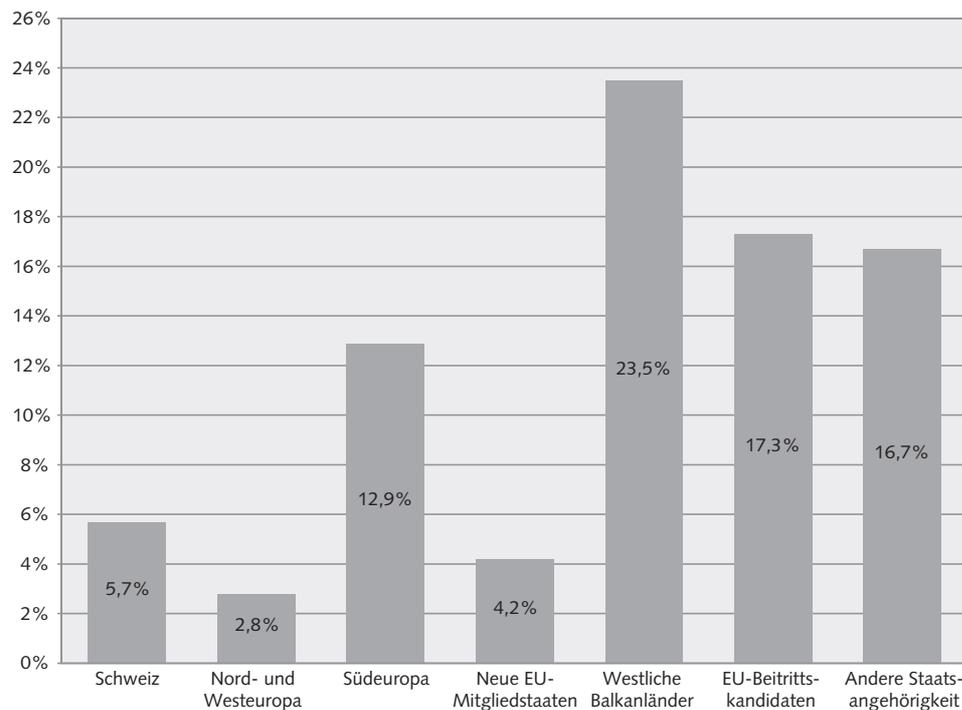


Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Working Poor-Quote der 20-59-Jährigen nach Staatsangehörigkeit, 2003

G 4.1.2



Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

4.2 Wohnen

Insgesamt wohnen Ausländer eher in grösseren Haushalten, jedoch in kleineren Wohnungen als Schweizer. Die Wohnsituation unterscheidet sich allerdings zum Teil stark zwischen den verschiedenen Ausländergruppen.

Die weniger günstige wirtschaftliche Situation der Ausländer (vgl. dazu 4.1, Armut) wirkt sich offensichtlich auch auf die Wohnverhältnisse aus: So können sich 2003 im Verhältnis mehr als doppelt so viele Schweizer (42%) eine Wohnung mit 5 oder mehr Zimmern leisten als Ausländer (18%). Dies obwohl Ausländer tendenziell in grösseren Haushalten leben: Rund 61% der Ausländer wohnen in Haushalten mit mindestens 3 Personen. Bei den Schweizern ist dies nur bei ca. 46% der Fall.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich indes, wenn man verschiedene Ausländergruppen vergleicht (Grafik G4.2.1): Der Anteil der Personen, die in einer Wohnung mit 5 oder mehr Zimmern leben, ist bei den Ausländern aus Nord- und Westeuropa mit rund 31% ungefähr doppelt so hoch als bei den Südeuropäern (14%) und Ausländern aus den westlichen Balkanländern sowie den EU-Kandidatenstaaten (12%).

Auch bezüglich der Haushaltsgrösse unterscheiden sich die Wohnverhältnisse zwischen den verschiedenen Ausländergruppen (Grafik G4.2.2). Der Anteil der Personen in Haushalten mit 3 oder mehr Personen ist bei Ausländern aus dem westlichen Balkan sowie den EU-Kandidatenstaaten am höchsten (83%). Rund ein Drittel (36%) der Personen aus diesen Ländern lebt in einem grösseren Haushalt mit 5 oder mehr Personen. Bei den Schweizern beträgt der entsprechende Anteil 11%. Den höchsten Anteil an Personen in kleinen Haushalten mit einem oder 2 Mitgliedern weisen umgekehrt die Nord- und Westeuropäer auf (63%).

Bei den Schweizern sind es ebenfalls mehr als die Hälfte (54%).

Betrachtet man die Wohnsituation nach Geschlecht, so fällt auf, dass Schweizerinnen häufiger alleine leben als Ausländerinnen (23% resp. 15%). Auf der anderen Seite leben 60% der Ausländerinnen in Haushalten mit 3 oder mehr Personen, während der entsprechende Anteil bei den Schweizer Frauen lediglich 43% beträgt. Dies mag damit zusammenhängen, dass Ausländerinnen meist mit der Familie in die Schweiz kommen. Vor allem aber sind die Ausländerinnen im Durchschnitt jünger als die Schweizerinnen, die aufgrund von Partnerverlust im Alter oft alleine leben.

Die durchschnittliche Grösse der Wohnung beträgt bei schweizerischen Haushalten 4,1 Zimmer, bei ausländischen Haushalten 3,5 Zimmer. Alle Haushaltsmitglieder eingerechnet hat ein Schweizer im Durchschnitt 1,9 Zimmer zur Verfügung, ein Ausländer 1,4.

Nicht weiter überraschen dürfte die Tatsache, dass die Hälfte der Schweizer (51%) angeben, in Wohneigentum zu leben, während es bei den Ausländern nur 16% sind. Auch hier können bedeutende Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationengruppen festgestellt werden. So beträgt der Anteil der Personen, die in Wohneigentum leben bei den Nord- und Westeuropäern 29%, bei den Südeuropäern 16% und bei den Ausländern aus dem westlichen Balkan sowie den EU-Kandidatenstaaten 7%.

Definitionen:

Der Anteil der Personen, die in Wohneigentum leben (insgesamt 44%), mag hier im Vergleich mit der oft zitierten Wohneigentumsquote (laut Volkszählung 2000 34,6%) erstaunlich hoch liegen. Die Differenz kann hauptsächlich mit der je unterschiedlichen Grundgesamtheit erklärt

werden. Bei der Berechnung der Wohneigentumsquote bilden die Wohnungen die Grundgesamtheit: 2000 gehörten 34,6% der besetzten Wohnungen ihren jeweiligen Bewohnern.

In diesem Artikel interessieren uns jedoch die Lebensbedingungen und deshalb bilden

die Personen die Grundgesamtheit: 2003 lebten 44% der ständigen Wohnbevölkerung in Wohnungen, die ihnen (oder einem Haushaltsmitglied) gehörten.

Die Zuteilung der einzelnen **Nationen** zu den **Nationengruppen** wird in Kapitel 3.1 definiert.

Basis:

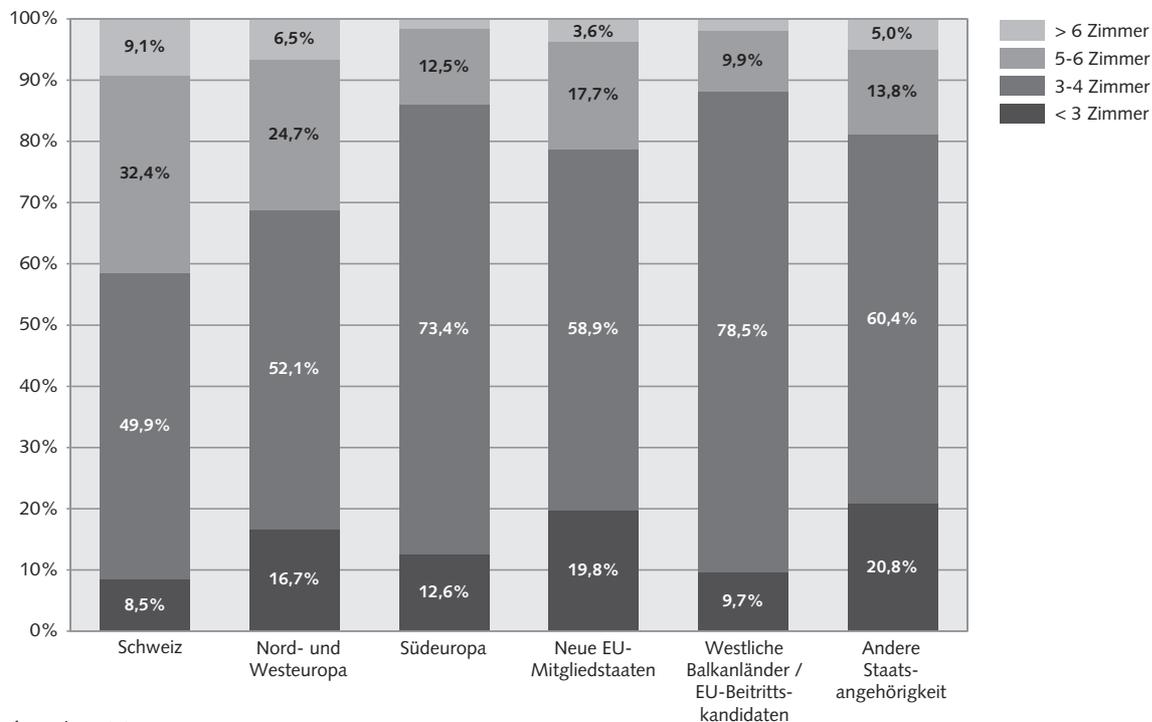
ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren (Personen in Privathaushalten)

Quelle:

BFS/SAKE

Wohnungsgrösse nach Staatsangehörigkeit der Bewohner, im 2. Quartal 2003¹

G 4.2.1



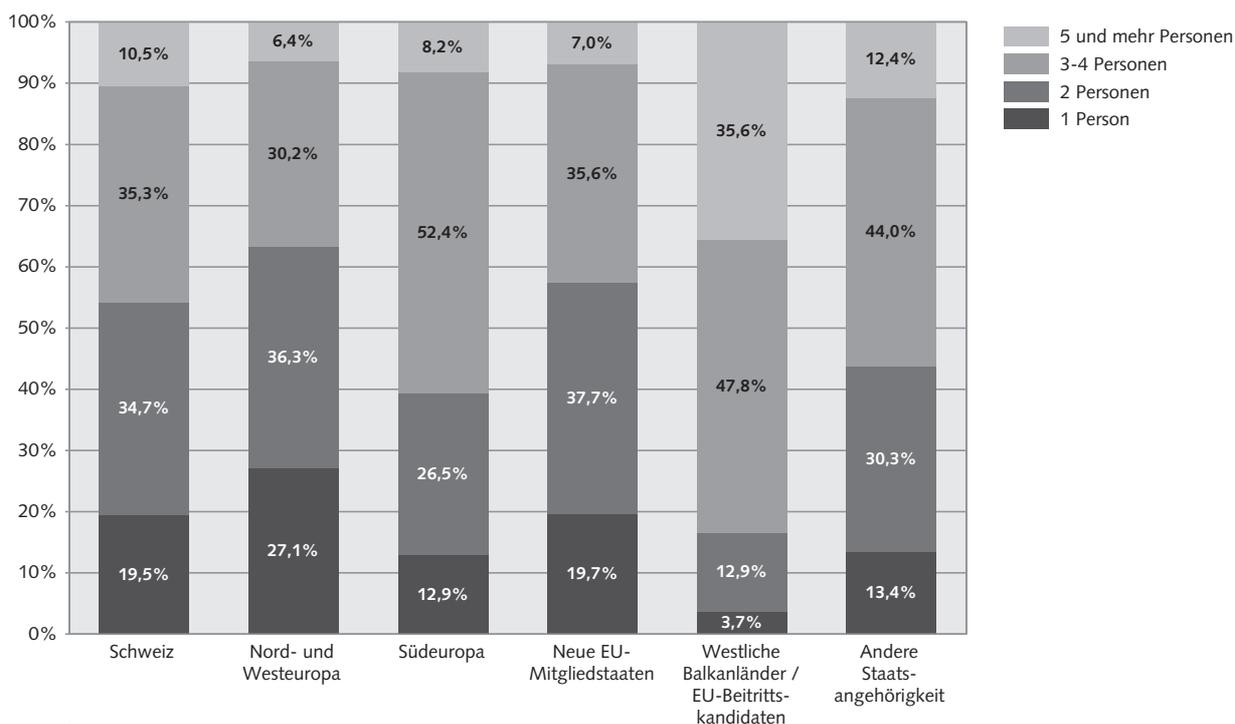
¹ Revidierte Werte

Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Personen in Privathaushalten nach Staatsangehörigkeit und Haushaltsgrosse, im 2. Quartal 2003¹

G 4.2.2



¹ Revidierte Werte

Quelle: BFS/SAKE

© Bundesamt für Statistik (BFS)

4.3 Gesundheit

Die Sterblichkeitsrate der Ausländer im erwerbsfähigen Alter ist geringer als diejenige der Schweizer. Sie gleicht sich nach der Pensionierung derjenigen der Schweizer an. Hingegen ist sie bei den Säuglingen höher.

Im Jahr 2002 starben 57'500 Schweizer und 4300 Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz. Die Ausländer weisen gegenüber den Schweizern eine etwa 15% tiefere Mortalitätsrate auf. Unter den Ausländern weisen die Männer eine um 65% höhere Sterberate gegenüber den Frauen auf, während bei den Schweizern die Rate der Männer 60% höher ist als die der Frauen.

Beim Vergleich der alters- und geschlechtsspezifischen Mortalitätsraten (Grafik G4.3.1) fällt die deutlich geringere Mortalität der Ausländer zwischen dem 35. und 60. Lebensjahr auf. Diese Tatsache wird in der internationalen Literatur als «healthy worker effect» bezeichnet. In einer gegebenen Bevölkerung erweisen sich Erwerbstätige als gesünder im Vergleich zu Nichterwerbstätigen. Dies beruht auf einem Selektionseffekt: Die Immigration setzt in der Regel Arbeitsfähigkeit und also Gesundheit voraus.

Bei den Säuglingen im ersten Lebensjahr war die Mortalität der Ausländer im Jahr 2002 höher als die der Schweizer, sie hat sich gegenüber 1999 jedoch etwas angenähert. Bei den Kindern und Jugendlichen (1- bis 24-Jährige) lassen sich allfällige Unterschiede wegen der geringen Anzahl Todesfälle nicht interpretieren. Ab dem Alter von 60 Jahren nähern sich die Mortalitätsraten der Ausländer denjenigen der Schweizer an, ohne diese ganz zu erreichen.

Acht von 100'000 Ausländern sterben an Magenkrebs, sie sind davon eineinhalb Mal so häufig betroffen wie die Schweizer (5 Todesfälle/100'000; Grafik G4.3.2). Im internationalen Vergleich der Magenkrebssterblichkeit sind die Raten in den südeuropäischen Ländern etwa doppelt so hoch wie im Norden.

Beim Lungenkrebs unterscheiden sich die Ausländer mit 30 Fälle pro 100'000 praktisch nicht von den Schweizern (29 Fälle).

An Brustkrebs starben 20 von 100'000 Ausländerinnen und 26 von 100'000 Schweizerinnen. Hier gelten Kinderlosigkeit oder Geburten in höherem Alter als Risikofaktoren, Merkmale, in denen sich Ausländerinnen bekanntermassen von Schweizerinnen unterscheiden.

Bei den Herz-Kreislaufkrankheiten weisen die Ausländer mit 156 Todesfällen auf 100'000 eine deutlich geringere Mortalität auf (Schweizer: 192). Der Unterschied ist bei den Männern viel grösser als bei den Frauen. Neben dem «healthy worker effect» spielen möglicherweise unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten und die körperliche Bewegung bei der Arbeit eine Rolle. Da Herz-Kreislaufkrankheiten 40% der Todesfälle verursachen, trägt diese Diagnose viel zur tieferen Gesamtsterblichkeit der Ausländer bei.

Auch bei den Unfällen und Gewalteinwirkungen weisen die Ausländer insgesamt eine tiefere Mortalitätsrate auf. Ausgenommen davon sind einzig die jungen Männer bis 30 Jahre als Opfer von Strassenverkehrs- und anderen Unfällen, von denen sie häufiger als die Schweizer betroffen sind.

Bedeutungsvoll ist schliesslich auch die deutlich niedrigere Suizidrate der Ausländer in der Schweiz verglichen mit der einheimischen Bevölkerung. Dies widerspiegelt die grossen internationalen Unterschiede bei der Selbsttötung. Man muss dabei vor allem von kulturellen Unterschieden ausgehen.

Definition:

Die Sterberaten dieses Berichtes wurden altersstandardisiert (direkte Methode, europäische Standardbevölkerung). Dadurch wird die unterschiedliche demografische Struktur von Ausländern und Schweizern so berücksichtigt, dass die Zahlen direkt vergleichbar werden.

Basis:

Ständige Wohnbevölkerung

Tabellen:

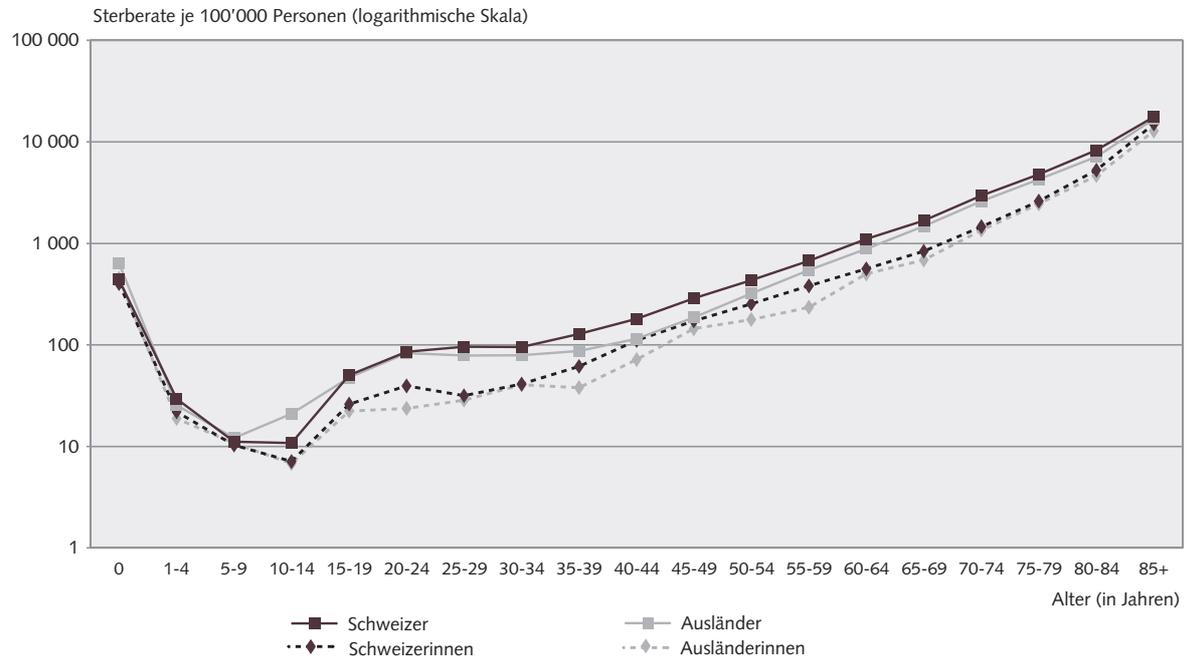
P336D
T3101D, T3102D

Quelle:

BFS/Todesursachenstatistik
2002

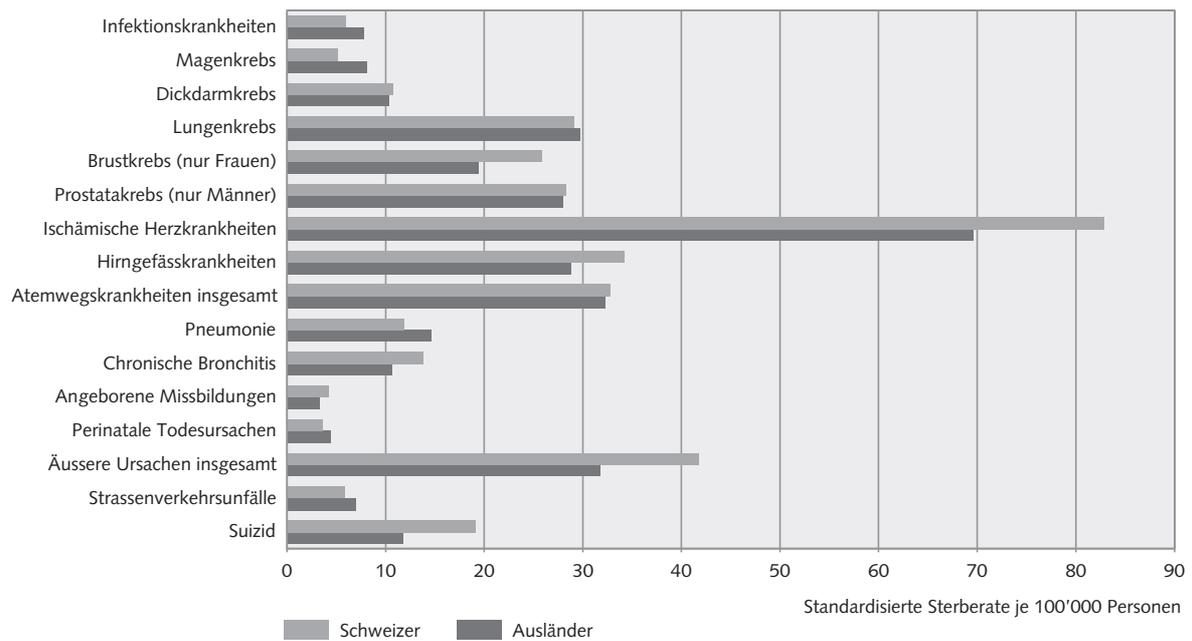
Sterberate nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2002

G 4.3.1



Alterstandardisierte Sterberaten nach Todesursachen und Staatsangehörigkeit, 2002

G 4.3.2



Anhang

Definitionen und Quellen

1 Ausländer und Migranten

Als **Ausländer** wird in der vorliegenden Publikation jede Person bezeichnet, die einzig die Staatsbürgerschaft eines ausländischen Staates besitzt. Diese Personen sind nicht identisch mit den im Ausland Geborenen, welche in der Zwischenzeit die schweizerische Staatsangehörigkeit erworben haben können. Der Anteil im Ausland Geborener ist auch in der Schweiz als Folge der Migrationsgeschichte und der Bürgerrechtsregelung heute immer noch leicht höher als der Ausländeranteil (2004: 21,8%). Personen, die neben einem ausländischen auch das Schweizer Bürgerrecht besitzen (Doppelbürger), werden in der Statistik als Schweizer gezählt. Gemäss Volkszählung 2000 waren 8,6% aller Schweizer Staatsbürger (495'000 Personen) Doppelbürger. Staatenlose und Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, werden hingegen als Ausländer betrachtet.

Als **Migrant** gilt jede Person, die ihren Wohnsitz (vorübergehend oder dauerhaft) von einem anderen Staat in die Schweiz verlegt hat. Neben den im Ausland Geborenen (22,4% gemäss der Volkszählung von 2000) gehören grundsätzlich auch Schweizer Bürger, welche nach einem Auslandsaufenthalt wieder in die Schweiz zurückgekehrt sind, zu den Migranten. Nicht zu den Migranten gehören hingegen die in der Schweiz geborenen und immer noch einzig eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzenden Personen: die zweite oder dritte Ausländergeneration umfasst 23,5% aller ständig in der Schweiz ansässigen Ausländer. Das Schweizer Ausländer- und Bürgerrecht kennt den Begriff des Migranten nicht, der einem demografischen und soziologischen Konzept entspricht. Die Definition des Migranten wird daher auch in der Verwaltungspraxis nicht genau abgebildet. Hierzu sind spezielle statistische Untersuchungen und Analysen nötig.

2 Bewilligungskategorien des Schweizerischen Ausländer- und Asylrechts

Die rechtliche Anwesenheitsbewilligung und die damit oft eng verbundene Anwesenheitsdauer von Ausländern sind wichtige Faktoren für die Beurteilung des Grades ihrer gesellschaftlichen Integration. Die Ausländergesetzgebung in der Schweiz teilt die Ausländer je nach Anwesenheitsgrund und Rechtsstellung in verschiedene Kategorien ein. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens

zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft (EG) bzw. ihren (damals 15) Mitgliedsstaaten über den freien Personenverkehr sowie des Abkommens zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) am 1. Juni 2002 unterstehen Staatsangehörige aus den EU-15- und den EFTA-Mitgliedsstaaten dem sog. Freizügigkeitsabkommen (FZA). Das Abkommen übernimmt die Kategorien von Anwesenheitsbewilligungen aus dem EU-Gemeinschaftsrecht (*acquis communautaire*). Der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den zehn neuen, am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Mitgliedsländern wird schrittweise und nach einem gesonderten Übergangsregime eingeführt (voraussichtlich Anfang 2006). Für diese Staaten gewährt die Schweiz jährlich aufsteigende Kontingente (bis maximal 3000 Aufenthaltler und 29'000 Kurzaufenthalter). Für die Mehrheit der übrigen Ausländer (Drittstaatsangehörige) gelten weiterhin das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) und die Begrenzungsverordnung (BVO) bzw. das Asylgesetz:

Saisonarbeiter (Ausweis A) waren ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz in einem Erwerbszweig oder Betrieb mit saisonalem Charakter (Bau-, Gastgewerbe, Landwirtschaft) für die Dauer einer Saison, jedoch während höchstens neun Monaten erwerbstätig waren. Eine Saisonbewilligung konnte nur Angehörigen aus Staaten der EU und der EFTA erteilt werden. Die Einreise von Saisonarbeitern unterlag einem Kontingent. Es bestand kein Anspruch auf Verlängerung der Bewilligung; der Familiennachzug war nicht möglich. Die Saisonarbeiterbewilligung wurde mit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens abgeschafft. Seit dem 1. Juni 2002 werden daher keine neuen Saisonarbeiterbewilligungen mehr ausgestellt.

Aufenthalter (Ausweis B) sind ausländische Staatsangehörige, die sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Die Aufenthaltsbewilligung ist befristet und kann verlängert werden.

Die Aufenthaltsbewilligung für Angehörige eines EU15- und EFTA-Mitgliedsstaates hat eine Gültigkeitsdauer von 5 Jahren. Sie kann in der Regel jeweils um weitere fünf Jahre verlängert werden. Für Erwerbstätige wird die Bewilligung nach Vorlage eines befristeten (mit einer Dauer von mind. einem Jahr) oder unbefristeten Arbeitsvertrages erteilt. Die Neueinreise erwerbstätiger Aufenthaltler unterliegt während den ersten fünf Jahren des Freizügigkeitsabkommens, d.h. bis 2007, einer Höchstzahl (EU15:15'000 Personen/Jahr, EFTA: 300).

Nichterwerbstätige Ausländer (z.B. Rentner, Studenten, Schüler) fallen nicht unter diese zahlenmässige Begrenzung. Der sofortige Familiennachzug ist sowohl für Erwerbstätige als auch Nichterwerbstätige möglich und umfasst Ehepartner sowie Verwandte in absteigender Linie (Kinder oder Enkel unter 21 Jahren) bzw. aufsteigender Linie (Eltern, Grosseltern).

Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsbewilligung für Drittstaatsangehörige wird das erste Mal in der Regel auf ein Jahr befristet. Die einmal gewährten Bewilligungen werden im Normalfall jährlich erneuert. Erstmalige Bewilligungen zur Erwerbstätigkeit werden nur im Rahmen der jährlich neu festgesetzten Höchstzahlen erteilt (in der Periode 2003/2004: 4000). Nichterwerbstätige Personen (z.B. Rentner, Studenten, Schüler) fallen nicht unter diese zahlenmässige Begrenzung. Für erwerbstätige Personen kann der Nachzug des Ehepartners und der ledigen Kinder unter 18 Jahren bewilligt werden.

Niedergelassene (Ausweis C) sind ausländische Staatsangehörige, denen nach einem Aufenthalt von fünf oder zehn Jahren in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung erteilt worden ist. Das Aufenthaltsrecht ist unbefristet und kann nicht mit Bedingungen verknüpft werden.

Bei EU15- und EFTA-Staatsangehörigen richtet sich die Erteilung der Niederlassungsbewilligung nach den Bestimmungen des ANAG und der Niederlassungsvereinbarungen mit ausländischen Staaten, da das FZA keine diesbezüglichen Bestimmungen enthält. EU15- und EFTA-Staatsangehörige erhalten nach einem ordnungsgemässen und ununterbrochenen Aufenthalt von fünf Jahren auf Grund von Niederlassungsvereinbarungen wie auch von einseitigen Erklärungen des Bundesrates die Niederlassungsbewilligung. Die Kontrollfrist ihrer Ausweise beträgt entsprechend der Aufenthaltsbewilligung fünf Jahre.

Drittstaatsangehörigen kann in der Regel nach einem zehnjährigen ordentlichen und ununterbrochenen Aufenthalt die Niederlassungsbewilligung erteilt werden. Bürger der USA und Kanadas erhalten die Bewilligung bereits nach fünf Jahren. Ein Anspruch besteht in diesen Fällen aber nicht.

Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) sind ausländische Staatsangehörige, die aus der Schweiz ausgewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Ausweisung als unzulässig, unzumutbar oder unmöglich erwiesen hat. Dabei handelt es sich in der Regel um abgewiesene Asylsuchende, jedoch auch um Besucher und Touristen, deren Visum abgelaufen ist. Die vorläufige Aufnahme kann auch in Fällen einer schwerwiegenden

persönlichen Notlage angeordnet werden, sofern seit vier Jahren nach Einreichen des Asylgesuchs kein rechtskräftiger Entscheid ergangen ist. Eine vorläufige Aufnahme als Flüchtling wird für Personen erlassen, welche die Flüchtlingseigenschaft erfüllen, denen aber kein Asyl gewährt werden kann, weil sie dessen wegen verwerflichen Handlungen unwürdig sind oder die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz verletzt oder gefährdet haben. Die vorläufige Aufnahme kann für 12 Monate verfügt werden und um jeweils 12 Monate verlängert werden. Die Aufhebung der Bewilligung erfolgt, sobald die Voraussetzungen für eine Rückkehr ins Herkunftsland vorhanden sind.

Kurzaufenthalter (Ausweis L) sind ausländische Staatsangehörige, die sich befristet, in der Regel für weniger als ein Jahr, für einen bestimmten Aufenthaltzweck mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Als Kurzaufenthalte werden auch Aupair-Anstellungen und Aufenthalte als Stagiaire betrachtet.

Die Kurzaufenthaltsbewilligung für erwerbstätige Angehörige aus EU15- und EFTA-Mitgliedsstaaten hat eine Gültigkeitsdauer, welche der Dauer des Arbeitsvertrages entspricht. Sie kann bis zu einer Gesamtdauer von weniger als 12 Monaten (d.h. höchstens 364 Tage) verlängert werden. Die Bewilligung kann ausserdem nach einem Gesamtaufenthalt von einem Jahr erneuert werden, ohne dass die Person den Aufenthalt in der Schweiz unterbrechen muss. Die Neueinreise erwerbstätiger Kurzaufenthalter unterliegt während den ersten fünf Jahren des Freizügigkeitsabkommens, d.h. bis 2007, einer Höchstzahl (EU15: 115'500 Personen/Jahr, EFTA: 200). Erwerbsaufenthalte von weniger als vier Monaten sowie Tätigkeiten als Musiker und Künstler bis zu acht Monaten fallen nicht unter diese zahlenmässige Begrenzung. Der sofortige Familiennachzug ist möglich und umfasst Ehepartner sowie Verwandte in absteigender Linie (Kinder oder Enkel unter 21 Jahren) bzw. aufsteigender Linie (Eltern, Grosseltern).

An Drittstaatsangehörige kann eine Kurzaufenthaltsbewilligung für einen Aufenthalt von höchstens bis zu einem Jahr (364 Tage) erteilt werden. Die Gültigkeitsdauer der Bewilligung richtet sich nach derjenigen des Arbeitsvertrages. Ausnahmsweise kann diese Bewilligung bis zu einer Gesamtdauer von höchstens 24 Monaten verlängert werden. Erstmalige Bewilligungen werden nur im Rahmen der jährlich neu festgesetzten Höchstzahlen erteilt (in der Periode 2003/2004: 5000). Erwerbsaufenthalte von höchstens vier Monaten pro Kalenderjahr fallen nicht unter diese zahlenmässige Begrenzung. Sonderregelungen gelten für Tänzerinnen (bewilligter

Aufenthalt von bis zu 8 Monaten). Kurzaufenthalter aus Drittstaaten dürfen in der Regel ihre Familien nicht nachziehen lassen.

Asylsuchende (Ausweis N) sind ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Während des Asylverfahrens haben diese Personen grundsätzlich ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz.

Anerkannte Flüchtlinge sind ausländische Staatsangehörige, denen die Schweiz gemäss dem Asylgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 Asyl gewährt hat. Sie haben auf Grund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Anschauung mit ernsthaften Nachteilen in ihrem Heimat- oder letzten Wohnstaat zu rechnen. Anerkannte Flüchtlinge sind im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung oder – nach fünfjährigem Aufenthalt – einer Niederlassungsbewilligung.

Als **Diplomaten bzw. internationale Funktionäre** gelten in der Schweiz wohnhafte ausländische Staatsangehörige, welche bei diplomatischen Missionen, konsularischen Posten oder internationalen Organisationen in der Schweiz arbeiten sowie deren Familienangehörige und Hauspersonal. Beamte und Beamtinnen ausländischer Verwaltungen (Bahn, Post, Zoll) mit Dienst- und Wohnort in der Schweiz werden ebenfalls dazugezählt. Sie fallen nicht unter die fremdenpolizeilichen Bestimmungen. Ihre Anwesenheit bzw. ihre Berufstätigkeit in der Schweiz ist mit einer vom Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ausgestellten Bewilligung geregelt.

3 Bevölkerungskonzepte

In der vorliegenden Publikation war es nicht möglich, für alle darzustellenden Aspekte ein einziges Bevölkerungskonzept anzuwenden. Während versucht wurde, so oft als möglich auf die umfassende d.h. alle obigen Ausländerkategorien beinhaltende Definition der Wohnbevölkerung abzustellen, beruhen insbesondere die Bevölkerungsbilanz (siehe Abschnitt 4.1) und die Wanderungsstatistik auf der Definition der «ständigen Wohnbevölkerung». Angaben zu Aufenthaltsdauer, Geburtsort und Einwanderungsgrund sind (vorläufig) einzig dem Zentralen Ausländerregister (ZAR) – dem Verwaltungsregister mit den umfassendsten sozio-demografischen Variablen – zu entnehmen und beschränken sich somit auf die Ausweiskategorien B, C und L (mit bewilligtem

Aufenthalt von mind. 1 Jahr). Bei den Arbeitsmarktstatistiken stützt sich die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung auf die ständige Wohnbevölkerung, die Erwerbstätigenstatistik auf das Inlandkonzept und die Arbeitslosenstatistik auf die Wohnbevölkerung. Die Arbeitsmarktgesamtrechnung bezieht sich auf die Gesamtheit der in der Schweiz arbeitenden und/oder wohnhaften Personen; die Erwerbstätigen werden nach dem Inlandkonzept bestimmt.

3.1 Wohnbevölkerung

Die Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Anwesenheitsdauer und Art der Anwesenheitsbewilligung. Personen ohne offiziellen Wohnsitz in der Schweiz (z.B. Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten, Touristen, Besucher oder Geschäftsreisende) zählen nicht zur Wohnbevölkerung. Die Wohnbevölkerung beinhaltet konkret die folgenden ausländischen Staatsangehörigen: Niedergelassene und Aufenthalter (inkl. anerkannte Flüchtlinge), Kurzaufenthalter, vorläufig Aufgenommene, Asylsuchende, internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige. Dazu wird seit 2003 neu ebenfalls (und zwar rückwirkend bis und mit 1991) der Ausgleichsbestand (siehe Abschnitt 3.2) gezählt.

Über den Aufenthalt von abgewiesenen Asylsuchenden sowie von Schwarzarbeitern in irregulärer Stellung liegen nur grobe, qualitativ schwer zu bewertende Schätzungen vor (Tabelle T1213D). Da diese Personen nirgends offiziell erfasst sind, werden sie aus allen Betrachtungen ausgeklammert.

3.2 Ständige Wohnbevölkerung

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, deren Wohnsitz ganzjährig in der Schweiz liegt. Dabei ist unerheblich, ob sich diese Personen auch tatsächlich mindestens ein ganzes Jahr in der Schweiz aufhalten. Die ständige Wohnbevölkerung beinhaltet konkret die folgenden ausländischen Staatsangehörigen: Niedergelassene und Aufenthalter (inkl. anerkannte Flüchtlinge), Kurzaufenthalter mit einem bewilligten Aufenthalt von mindestens 12 Monaten, internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige.

Seit 1991 umfasst die ständige Wohnbevölkerung zusätzlich auch einen so genannten Ausgleichsbestand (früher: Ergänzungsbestand). Dieser gleicht unterschiedliche Erfassungszeitspannen zwischen verschiedenen ver-

wendeten Registerdaten (ZAR, Zivilstandsregister, siehe Abschnitt 4.1) aus und liegt seit 2001 in der Grössenordnung von 3000-5000 Personen. Vor 2001 enthält der Ausgleichsbestand ebenfalls die jährlich neugeborenen Kinder von Asylsuchenden.

3.3 Erwerbsbevölkerung gemäss Inlandkonzept

Die Unterscheidung zwischen Inland- und Inländerkonzept stammt ursprünglich aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Eine Volkswirtschaft lässt sich entweder nach dem Gebiet innerhalb der Landesgrenze (Inland) oder nach den ständig ansässigen Wirtschaftssubjekten des Landes (Inländer) abgrenzen. Je nach der Betrachtungsweise sind somit einige Grössen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach einem Inländerkonzept oder einem Inlandkonzept abgegrenzt.

In Anlehnung an obige Definition umfasst die arbeitsmarktpolitische «Erwerbsbevölkerung gemäss Inlandkonzept» alle auf Schweizer Territorium ökonomisch aktiven Personen (Erwerbspersonen) ungeachtet ihres Wohnortes.

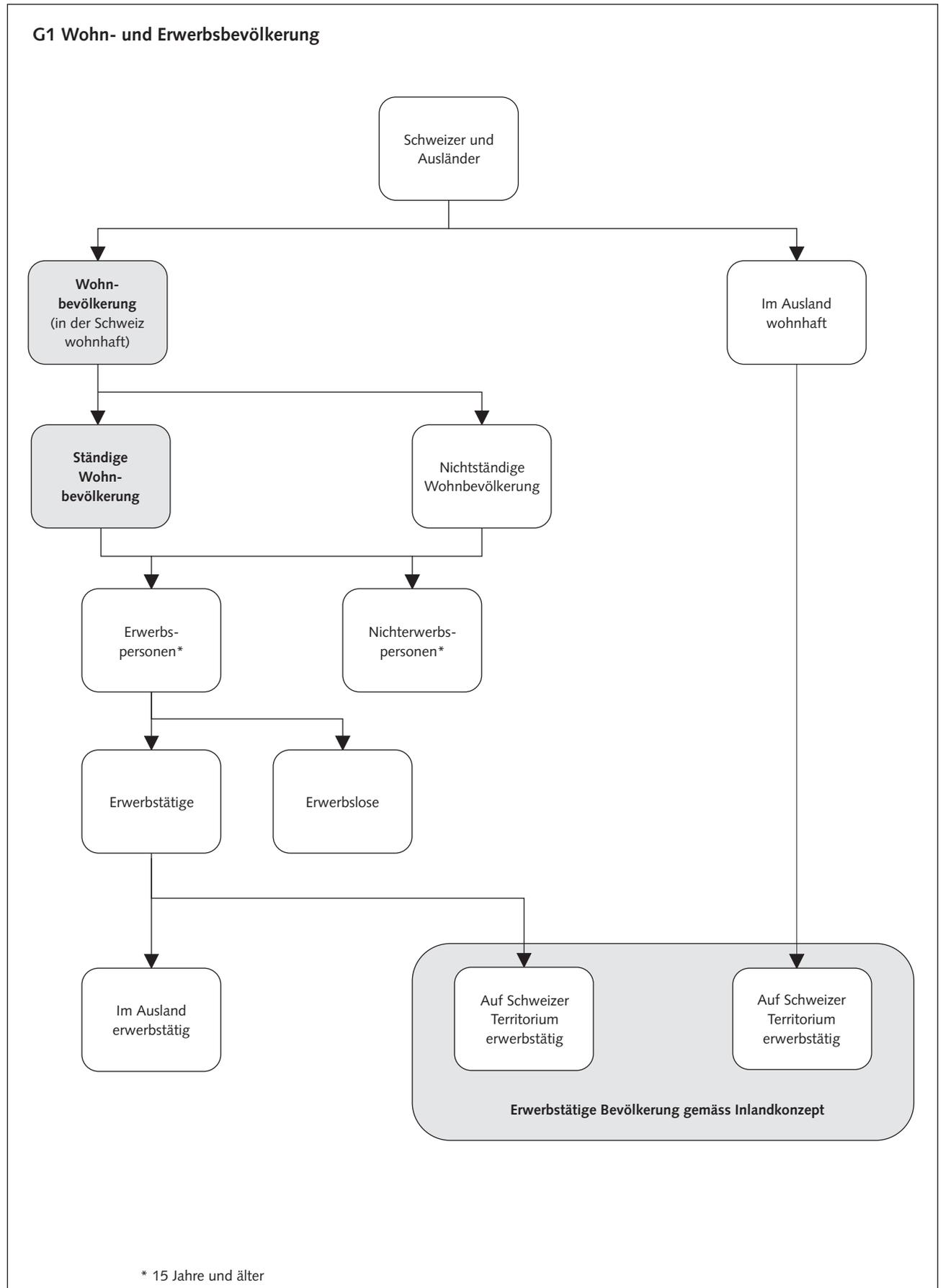
T1* Bevölkerungskonzepte

Bevölkerungskonzept/Personengruppen	Wohnbevölkerung	Ständige Wohnbevölkerung	Erwerbsbevölkerung gem. Inlandkonzept
Schweizerische Staatsangehörige			
davon: – <i>in der Schweiz erwerbstätig/erwerbslos</i>	x	x	x
– <i>im Ausland erwerbstätig</i>	x	x	
– <i>Nichterwerbspersonen</i>	x	x	
Ausländische Staatsangehörige			
• Aufenthaltler (Ausweis B), Niedergelassene (Ausweis C), Kurzaufenthalter 12-18 Monate (Ausweis L)			
davon: – <i>in der Schweiz erwerbstätig/erwerbslos</i>	x	x	x
– <i>im Ausland erwerbstätig</i>	x	x	
– <i>Nichterwerbspersonen</i>	x	x	
• Kurzaufenthalter < 12 Monate (Ausweis L)			
davon: – <i>Erwerbspersonen</i>	x		x
– <i>Nichterwerbspersonen</i>	x		
• Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F), Asylsuchende (Ausweis N)			
davon: – <i>Erwerbspersonen</i>	x		x
– <i>Nichterwerbspersonen</i>	x		
• Personal der ausländischen diplomatischen Vertretungen und int. Organisationen in der Schweiz und deren Familienangehörige (EDA-Ausweis)	x	x	
• Grenzgänger (Ausweis G)			x
• Personal der diplomatischen Vertretungen der Schweiz im Ausland			x
• Mitglieder der Schweizer Hochseeflotte			x

x erfasst

T2* Bevölkerungskonzepte und Referenzperioden in Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistiken

Statistikbereich	Bevölkerung	Erwerbsleben
Bevölkerungskonzept	– Wohnbevölkerung – Ständige Wohnbevölkerung	– Erwerbspersonen ab 15 Jahren gemäss Inlandkonzept – Wohnbevölkerung ab 15 Jahren – Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren
Referenzperiode bzw. -zeitpunkt		
• Bestandes-, Strukturdaten	Jahresende (31.12.) bzw. Jahresmittel	Ende 2. Quartal bzw. Jahresmitte (30.6.)
• Bewegungsdaten	Kalenderjahr	Kalenderjahr



4 Die schweizerische Ausländerstatistik

4.1 Die laufende Bevölkerungsstatistik

Jährliche Angaben zu Stand, Struktur und Bewegungen der ständigen Wohnbevölkerung werden im Rahmen der Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) berechnet. Eine der Hauptaufgaben der jährlichen Bevölkerungsstatistik ist die Analyse und Bereinigung der verschiedenen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Geburten, Todesfälle, Wanderungen etc.) und deren Zusammenführung zu einer umfassenden, gesamtschweizerischen Synthesestatistik, welche die verschiedenen Datenquellen (Verwaltungsregister, BFS-eigene Vollerhebungen) miteinander verbindet. In Anlehnung an die kaufmännische Buchführung hat sich für diese Berechnungsart die Bezeichnung «Bevölkerungsbilanz» eingebürgert.

Die zur Anwendung gelangenden Berechnungsverfahren sind in der jährlich erscheinenden BFS-Publikation «Demografisches Porträt der Schweiz» detailliert beschrieben. Auf sie soll hier daher nicht mehr eingegangen werden. Besonders wichtig ist dabei die Koordination und Abstimmung der verwendeten Konzepte und Definitionen (Berücksichtigung demografischer Grundprinzipien, Anlehnung an internationale Empfehlungen etc.) sowie die Prüfung der Validität der gewonnenen Daten. Zur Überwindung von Mängeln und Lücken im Datenmaterial kommen teilweise mathematische Analysemethoden, Schätzverfahren und Modellrechnungen zur Anwendung.

Für die laufende Bevölkerungsstatistik ist im Bereich der ausländischen Staatsangehörigen die Auswertung von Registerdaten bis heute die wichtigste Quelle. Dabei wird auf Personenregister des Bundes mit Eintragungen über demografische Schlüsselereignisse und soziodemografische und -ökonomische Merkmale zugegriffen. Auf Grund der Heterogenität der gesetzlichen Grundlagen und der Bindung der Registereintragungen an administrative Zwecke ergeben sich jedoch Grenzen der Nutzbarkeit von Registern.

4.2 Die Ausländerstatistik

Die Statistik der ausländischen Wohnbevölkerung (PETRA) liefert Basisdaten zu Stand und Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung am Ende des Jahres sowie der während eines Kalenderjahres registrierten entsprechenden Bewegungen.

PETRA ist eine Synthesestatistik und basiert auf folgenden amtlichen Register- bzw. Verwaltungsdaten:

4.2.1 Zentrales Ausländerregister (ZAR)

Das Register wurde 1972 durch einen Bundesratsbeschluss errichtet, um eine zuverlässige Datenbasis für die schweizerische Ausländerpolitik zu schaffen und die administrative Kontrolle des Ausländerbestandes durch die Fremdenpolizei und die Arbeitsmarktbehörden des Bundes und der Kantone zu erleichtern. Das ZAR dient der Rationalisierung der Arbeitsabläufe, der Kontrolle im Rahmen der Ausländergesetzgebung, der Erstellung von Statistiken über Ausländer sowie in besonderen Fällen der Erleichterung der Amtshilfe. Die Führung des ZAR ist dem Bundesamt für Migration (BFM) übertragen.

Das heutige Register (Datenbank ZAR3) dient in erster Linie administrativ-polizeilichen Aufgaben, statistische Aufgaben treten eher in den Hintergrund. Die Berücksichtigung bevölkerungsstatistischer Konzepte und die Abstimmung mit anderen Datenquellen ist nicht immer sichergestellt. Die Registerführung beruht auf laufenden Meldungen der Fremdenpolizeibehörden, Einwohnerkontrollstellen, Zivilstands- und Arbeitsämter der Kantone und Gemeinden sowie diverser Bundesstellen. Die meisten Meldestellen sind heute online mit dem ZAR3 verbunden.

Das BFM wertet in Eigenverantwortung registrierte Daten regelmässig nach einem festen Tabellenprogramm statistisch aus. Der Schwerpunkt liegt auf folgenden Merkmalen: Geburtsdatum, Geschlecht, Zivilstand, Staatsangehörigkeit, Art der Anwesenheitsbewilligung, Anwesenheitsdauer, Geburtsort, Erwerb des schweizerischen Bürgerrechts, Wohngemeinde, Arbeitskanton, ausgeübter Beruf und Wirtschaftszweig. Folgende Ausländerkategorien werden im ZAR erfasst: Niedergelassene, Aufenthaltler, erwerbstätige Familienangehörige von internationalen Funktionären und Diplomaten, Kurzaufenthalter, Grenzgänger.

4.2.2 *Automatisiertes Personenregistratursystem (AUPER)*

Dieses zentrale Register für Personen aus dem Asylbereich wird vom Bundesamt für Migration (BFM) geführt. Das heutige Register (Datenbank AUPER2) dient der Rationalisierung der Arbeitsabläufe, der Geschäftskontrolle sowie dem Informations- und Datenaustausch und ermöglicht statistische Erhebungen. Das AUPER besteht aus einer Personendatenbank, welche durch diverse Geschäftsverwaltungen zu unterschiedlichen Bereichen ergänzt wird. Daten fließen von verschiedenen Bundesstellen (z.B. Asylrekurskommission) und kantonalen Fremdenpolizei- und Fürsorgebehörden ein, welche mit Aufgaben im Asyl- oder anderen Geschäftsbereichen des AUPER betraut sind.

In der AUPER-Personendatenbank sind u.a. folgende Merkmale enthalten: Geschlecht, Geburtsdatum, Zivilstand, Staatsangehörigkeit, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Muttersprache. Angaben zur Wohnadresse (Wohngemeinde) zu den Anwesenheitsbewilligungen (Art und Dauer) und zu den Arbeitsverhältnissen (ausgeübter Beruf, Arbeitgeber und Branche) stehen ebenfalls als zusätzliche Module zur Personenverwaltung zur Verfügung.

Ein wichtiger Teil des AUPER stellt die Asylsachdatenverwaltung dar. Hier sind Informationen zum aktuellen Stand einer Person im Asylverfahren, Entscheide, Regelungen, getroffene Anordnungen und Massnahmen, Fristüberwachung, Vollzug etc. gespeichert. Diese Geschäftsverwaltung dient in erster Linie der Erledigungskontrolle von Asylgesuchen und des Vollzugs und ist die Basis für die BFM-interne Geschäftskontrolle, Ressourcen- und Finanzplanung.

Folgende Ausländerkategorien werden im AUPER erfasst: alle Personen des Asylbereichs, d.h. Asylsuchende mit hängigem erst- oder zweitinstanzlichen Verfahren oder abgewiesene Asylsuchende mit pendentem Vollzug, vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge. Informationen über abgewiesene Asylsuchende bleiben im Register ebenfalls gespeichert, unabhängig davon, ob die Personen abgereist, humanitär oder fremdenpolizeilich geregelt sind.

4.2.3 *Organisation Diplomatisches Protokoll (ORDIPRO)*

ORDIPRO ist ein automatisiertes Register des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), in welchem die in der Schweiz akkreditierten Diplomaten und internationalen Funktionäre inkl. Familienangehörige und Hausangestellte erfasst sind. Diese Personengruppe untersteht nicht den fremdenpolizeilichen Bestimmungen und ist im Besitz eines vom EDA ausgestellten Ausweises. Die heutige Version des ORDIPRO ist seit 1995 operationell; seit Dezember 1996 sind die Personen gesamtschweizerisch erfasst.

4.2.4 *«Statali italiani»*

Das Statistische Amt des Kantons Tessin erhebt jährlich den Bestand der internationalen Funktionäre mit Wohnsitz im Kanton Tessin (so genannte «statali italiani»). Diese Personen sind nicht in ORDIPRO registriert.

4.2.5 *Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung*

Gegenstand dieser seit 1871 bzw. 1876 existierenden jährlichen Vollerhebung des BFS sind alle Bereiche der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Todesfälle, Heiraten, Scheidungen, Adoptionen, Anerkennungen der Vaterschaft). Die Erhebung dieser Daten findet bei rund 2200 administrativen Stellen (vorwiegend Zivilstandsämter und Gerichte) in der ganzen Schweiz statt.

Ab 2001 werden nur noch jene Ereignisse gezählt, bei denen die massgebende Person einen ständigen Wohnsitz in der Schweiz hat, mit Ausnahme der Kurzaufenthalter, die in der Heirats- und Geburtenstatistik weiterhin gezählt werden.

Seit 2001 werden neu zusätzlich jene Heiraten gezählt, die von einer Frau mit einem ständigen Wohnsitz in der Schweiz und einem Mann mit Wohnsitz im Ausland geschlossen werden.

4.3 **Arbeitsmarktstatistiken**

Das statistische System der Schweiz stellt eine grössere Anzahl von Erhebungen und Statistiken im Bereich des Erwerbslebens und des Arbeitsmarktes zur Verfügung. Sechs dieser Instrumente dienen als Quellen für den vorliegenden Bericht: die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die Erwerbstätigenstatistik (ETS), die Arbeitsvolumenstatistik (AVOL), die Arbeitslosenstatistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), die Arbeitsmarktgesamtrechnung (AGR) und die Lohnstruktur-erhebung (LSE).

4.3.1 Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

Seit 1991 liefert die SAKE regelmässig Daten für die Arbeitsmarktbeobachtung. Es handelt sich hierbei um eine jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung. Darin enthalten ist eine Stichprobe von 15'000 Personen (Ausländer-Sake) aus dem Zentralen Ausländerregister (ZAR). Grundgesamtheit und Hochrechnungsbasis stellt die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz gemäss ESPOP dar. Bei der Ausgestaltung der SAKE hat sich das BFS an den Empfehlungen des internationalen Arbeitsamtes und an den Normen von EUROSTAT orientiert.

Der SAKE-Fragebogen enthält verschiedene Fragen zur soziodemografischen Situation der befragten Personen. Die Fragen betreffen dabei Themen wie erlernter und ausgeübter Beruf, berufliche Stellung, Wirtschaftsbranche, Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarktmobilität, Merkmale der Arbeitslosigkeit oder Einkommen. Die Bedeutung der SAKE-Ergebnisse für die Arbeitsmarktstatistik liegt in der grossen Anzahl von möglichen Merkmalskombinationen, der internationalen Vergleichbarkeit und der verhältnismässig raschen Verfügbarkeit der Resultate. Die SAKE bildet die Grundlage für eine Reihe von Synthesestatistiken, so unter anderen für die Erwerbstätigenstatistik und die Arbeitsmarktgesamtrechnung.

4.3.2 Die Erwerbstätigenstatistik (ETS)

Seit 1977 veröffentlicht das BFS die Erwerbstätigenstatistik (ETS). Diese Synthesestatistik liefert jährlich und quartalsweise die Zahl der Erwerbstätigen gemäss Inlandkonzept. Mit der Einführung der SAKE im Jahre 1991 wurde die ETS auf eine neue methodische Basis gestellt.

Mit Hilfe der SAKE (für die ständige Wohnbevölkerung) und des ZAR bzw. AUPER (für die nichtständige ausländische Wohn- bzw. Erwerbsbevölkerung) wird jedes Jahr jeweils für das 2. Quartal ein definitiver Eckwert berechnet. Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen erfolgt mit Hilfe der vierteljährlichen Beschäftigungsstatistik (BESTA). Auch für die Schätzung der Quartalswerte zwischen den jährlichen Eckwerten werden die Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik hinzugezogen.

2002 hat die ETS die Definition der Erwerbstätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes übernommen, welche auch im Rahmen der SAKE angewendet wird. Danach gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie während min-

destens einer Stunde pro Woche einer beruflichen Tätigkeit nachgeht (gemäss der alten Definition waren es mindestens 6 Stunden). Die Zahlen wurden rückwirkend bis 1991 revidiert.

Erwerbstätige gemäss SAKE und ETS

SAKE	ETS
Definition: Personen, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einer produktiven Arbeit nachgehen. Erfasst werden Erwerbstätige ab einer Stunde pro Woche	Personen, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einer produktiven Arbeit nachgehen. Erfasst werden Erwerbstätige ab einer Stunde pro Woche
Erhebungsmethode: Stichprobenerhebung bei rund 54'000 Haushalten	Synthesestatistik
Referenzbevölkerung: ständige Wohnbevölkerung	Inlandkonzept
Referenzperiode: Durchschnittswerte des 2. Quartals	Quartalsendwerte
Periodizität: jährlich Vierteljährlich	
Regionalisierungsniveau: Grossregionen der Schweiz	Grossregionen der Schweiz

4.3.3 Die Arbeitsvolumenstatistik (AVOL)

Die Arbeitsvolumenstatistik (AVOL) wird vom BFS seit Beginn der 90er Jahre veröffentlicht. Diese Synthesestatistik liefert jährliche Informationen zu den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, zur Normalarbeitszeit sowie den Absenzen und Überstunden nach dem Inlandkonzept. Das tatsächliche Arbeitsvolumen bezeichnet die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung effektiv geleisteten «produktiven» Arbeitsstunden. Hauptquelle der AVOL ist die SAKE. Für die Berechnung der Absenzen wird auf weitere Quellen zurückgegriffen, da die SAKE nicht alle Absenzenarten ausreichend dokumentiert. Dazu gehören die Statistiken des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) für die Kurzarbeit, Streiks und Aussperrungen. Zur Ermittlung des Arbeitsvolumens nach dem Inlandkonzept werden zudem Informationen aus dem ZAR herangezogen.

4.3.4 Die Arbeitslosenstatistik des seco

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) erstellt seit 1936 eine Arbeitslosenstatistik. Erfasst werden der Bestand an arbeitslosen Personen am Monatsende, die Zugänge in die Arbeitslosigkeit und die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit.

Als arbeitslos gelten Personen ohne Arbeit, die aktiv Arbeit suchen, bei einem kantonalen Arbeitsamt registriert und sofort vermittlungsfähig sind. Dabei ist unwesentlich, ob solche Personen einen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben oder nicht. Ausgesteuerte Arbeitslose bleiben in der Statistik erfasst, falls sie sich weiterhin regelmässig beim Arbeitsamt melden. Nicht zu den Arbeitslosen gezählt werden eingeschriebene Personen mit einem Zwischenverdienst oder solche in Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogrammen.

Die Bedeutung der Arbeitslosenstatistik liegt in erster Linie in der Konjunkturbeobachtung. Die Resultate sind sehr rasch verfügbar und zudem erlaubt die Arbeitslosenstatistik – da es sich um eine Vollerhebung handelt – die Beobachtung der Konjunkturentwicklung auf sehr tiefem regionalem Niveau. Problematisch ist der Einsatz der seco-Arbeitslosenzahlen für internationale Vergleiche. Unterschiedliche nationale Gesetzgebungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützungen schlagen sich unweigerlich in den jeweiligen Arbeitslosenstatistiken nieder. Auch die Analyse langfristiger Entwicklungen ist mit dem seco-Indikator nur beschränkt möglich, da Gesetzesänderungen zwangsläufig Brüche in der statistischen Zeitreihe zur Folge haben.

Arbeitslose gemäss seco

Definition:

Personen ohne Arbeit, die eine Stelle suchen, in der Lage sind, diese innerhalb einer Frist von 30 Tagen anzutreten und bei einem kantonalen Arbeitsamt eingeschrieben sind.

Erhebungsmethode:

Verwaltungsdaten
Referenzbevölkerung:
Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

Referenzperiode:

Monatsende

Periodizität:

monatlich

Regionalisierungsniveau:

Gemeinden

4.3.5 Die Arbeitsmarktgesamtrechnung (AGR)

Im Gegensatz zu den bisherigen, bestandsorientierten Arbeitsmarktindikatoren können mit der 1998 erstmals publizierte Arbeitsmarktgesamtrechnung (Ergebnisse ab 1991) auch die Ströme und Übergänge auf dem Arbeitsmarkt dargestellt werden. Die AGR ist eine Synthesestatistik, die auf der SAKE, der Erwerbstätigenstatistik, der Erwerbslosenstatistik und der Bevölkerungsstatistik basiert. Sie hat die Form einer jährlichen Bilanz und besteht zum einen aus den Bruttoübergängen von einem Arbeitsmarktstatus (Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit) und zum anderen aus den Eintritten (Einwanderungen und Geburten) sowie den Austritten (Auswanderungen, Todesfälle). Die Referenzperiode bzw. der Referenzzeitpunkt ist das Kalenderjahr mit Stichtag 31. Dezember. Zur Referenzbevölkerung gehören alle Personen, die in der Schweiz arbeiten und/oder wohnen.

4.3.6 Die Lohnstrukturerhebung (LSE)

Die Lohnstrukturerhebung (LSE) wird vom BFS seit 1994 alle zwei Jahre im Oktober durchgeführt. Sie erlaubt eine regelmässige Beschreibung der Schweizer Lohnstruktur auf der Basis repräsentativer Daten für sämtliche Wirtschaftszweige (ausser der Landwirtschaft). Neben Branchenzugehörigkeit und Unternehmensgrösse werden auch personen- und arbeitsplatzbezogene Merkmale wie Ausbildung, berufliche Stellung, Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes und Art der Tätigkeit erfasst.

4.4 Andere Statistiken

4.4.1 Schulstatistik

Die schweizerische Schulstatistik des BFS ist eine jährliche Vollerhebung der Schüler der nicht-universitären Bildung. Zusätzlich beinhaltet sie die Diplomstatistik (Diplome der Sekundarstufe II) und die Statistik der Lehrkräfte. Sie ist eine Zusammenfassung von 26 kantonalen Statistiken, die ihrerseits in erster Linie administrativen Zwecken dienen.

Rund die Hälfte der Kantone liefert die Daten in Form von Einzelrecords (jeder Schüler ist eine Erhebungseinheit). Die anderen Kantone liefern aggregierte Daten auf Niveau Schulabteilung («Klasse»). Aus diesem Grund können die Zahlen gesamtschweizerisch nur nach einer begrenzten Anzahl von Merkmalskombinationen ausgewertet werden.

4.4.2 Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS)

Das SHIS ist eine Institution, in der Vertreter der Hochschulen (universitäre Hochschulen und Fachhochschulen), der Hochschulkantone und des Bundes zusammenarbeiten, um gesamtschweizerische Hochschulstatistiken zu erstellen. Im SHIS werden Daten der Studierenden, der Examen, des Personals und der Finanzen der Hochschulen gesammelt. Es handelt sich um eine Vollerhebung, die für die Studierenden semesterweise durchgeführt wird. Die ausführende Stelle ist die Sektion Hochschulwesen des BFS.

4.4.3 Schweizerische Gesundheitsbefragung

Das Statistische Mehrjahresprogramm des Bundes sieht vor, alle fünf Jahre den Survey «Gesundheit» durchzuführen. Diesem Zyklus folgend wurde die Gesundheitsbefragung 1992/93 zum ersten Mal durchgeführt und 1997 sowie 2002 wiederholt.

Ziel der Gesundheitsbefragung ist es, Informationen über den Gesundheitszustand und dessen Bestimmungsfaktoren, über die Folgen von Krankheit, Behinderungen und ihre sozialen Auswirkungen, die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Gesundheitswesens, gesundheitsrelevante Verhaltensweisen und Lebensstile, Aspekte der Gesundheitsförderung und die Versicherungsverhältnisse der Wohnbevölkerung der Schweiz zu liefern. Weiter sollen zeitliche Veränderungen in diesen Bereichen und Grundlagen für die Evaluation von gesundheitspolitischen Massnahmen erfasst werden, und eine gesamtschweizerische, international kompatible Datengrundlage geschaffen werden.

Die Schweiz folgt mit der Gesundheitsbefragung den Empfehlungen des Regionalbüros Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO), das mit dem Programm «Gesundheit 21» europäisch vergleichbare Daten und Indikatoren im Bereich Gesundheit schaffen will.

4.4.4 Todesursachenstatistik

Die Todesursachenstatistik wird in der Schweiz seit 1876 geführt und umfasst die Todesfälle der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz. Für die Erhebung der Todesursachen besteht eine Auskunftspflicht der den Tod bescheinigenden Ärzte. Die Daten werden mittels der anonymen Sterbe- und Totgeburtkarte bei den Zivilstandsämtern erhoben. Aufgrund der Angaben auf der Sterbekarte werden die Todesursachen mit Hilfe der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) kodiert. Seit 1995 wird die ICD-10 benutzt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur weltweiten Anwendung für Morbiditäts- und Mortalitätsstatistiken empfohlen wird. Die Todesursachenstatistik liefert wichtige Indikatoren über den Gesundheitszustand der Bevölkerung sowie Eckdaten für klinisch-medizinische Studien. Sie ermöglicht, den Einfluss von geografischen, demografischen und sozioökonomischen Faktoren auf die Häufigkeit bestimmter Krankheiten zu untersuchen.

4.5 Probleme der schweizerischen Ausländerstatistik

Die Statistiken fassen auf mehreren, zum Teil unvollständigen und sich auch inhaltlich überschneidenden Verwaltungsregistern und jährlichen Voll- und Stichprobenerhebungen. Die gewonnenen Daten müssen vom BFS zuerst plausibilisiert und harmonisiert werden. Diese Datennachbearbeitung führt dazu, dass die vom BFS veröffentlichten Daten nicht in allen Bereichen mit denjenigen von BFM übereinstimmen. Die Unterschiede sind hauptsächlich auf folgende Gründe zurückzuführen:

BFM werten Registerdaten ihres eigenen Zuständigkeitsbereiches aus. Es erfolgt keine vollständige Einbindung in ein statistisches amtsübergreifendes Gesamtkonzept (z.B. Bevölkerungsbilanz).

Die verwendeten Definitionen basieren teilweise auf unterschiedlichen Kriterien.

Aus Aktualitätsgründen publizieren BFM Statistikdaten so rasch wie möglich. Damit ist nicht gewährleistet, dass alle Veränderungen eines bestimmten Beobachtungszeitraums im Register bereits erfasst worden sind. Nachträge werden folglich erst in einem späteren Beobachtungszeitraum ausgewiesen.

Unterschiede in den Ausländerstatistiken des BFS und des BFM

Die Verwendung von Registerdaten ist für die Statistik mit diversen Problemen verbunden, wobei die Aspekte der Aktualität und der Datenqualität eine zentrale Rolle spielen. Die Eingaben ins ZAR erfolgen nicht nur zentral beim Bund, sondern auch dezentral (Kantone, Gemeinden). Die Eingabequalität und -disziplin dieser Stellen ist sehr unterschiedlich. Für bestimmte Merkmale bestehen Plausibilitätstests, welche je nach Variable jedoch unterschiedlichen Qualitätsanforderungen unterliegen.

Die definitiven Jahresdaten werden vom BFM bereits Mitte Januar (des Folgejahres) erstellt. Sie können somit nicht das ganze Spektrum der im Vorjahr beobachteten Bevölkerungsbewegungen abdecken. Dies trifft insbesondere auf Geburten und Todesfälle zu, die nicht alle rechtzeitig Eingang ins ZAR finden und deshalb in der BFS-Statistik durch die von der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung erfassten Fälle ersetzt werden.

Falscheingaben im Register (z.B. Geschlecht, Geburtsjahr, Nationalität) werden BFS-intern im Rahmen der Bevölkerungsbilanz korrigiert. Ebenso werden vom ZAR nicht festgehaltene Bewegungen (z.B. Erwerb einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit) vom BFS nachträglich eingefügt.

Für die Berechnung des Ausländeranteils stützt sich das BFM auf die Definition der «ständigen ausländischen Wohnbevölkerung», wie sie in der Verordnung zur Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) festgehalten ist. Dabei werden lediglich die Aufenthalter, die Kurzaufenthalter mit einem bewilligten Aufenthalt von mehr als 12 Monaten und die Niedergelassenen berücksichtigt. Aus diesem Grund ist der vom BFM ausgewiesene Ausländeranteil leicht niedriger als derjenige des BFS.

Die Verwendung von Informationen zum Arbeitsmarkt aus dem ZAR (Personen mit/ohne Erwerb, Wirtschaftssektoren und -klassen) ist mit diversen methodischen Problemen verbunden. Zum einen erfolgt keine klare konzeptionelle Trennung zwischen «Erwerbstätigen» und «Erwerbspersonen». Zudem liefert das ZAR seit dem Inkrafttreten des «Bilateralen Abkommens über den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU» (1. Juni 2002) keine aktuellen Informationen mehr über Erwerbspersonen aus dem EU-Raum mit Niederlassungsbewilligung sowie über jene aus dem EU/EFTA-Raum mit Aufenthaltsbewilligung. Das BFS verzichtet daher in der vorliegenden Publikation bewusst darauf, Daten zur Erwerbsbevölkerung direkt dem ZAR zu entnehmen.

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung konnte vor 2001 die Anwesenheitsbewilligung von Ausländern nicht ausweisen, da dieses Merkmal bei den Erhebungsstellen (Zivilstandsämter, Gerichte) nicht erfasst wurde. Aus diesem Grunde war es beispielsweise nicht möglich, Geburten, Todesfälle, Heiraten und Scheidungen von Personen des Asylbereichs separat auszuweisen. Diese bedeutende Lücke führte zu methodologischen Problemen in der Berechnung von demografischen Indikatoren (z.B. zusammengefasste Geburtenziffer), wo die einzelnen Ereignisse auf die Grundgesamtheit bezogen werden müssen.

Die Verwendung von SAKE-Daten für die Analyse der ausländischen Bevölkerung ist mit folgenden Schwierigkeiten verbunden:

- 1) Aufgrund des begrenzten Stichprobenumfangs ist eine Reihe von möglichen Aufteilungen speziell für die ausländischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen nicht möglich.
- 2) Das Erhebungskonzept begrenzt sich auf die ständige Wohnbevölkerung. Insbesondere die ausländischen Grenzgänger und die Kurzaufenthalter, die für viele Arbeitsmarktanalysen wichtig wären, sind nicht erfasst.
- 3) Die SAKE wird nur im 2. Quartal jeden Jahres durchgeführt. Für die Arbeitsmarktbeobachtung wäre jedoch ein vierteljährlicher Erhebungsrhythmus zweckmässiger.

Anhang

Literaturverzeichnis

- Bundesamt für Statistik (1998), *Arbeitsmarktgesamtrechnung, Methodische Grundlagen und Ergebnisse 1991-1996*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1998), *Migration und ausländische Bevölkerung in der Schweiz 1997*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz 1998*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Bildungsindikatoren Schweiz 1999*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2000), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2000*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2001), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2001*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2002), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2002*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2003), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2003*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2003), *Eidgenössische Volkszählung 2000. Bevölkerungsstruktur, Hauptsprache und Religion*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2003), *Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2002 (SAKE)*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2004), *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2004*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2004), *Eidgenössische Volkszählung 2000. Migration und Integration, Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2005), *Eidgenössische Volkszählung 2000. Die Integration des ausländischen zweiten Generation und der Eingebürgerten in der Schweiz*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2005), *Eidgenössische Volkszählung 2000. Familles et migration. Le rôle de la famille sur les flux migratoires*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2005), *Eidgenössische Volkszählung 2000. Migrants et marché du travail. Compétences et insertion professionnelle des personnes d'origine étrangère en Suisse*, Neuchâtel.
- Europarat (2003), *Recent demographic developments in Europe 2003*, Europarat, Strassburg.
- Eurostat (2002), *Europäische Sozialstatistik – Wanderung. Ausgabe 2002*, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.
- Eurostat (2003), *Europäische Sozialstatistik – Erhebung über Arbeitskräfte – Ergebnisse 2002*, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.
- Eurostat (2004), *Bevölkerungsstatistik. Ausgabe 2004*, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.
- Haug, W. (1995), *Vom Einwanderungsland zur multi-kulturellen Gesellschaft – Grundlagen für eine schweizerische Migrationspolitik*, BFS, Bern.
- Haug, W. (2002), «Einwanderungsland Schweiz – Einwanderungskontinent Europa: eine Zwischenbilanz», *Demos*, 4/2002, BFS, Neuchâtel.
- Historisches Lexikon der Schweiz*:
<http://www.dhs.ch/>
- International Organization for Migration (IOM), 2003, *World Migration 2003 - Managing Migration. Challenges and Responses for People on the Move*, Genf.
- Lischer, R. (1997), *Integration – (k)eine Erfolgsgeschichte – Ausländische Kinder und Jugendliche im schweizerischen Bildungssystem*, BFS, Bern.
- Piguet, E. & Wanner, P. (2000), *Die Einbürgerungen in der Schweiz. Unterschiede zwischen Nationalitäten, Kantonen und Gemeinden, 1981-1998*, BFS, Neuchâtel.
- Rausa-de Luca, F. (2004), Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Moduls „Mobilität und Migration“ der SAKE 2003, *Demos*, 4/2004, BFS, Neuchâtel.
- Ritzmann-Blickenstorfer, H. (Ed.) (1996), *Historische Statistik der Schweiz*, Zürich, Chronos.
- Streuli, E., Bauer, T. (2001), *Working Poor. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage*, BFS, Neuchâtel, info:social 5.
- Streuli, E., Bauer, T. (2002), *Working Poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung, Gesamtbericht*, BFS, Neuchâtel.
- Vereinte Nationen (2003), *Trends in Total Migrant Stock: The 2003 Revision*, New York.
- Wanner, P. (1997), «Der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts. Historische Daten und aktuelle Trends», *Demos*, 2/97, BFS, Bern.
- Wanner, P. (2001), *Einwanderung in die Schweiz. Demografische Situation und Auswirkungen*, BFS, Neuchâtel.
- Wicker, H.-R., Fibbi, R., Haug, W. (Hrsg.) (2003), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich.
- Zingg, W. (1998), «Heirat und Scheidung seit 1987», *Demos*, 4/97, BFS, Bern.

Anhang

Übersichtstabellen

P01D Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Ausländeranteil, 1900-2004

Jahr	Schweizer			Ausländer			Ausländeranteil (in %)		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
1900	2 932 019	1 427 140	1 504 879	383 424	199 885	183 539	11,6	12,3	10,9
1910	3 201 282	1 560 349	1 640 933	552 011	285 180	266 831	14,7	15,5	14,0
1920	3 477 935	1 694 405	1 783 530	402 385	176 718	225 667	10,4	9,4	11,2
1930	3 710 878	1 801 779	1 909 099	355 522	156 570	198 952	8,7	8,0	9,4
1941	4 042 149	1 963 738	2 078 411	223 554	96 661	126 893	5,2	4,7	5,8
1950	4 429 546	2 155 268	2 274 278	285 446	116 757	168 689	6,1	5,1	6,9
1960	4 844 322	2 332 772	2 511 550	584 739	330 660	254 079	10,8	12,4	9,2
1970	5 189 707	2 486 371	2 703 336	1 080 076	602 955	477 121	17,2	19,5	15,0
1980	5 420 986	2 584 902	2 836 084	944 974	529 910	415 064	14,8	17,0	12,8
1990	5 628 255	2 665 344	2 962 911	1 245 432	724 868	520 564	18,1	21,4	14,9
1995	5 698 764	2 710 614	2 988 150	1 467 574	804 535	662 974	20,5	22,9	18,2
1996	5 711 852	2 720 297	2 991 555	1 477 646	806 096	671 550	20,6	22,9	18,3
1997	5 721 307	2 728 051	2 993 256	1 483 355	805 197	678 158	20,6	22,8	18,5
1998	5 739 892	2 739 097	3 000 795	1 500 736	813 555	687 181	20,7	22,9	18,6
1999	5 757 814	2 751 463	3 006 351	1 539 171	829 841	709 330	21,1	23,2	19,1
2000	5 779 685	2 762 579	3 017 106	1 528 558	820 401	708 157	20,9	22,9	19,0
2001	5 808 100	2 776 361	3 031 739	1 547 958	830 006	717 952	21,0	23,0	19,1
2002	5 836 887	2 792 944	3 043 943	1 591 133	853 679	737 454	21,4	23,4	19,5
2003	5 863 241	2 808 585	3 054 656	1 623 586	870 449	753 137	21,7	23,7	19,8
2004	5 890 439	2 823 943	3 066 496	1 639 125	875 200	763 925	21,8	23,7	19,9

Quelle: 1900-1990, VZ
Ab 1995 ESPOP, PETRA

P02D Wohnbevölkerung nach Geschlecht und detaillierter Staatsangehörigkeit, 1900-2004

Geschlecht und Staatsangehörigkeit	Jahr										
	1900	1910	1920	1930	1941	1950	1960	1970	1980	1990	2004
Total	3 315 443	3 753 293	3 880 320	4 066 400	4 265 703	4 714 992	5 429 061	6 269 783	6 365 960	6 873 687	7 529 564
Männer	1 627 025	1 845 529	1 871 123	1 958 349	2 060 399	2 272 025	2 663 432	3 089 326	3 114 812	3 390 212	3 699 143
Frauen	1 688 418	1 907 764	2 009 197	2 108 051	2 205 304	2 442 967	2 765 629	3 180 457	3 251 148	3 483 475	3 830 421
Schweiz	2 932 019	3 201 282	3 477 935	3 710 878	4 042 149	4 429 546	4 844 322	5 189 707	5 420 986	5 628 255	5 890 439
Männer	1 427 140	1 560 349	1 694 405	1 801 779	1 963 738	2 155 268	2 332 772	2 486 371	2 584 902	2 665 344	2 823 943
Frauen	1 504 879	1 640 933	1 783 530	1 909 099	2 078 411	2 274 278	2 511 550	2 703 336	2 836 084	2 962 911	3 066 496
Ausland	383 424	552 011	402 385	355 522	223 554	285 446	584 739	1 080 076	944 974	1 245 432	1 639 125
Männer	199 885	285 180	176 718	156 570	96 661	116 757	330 660	602 955	529 910	724 868	875 200
Frauen	183 539	266 831	225 667	198 952	126 893	168 689	254 079	477 121	415 064	520 564	763 925
Europa	380 719	547 447	398 459	350 696	216 640	271 948	552 725	1 042 352	889 995	1 125 437	1 397 770
EU15- und EFTA-Staaten ¹	373 693	531 638	372 223	330 607	205 856	255 898	537 639	975 534	760 462	845 894	909 919
Deutschland	168 451	219 530	149 833	134 561	78 274	55 437	93 406	118 289	87 913	86 197	163 923
Frankreich	58 522	63 695	57 196	37 303	24 396	27 470	31 328	55 841	47 570	52 715	73 999
Italien	117 059	202 809	134 628	127 093	96 108	140 280	346 223	583 855	418 989	383 204	307 717
Österreich	23 433	37 639	21 680	20 095	²	22 153	37 762	44 734	32 135	30 172	173 278
Portugal	74	147	155	114	63	173	386	3 632	18 943	110 312	35 032
Spanien	679	971	1 102	1 316	1 051	1 212	13 524	121 237	107 510	124 127	76 080
Ex-Jugoslawien	³	³	³	1 081	648	892	1 169	24 971	60 916	172 777	...
Serbien und Montenegro ⁴	211 340
Kroatien ⁴	42 050
Bosnien und Herzegowina ⁴	48 931
Mazedonien ⁴	61 534
Türkei	222	520	964	736	375	590	645	12 215	38 626	81 655	80 462
Andere Staaten Europas	6 804	15 289	25 272	18 272	9 761	14 568	13 272	29 632	29 991	25 111	43 534
Afrika	231	417	589	488	313	600	1 945	5 113	11 039	24 768	65 092
Amerika	2 107	2 994	2 682	3 381	1 331	4 040	10 828	18 419	20 455	30 357	61 752
Asien	311	1 072	570	836	651	2 106	4 119	8 298	21 883	62 380	108 524
Australien, Ozeanien	56	81	85	121	50	155	418	1 047	1 299	1 763	3 454
Staatenlos ⁵ , unbekannt	-	-	-	-	4 659	6 597	14 704	4 827	303	727	2 533

¹ 1900-1960 sind Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Schweden, Island und Norwegen nicht im Total enthalten. 1970-1990 sind Irland, Luxemburg, Island und Norwegen nicht im Total enthalten.

² In «Deutschland» enthalten.

³ In «Andere Staaten Europas» enthalten.

⁴ Die VZ kann keine Differenzierung der verschiedenen Republiken von «Ex-Jugoslawien» geben.

⁵ 1970-1990 sind Staatenlose unter ihrer ehemaligen Staatsangehörigkeit erfasst.

Quelle: 1900-1990 VZ
Ab 2004 PETRA

P03D Ausländische Wohnbevölkerung und im Ausland geborene Personen, 1860-2000

Jahr	Ausländer	Im Ausland geboren			Anteil an Gesamtbevölkerung (in %)	
		Total	Schweizer ¹	Ausländer ¹	Ausländer	Im Ausland geboren
1860	114 983	108 541	4,6	4,3
1888	229 650	186 017	7,9	6,4
1900	383 424	309 127	11,6	9,3
1910	552 011	441 017	83 011	358 006	14,7	11,8
1920	402 385	355 515	121 827	233 688	10,4	9,2
1930	355 522	359 168	146 500	212 668	8,7	8,8
1941	223 554	291 251	178 707	111 010	5,2	6,8
1950	285 446	390 214	204 035	186 179	6,1	8,3
1960	584 739	733 439	238 216	495 223	10,8	13,5
1970	1 080 076	1 111 112	258 196	852 916	17,2	17,7
1980	944 974	1 063 830	328 668	735 162	14,8	16,7
1990	1 245 432	1 392 282	405 122	987 160	18,1	20,3
2000	1 495 549	1 570 756	459 569	1 111 187	20,5	21,6

¹ Aktuelle Staatsangehörigkeit im jeweiligen Kalenderjahr.

Quelle: VZ

P04D Asylgesuche und Personen des Asylbereichs, 1995-2004

Jahr	Anzahl Asylgesuche	Je 100'000 Einwohner ¹	Anerkennungsquote (in %)	Bestand Asylsuchende (Ausweis N)	Bestand vorläufig Aufgenommener (Ausweis F)
1995	17 021	241,8	14,9%	44 624	30 736
1996	18 001	254,5	12,0%	49 615	30 716
1997	23 982	338,3	12,5%	55 422	25 745
1998	41 302	580,9	9,5%	74 114	19 647
1999	46 068	644,8	5,7%	88 742	18 187
2000	17 611	245,1	6,4%	42 389	29 505
2001	20 633	285,5	11,7%	36 708	29 025
2002	26 125	358,6	8,0%	41 369	25 137
2003	20 806	283,5	6,8%	41 201	23 355
2004	14 248	192,8	9,2%	31 696	23 407

¹ Der ständigen Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Quelle: AUPER, PETRA

P05D Wanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1981-2004

Jahr	Einwanderung			Auswanderung			Wanderungssaldo		
	Total	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer
1981	121 420	28 483	92 937	97 743	27 796	69 947	23 677	687	22 990
1982	114 290	27 565	86 725	93 193	26 709	66 484	21 097	856	20 241
1983	96 500	27 355	69 145	91 283	25 584	65 699	5 217	1 771	3 446
1984	96 880	26 882	69 998	84 925	25 251	59 674	11 955	1 631	10 324
1985	98 866	26 510	72 356	85 029	26 178	58 851	13 837	332	13 505
1986	107 222	27 536	79 686	84 858	27 263	57 595	22 364	273	22 091
1987	112 721	28 794	83 927	86 329	28 540	57 789	26 392	254	26 138
1988	124 984	29 011	95 973	91 507	30 060	61 447	33 477	- 1 049	34 526
1989	130 198	30 846	99 352	96 619	30 305	66 314	33 579	541	33 038
1990	154 244	31 465	122 779	97 601	31 888	65 713	56 643	- 423	57 066
1991	164 773	31 673	133 100	103 333	29 890	73 443	61 440	1 783	59 657
1992	157 190	25 299	131 891	117 034	30 672	86 362	40 156	- 5 373	45 529
1993	144 539	22 083	122 454	105 026	27 489	77 536	39 513	- 5 406	44 918
1994	130 188	22 538	107 650	99 305	29 639	69 666	30 883	- 7 101	37 984
1995	113 967	23 010	90 957	99 509	30 152	69 357	14 458	- 7 142	21 600
1996	97 591	23 232	74 359	103 398	31 449	71 949	- 5 807	- 8 217	2 410
1997	91 687	22 083	69 604	98 521	30 641	67 880	- 6 834	- 8 558	1 724
1998	95 955	23 753	72 202	94 778	30 761	64 017	1 177	- 7 008	8 185
1999	107 953	24 276	83 677	91 804	29 024	62 780	16 149	- 4 748	20 897
2000	110 302	26 102	84 200	90 078	30 776	59 302	20 224	- 4 674	24 898
2001	124 077	24 331	99 746	82 234	25 757	56 477	41 843	- 1 426	43 269
2002	127 340	22 326	105 014	78 419	24 902	53 517	48 921	- 2 576	51 497
2003	119 783	20 971	98 812	76 756	25 710	51 046	43 027	- 4 739	47 766
2004	120 188	19 354	100 834	79 726	26 776	52 950	40 462	- 7 422	47 884

Quelle: ESPOP, PETRA

P06D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Geschlecht und rohe Einbürgerungsziffer, 1975-2004

Jahr	Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Geschlecht			Rohe Einbürgerungsziffer		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
1975	12 651	5 887	6 764	1,19	1,03	1,36
1976	15 261	7 522	7 739	1,51	1,39	1,65
1977	16 803	8 377	8 426	1,75	1,62	1,90
1978	37 157	18 637	18 520	3,98	3,70	4,31
1979	25 696	12 749	12 947	2,86	2,62	3,14
1980	16 060	7 797	8 263	1,82	1,62	2,05
1981	14 299	6 696	7 603	1,60	1,38	1,87
1982	12 723	5 719	7 004	1,40	1,15	1,70
1983	11 831	5 310	6 521	1,28	1,05	1,56
1984	11 850	5 193	6 657	1,28	1,02	1,60
1985	14 393	6 470	7 923	1,54	1,26	1,90
1986	14 416	6 447	7 969	1,53	1,24	1,90
1987	12 370	5 073	7 297	1,29	0,96	1,72
1988	11 356	4 731	6 625	1,16	0,87	1,53
1989	10 342	4 161	6 181	1,03	0,74	1,39
1990	8 658	3 228	5 430	0,83	0,55	1,19
1991	8 757	3 143	5 614	0,80	0,51	1,16
1992	11 208	7 298	3 910	0,96	1,12	0,77
1993	12 928	8 782	4 146	1,06	1,30	0,77
1994	13 757	8 405	5 352	1,09	1,21	0,95
1995	16 795	9 692	7 103	1,29	1,36	1,21
1996	19 375	11 096	8 279	1,44	1,54	1,36
1997	19 169	10 294	8 875	1,43	1,43	1,44
1998	21 279	10 348	10 931	1,59	1,44	1,76
1999	20 363	9 581	10 782	1,51	1,33	1,72
2000	28 700	13 314	15 386	2,10	1,82	2,41
2001	27 586	13 117	14 469	1,99	1,78	2,24
2002	36 515	17 486	19 029	2,57	2,32	2,86
2003	35 424	16 829	18 595	2,45	2,19	2,74
2004	35 685	16 972	18 713	2,43	2,18	2,70

Quelle: PETRA

P07D Bilanz der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 1998-2004

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bestand am 1. Januar	1 375 158	1 383 645	1 406 630	1 412 937	1 447 553	1 476 966	1 500 907
Lebendgeburten	21 075	21 679	21 573	18 544	19 158	19 417	19 402
Todesfälle	4 152	4 261	4 338	4 263	4 250	4 492	4 401
Geburtenüberschuss	16 923	17 418	17 235	14 281	14 908	14 925	15 001
Zuzüge ¹	72 202	83 677	84 200	99 746	105 014	98 812	100 834
Davon: Statuswechsel	4 568	4 251	4 471	4 793	11 689	20 906	29 607
Wegzüge	64 017	62 780	59 302	56 477	53 517	51 046	52 950
Wanderungssaldo	8 185	20 897	24 898	43 269	51 497	47 766	47 884
Erwerb des Schweizer Bürgerrechts	21 277	20 363	28 700	27 583	36 515	35 424	35 685
Bestand am 31. Dezember	1 383 645	1 406 630	1 424 370	1 447 553	1 476 966	1 500 907	1 524 663
Absolute Veränderung ²	8 487	22 985	17 740	34 616	29 413	23 941	23 756
Prozentuale Veränderung	0,6	1,7	1,3	2,4	2,0	1,6	1,6

¹ Inkl. Übertritte aus dem Asylbereich.

² Inkl. Bestandesbereinigungen.

Quelle: ESPOP, PETRA

P08D Erwerbstätige nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitt, in 1000), 1960-2004¹

Inlandkonzept	Total			Schweiz			Ausland		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
1960	2 717	1 790	927	2 272	1 513	759	445	277	169
1961	2 844	1 880	965	2 298	1 527	771	547	353	194
1962	2 954	1 959	995	2 312	1 538	774	641	421	221
1963	2 999	1 990	1 009	2 301	1 526	776	698	465	233
1964	3 046	2 027	1 019	2 314	1 537	777	732	490	242
1965	3 025	2 017	1 008	2 312	1 537	775	714	480	233
1966	3 014	2 006	1 008	2 312	1 535	777	702	471	231
1967	3 030	2 019	1 011	2 316	1 543	773	714	476	238
1968	3 048	2 031	1 018	2 316	1 547	769	732	484	248
1969	3 098	2 059	1 039	2 336	1 557	779	763	502	261
1970	3 143	2 075	1 067	2 356	1 554	802	787	521	265
1971	3 199	2 112	1 086	2 390	1 572	818	809	541	268
1972	3 243	2 141	1 102	2 413	1 581	832	830	560	270
1973	3 277	2 152	1 125	2 441	1 587	855	835	565	270
1974	3 273	2 143	1 131	2 464	1 603	861	810	540	270
1975	3 108	2 026	1 082	2 387	1 558	829	721	468	253
1976	3 019	1 964	1 055	2 379	1 546	833	639	418	222
1977	3 032	1 962	1 070	2 414	1 555	859	618	407	211
1978	3 062	1 974	1 089	2 439	1 560	879	623	414	209
1979	3 095	1 985	1 110	2 462	1 561	901	633	424	209
1980	3 166	2 021	1 145	2 512	1 581	930	654	440	215
1981	3 240	2 053	1 187	2 554	1 592	962	686	461	225
1982	3 256	2 058	1 198	2 557	1 588	968	700	470	230
1983	3 257	2 056	1 200	2 572	1 596	976	684	460	224
1984	3 288	2 073	1 216	2 597	1 606	991	691	466	225
1985	3 354	2 115	1 239	2 648	1 638	1 010	706	477	229
1986	3 430	2 157	1 273	2 690	1 660	1 030	740	497	243
1987	3 515	2 194	1 321	2 732	1 669	1 063	783	526	258
1988	3 607	2 234	1 373	2 780	1 682	1 098	827	552	275
1989	3 704	2 276	1 427	2 822	1 688	1 133	882	588	294
1990	3 821	2 327	1 494	2 863	1 693	1 171	957	634	323
1991	4 076	2 389	1 687	3 033	1 707	1 326	1 043	682	361
1992	4 015	2 337	1 678	2 990	1 674	1 316	1 025	663	362
1993	3 982	2 309	1 672	2 992	1 670	1 323	989	640	349
1994	3 955	2 287	1 669	2 980	1 658	1 323	975	629	346
1995	3 957	2 286	1 671	2 965	1 654	1 311	992	631	360
1996	3 957	2 268	1 690	2 983	1 659	1 324	974	609	366
1997	3 959	2 247	1 712	3 005	1 663	1 342	954	584	370
1998	4 014	2 268	1 746	3 045	1 676	1 369	969	592	377
1999	4 046	2 285	1 762	3 087	1 691	1 397	959	594	365
2000	4 089	2 307	1 782	3 101	1 688	1 412	988	619	370
2001 ²	4 155	2 334	1 821	3 107	1 686	1 421	1 048	648	400
2002 ²	4 173	2 323	1 851	3 131	1 685	1 445	1 043	637	406
2003 ²	4 167	2 314	1 853	3 130	1 678	1 452	1 036	635	401
2004 ³	4 178	2 321	1 857	3 131	1 680	1 452	1 047	642	405

¹ Ab 1991 gelten als Erwerbstätige, alle Personen die mindestens 1 Stunde pro Woche arbeiten (Anpassung an die Definition des Internationalen Arbeitsamtes).
In den vorhergehenden Jahren belief sich die minimale Arbeitsdauer auf 6 Stunden pro Woche.

² Revidierte Werte.

³ Provisorische Werte.

Quelle: ETS

P09D Indikatoren der Bevölkerungsstruktur: Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004

Staatsangehörigkeit	Bestand am 31. Dezember	Wachstum (in %)	Anteil unter 15-Jährige (in %)	Anteil der 65-Jährigen und Älteren (in %)	Anteil der 80-Jährigen und Älteren an den 65-Jährigen und Älteren (in %)	Jugendquotient (in %) ¹	Altersquotient (in %) ²	Gesamtquotient (in %) ³	Geschlechterverhältnis ⁴
Total	7 529 564	0,6	16,3	15,7	27,9	35,5	25,1	60,5	96,6
Schweiz	5 890 439	0,5	15,7	18,3	29,2	35,9	30,3	66,1	92,1
Ausland	1 639 125	1,0	18,3	6,3	14,6	34,2	9,0	43,2	114,6
Europa	1 397 770	1,0	18,0	7,0	14,3	33,7	10,1	43,8	117,5
Afrika	65 092	0,3	20,8	1,1	11,1	40,3	1,5	41,9	124,7
Amerika	61 752	3,3	15,1	2,9	26,5	29,1	3,9	33,0	69,0
Nordamerika	21 486	1,2	17,0	5,5	29,6	32,9	7,7	40,6	101,8
Lateinamerika	40 266	4,4	14,0	1,6	20,5	27,3	2,0	29,3	55,5
Asien	108 524	- 0,3	22,7	1,9	19,5	39,8	2,7	42,5	101,7
Ozeanien	3 454	0,6	14,4	2,9	19,0	24,7	3,7	28,4	111,3
Staatenlos / Unbekannt	2 533	- 21,0	8,5	1,7	52,3	34,0	2,4	36,3	506,0
EU-25 / EFTA	931 045	2,2	13,6	9,7	14,8	24,1	13,3	37,4	124,2
Drittstaaten									
(Nicht EU-25/EFTA)	705 547	- 0,5	24,5	1,8	13,6	48,9	2,7	51,6	102,6
EU-15	906 328	2,2	13,7	9,8	14,6	24,3	13,5	37,8	126,1
Neue EU-Staaten (ab 2004)	21 126	3,0	10,4	5,5	21,1	17,2	6,8	24,0	65,3
EFTA	3 591	1,9	11,1	9,8	24,4	19,5	13,0	32,5	110,9
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	466 725	- 1,2	26,7	1,7	9,2	55,9	2,6	58,6	105,3
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	238 822	0,8	20,1	2,0	20,9	36,8	2,7	39,5	97,5
Belgien	9 536	3,1	14,7	9,6	23,7	25,7	13,3	39,0	113,6
Dänemark	3 704	1,7	14,8	8,2	28,5	24,5	11,1	35,6	92,8
Deutschland	163 923	8,5	9,5	10,7	14,0	15,2	13,8	29,0	123,9
Griechenland	6 035	0,9	8,6	14,8	15,5	16,3	20,1	36,5	139,4
Spanien	76 080	- 3,3	12,7	7,1	12,1	23,2	9,4	32,5	121,3
Frankreich	73 999	3,3	12,8	9,6	24,2	21,6	13,0	34,6	115,3
Irland	2 112	5,7	15,3	3,0	15,9	22,2	3,8	25,9	104,3
Italien	307 717	- 1,4	12,2	14,8	13,0	23,6	21,4	45,0	138,3
Luxemburg	1 055	4,0	7,7	6,7	23,9	16,3	8,4	24,7	140,3
Niederlande	16 625	1,9	14,2	12,0	22,5	24,2	16,9	41,1	117,5
Österreich	35 032	1,1	7,8	15,6	10,6	13,4	20,9	34,3	124,2
Portugal	173 278	5,2	21,9	0,5	10,0	38,4	0,7	39,1	119,0
Finnland	2 900	- 1,5	13,9	4,5	14,6	24,7	5,9	30,5	57,2
Schweden	6 589	2,2	14,7	8,8	27,9	26,7	12,2	38,9	98,2
Vereinigtes Königreich	27 743	3,5	15,6	7,6	24,8	26,7	10,4	37,2	136,2
Tschechische Republik	4 076	0,9	10,0	6,8	27,1	16,7	8,5	25,2	66,2
Estland	207	10,1	12,6	0,5	100,0	29,6	0,6	30,2	40,8
Zypern	110	4,8	2,7	8,2	22,2	11,0	9,9	20,9	134,0
Lettland	699	10,6	15,6	0,3	-	30,8	0,4	31,1	25,9
Litauen	491	3,6	15,3	1,0	60,0	25,3	1,3	26,5	36,8
Ungarn	4 032	0,1	9,8	10,7	19,9	16,1	13,9	30,0	76,0
Malta	107	-	14,0	6,5	-	25,0	8,8	33,8	98,1
Polen	5 665	5,7	10,3	2,9	25,9	16,4	3,5	19,9	65,6
Slowenien	2 502	- 2,6	10,4	7,8	9,7	16,9	9,9	26,9	96,7
Slowakei	3 237	7,2	10,0	1,9	23,8	16,4	2,3	18,7	48,1
Island	187	19,1	19,3	1,1	-	36,0	1,5	37,5	101,1
Liechtenstein	1 660	0,7	5,7	12,6	23,4	11,4	16,0	27,4	115,9
Norwegen	1 744	1,5	15,3	8,1	26,2	26,0	11,1	37,1	107,4
Serbien und Montenegro	211 340	- 1,2	30,0	1,5	7,4	65,4	2,5	67,9	109,8
Kroatien	42 050	- 2,2	23,2	2,0	7,6	45,3	2,9	48,2	99,5
Bosnien und Herzegowina	48 931	- 3,1	25,6	2,0	6,9	51,3	3,1	54,4	102,4
Mazedonien	61 534	0,1	27,4	0,7	12,2	62,3	1,1	63,4	111,7
Türkei	80 462	- 2,0	23,9	2,3	8,6	47,4	3,5	50,9	118,0

¹ Verhältnis der 0-19-Jährigen zu den 20-64-Jährigen.² Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20-64-Jährigen.³ Verhältnis der 0-19-Jährigen und 65-Jährigen und Älteren zu den 20-64-Jährigen.⁴ Anzahl Männer bezogen auf 100 Frauen.

Quelle: ESPOP, PETRA

P10D Personen des Asylbereichs nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2000-2004

Staatsangehörigkeit	Bestand am 31. Dezember				
	2000	2001	2002	2003	2004
Total	71 894	65 733	66 506	64 556	55 103
Europa	31 148	28 816	28 528	25 234	21 065
Albanien	405	244	203	164	130
Serbien und Montenegro	19 974	16 975	15 251	13 408	11 425
Bosnien und Herzegowina	6 177	5 530	5 621	4 954	4 037
Russland	318	527	728	869	829
Türkei	3 249	3 643	3 966	3 794	3 234
Übrige Staaten	1 025	1 897	2 759	2 045	1 410
Afrika	15 052	16 181	19 070	20 085	18 010
Äthiopien	1 280	1 397	1 614	1 752	1 717
Algerien	851	1 135	1 488	1 604	1 126
Angola	2 644	2 849	3 316	3 194	2 907
Kongo	1 710	1 921	2 305	2 514	2 509
Somalia	4 843	4 336	3 895	3 793	3 928
Übrige Staaten	3 724	4 543	6 452	7 228	5 823
Amerika	417	328	282	246	205
Asien	24 379	19 059	16 497	16 009	13 518
Afghanistan	1 086	1 184	1 246	1 231	1 211
Sri Lanka	15 721	9 664	5 566	3 863	2 996
Irak	2 786	2 973	3 138	3 829	3 660
Iran	1 067	1 092	1 151	1 215	1 158
Libanon	244	252	283	242	154
Pakistan	553	589	642	635	518
Übrige Staaten	2 922	3 305	4 471	4 994	3 821
Ozeanien	1	1	0	1	1
Staatenlos / Unbekannt	897	1 348	2 129	2 981	2 304

Quelle: PETRA

P11D Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004

Alter	Bestand am 31. Dezember								
	Total			Schweiz			Ausland		
	Total ¹	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total ¹	Männer	Frauen
Total¹	7 529 564	3 699 143	3 830 421	5 890 439	2 823 943	3 066 496	1 639 125	875 200	763 925
0-4 Jahre	371 335	191 002	180 333	270 251	138 960	131 291	101 084	52 042	49 042
5-9 Jahre	408 388	209 852	198 536	307 885	158 168	149 717	100 503	51 684	48 819
10-14 Jahre	442 431	227 185	215 246	344 306	176 390	167 916	98 125	50 795	47 330
15-19 Jahre	441 531	226 712	214 819	349 915	178 093	171 822	91 616	48 619	42 997
20-24 Jahre	462 553	234 745	227 808	337 545	170 059	167 486	125 008	64 686	60 322
25-29 Jahre	484 350	242 188	242 162	322 224	160 721	161 503	162 126	81 467	80 659
30-34 Jahre	548 127	274 657	273 470	370 483	185 619	184 864	177 644	89 038	88 606
35-39 Jahre	630 113	317 259	312 854	449 169	221 865	227 304	180 944	95 394	85 550
40-44 Jahre	629 809	319 260	310 549	472 191	230 063	242 128	157 618	89 197	68 421
45-49 Jahre	554 416	281 520	272 896	436 775	213 274	223 501	117 641	68 246	49 395
50-54 Jahre	494 758	248 485	246 273	403 893	195 952	207 941	90 865	52 533	38 332
55-59 Jahre	478 883	239 637	239 246	405 382	196 300	209 082	73 501	43 337	30 164
60-64 Jahre	407 416	200 063	207 353	347 752	164 938	182 814	59 664	35 125	24 539
65-69 Jahre	324 190	152 448	171 742	279 626	127 235	152 391	44 564	25 213	19 351
70-74 Jahre	285 875	127 357	158 518	258 789	112 859	145 930	27 086	14 498	12 588
75-79 Jahre	237 138	96 643	140 495	221 046	88 962	132 084	16 092	7 681	8 411
80+ Jahre	328 248	110 127	218 121	313 207	104 485	208 722	15 041	5 642	9 399

¹ Inkl. Alter und Geschlecht unbekannt.

Quelle: ESPOP, PETRA

P12D Ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 2004

Staatsangehörigkeit	Bestand am 31.Dezember						
	Alter						
	Total ¹	0-14 Jahre	15-19 Jahre	20-39 Jahre	40-64 Jahre	65-79 Jahre	80+ Jahre
Alle Staaten	1 639 125	299 712	91 616	645 722	499 289	87 742	15 041
Europa	1 397 770	251 567	76 133	525 189	446 811	84 028	14 042
Afrika	65 092	13 531	4 973	34 096	11 789	623	78
Amerika	61 752	9 298	4 225	30 141	16 281	1 329	478
Nordamerika	21 486	3 662	1 368	7 742	7 540	826	348
Lateinamerika	40 266	5 636	2 857	22 399	8 741	503	130
Asien	108 524	24 603	5 702	53 013	23 145	1 660	401
Ozeanien	3 454	498	167	1 592	1 097	81	19
Staatenlos / Unbekannt	2 533	215	416	1 691	166	21	23
EU-25 / EFTA	931 045	126 752	36 296	353 179	324 502	76 989	13 327
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	705 547	172 745	54 904	290 852	174 621	10 732	1 691
EU-15	906 328	124 153	35 431	340 444	317 494	75 809	12 997
Neue EU-Staaten (ab 2004)	21 126	2 202	734	11 132	5 900	914	244
EFTA	3 591	397	131	1 603	1 108	266	86
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	466 725	124 815	39 837	172 010	122 309	7 039	715
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	238 822	47 930	15 067	118 842	52 312	3 693	976
Belgien	9 536	1 402	361	3 479	3 382	696	216
Dänemark	3 704	548	122	1 549	1 183	216	86
Deutschland	163 923	15 644	3 657	71 179	55 914	15 077	2 452
Griechenland	6 035	518	204	2 145	2 277	753	138
Spanien	76 080	9 681	3 624	26 421	30 979	4 725	650
Frankreich	73 999	9 471	2 416	30 037	24 941	5 405	1 729
Irland	2 112	324	48	1 015	662	53	10
Italien	307 717	37 686	12 321	96 613	115 662	39 548	5 887
Luxemburg	1 055	81	57	518	328	54	17
Niederlande	16 625	2 356	496	5 445	6 338	1 543	447
Österreich	35 032	2 747	750	12 434	13 648	4 876	577
Portugal	173 278	37 994	9 856	76 456	48 141	748	83
Finnland	2 900	404	144	1 192	1 030	111	19
Schweden	6 589	969	298	2 551	2 191	418	162
Vereinigtes Königreich	27 743	4 328	1 077	9 410	10 818	1 586	524
Tschechische Republik	4 076	407	137	2 026	1 229	202	75
Estland	207	26	21	130	29	0	1
Zypern	110	3	7	66	25	7	2
Lettland	699	109	55	481	52	2	0
Litauen	491	75	23	323	65	2	3
Ungarn	4 032	396	102	1 933	1 169	346	86
Malta	107	15	5	54	26	7	0
Polen	5 665	585	188	3 194	1 532	123	43
Slowenien	2 502	261	73	774	1 198	177	19
Slowakei	3 237	325	123	2 151	575	48	15
Island	187	36	13	89	47	2	0
Liechtenstein	1 660	95	53	789	514	160	49
Norwegen	1 744	266	65	725	547	104	37
Serbien und Montenegro	211 340	63 426	18 843	73 219	52 665	2 952	235
Kroatien	42 050	9 759	3 090	13 576	14 800	762	63
Bosnien und Herzegowina	48 931	12 520	3 750	17 000	14 686	908	67
Mazedonien	61 534	16 868	6 578	21 540	16 115	380	53
Türkei	80 462	19 196	6 083	33 041	20 295	1 688	159

¹ Inkl. Alter und Geschlecht unbekannt.

Quelle: PETRA

P13D Ständige Wohnbevölkerung nach Wohnkanton und Staatsangehörigkeit, 2004

Kanton	Bestand am 31. Dezember			
	Total	Schweiz	Ausland	
			absolut	in %
Schweiz	7 415 102	5 890 439	1 524 663	20,6
Genf	427 396	265 873	161 523	37,8
Wallis	287 976	237 348	50 628	17,6
Waadt	647 382	463 935	183 447	28,3
Bern	955 378	836 955	118 423	12,4
Freiburg	250 377	212 076	38 301	15,3
Jura	69 091	60 845	8 246	11,9
Neuenburg	167 910	129 457	38 453	22,9
Solothurn	247 379	203 234	44 145	17,8
Aargau	565 122	452 595	112 527	19,9
Basel-Landschaft	265 305	218 223	47 082	17,7
Basel-Stadt	186 753	131 998	54 755	29,3
Zürich	1 261 810	979 665	282 145	22,4
Appenzell A.Rh.	52 841	45 841	7 000	13,2
Appenzell I.Rh.	15 029	13 567	1 462	9,7
Glarus	38 317	30 548	7 769	20,3
Graubünden	187 812	161 591	26 221	14,0
St. Gallen	458 821	365 276	93 545	20,4
Schaffhausen	73 788	58 496	15 292	20,7
Thurgau	232 978	187 553	45 425	19,5
Luzern	354 731	300 195	54 536	15,4
Nidwalden	39 497	35 760	3 737	9,5
Obwalden	33 162	29 450	3 712	11,2
Schwyz	135 989	113 921	22 068	16,2
Uri	35 083	32 149	2 934	8,4
Zug	105 244	83 832	21 412	20,3
Tessin	319 931	240 056	79 875	25,0

Quelle: ESPOP, PETRA

**P14D Aufenthalter und Niedergelassene¹ nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geburtsort
und Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz 2004**

Staatsangehörigkeit	Total	in der Schweiz geboren	im Ausland geboren						
			Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz						
			0-4 Jahre	5-9 Jahre	10-14 Jahre	15-19 Jahre	20-24 Jahre	25-29 Jahre	30+ Jahre
Alle Staaten	1 495 008	350 704	305 537	174 816	237 982	120 145	71 857	40 669	193 298
Europa	1 308 611	324 381	229 995	140 071	212 081	108 662	65 149	37 910	190 362
Afrika	42 009	5 932	16 238	9 170	6 071	1 997	1 557	538	506
Amerika	54 746	3 334	28 198	11 688	5 056	1 838	2 207	998	1 427
Nordamerika	17 983	1 282	9 564	3 072	1 415	731	568	330	1 021
Lateinamerika	36 763	2 052	18 634	8 616	3 641	1 107	1 639	668	406
Asien	86 656	16 834	29 369	13 441	14 543	7 554	2 868	1 173	874
Ozeanien	2 781	179	1 698	418	199	87	64	49	87
Staatenlos / Unbekannt	205	44	39	28	32	7	12	1	42
EU-25 / EFTA	868 839	214 978	176 287	76 898	86 989	62 127	43 682	28 552	179 326
Drittstaaten									
(Nicht EU-25/EFTA)	625 964	135 682	129 211	97 890	150 961	58 011	28 163	12 116	13 930
EU-15	846 635	212 411	167 475	73 702	85 161	61 259	41 872	27 981	176 774
Neue EU-Staaten (ab 2004)	18 925	1 706	7 762	2 848	1 593	713	1 690	474	2 139
EFTA	3 279	861	1 050	348	235	155	120	97	413
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	439 772	109 403	53 708	63 173	125 092	46 535	21 467	9 358	11 036
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	186 192	26 279	75 503	34 717	25 869	11 476	6 696	2 758	2 894
Belgien	8 528	1 114	2 679	1 159	914	772	568	300	1 022
Dänemark	3 295	424	1 148	590	322	199	151	77	384
Deutschland	144 864	16 690	55 726	19 842	11 971	7 558	4 926	3 373	24 778
Griechenland	5 701	1 466	948	346	261	225	356	346	1 753
Spanien	74 289	23 960	4 924	2 769	6 288	7 654	6 321	4 985	17 388
Frankreich	66 974	8 895	21 585	10 096	6 100	4 150	2 927	1 958	11 263
Irland	1 702	196	792	305	138	94	55	37	85
Italien	300 214	115 428	17 583	9 431	13 525	12 937	16 141	12 920	102 249
Luxemburg	1 000	126	374	118	76	76	39	34	157
Niederlande	15 413	2 422	3 822	1 974	1 737	1 332	1 041	595	2 490
Österreich	32 488	4 980	7 691	2 719	2 580	1 798	1 217	956	10 547
Portugal	159 737	32 948	37 163	19 532	38 624	22 523	6 545	1 271	1 131
Finnland	2 481	268	930	407	211	130	134	95	306
Schweden	5 862	697	2 235	839	473	432	315	189	682
Vereinigtes Königreich	24 087	2 797	9 875	3 575	1 941	1 379	1 136	845	2 539
Tschechische Republik	3 779	285	1 370	630	369	76	407	131	511
Estland	163	3	122	32	3	2	0	0	1
Zypern	90	3	48	15	5	4	5	4	6
Lettland	611	10	464	133	4	0	0	0	0
Litauen	420	11	296	92	16	1	0	0	4
Ungarn	3 707	316	1 471	532	252	136	327	107	566
Malta	84	5	49	8	5	5	1	4	7
Polen	4 897	423	2 171	740	410	248	722	66	117
Slowenien	2 436	484	203	140	369	198	142	126	774
Slowakei	2 738	166	1 568	526	160	43	86	36	153
Island	146	14	87	20	9	9	2	3	2
Liechtenstein	1 626	649	361	118	68	72	60	48	250
Norwegen	1 507	198	602	210	158	74	58	46	161
Serbien und Montenegro	199 150	49 249	19 475	34 448	62 985	20 345	7 451	2 657	2 540
Kroatien	41 758	10 845	2 906	2 612	13 504	5 423	2 571	1 294	2 603
Bosnien und Herzegowina	44 762	10 619	2 733	4 398	19 188	4 785	1 928	721	390
Mazedonien	60 810	13 079	8 767	10 482	19 396	6 851	1 732	343	160
Türkei	76 631	24 896	9 523	7 497	8 629	8 926	7 618	4 285	5 257

¹ Inkl. Kurzaufenthaltern (≥ 12 Monate).

Quelle: PETRA

P15D Wanderungsmasszahlen der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004

Staatsangehörigkeit	Internationale Wanderung					Binnenwanderung		
	Einwanderungsziffer ¹	Auswanderungsziffer ²	Wanderungssaldoziffer ³	Migrationsziffer ⁴	Rückwanderungsziffer ⁵	Binnenwanderungsziffer ⁶		
						Total	Interkantonal	Intrakantonal
Total	16,3	10,8	5,5	27,1	663,3	55,6	15,4	40,1
Schweiz	3,3	4,6	-1,3	7,8	-	52,4	15,1	37,3
Ausland	66,7	35,0	31,7	101,7	525,1	67,7	16,7	51,1
Europa	55,8	29,1	26,6	84,9	522,8	64,8	16,1	48,7
Afrika	127,6	43,1	84,5	170,7	337,9	101,1	18,3	82,8
Amerika	164,0	97,3	66,6	261,3	593,7	98,0	23,4	74,7
Nordamerika	193,9	171,2	22,7	365,2	883,1	87,8	24,7	63,1
Lateinamerika	148,0	58,0	90,0	206,1	392,1	103,5	22,7	80,8
Asien	125,3	70,1	55,2	195,4	559,5	72,3	18,8	53,5
Ozeanien	194,9	167,7	27,2	362,6	860,3	115,0	34,6	80,5
Staatenlos / Unbekannt	164,4	22,2	142,2	186,7	135,1	80,0	22,2	57,8
EU-25 / EFTA	67,3	38,9	28,5	106,2	577,3	69,9	18,4	51,5
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	65,7	29,8	35,9	95,5	453,1	64,8	14,4	50,5
EU-15	65,9	38,1	27,8	104,1	578,6	69,4	18,2	51,2
Neue EU-Staaten (ab 2004)	118,6	61,8	56,8	180,3	520,9	89,4	23,3	66,2
EFTA	125,4	89,8	35,5	215,2	716,6	74,8	22,2	52,6
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	33,1	10,1	23,0	43,2	305,3	54,8	11,7	43,1
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	138,3	73,5	64,8	211,8	531,8	87,1	20,3	66,8
Belgien	98,0	68,9	29,1	166,9	702,8	84,3	20,0	64,3
Dänemark	108,9	114,7	-5,8	223,5	1053,3	74,9	27,9	47,0
Deutschland	129,8	47,8	82,0	177,7	368,3	93,6	35,9	57,7
Griechenland	60,3	43,8	16,5	104,1	726,5	51,2	12,0	39,2
Spanien	23,0	51,4	-28,5	74,4	2241,4	53,0	10,8	42,2
Frankreich	102,2	63,3	38,9	165,5	619,5	93,1	22,0	71,1
Irland	162,8	113,9	48,8	276,7	700,0	83,0	28,2	54,8
Italien	19,3	19,8	-0,5	39,1	1026,1	52,3	11,8	40,6
Luxemburg	109,1	70,4	38,7	179,5	645,5	85,3	33,7	51,6
Niederlande	72,3	47,0	25,3	119,3	650,0	78,7	26,1	52,6
Österreich	70,3	39,6	30,8	109,9	562,7	78,5	29,4	49,0
Portugal	87,2	29,4	57,8	116,5	337,2	71,0	11,4	59,6
Finnland	111,7	117,3	-5,5	229,0	1049,7	93,2	29,2	64,0
Schweden	119,3	94,9	24,5	214,2	795,0	83,2	31,0	52,2
Vereinigtes Königreich	121,0	91,9	29,1	212,9	759,2	90,2	26,9	63,3
Tschechische Republik	89,3	56,1	33,2	145,4	627,9	95,5	31,7	63,9
Estland	272,2	100,0	172,2	372,2	367,3	111,1	27,8	83,3
Zypern	204,9	165,9	39,0	370,7	809,5	117,1	58,5	58,5
Lettland	203,6	83,7	119,9	287,4	411,3	121,5	19,7	101,8
Litauen	232,1	110,2	121,9	342,3	474,7	107,9	28,1	79,7
Ungarn	101,6	62,6	39,0	164,2	616,4	90,7	23,1	67,6
Malta	137,9	69,0	69,0	206,9	500,0	39,4	29,6	9,9
Polen	140,0	63,8	76,2	203,9	455,6	89,3	17,3	72,0
Slowenien	30,8	33,6	-2,8	64,3	1090,9	55,1	14,0	41,1
Slowakei	174,1	71,5	102,5	245,6	410,9	100,0	29,2	70,8
Island	308,6	86,4	222,2	395,1	280,0	92,6	30,9	61,7
Liechtenstein	87,2	61,6	25,6	148,8	706,3	67,1	24,4	42,7
Norwegen	145,2	118,1	27,1	263,3	813,3	80,7	19,3	61,4
Serbien und Montenegro	28,2	6,0	22,2	34,2	212,6	54,4	10,4	44,0
Kroatien	14,7	12,5	2,2	27,2	852,1	44,3	10,4	33,9
Bosnien und Herzegowina	26,0	5,0	21,0	31,0	193,0	42,2	9,2	33,0
Mazedonien	22,8	4,3	18,5	27,0	186,9	53,6	11,0	42,6
Türkei	31,8	11,1	20,7	42,9	349,8	58,8	13,7	45,1

Anmerkung: Die schweizerische Bevölkerungsstatistik erfasst die Zahl der Wanderungsfälle. Bei mehrmaligen administrativ registrierten Wohnsitzwechseln während desselben Kalenderjahres ist diese Zahl leicht höher als die Anzahl betroffener Personen.

¹ Anzahl Einwanderungen bezogen auf 1000 Personen der Bevölkerung in der Jahresmitte.

² Anzahl Auswanderungen bezogen auf 1000 Personen der Bevölkerung in der Jahresmitte.

³ Wanderungssaldo bezogen auf 1000 Personen der Bevölkerung in der Jahresmitte.

⁴ Summe der Einwanderungen und Auswanderungen bezogen auf 1000 Personen der Bevölkerung in der Jahresmitte.

⁵ Anzahl Auswanderungen bezogen auf 1000 Einwanderungen.

⁶ Anzahl Binnenwanderungen bezogen auf 1000 Personen der Bevölkerung in der Jahresmitte.

Quelle: ESPOP, PETRA

P16D Ein- und Auswanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2001-2004

Staatsangehörigkeit	Einwanderung				Auswanderung			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Total	124 077	127 340	119 783	120 188	82 234	78 419	76 756	79 726
Schweiz	24 331	22 326	20 971	19 354	25 757	24 902	25 710	26 776
Ausland¹	99 746	105 014	98 812	100 834	56 477	53 517	51 046	52 950
Europa	63 578	70 548	69 278	73 209	41 987	39 107	36 789	38 275
Afrika	6 265	6 536	6 254	5 800	2 098	1 847	1 789	1 960
Amerika	10 750	10 604	9 697	9 582	5 786	5 895	5 575	5 689
Nordamerika	4 874	4 301	3 874	3 935	3 609	3 831	3 424	3 475
Lateinamerika	5 876	6 303	5 823	5 647	2 177	2 064	2 151	2 214
Asien	18 189	16 486	12 911	11 569	6 016	6 026	6 250	6 473
Ozeanien	943	814	652	637	583	636	634	548
Staatenlos / Unbekannt	21	26	20	37	7	6	9	5
EU-25 / EFTA	45 668	52 679	53 547	58 537	34 941	33 222	31 271	33 795
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	54 057	52 309	45 245	42 260	21 529	20 289	19 766	19 150
EU-15	42 359	49 565	50 872	55 809	34 490	32 847	30 917	32 289
Neue EU-Staaten (ab 2004)	2 787	2 635	2 283	2 294	1 285	1 160	1 126	1 195
EFTA	522	479	392	434	451	375	354	311
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	17 910	17 869	15 731	14 672	5 761	4 725	4 392	4 480
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	36 147	34 440	29 514	27 588	14 483	14 404	14 248	14 670
Belgien	946	841	776	858	574	563	549	603
Dänemark	506	390	419	375	356	346	331	395
Deutschland	14 121	15 574	15 133	18 221	6 436	6 689	6 106	6 711
Griechenland	291	316	341	351	260	247	268	255
Spanien	1 540	1 833	1 819	1 752	4 057	3 821	3 618	3 927
Frankreich	6 491	6 936	6 865	6 936	4 291	4 184	4 229	4 297
Irland	331	278	244	300	214	232	189	210
Italien	4 625	5 961	5 820	5 859	7 008	6 258	6 024	6 012
Luxemburg	101	135	105	110	72	63	78	71
Niederlande	1 322	1 209	1 100	1 137	937	919	814	739
Österreich	2 350	2 629	2 046	2 273	1 154	1 245	1 188	1 279
Portugal	4 347	9 005	12 228	13 539	5 509	4 881	4 484	4 565
Finnland	519	382	284	302	339	318	278	317
Schweden	921	828	712	727	750	669	601	578
Vereinigtes Königreich	3 948	3 248	2 980	3 069	2 533	2 412	2 160	2 330
Tschechische Republik	583	420	401	344	257	238	223	216
Estland	36	39	47	49	15	21	21	18
Zypern	16	16	19	21	13	15	18	17
Lettland	138	153	121	124	36	38	58	51
Litauen	117	89	93	99	38	41	32	47
Ungarn	566	601	422	391	353	259	224	241
Malta	23	19	22	14	12	10	7	7
Polen	705	701	653	698	272	277	276	318
Slowenien	83	80	54	77	87	106	93	84
Slowakei	520	517	451	477	202	155	174	196
Island	34	38	23	50	44	25	29	14
Liechtenstein	172	160	134	143	127	113	98	101
Norwegen	316	281	235	241	280	237	227	196
Serbien und Montenegro	6 833	7 382	6 272	5 645	2 116	1 494	1 221	1 200
Kroatien	898	822	704	622	453	481	475	530
Bosnien und Herzegowina	1 231	1 267	1 073	1 176	414	231	209	227
Mazedonien	2 583	2 058	1 602	1 386	427	356	348	259
Türkei	2 858	3 063	2 806	2 467	1 129	841	734	863

¹ Einwanderung inkl. Statuswechsel und Übertritte aus dem Asylbereich.

Quelle: ESPOP, PETRA

P17D Ein- und Auswanderung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 2002-2004

Anwesenheitsbewilligung	Einwanderung			Auswanderung		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Aufenthalter (Ausweis B) ¹	79 017	68 584	62 651	25 667	26 122	27 189
Niedergelassene (Ausweis C) ¹	4 779	4 046	3 400	18 246	16 575	16 227
Kurzaufenthalter (≥12 Monate) (Ausweis L)	3 784	139	98	5 091	3 381	4 153
Internationale Funktionäre und Diplomaten	5 745	5 137	5 078	4 513	4 968	5 381
Saisonarbeiter (Ausweis A)	32 272	0	0	37 663	1 638	0
Kurzaufenthalter (<12 Monate) (Ausweis L) ²	97 086	120 739	106 901	74 279	92 600	81 513
Asylsuchende (Ausweis N) ³	25 988	21 273	14 434	15 969	17 156	19 105
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) ³	340	305	393	915	606	483
Grenzgänger (Ausweis G) ⁴	171 238	177 218	185 542	171 238	177 218	185 542

¹ Einwanderung ohne Statuswechsel und Übertritte aus dem Asylbereich.

² Anzahl Personen (nicht Anzahl Wanderungsfälle).

³ Auswanderung inkl. Aufenthaltsort unbekannt.

⁴ Jahresmittel (täglich Ein- und Ausreise).

Quelle: PETRA

P18D Neu eingereichte Asylgesuche¹ nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1999-2004

Staatsangehörigkeit	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Total	46 068	17 611	20 633	26 125	20 806	14 258
Albanien	1 386	339	205	151	116	80
Ex-Jugoslawien	30 656	5 015	5 557	6 369	4 012	²
Türkei	1 453	1 431	1 960	1 940	1 652	1 154
Algerien	491	477	828	1 020	836	480
Angola	545	378	600	824	373	168
Kongo	523	540	602	746	621	345
Somalia	517	470	369	387	471	592
Afghanistan	363	433	530	237	218	207
Irak	1 658	908	1 201	1 182	1 444	631
Iran	206	728	336	286	262	200
Pakistan	323	236	278	274	237	211
Sri Lanka	1 487	898	684	459	340	251
Übrige Staaten	565	582	656	835	1 267	789

¹ Inkl. Geburten von Asylsuchenden und Gesuche um Familienzusammenführung von anerkannten Flüchtlingen.

² Ab 2004 werden die Staaten von Ex-Jugoslawien einzeln erfasst.

Quelle: AUPER

P19D Indikatoren der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004

Staatsangehörigkeit	Lebendgeburten		Heiraten			
	Durchschnittsalter der Mutter	Zusammengefasste Geburtenziffer	Durchschnittsalter bei Erstheirat		Anteil der Heiraten mit Partner mit gleicher Staatsangehörigkeit (in %)	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen
Total	30,4	1,42	30,8	28,6	58,3	58,3
Schweiz	31,1	1,26	31,5	29,0	77,1	72,4
Ausland	28,9	1,89	28,8	27,3	18,6	21,6
Europa	28,6	1,81	29,0	26,9	24,9	24,6
Afrika	29,4	2,66	28,3	27,8	12,5	9,6
Amerika	30,3	1,98	28,9	28,3	5,1	13,6
Nordamerika	33,1	1,73	30,4	28,8	6,0	6,2
Lateinamerika	29,5	2,04	28,4	28,5	5,0	16,2
Asien	29,7	2,20	27,6	27,9	10,4	21,3
Ozeanien	31,3	2,41	27,7	29,3	10,7	10,0
Staatenlos / Unbekannt	23,0	2,28	26,0	-	-	-
EU-25 / EFTA	30,5	1,47	30,3	27,8	22,7	20,8
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	28,1	2,21	27,8	27,3	16,0	22,4
EU-15	30,6	1,46	30,3	28,1	26,4	20,9
Neue EU-Staaten (ab 2004)	29,1	1,65	28,8	25,4	2,6	18,4
EFTA	32,9	1,75	32,2	29,9	8,3	9,7
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	27,0	2,13	26,4	25,2	28,9	33,1
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	29,9	2,23	28,2	28,2	8,7	13,9
Belgien	31,1	1,57	29,5	26,6	9,1	8,6
Dänemark	31,4	1,89	35,4	30,3	20,7	24,0
Deutschland	32,1	1,36	32,9	30,1	19,0	19,9
Griechenland	31,1	1,01	32,0	30,7	17,4	9,3
Spanien	31,0	1,30	30,6	28,0	15,8	13,6
Frankreich	31,4	1,64	30,5	28,9	13,3	13,0
Irland	33,2	1,46	32,4	25,9	6,7	5,6
Italien	30,5	1,26	30,4	27,8	37,6	19,5
Luxemburg	34,4	0,68	31,7	32,8	27,3	21,4
Niederlande	32,9	1,49	31,7	29,0	15,5	12,6
Österreich	30,9	1,24	30,4	28,5	5,4	5,9
Portugal	28,6	1,71	26,9	25,1	53,4	47,0
Finnland	32,8	1,80	33,7	32,1	18,2	46,2
Schweden	33,6	1,60	34,0	27,5	4,7	5,3
Vereinigtes Königreich	32,9	1,53	31,2	29,2	17,1	9,7
Tschechische Republik	27,6	1,68	31,7	23,5	1,9	11,8
Estland	27,3	1,29	-	25,8	-	-
Zypern	-	-	29,4	27,8	-	-
Lettland	31,1	1,92	25,0	26,7	-	-
Litauen	26,9	1,49	-	24,2	-	-
Ungarn	31,3	1,61	30,5	24,6	3,2	15,4
Malta	-	-	32,0	28,0	-	-
Polen	29,9	1,65	29,2	27,0	4,2	37,5
Slowenien	25,4	1,44	25,9	25,8	-	-
Slowakei	28,8	1,83	25,6	24,7	2,0	23,5
Island	32,1	2,25	29,0	32,4	-	-
Liechtenstein	32,2	1,46	31,7	30,6	4,5	5,6
Norwegen	33,5	1,80	32,3	28,0	16,7	18,2
Serbien und Montenegro	26,6	2,31	26,3	24,5	46,6	34,9
Kroatien	27,9	1,66	26,5	25,2	28,4	38,3
Bosnien und Herzegowina	27,1	1,87	26,8	24,1	37,9	34,9
Mazedonien	26,1	2,34	25,6	21,8	38,8	22,8
Türkei	27,5	1,89	26,1	24,1	54,3	32,4

Quelle: BEVNAT, PETRA, ESPOP

P20D Lebendgeburten nach detaillierter Staatsangehörigkeit des Kindes, 1999-2004

Staatsangehörigkeit	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Total	78 408	78 458	72 295	72 372	71 848	73 082
Schweiz	56 729	56 885	53 751	53 214	52 431	53 680
Ausland	21 679	21 573	18 544	19 158	19 417	19 402
Europa	18 290	17 963	15 870	16 053	15 983	15 980
Afrika	991	1 043	717	747	836	874
Amerika	438	485	504	502	538	622
Nordamerika	172	189	211	210	225	223
Lateinamerika	266	296	293	292	313	399
Asien	1 933	2 049	1 414	1 802	2 002	1 858
Ozeanien	27	33	38	52	54	65
Staatenlos / Unbekannt	0	0	1	2	4	3
EU-25 / EFTA	8 365	8 379	7 849	7 819	8 071	8 308
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	13 314	13 194	10 694	11 337	11 342	11 091
EU-15	8 242	8 261	7 707	7 653	7 924	8 117
Neue EU-Staaten (ab 2004)	102	93	119	139	127	156
EFTA	21	25	23	27	20	35
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	9 925	9 584	8 021	8 234	7 912	7 672
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	3 389	3 610	2 673	3 103	3 430	3 419
Belgien	72	82	86	91	72	92
Dänemark	38	44	45	44	44	51
Deutschland	779	861	891	974	1 162	1 308
Griechenland	53	43	41	43	34	30
Spanien	768	717	643	602	617	615
Frankreich	546	587	527	619	618	731
Irland	17	21	28	27	26	29
Italien	2 698	2 718	2 396	2 290	2 213	2 143
Luxemburg	2	12	6	7	5	5
Niederlande	155	155	159	171	174	161
Österreich	122	117	110	133	156	144
Portugal	2 706	2 593	2 423	2 301	2 394	2 383
Finnland	26	17	27	21	39	32
Schweden	40	44	61	52	74	67
Vereinigtes Königreich	220	250	264	278	296	326
Tschechische Republik	13	19	20	25	21	22
Estland	1	0	1	1	1	2
Zypern	1	0	1	1	0	0
Lettland	1	5	7	3	6	2
Litauen	2	0	3	2	4	4
Ungarn	16	22	25	29	28	40
Malta	0	1	0	0	0	0
Polen	26	17	27	41	34	41
Slowenien	31	16	17	17	15	9
Slowakei	11	13	18	20	18	36
Island	1	2	0	4	2	3
Liechtenstein	6	6	5	7	3	12
Norwegen	14	17	18	16	15	20
Serbien und Montenegro	5 912	5 420	4 070	4 174	4 107	3 903
Kroatien	630	573	537	572	479	433
Bosnien und Herzegowina	770	858	801	752	712	681
Mazedonien	1 034	1 173	1 208	1 247	1 255	1 286
Türkei	1 467	1 464	1 302	1 360	1 225	1 212

Quelle: BEVNAT

P21D Todesfälle nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1999-2004

Staatsangehörigkeit	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Total	62 503	62 528	61 228	61 768	63 070	60 180
Schweiz	58 242	58 190	56 965	57 518	58 578	55 779
Ausland	4 261	4 338	4 263	4 250	4 492	4 401
Europa	3 954	4 003	3 983	3 959	4 185	4 103
Afrika	62	70	60	60	67	90
Amerika	109	92	91	92	103	83
Nordamerika	70	48	56	57	66	42
Lateinamerika	39	44	35	35	37	41
Asien	124	161	116	132	131	122
Ozeanien	9	5	5	4	3	2
Staatenlos / Unbekannt	3	7	8	3	3	1
EU-25 / EFTA	3 386	3 506	3 461	3 440	3 658	3 524
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	872	825	794	807	831	876
EU-15	3 278	3 398	3 351	3 322	3 561	3 421
Neue EU-Staaten (ab 2004)	95	95	91	94	74	81
EFTA	13	13	19	24	23	22
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	568	497	522	519	527	579
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	304	328	272	288	304	297
Belgien	40	33	26	42	21	30
Dänemark	17	11	11	15	14	5
Deutschland	638	687	659	613	666	693
Griechenland	23	22	27	32	26	18
Spanien	185	222	194	181	225	190
Frankreich	321	314	305	330	326	302
Irland	3	2	2	2	2	7
Italien	1 590	1 600	1 638	1 603	1 789	1 686
Luxemburg	2	4	7	5	1	6
Niederlande	73	70	71	69	53	80
Österreich	198	217	202	211	211	183
Portugal	91	96	97	106	108	113
Finnland	2	3	4	4	5	12
Schweden	17	25	26	22	22	23
Vereinigtes Königreich	78	92	82	87	92	73
Tschechische Republik	24	18	16	23	23	15
Estland	0	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	1	1	0	0
Lettland	0	1	0	0	0	0
Litauen	0	1	0	0	0	0
Ungarn	33	44	46	38	30	40
Malta	0	1	0	0	0	0
Polen	24	18	14	17	9	11
Slowenien	8	6	5	10	6	7
Slowakei	6	6	9	5	6	8
Island	0	0	1	0	0	0
Liechtenstein	9	12	12	16	14	17
Norwegen	4	1	6	8	9	5
Serbien und Montenegro	262	228	200	209	212	236
Kroatien	56	48	66	69	65	67
Bosnien und Herzegowina	57	56	67	62	50	66
Mazedonien	29	41	52	43	38	55
Türkei	121	100	113	110	128	112

Quelle: BEVNAT

P22D Eheschliessende nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 2004

Staatsangehörigkeit des Ehepartners	Staatsangehörigkeit des Ehemannes				Staatsangehörigkeit der Ehefrau			
	Total	Gleiche Staatsangehörigkeit	Schweiz	Andere	Total	Gleiche Staatsangehörigkeit	Schweiz	Andere
Total	39 460	23 001	7 879	8 580	39 460	23 001	6 126	10 333
Schweiz	26 761	20 635	0	6 126	28 514	20 635	0	7 879
Ausland	12 699	2 366	7 879	2 454	10 946	2 366	6 126	2 454
Europa	7 781	1 940	4 331	1 510	7 884	1 940	4 062	1 882
Afrika	1 045	131	714	200	1 370	131	1 002	237
Amerika	2 037	103	1 427	507	756	103	505	148
Nordamerika	199	12	138	49	193	12	141	40
Lateinamerika	1 838	91	1 289	458	563	91	364	108
Asien	1 780	186	1 365	229	874	186	521	167
Ozeanien	56	6	42	8	60	6	35	19
Staatenlos / Unbekannt	0	0	0	0	2	0	1	1
EU-25 / EFTA	4 977	1 129	2 834	1 014	5 433	1 129	2 823	1 481
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	7 722	1 237	5 045	1 440	5 511	1 237	3 302	972
EU-15	4 196	1 107	2 245	844	5 299	1 107	2 745	1 447
Neue EU-Staaten (ab 2004)	745	19	560	166	103	19	59	25
EFTA	36	3	29	4	31	3	19	9
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	2 804	811	1 497	496	2 451	811	1 239	401
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	4 918	426	3 548	944	3 060	426	2 063	571
Belgien	55	5	32	18	58	5	37	16
Dänemark	29	6	17	6	25	6	14	5
Deutschland	1 071	203	723	145	1 018	203	610	205
Griechenland	23	4	12	7	43	4	28	11
Spanien	355	56	182	117	413	56	173	184
Frankreich	543	72	345	126	553	72	339	142
Irland	15	1	9	5	18	1	10	7
Italien	986	371	442	173	1 898	371	1 035	492
Luxemburg	11	3	4	4	14	3	8	3
Niederlande	84	13	53	18	103	13	61	29
Österreich	205	11	158	36	188	11	119	58
Portugal	626	334	153	139	710	334	168	208
Finnland	33	6	21	6	13	6	5	2
Schweden	43	2	26	15	38	2	16	20
Vereinigtes Königreich	117	20	68	29	207	20	122	65
Tschechische Republik	105	2	84	19	17	2	13	2
Estland	10	0	9	1	1	0	1	0
Zypern	3	0	2	1	3	0	2	1
Lettland	48	0	37	11	3	0	2	1
Litauen	19	0	18	1	1	0	1	0
Ungarn	124	4	101	19	26	4	18	4
Malta	2	0	1	1	2	0	2	0
Polen	213	9	152	52	24	9	9	6
Slowenien	18	0	13	5	9	0	3	6
Slowakei	203	4	143	56	17	4	8	5
Island	2	0	1	1	2	0	0	2
Liechtenstein	22	1	19	2	18	1	14	3
Norwegen	12	2	9	1	11	2	5	4
Serbien und Montenegro	712	332	295	85	950	332	468	150
Kroatien	278	79	123	76	206	79	89	38
Bosnien und Herzegowina	195	74	74	47	212	74	85	53
Mazedonien	121	47	49	25	206	47	115	44
Türkei	466	253	187	26	780	253	428	99

Quelle: BEVNAT

P23D Ehescheidungen nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Geschiedenen vor der Heirat, 2004

Staatsangehörigkeit ¹ des ehemaligen Ehepartners	Staatsangehörigkeit ¹ des Ex-Ehemannes				Staatsangehörigkeit ¹ der Ex-Ehefrau			
	Total	Gleiche Staatsangehörigkeit	Schweiz	Andere	Total	Gleiche Staatsangehörigkeit	Schweiz	Andere
Total	17 949	11 418	2 585	3 946	17 949	11 418	3 021	3 510
Schweiz	12 876	9 855	0	3 021	12 440	9 855	0	2 585
Ausland	5 073	1 563	2 585	925	5 509	1 563	3 021	925
Europa	3 501	1 337	1 516	648	4 047	1 337	2 015	695
Afrika	424	65	279	80	667	65	499	103
Amerika	656	41	472	143	318	41	229	48
Nordamerika	63	10	38	15	74	10	57	7
Lateinamerika	593	31	434	128	244	31	172	41
Asien	481	120	309	52	467	120	269	78
Ozeanien	10	0	8	2	10	0	9	1
Staatenlos / Unbekannt	1	0	1	0	0	0	0	0
EU-25 / EFTA	2 487	843	1 147	497	2 673	843	1 316	514
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	2 585	720	1 437	428	2 836	720	1 705	411
EU-15	2 280	813	1 007	460	2 590	813	1 277	500
Neue EU-Staaten (ab 2004)	197	30	132	35	79	30	36	13
EFTA	10	0	8	2	4	0	3	1
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	1 014	494	369	151	1 374	494	699	181
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	1 571	226	1 068	277	1 462	226	1 006	230
Belgien	23	6	11	6	29	6	14	9
Dänemark	16	1	8	7	5	1	2	2
Deutschland	419	104	269	46	412	104	250	58
Griechenland	20	10	5	5	27	10	12	5
Spanien	212	78	57	77	225	78	81	66
Frankreich	305	52	179	74	307	52	205	50
Irland	10	2	7	1	6	2	4	0
Italien	676	375	189	112	1 078	375	491	212
Luxemburg	3	0	3	0	1	0	1	0
Niederlande	54	10	34	10	55	10	32	13
Österreich	143	16	108	19	115	16	73	26
Portugal	292	146	73	73	236	146	50	40
Finnland	17	0	12	5	4	0	2	2
Schweden	25	1	16	8	7	1	4	2
Vereinigtes Königreich	65	12	36	17	83	12	56	15
Tschechische Republik	56	4	42	10	10	4	6	0
Estland	1	0	0	1	0	0	0	0
Zypern	1	0	1	0	1	0	1	0
Lettland	12	0	10	2	0	0	0	0
Litauen	4	0	4	0	0	0	0	0
Ungarn	38	13	24	1	35	13	14	8
Malta	0	0	0	0	0	0	0	0
Polen	42	12	22	8	24	12	11	1
Slowenien	9	0	6	3	7	0	4	3
Slowakei	34	1	23	10	2	1	0	1
Island	1	0	1	0	0	0	0	0
Liechtenstein	5	0	4	1	3	0	3	0
Norwegen	4	0	3	1	1	0	0	1
Serbien und Montenegro	168	88	54	26	483	88	311	84
Kroatien	41	10	17	14	24	10	9	5
Bosnien und Herzegowina	79	33	27	19	78	33	28	17
Mazedonien	20	5	8	7	58	5	39	14
Türkei	226	182	30	14	425	182	207	36

¹ Vor der Heirat.

Quelle: BEVNAT

P24D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer Staatsangehörigkeit, 1999-2004

Staatsangehörigkeit	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Alle Staaten	20 363	28 700	27 583	36 515	35 424	35 685
Europa	15 626	21 975	20 969	28 102	27 558	27 728
Afrika	1 339	1 824	1 900	2 163	1 954	1 848
Amerika	1 247	1 875	1 844	2 166	2 116	1 959
Nordamerika	198	321	316	376	367	333
Lateinamerika	1 049	1 554	1 528	1 790	1 749	1 626
Asien	2 121	2 981	2 830	4 033	3 717	4 065
Ozeanien	14	29	27	35	67	73
Staatenlos / Unbekannt	16	16	13	16	12	12
EU-25 / EFTA	9 153	12 124	10 322	12 287	10 618	9 618
Drittstaaten (Nicht EU-25/EFTA)	11 194	16 560	17 248	24 212	24 794	26 055
EU-15	8 467	11 316	9 713	11 581	10 030	9 079
Neue EU-Staaten (ab 2004)	666	786	576	668	551	507
EFTA	20	22	33	38	37	32
Übriges Europa (Europa ohne EU-25- und EFTA)	6 473	9 851	10 647	15 815	16 940	18 110
Aussereuropa (ohne Staatenlose und unbekannt)	4 721	6 709	6 601	8 397	7 854	7 945
Belgien	40	83	53	118	91	71
Dänemark	11	13	18	15	17	11
Deutschland	461	646	585	817	670	639
Griechenland	149	239	195	197	148	86
Spanien	507	851	699	691	800	823
Frankreich	848	1 360	1 306	1 367	1 215	1 181
Irland	22	25	23	25	22	17
Italien	5 510	6 652	5 386	6 633	5 085	4 196
Luxemburg	4	4	5	4	11	2
Niederlande	45	74	90	90	155	254
Österreich	140	240	233	227	194	150
Portugal	481	765	779	920	1 165	1 199
Finnland	9	6	3	16	12	56
Schweden	12	19	28	111	139	105
Vereinigtes Königreich	228	339	310	350	306	289
Tschechische Republik	109	132	130	104	68	63
Estland	0	4	1	3	0	4
Zypern	2	2	2	2	1	3
Lettland	7	5	9	8	17	14
Litauen	5	3	3	8	11	9
Ungarn	153	167	127	138	108	99
Malta	1	2	4	6	1	1
Polen	226	304	159	200	160	177
Slowenien	88	98	63	94	80	64
Slowakei	75	69	78	105	105	73
Island	1	1	0	3	2	4
Liechtenstein	10	20	27	33	28	21
Norwegen	9	1	6	2	7	7
Serbien und Montenegro	2 365	3 285	3 686	5 803	6 332	7 854
Kroatien	671	970	1 045	1 638	1 565	1 616
Bosnien und Herzegowina	409	999	1 128	1 865	2 268	2 371
Mazedonien	410	857	1 022	1 639	1 802	1 981
Türkei	2 260	3 127	3 116	4 128	4 216	3 565

Quelle: PETRA

P25D Erwerbstätige nach Alter, Erwerbsstatus, Beschäftigungsgrad, Wirtschaftssektor, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (in 1000), 2. Quartal 2004

Inlandkonzept	Total			Schweiz			Ausland		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Total	4 176	2 322	1 854	3 123	1 674	1 449	1 053	648	405
Alter									
15-24 Jahre	559	289	270	423	213	210	136	76	60
25-39 Jahre	1 485	826	660	1 008	543	465	478	283	195
40-54 Jahre	1 462	809	653	1 123	592	531	340	218	122
55-64 Jahre	575	337	238	484	272	212	91	65	26
65+ Jahre	94	60	34	86	54	32	8	6	2
Erwerbsstatus									
Selbständige	394	245	149	354	218	136	40	27	13
Mitarbeitende Familienmitglieder	80	31	50	74	28	46	6	3	4
Arbeitnehmende	3 701	2 046	1 655	2 695	1 428	1 267	1 006	618	389
Beschäftigungsgrad									
Vollzeit (90% und mehr)	2 877	2 071	806	2 065	1 474	591	812	596	215
Teilzeit I (50% - 89%)	689	147	541	551	119	432	137	28	109
Teilzeit II (weniger als 50%)	610	104	507	506	80	426	104	23	81
Wirtschaftssektoren									
Sektor 1	159	107	53	145	96	49	14	11	3
Sektor 2	984	760	224	645	493	152	339	267	72
Sektor 3	3 032	1 455	1 577	2 333	1 086	1 247	699	369	330

Quelle: ETS

P26D Erwerbstätige nach Wirtschaftsabschnitt, Berufsgruppe, beruflicher Stellung, Ausbildungsstufe und Staatsangehörigkeit (in 1000), 2. Quartal 2004

ständige Wohnbevölkerung	Total	Schweiz	Ausland					
			Total	Nord- und Westeuropa	Südeuropa	Neue EU-Staaten	EU-Kandidaten, Westbalkan	Übrige Nationalitäten
Total	3 959	3 142	817	184	313	11	208	101
Wirtschaftsabschnitte NOGA								
A-B Land- und Forstwirtschaft	153	145	8	(1)	3	()	3	()
C-D-E Verarbeitendes Gewerbe	641	474	168	30	66	(2)	57	14
F Baugewerbe	253	175	79	5	40	()	31	3
G Handel; Reparaturgewerbe	576	449	127	23	52	2	35	14
H Gastgewerbe	149	88	62	10	21	(2)	18	12
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	225	189	36	7	16	()	10	4
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	223	187	36	12	16	()	(2)	5
K Immobilien, Vermietung, Informatik, F&E	461	368	93	29	31	(1)	18	14
L-Q Öffentl. Verwaltung, exter.Körperschaften	215	195	20	6	7	()	(2)	5
M Unterrichtswesen	302	262	40	17	10	(1)	4	8
N Gesundheits- u. Sozialwesen	475	385	90	31	25	(1)	20	13
O-P sonstige Dienstleistungen; private Haushalte	276	219	57	13	25	(1)	9	9
Keine Angabe / Weiss nicht	8	6	2	()	(1)	()	(1)	()
Ausgeübte Berufsgruppen (SBN2000) ¹								
Berufe in Land- u. Forstwirtschaft	172	160	12	(1)	5	()	5	()
Berufe in Industrie u. Gewerbe (ohne Bau)	512	364	148	14	65	(1)	55	13
Technische Berufe, Informatikberufe	380	301	80	30	23	(1)	14	11
Berufe in Bau- / Ausbaugewerbe u. Bergbau	229	150	80	3	40	()	33	3
Handels- u. Verkehrsberufe	611	492	120	26	47	(2)	30	15
Berufe in Gastgew. / pers. Dienstleistungen	358	223	135	12	61	(2)	39	21
Manager, Administr., Bankberufe, Juristen	829	723	105	36	43	(2)	10	15
Gesundheits-, Lehrberufe, Wissenschaftler	825	696	130	59	28	2	18	22
Nicht klassierbare Angaben	23	19	4	(1)	(2)	()	(1)	()
Keine Angabe / Weiss nicht	19	15	4	(1)	(1)	()	(1)	(1)
Berufliche Stellung (soz. Klassifikation)								
Selbständige, mitarbeitende Familienmitglieder	641	567	74	23	26	(1)	14	9
Arbeitnehmende in Unternehmensleitung	567	460	107	40	37	(1)	15	14
Arbeitnehmende mit Vorgesetztenfunktion	625	492	133	38	49	2	29	15
Arbeitnehmende ohne Vorgesetztenfunktion	1 931	1 460	471	82	188	6	134	61
Lehrlinge	196	163	33	(1)	12	()	17	3
Keine Angabe / Weiss nicht	()	()	()	()	()	()	()	()
Ausbildungsstufen								
Ohne nachobligatorische Ausbildung	797	494	303	13	151	(1)	110	28
Sekundarstufe II	2 072	1 764	308	67	127	5	80	29
Tertiärstufe	1 090	883	206	104	35	5	18	44
Keine Angabe / Weiss nicht	()	()	()	()	()	()	()	()

¹ Schweizerische Berufsnomenklatur 2000
(Zahl): Statistisch nur bedingt zuverlässig.
(): Entfällt, weil statistisch nicht sicher genug.

Quelle: SAKE

P27D Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen und tatsächliche Jahresarbeitszeit nach Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitt, Wirtschaftssektor, Erwerbsstatus und Staatsangehörigkeit, 2003

Inlandkonzept	Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen (in Millionen Stunden)			Tatsächliche Jahresarbeitszeit (in Stunden pro Beschäftigten)		
	Total	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland
Total	6 830	5 050	1 780	1 556	1 525	1 651
Beschäftigungsgrad						
Vollzeit (90%-100%)	5 614	4 053	1 562	1 931	1 945	1 895
Teilzeit (weniger als 90%)	1 216	997	218	821	813	860
Davon						
Teilzeit I (50%-89%)	859	696	163	1 229	1 234	1 206
Teilzeit II (weniger als 50%)	357	301	56	456	454	468
Wirtschaftsabschnitte NOGA						
A-B Land und Forstwirtschaft	363	335	28	2 077	2 080	2 045
C-D-E Verarbeitendes Gewerbe	1 216	810	406	1 687	1 666	1 733
F Baugewerbe	516	326	191	1 763	1 733	1 816
G Handel; Reparaturgewerbe	1 056	778	278	1 578	1 551	1 662
H Gastgewerbe	396	188	208	1 586	1 450	1 733
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	459	367	92	1 620	1 604	1 687
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	386	319	67	1 709	1 704	1 730
K Immobilien, Vermietung, Informatik, F&E	796	603	192	1 559	1 549	1 592
L Öffentliche Verwaltung	310	285	25	1 535	1 541	1 473
M Unterrichtswesen	369	313	56	1 224	1 203	1 361
N Gesundheits- u. Sozialwesen	652	497	155	1 338	1 294	1 499
O sonstige Dienstleistungen	268	202	66	1 292	1 236	1 501
P Private Haushalte	44	27	17	678	589	900
Wirtschaftssektoren						
Sektor 1	363	335	28	2 077	2 080	2 045
Sektor 2	1 733	1 136	597	1 709	1 684	1 759
Sektor 3	4 735	3 580	1 155	1 479	1 446	1 594
Erwerbsstatus						
Selbständige	830	751	78	1 912	1 922	1 818
Mitarb. Familienmitglieder	95	88	6	1 008	1 009	997
Arbeitnehmende	5 659	4 006	1 653	1 537	1 493	1 656
Lehrlinge	247	204	42	1 378	1 374	1 400

Quelle: AVOL

P28D Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, Ende 2. Quartal 1998-2004

Wohnbevölkerung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Arbeitslose							
Total	130 779	92 399	65 962	59 176	90 705	140 485	144 103
Schweizer	69 472	49 047	35 991	32 569	50 974	81 208	84 928
Männer	36 554	25 106	18 309	16 642	27 662	44 833	44 653
Frauen	32 918	23 941	17 682	15 927	23 312	36 375	40 275
Ausländer	61 307	43 352	29 971	26 607	39 731	59 277	59 175
Männer	34 071	22 564	15 315	13 654	22 012	33 636	32 936
Frauen	27 236	20 788	14 656	12 953	17 719	25 641	26 239
Arbeitslosenquote¹ (in %)							
Total	3,6	2,6	1,7	1,5	2,3	3,6	3,7
Schweizer	2,5	1,7	1,2	1,1	1,7	2,7	2,8
Männer	2,2	1,5	1,1	1,0	1,7	2,7	2,7
Frauen	2,9	2,1	1,3	1,2	1,7	2,6	2,9
Ausländer	7,5	5,3	3,4	3,0	4,4	6,6	6,6
Männer	6,3	4,1	2,9	2,6	4,2	6,4	6,2
Frauen	10,2	7,8	4,0	3,6	4,9	7,1	7,2

¹ Ab 2000: aktualisierte Basis (Erwerbspersonen gemäss Volkszählung 2000).

Quelle: seco

P29D Arbeitslose nach Alter, Wohnkanton, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Ende 2. Quartal 2004

Wohnbevölkerung	Total			Schweiz			Ausland		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Total	144 103	77 589	66 514	84 928	44 653	40 275	59 175	32 936	26 239
Alter									
15-24 Jahre	23 818	11 730	12 088	13 725	6 706	7 019	10 093	5 024	5 069
25-39 Jahre	59 602	31 100	28 502	31 417	16 380	15 037	28 185	14 720	13 465
40-54 Jahre	42 776	23 374	19 402	26 714	13 762	12 952	16 062	9 612	6 450
55-64 Jahre	17 812	11 291	6 521	13 007	7 741	5 266	4 805	3 550	1 255
65+ Jahre	95	94	1	65	64	1	30	30	-
Wohnkanton									
Genf	15 266	7 940	7 326	7 916	3 988	3 928	7 350	3 952	3 398
Wallis	4 191	2 151	2 040	2 738	1 411	1 327	1 453	740	713
Waadt	17 288	9 265	8 023	9 463	4 964	4 499	7 825	4 301	3 524
Bern	13 803	7 482	6 321	9 123	4 828	4 295	4 680	2 654	2 026
Freiburg	3 326	1 708	1 618	2 111	1 084	1 027	1 215	624	591
Jura	1 443	757	686	989	513	476	454	244	210
Neuenburg	3 580	1 923	1 657	2 109	1 098	1 011	1 471	825	646
Solothurn	4 413	2 441	1 972	2 595	1 422	1 173	1 818	1019	799
Aargau	9 907	5 263	4 644	5 963	3 182	2 781	3 944	2 081	1 863
Basel-Landschaft	4 450	2 577	1 873	2 847	1 594	1 253	1 603	983	620
Basel-Stadt	4 348	2 601	1 747	2 280	1 319	961	2 068	1 282	786
Zürich	31 328	16 915	14 413	18 544	9 637	8 907	12 784	7 278	5 506
Appenzell A.Rh.	593	335	258	410	220	190	183	115	68
Appenzell I.Rh.	110	51	59	83	39	44	27	12	15
Glarus	427	233	194	236	133	103	191	100	91
Graubünden	1 928	969	959	1 231	614	617	697	355	342
St. Gallen	7 073	3 739	3 334	3 720	1 929	1 791	3 353	1 810	1 543
Schaffhausen	1 312	739	573	708	373	335	604	366	238
Thurgau	3 623	1 956	1 667	2 156	1 133	1 023	1 467	823	644
Luzern	5 629	2 986	2 643	3 513	1 834	1 679	2 116	1 152	964
Nidwalden	368	224	144	275	164	111	93	60	33
Obwalden	244	153	91	165	96	69	79	57	22
Schwyz	1 484	819	665	982	562	420	502	257	245
Uri	153	98	55	104	72	32	49	26	23
Zug	1 891	1 054	837	1 164	649	515	727	405	322
Tessin	5 925	3 210	2 715	3 503	1 795	1 708	2 422	1 415	1 007

Quelle: seco

P30D Bilanz der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept und Erwerbslose) nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (in 1000), 2003

	Total	Männer	Frauen
Total			
Erwerbspersonen am 1. Januar	4 319	2 399	1 920
+ Arbeitsmarkteintritte ¹	278	112	166
- Arbeitsmarktaustritte ²	275	123	153
+ Einwanderung von Arbeitskräften	115	72	43
- Auswanderung von Arbeitskräften	78	50	28
= Erwerbspersonen am 31. Dezember	4 358	2 410	1 948
Schweizer			
Erwerbspersonen am 1. Januar	3 226	1 737	1 488
+ Arbeitsmarkteintritte ¹	222	89	132
- Arbeitsmarktaustritte ²	220	99	122
+ Einwanderung von Arbeitskräften	15	9	6
- Auswanderung von Arbeitskräften	18	10	8
+ Einbürgerungen von Erwerbspersonen	21	10	11
= Erwerbspersonen am 31. Dezember	3 245	1 737	1 508
Ausländer			
Erwerbspersonen am 1. Januar	1 093	662	432
+ Arbeitsmarkteintritte ¹	55	22	33
- Arbeitsmarktaustritte ²	54	23	31
+ Einwanderung von Arbeitskräften	100	63	37
- Auswanderung von Arbeitskräften	61	40	21
- Einbürgerungen von Erwerbspersonen	20	10	10
= Erwerbspersonen am 31. Dezember	1 113	673	440

¹ Personen, die vom Jahresanfangsstatus «Nichterwerbsperson» zum Jahresendstatus «Erwerbspersonen» gewechselt haben.

² Personen, die vom Jahresanfangsstatus «Erwerbsperson» zum Jahresendstatus «Nichterwerbspersonen» gewechselt haben und Personen, die gestorben sind.

Quelle: AGR

P31D Brutto-Erwerbseinkommen (Median) pro Monat (standardisiert) in Franken nach beruflicher Stellung, höchster abgeschlossener Ausbildung, Berufsgruppe, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2. Quartal 2004

	Total			Schweizer			Ausländer ¹		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
Total	5 800	6 500	5 100	6 000	6 800	5 300	5 100	5 500	4 300
Berufliche Stellung (soz. Klassifikation)									
Selbständige, mitarb. Familienmitglieder	5 900	6 400	4 800	6 000	6 500	4 800	5 400	5 800	4 600
Arbeitnehmer in Unternehmensleitung	7 700	8 400	6 100	7 900	8 700	6 200	6 800	7 300	5 400
Arbeitnehmer mit Vorgesetztenfunktion	6 300	6 700	5 500	6 500	7 000	5 600	5 700	5 900	5 400
Arbeitnehmer ohne Vorgesetztenfunktion	5 400	5 800	4 900	5 500	6 200	5 100	4 700	5 100	4 200
Keine Angabe/Weiss nicht	()	()	()	()	()	()	()	()	()
Arbeitnehmer									
Total (Arbeitnehmer)	5 800	6 500	5 100	6 100	6 900	5 300	5 100	5 500	4 300
Höchste abgeschlossene Ausbildung									
Obligatorische Grundschule	4 300	4 900	3 800	4 200	4 900	3 800	4 300	4 900	3 700
Anlehre, angelernt	5 000	5 200	4 200	5 000	5 400	4 200	4 900	5 100	4 100
Diplommittelschule u. andere	4 700	5 700	4 500	4 700	6 300	4 500	4 700	5 200	4 300
Berufslehre	5 500	6 000	4 900	5 600	6 100	5 000	5 100	5 400	4 400
Vollzeitberufsschule	5 800	6 500	5 400	6 000	7 100	5 500	5 200	5 600	4 700
Maturität	5 800	6 200	5 600	6 200	6 900	6 000	4 900	5 300	4 400
Höhere Berufsausbildung	7 500	8 000	6 600	7 600	8 100	6 700	6 800	7 100	6 200
Universität/Hochschule	8 700	9 800	7 300	9 000	10 000	7 600	7 800	8 700	6 500
Keine Angabe/Weiss nicht	()	()	()	()	()	()	()	()	()
Ausgeübte Berufe (ISCO)									
Führungskräfte	8 400	9 200	6 500	8 400	9 200	6 500	8 900	9 400	6 600
Akademische Berufe	8 000	8 700	7 100	8 100	8 800	7 100	7 700	8 300	6 800
Techniker und gleichrangige Berufe	6 500	7 500	5 900	6 600	7 600	5 900	6 100	6 700	5 700
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	5 400	5 600	5 300	5 500	5 900	5 400	4 900	4 900	4 800
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	4 300	5 500	4 000	4 300	6 000	4 000	4 100	4 600	3 900
Fachkräfte in der Landwirtschaft	4 700	5 200	4 000	4 900	5 700	4 100	4 100	4 600	(3 300)
Handwerks- und verwandte Berufe	5 400	5 600	4 000	5 500	5 600	4 100	5 100	5 400	3 800
Anlagen- und Maschinenbediener	5 400	5 600	4 000	5 700	5 800	4 100	5 000	5 200	3 900
Hilfsarbeitskräfte	4 300	5 200	3 900	4 600	5 500	4 000	4 000	4 700	3 700
Keine Angabe/Weiss nicht	5 400	6 700	4 400	5 900	7 500	5 000	4 500	(4 700)	(4 300)
Dauer der Betriebszugehörigkeit									
Weniger als 1 Monat	4 300	4 300	4 200	4 300	4 300	4 200	4 200	4 200	4 100
1-5 Monate	4 700	5 400	4 300	4 900	5 700	4 300	4 300	4 700	3 800
6-11 Monate	4 900	5 400	4 300	5 000	5 800	4 300	4 600	4 900	4 200
1-2 Jahre	5 400	6 000	5 000	5 500	6 200	5 100	4 900	5 300	4 300
3-4 Jahre	5 600	6 200	5 000	5 800	6 500	5 200	5 100	5 600	4 400
5 Jahre und mehr	6 400	7 000	5 600	6 700	7 300	5 800	5 400	5 700	4 500
Keine Angabe/Weiss nicht	(5 600)	()	()	()	()	()	()	()	()

¹ Aufenthaltler und Niedergelassene.
 (Zahl): Statistisch nur bedingt zuverlässig.
 (): Entfällt, weil statistisch nicht sicher genug.

Quelle: SAKE

P32D Schüler nach Schulstufen und -typen und Staatsangehörigkeit, Schuljahr 2003/2004

	Total	Schweiz	Ausland							
			Total	Deutschland, Österreich, Frankreich	Italien	Spanien	Portugal	Ex-Jugo- slawien	Türkei	Andere Natio- nalitäten
Total	1 483 945	1 151 790	332 155	34 111	46 713	13 047	33 072	94 411	22 250	88 551
Kindergarten	153 780	111 976	41 804	3 187	5 321	1 451	5 218	12 267	2 944	11 416
Obligatorische Schule	813 448	620 981	192 467	12 501	26 572	6 687	21 623	66 811	15 093	43 180
Primarstufe	465 777	359 160	106 617	7 598	14 277	3 451	12 715	36 907	7 668	24 001
Besonderer Lehrplan	50 431	27 376	23 055	505	2 313	588	2 027	9 273	2 467	5 882
Sekundarstufe I	297 240	234 445	62 795	4 398	9 982	2 648	6 881	20 631	4 958	13 297
Erweiterte Ansprüche	171 336	147 477	23 859	2 766	3 921	1 162	2 252	6 281	1 578	5 899
Gundansprüche	80 468	53 412	27 056	682	3 922	880	2 695	11 520	2 529	4 828
Ohne Selektion	45 436	33 556	11 880	950	2 139	606	1 934	2 830	851	2 570
Sekundarstufe II	310 642	257 199	53 443	5 110	9 937	3 055	5 475	13 954	3 428	12 484
Matura und Unterrichtsberufe	69 818	61 083	8 735	1 681	1 342	617	761	940	318	3 076
Andere allgemeinb. Schulen	21 978	16 270	5 708	401	712	327	833	1 088	385	1 962
Berufsausbildung	212 996	176 605	36 391	2 986	7 609	2 037	3 662	10 722	2 495	6 880
Anlehre und Vorlehre	5 850	3 241	2 609	42	274	74	219	1 204	230	566
Tertiärstufe	196 439	160 494	35 945	12 248	4 540	1 662	707	1 356	714	14 718
Höhere Berufsausbildung	43 525	37 648	5 877	1 234	1 108	300	156	413	152	2 514
Fachhochschulen	43 580	36 899	6 681	2 547	931	344	203	251	150	2 255
universitäre Hochschulen	109 334	85 947	23 387	8 467	2 501	1 018	348	692	412	9 949
Nicht aufteilbare Schulen	9 636	1 140	8 496	1 065	343	192	49	23	71	6 753

Quelle: Schulstatistik/SHIS

P33D Todesfälle und Sterbeziffern wichtiger Todesursachen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2002

Todesursachen	Anzahl Todesfälle				Sterbeziffer (pro 100 000 Personen)			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	Schweizer	Ausländer	Schweizer	Ausländer	Schweizer	Ausländer	Schweizer	Ausländer
Total	27 127	2 600	30 391	1 650	711,0	623,0	444,0	378,0
Infektiöse Krankheiten	270	53	276	28	7,6	8,8	4,8	5,9
davon:								
Tuberkulose	9	3	11	1	0,2	0,4	0,2	0,2
AIDS	52	15	23	4	1,7	1,8	0,7	0,5
Krebskrankheiten (bösartige)	7 523	833	6 376	487	202,0	187,0	123,0	108,0
davon:								
Magen	302	50	183	27	8,0	10,6	3,1	5,8
Dickdarm	520	40	531	49	13,7	9,2	8,9	11,3
Lunge	1 706	223	717	57	47,0	45,4	16,0	12,4
Brust	7	2	1 245	95	0,2	0,4	25,9	19,4
Gebärmutterhals	-	-	85	8	-	-	1,7	1,9
Prostata	1 182	84	-	-	28,3	28,0	-	-
Diabetes mellitus	643	54	879	42	16,1	15,1	11,6	10,3
Kreislaufsystem	9 761	667	12 805	505	243,0	186,0	155,0	124,0
davon:								
Herzkrankheiten insgesamt	7 379	521	9 452	377	185,0	143,0	114,0	93,3
Ischämische Herzkrankheiten	4 613	326	4 904	207	116,0	87,8	59,0	51,3
Lungenembolie	126	10	230	10	3,2	2,1	3,2	2,5
Hirngefässkrankheiten	1 612	104	2 517	106	38,8	31,9	30,9	25,8
Atmungsorgane insgesamt	2 005	139	1 827	91	48,3	47,9	23,2	22,5
davon:								
Grippe	23	0	60	0	0,5	0,0	0,6	0,0
Pneumonie	652	58	856	41	15,5	22,1	9,8	10,0
Chronische Bronchitis	985	47	529	27	23,8	16,7	7,6	6,9
Asthma	60	8	84	4	1,4	1,8	1,3	0,9
Alkoholische Leberzirrhose	320	62	127	11	9,7	12,0	3,5	2,5
Harnorgane	232	11	318	10	5,6	4,5	4,0	2,4
Kongenitale Missbildungen	109	27	88	14	4,7	4,2	3,7	2,3
Perinatale Todesursachen	61	30	60	21	3,6	5,0	3,7	3,7
Unfälle und Gewalteinwirkungen	1 939	279	1 323	112	60,0	44,3	25,8	19,7
davon:								
Unfälle insgesamt	966	156	834	52	28,7	25,5	12,9	9,3
Strassenverkehrsunfälle	268	81	100	22	9,2	10,8	2,9	3,0
Selbsttötung	876	104	420	46	28,2	15,9	11,1	8,2

Quelle: Statistik der Todesursachen

P34D Ausländische Bevölkerung in den EU- und EFTA-Staaten, um 2002/2003

Staat	Gesamtbevölkerung (in 1000)	Ausländische Bevölkerung (in 1000)	Ausländeranteil (in %)	Rohe Einbürgerungsziffer (in %)
Schweiz	7 487	1 624	21,7	2,4
Belgien	10 396	860	8,3	...
Dänemark	5 398	271	5,0	2,5
Deutschland	82 532	7 342	8,9	1,9
Griechenland	11 041
Spanien	42 345	3 034	7,2	1,0
Frankreich	59 901
Irland	4 028	224	5,6	...
Italien	57 888	1 549	2,7	0,9
Luxemburg	452	174	38,6	0,4
Niederlande	16 258	702	4,3	3,6
Österreich	8 140	765	9,4	...
Portugal	10 475	251	2,4	0,1
Finnland	5 220	2,9
Schweden	8 976	476	5,3	7,0
Vereinigtes Königreich	59 673	4,5
Tschechische Republik	10 212	1,2
Estland	1 351
Ungarn	10 117	116	1,1	7,4
Lettland	2 319	30	1,3	31,4
Litauen	3 446
Polen	38 191
Slowakei	5 380	11,7
Slowenien	1 996	45	2,3	6,3
Zypern	730
Malta	400
Island	291	10	3,5	4,2
Liechtenstein	34	12	34,4	1,6
Norwegen	4 578	205	4,5	4,0

Quelle: EUROSTAT

P35D Internationale Wanderungen der Ausländer in den EU- und EFTA-Staaten, 2003

Staat	Einwanderung				Auswanderung				
	Total	Davon: Ausländer	Anteil Ausländer aus EU15 (in %)	Einwanderungsziffer der Ausländer (in ‰)	Total	Davon: Ausländer	Anteil Ausländer aus EU15 (in %)	Auswanderungsziffer der Ausländer (in ‰)	Rückwanderungsziffer der Ausländer (in ‰)
Schweiz	119 783	98 812	51,5	66,4	76 756	51 046	61,0	34,3	516,6
Belgien
Dänemark	49 754	27 692	...	104,3	43 466
Deutschland	76 900	601 800	...	82,0
Griechenland
Spanien	672 266	399 700	47,2	...	64 298
Frankreich	...	135 396
Irland
Italien
Luxemburg	...	12 613	76,5	10 540	76,5	...	835,6
Niederlande	104 514	68 885
Österreich
Portugal	...	13 752	29,6	57,6
Finnland	17 838	12 083
Schweden	63 795	35 023
Vereinigtes Königreich
Tschechische Republik	...	30 950	...	172,8	34 226
Estland
Ungarn
Lettland	1 364	2 210
Litauen	4 728	11 032
Polen
Slowakei	6 551	4 777
Slowenien	9 279	8 011	22,9	179,2	5 867	3 980	56,2	89,1	496,8
Zypern	16 779	4 437
Malta
Island	3 704
Liechtenstein
Norwegen	35 957	26 787	71,2	...	24 672	535,5

Quelle: EUROSTAT

P36D Asylgesuche in den EU- und EFTA-Staaten, 1999-2003

Staat	1999		2000		2001		2002		2003	
	Total	Je 100'000 Einwohner ¹								
Schweiz	46 068	643	17 611	244	20 633	284	26 125	357	20 806	278
Belgien	35 778	349	42 691	416	24 507	238	18 798	182	16 940	163
Dänemark	6 530	123	10 347	193	12 512	233	5 946	110	4 390	81
Deutschland	94 776	115	78 564	96	88 287	107	71 127	86	50 563	61
Griechenland	1 528	14	3 083	28	5 499	...	5 664	...	8 178	74
Spanien	8 405	21	7 926	20	9 490	23	6 309	15	5 918	14
Frankreich	30 907	53	38 747	66	47 291	80	51 087	86	51 939	87
Irland	7 724	205	10 938	285	10 324	265	11 634	294	7 901	196
Italien	18 450	32	15 194	26	16 015	...	13 705	24
Luxemburg	2 930	676	627	143	683	154	1 042	232	1 549	343
Niederlande	39 274	248	43 895	275	32 579	202	18 667	115	13 402	82
Österreich	20 129	252	18 284	228	30 127	375	39 354	488	32 359	398
Portugal	307	3	224	2	233	2	244	2	116	1
Finnland	3 106	60	3 170	61	1 651	32	3 443	66	3 220	62
Schweden	11 220	127	16 283	183	23 499	264	33 016	369	31 355	349
Vereinigtes Königreich	71 158	119	80 315	134	71 366	119	85 866	...	60 047	101
Tschechische Republik	7 354	72	8 788	86	18 095	177	8 483	83	11 285	111
Estland	26	2	3	0	12	1	9	1	14	1
Ungarn	11 499	112	7 801	76	9 554	94	6 412	63	2 401	24
Lettland	22	1	5	0	14	1	24	1	5	0
Litauen	143	4	303	9	425	12	367	11	395	11
Polen	4 662	12	4 482	12	5 169	14	6 825	18
Slowakei	1 556	29	8 151	152	9 743	181	10 300	191
Slowenien	744	37	9 244	465	1 511	76	650	33	1 050	53
Zypern	789	114	651	93	1 620	230	950	133	4 393	601
Malta	162	41	157	40	350	...	457	114
Island
Liechtenstein	143	441
Norwegen	10 160	227	10 843	241	14 768	326	17 500	384	16 020	350

¹ Am 31. Dezember.

Quelle: EUROSTAT

Anhang

Tabellenverzeichnis der CD-ROM

Tabellennomenklatur

Die Dateinamen der Tabellen bestehen aus Tabellentyp, Kapitelnummer, Tabellennummer und dem Hinweis auf die Sprachversion und sind nach folgendem Schema aufgebaut:

Tabellen aus der gedruckten Publikation:

P..	1. Position: fix «P»
.xx.	2.-3. Position: fortlaufende Tabellennummer
...x	4. Position: Sprachversion (D=deutsch, F=französisch)

Tabellen auf der CD-ROM:

T.....	1. Position: fix «T»
.xx...	2.-3. Position: Kapitelnummer gemäss nachfolgendem Tabellenverzeichnis
...xx.	4.-5. Position: fortlaufende Tabellennummer innerhalb eines Kapitels
.....x	6. Position: Sprachversion (D=deutsch, F=französisch)

T0 Historische Darstellung

- P01D Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Ausländeranteil, 1900-2004
- P02D Wohnbevölkerung nach Geschlecht und detaillierter Staatsangehörigkeit, 1900-2004
- P03D Ausländische Wohnbevölkerung und im Ausland geborene Personen, 1860-2000
- P04D Asylgesuche und Personen des Asylbereichs, 1995-2004
- P05D Wanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1981-2004
- P06D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Geschlecht und rohe Einbürgerungsziffer, 1975-2004
- P07D Bilanz der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 1998-2004
- P08D Erwerbstätige nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1960-2004
- T0101D Ständige Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1950-2004
- T0102D Wohnbevölkerung nach Geschlecht und detaillierter Staatsangehörigkeit, 1850-2004
- T0103D Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 1964-2004
- T0104D Wanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 1950-2004
- T0105D Einwanderung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 1996-2004
- T0106D Auswanderung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 1996-2004
- T0107D Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Einwanderungsgrund, 1970-2004
- T0108D Natürliche Bevölkerungsbewegung nach Staatsangehörigkeit, 1901-2004
- T0109D Lebendgeburten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1901-2004
- T0110D Todesfälle nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1901-2004
- T0111D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Art des Erwerbs, 1900-2004
- T0112D Bilanz der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 1951-2004

T1 Bevölkerung**T11 Bevölkerungsstand und -struktur**

- P09D Indikatoren der Bevölkerungsstruktur: Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004
- P10D Personen des Asylbereichs nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2000-2004
- P11D Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004
- P12D Ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 2004
- P13D Ständige Wohnbevölkerung nach Wohnkanton und Staatsangehörigkeit, 2004
- P14D Aufenthalter und Niedergelassene nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geburtsort und Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz, 2004
- T1101D Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1995-2004
- T1102D Personen des Asylbereichs nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1995-2004
- T1103D Anerkannte Flüchtlinge nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1990-2004
- T1104D Ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1995-2004
- T1105D Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1995-2004
- T1106D Ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 1995-2004

- T1107D Ausländische Wohnbevölkerung (Männer) nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 1995-2004
- T1108D Ausländische Wohnbevölkerung (Frauen) nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 1995-2004
- T1109D Personen des Asylbereichs nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1995-2004
- T1110D Anerkannte Flüchtlinge nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1990-2004
- T1111D Ständige Wohnbevölkerung nach Zivilstand, Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1981-2004
- T1112D Mit Schweizern verheiratete Ausländer nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1995-2004
- T1113D Indikatoren der Bevölkerungsstruktur: Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 1995-2004
- T1114D Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung und Geschlecht, 1995-2004
- T1115D Ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Anwesenheitsbewilligung, 1995-2004
- T1116D Indikatoren der Bevölkerungsstruktur: Aufenthalter und Niedergelassene nach Geburtsort, 1991-2004
- T1117D Aufenthalter und Niedergelassene nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geburtsort und Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz, 1991-2004
- T1118D In der Schweiz geborene Ausländer nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 1991-2004
- T1119D Im Ausland geborene Ausländer nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Alter, 1991-2004
- T1120D Ständige Wohnbevölkerung nach Wohnkanton und Staatsangehörigkeit, 1995-2004
- T1221D Ständige Wohnbevölkerung in Städten mit 30'000 Einwohnern und mehr nach Staatsangehörigkeit, 1990-2004
- T1122D Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Wohnkanton, 1990-2004

T12 Wanderungen

- P15D Wanderungsmasszahlen der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004
- P16D Ein- und Auswanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2001-2004
- P17D Ein- und Auswanderung der ausländischen Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung, 2003 und 2004
- P18D Neu eingereichte Asylgesuche nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1999-2004
- T1201D Einwanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1202D Auswanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1203D Internationaler Wanderungssaldo der ständigen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1204D Einwanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1991-2004
- T1205D Auswanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1991-2004
- T1206D Internationaler Wanderungssaldo der ständigen Wohnbevölkerung nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1991-2004
- T1207D Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1991-2004

- T1208D Auswanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1991-2004
- T1209D Internationaler Wanderungssaldo der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1991-2004
- T1210D Auswanderung von Aufenthaltserlaubten und Niedergelassenen nach detaillierter Staatsangehörigkeit, Geburtsort und Anwesenheitsdauer in der Schweiz, 1991-2004
- T1211D Grenzgänger nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1996-2004
- T1212D Neu eingereichte Asylgesuche nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1989-2004
- T1213D Asylgewährung und durchschnittliche Anerkennungsquoten nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1996-2004
- T1214D Indikatoren zur illegalen Einwanderung, 1991-2004
- T1215D Binnenwanderung der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1981-2004

T13 Natürliche Bevölkerungsbewegung

- P19D Indikatoren der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 2004
- P20D Lebendgeburten nach detaillierter Staatsangehörigkeit des Kindes, 1999-2004
- P21D Todesfälle nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1999-2004
- P22D Eheschliessende nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 2004
- P23D Scheidungen nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Geschiedenen vor der Heirat, 2004
- T1301D Lebendgeburten nach detaillierter Staatsangehörigkeit des Kindes, 1987-2004
- T1302D Lebendgeburten nach Zivilstand der Mutter und gegenseitiger Staatsangehörigkeit der Eltern, 1970-2004
- T1303D Lebendgeburten nach Zivilstand der Mutter und gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Eltern, 1987-2004
- T1304D Todesfälle nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1988-2004
- T1305D Heiraten nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 1970-2004
- T1306AD Eheschliessende Männer nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 1991-2004
- T1306BD Eheschliessende Frauen nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 1991-2004
- T1307D Scheidungen nach Staatsangehörigkeit der Geschiedenen, 1991-2004
- T1308AD Scheidungen von Männern nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Geschiedenen vor der Heirat, 1991-2004
- T1308BD Scheidungen von Frauen nach gegenseitiger detaillierter Staatsangehörigkeit der Geschiedenen vor der Heirat, 1991-2004

T14 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts

- P24D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer detaillierter Staatsangehörigkeit, 1999-2004
- T1401D Masszahlen zum Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1402D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1403D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Art des Erwerbs, Geschlecht und Alter, 1991-2004
- T1404D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach früherer detaillierter Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Zivilstand und Staatsangehörigkeit des Ehepartners, 1991-2004
- T1405D Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach detaillierter früherer Staatsangehörigkeit, Geburtsort und Anwesenheitsdauer in der Schweiz, 1991-2004
- T1406D Bestand der eingebürgerten Personen nach Geschlecht und Jahr des Bürgerrechtserwerbs, 2000
- T14072 Bestand der eingebürgerten Personen nach Geschlecht und zweiter detaillierter Staatsangehörigkeit, 2000

T15 Bevölkerungsgesamtrechnung

- T1501D Bilanz der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach detaillierter Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T1503D Bilanz der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung nach Wohnkanton, 1991-2004

T2 Arbeitsmarkt und Bildung**T21 Erwerbstätigkeit**

- P25D Erwerbstätige nach Alter, Erwerbsstatus, Beschäftigungsgrad, Wirtschaftssektor, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2004
- P26D Erwerbstätige nach Wirtschaftsabschnitt, Berufsgruppe, beruflicher Stellung, Ausbildungsstufe und Staatsangehörigkeit, 2004
- P27D Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen und tatsächliche Jahresarbeitszeit nach Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitt, Wirtschaftssektor, Erwerbsstatus und Staatsangehörigkeit, 2003
- T2101D Erwerbstätige nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2102D Erwerbstätige nach Erwerbsstatus, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2103D Erwerbstätige nach Beschäftigungsgrad, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2104D Erwerbstätige nach Wirtschaftssektor, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2105D Erwerbstätige nach Staatsangehörigkeit, Anwesenheitsbewilligung und Geschlecht, 1991-2004
- T2106D Erwerbstätigenquote nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2107D Erwerbsquote nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2004
- T2108D Erwerbstätige (Total) nach Wirtschaftsabschnitt, Berufsgruppe, beruflicher Stellung, Ausbildungsstufe, Arbeitsmarktmobilität und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2109D Erwerbstätige (Männer) nach Wirtschaftsabschnitt, Berufsgruppe, beruflicher Stellung, Ausbildungsstufe, Arbeitsmarktmobilität und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2110D Erwerbstätige (Frauen) nach Wirtschaftsabschnitt, Berufsgruppe, beruflicher Stellung, Ausbildungsstufe, Arbeitsmarktmobilität und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2111D Erwerbstätige (Total) nach Arbeitsbedingungen und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2112D Erwerbstätige (Männer) nach Arbeitsbedingungen und Staatsangehörigkeit, 2004

- T2113D Erwerbstätige (Frauen) nach Arbeitsbedingungen und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2114D Erwerbstätige (Total) nach atypischen Arbeitsverhältnissen und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2115D Erwerbstätige (Männer) nach atypischen Arbeitsverhältnissen und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2116D Erwerbstätige (Frauen) nach atypischen Arbeitsverhältnissen und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2117D Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen und tatsächliche Jahresarbeitszeit (Total) nach Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitt, Wirtschaftssektor, Erwerbsstatus und Staatsangehörigkeit, 1991-2003
- T2118D Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen und tatsächliche Jahresarbeitszeit (Männer) nach Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitt, Wirtschaftssektor, Erwerbsstatus und Staatsangehörigkeit, 1991-2003
- T2119D Tatsächliches jährliches Arbeitsvolumen und tatsächliche Jahresarbeitszeit (Frauen) nach Beschäftigungsgrad, Wirtschaftsabschnitt, Wirtschaftssektor, Erwerbsstatus und Staatsangehörigkeit, 1991-2003
- T2120D Komponenten des tatsächlichen jährlichen Arbeitsvolumens und der tatsächlichen Jahresarbeitszeit nach Staatsangehörigkeit, 1991-2003
- T22 Erwerbslosigkeit**
- P28D Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1998-2004
- P29D Arbeitslose nach Alter, Wohnkanton, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2004
- T2201D Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1991-2004
- T2202D Arbeitslose nach Wirtschaftsbranchen, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004
- T2203D Arbeitslose nach Berufsgruppe, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004
- T23 Arbeitsmigration**
- P30D Bilanz der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept und Erwerbslose) nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2003
- T2301D Bilanz der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige gemäss Inlandkonzept und Erwerbslose) nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1991-2003
- T24 Löhne und Haushaltseinkommen**
- P31D Brutto-Erwerbseinkommen (Median) pro Monat (standardisiert) in Franken nach beruflicher Stellung, höchster abgeschlossener Ausbildung, Berufsgruppe, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004
- T2401D Monatlicher Bruttolohn (Quartilbereich) nach Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Anwesenheitsbewilligung, privater und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen, 2002
- T2402D Brutto-Erwerbseinkommen (Median) pro Monat (standardisiert) in Franken nach beruflicher Stellung, höchster abgeschlossener Ausbildung, Berufsgruppe, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 2004
- T25 Bildung**
- P32D Schüler nach Schulstufen und -typen und Staatsangehörigkeit, Schuljahr 2003/2004
- T2501D Lernende in der Berufsbildung (erstes Lehrjahr) nach Berufsgruppe, Lehrdauer und Staatsangehörigkeit, Schuljahr 2003/2004
- T2502D Ständige Wohnbevölkerung (25-64-jährig) nach Bildungsstand und Staatsangehörigkeit, 2004

T3 Armut, Wohnen und Gesundheit

- P33D Todesfälle und Sterbeziffern wichtiger Todesursachen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 2002
- T3101D Ausgewählte gesundheitliche Aspekte nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 1997 und 2002
- T3102D Todesfälle und Sterbeziffern wichtiger Todesursachen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, 1999, 2000 und 2002

T4 Internationaler Vergleich

- P34D Ausländische Bevölkerung in den EU- und ETFA-Staaten um 2002/2003
- P35D Internationale Wanderungen der Ausländer in den EU- und ETFA-Staaten, 2003
- P36D Asylgesuche in den EU- und ETFA-Staaten, 2000-2003
- T4101D Ausländische Bevölkerung in den EU- und ETFA-Staaten, 1985-2003
- T4102D Internationale Wanderungen der Ausländer in den EU- und ETFA-Staaten, 1990-2003
- T4103D Einbürgerungen in den EU- und ETFA-Staaten, 1990-2003
- T4104D Asylgesuche in den EU- und ETFA-Staaten, 1991-2003
- T4105D Erwerbsspersonen in den EU- und ETFA-Staaten, 2004

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>
Individuelle Auskünfte	032 713 60 11 info@bfs.admin.ch
Das BFS im Internet	www.statistik.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	www.news-stat.admin.ch
Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette/CD-Rom)	032 713 60 60 order@bfs.admin.ch
Online-Datenbank	032 713 60 86 www.statweb.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das laufend nachgeführte Publikationsverzeichnis im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch →Aktuell→Publikationen.

Bevölkerung

Eidgenössische Volkszählung 2000, Interne Migration in der Schweiz, Neuchâtel 2005, 80 Seiten, Fr. (exkl. MWST) 20.00, Bestellnummer: 001-0053, ISBN: 3-303-01198-2

Demos. Informationen aus der Demografie 4/2004, Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Moduls «Mobilität und Migration» der SAKE 2003, Neuchâtel 2005, 24 Seiten, Fr. (exkl. MWST) 07.00, Bestellnummer: 238-0404, ISBN: 3-303-01195-5

Demos. Informationen aus der Demografie 1/2005, Zur Verwendung von Einzeldaten aus administrativen Personenregistern zu statistischen Zwecken, Neuchâtel 2005, 39 Seiten, Fr. (exkl. MWST) 07.00, Bestellnummer: 238-0501, ISBN: 3-303-01199-0

Demografisches Porträt der Schweiz 2005, Neuchâtel 2005, 80 Seiten, Fr. (exkl. MWST) 30.00, Bestellnummer: 479-0500, ISBN: 3-303-01208-3



Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz
Bericht 2005
La population étrangère en Suisse
Edition 2005

Bestell-Nr.
 N° de commande
 275-0500-01

© OFS
 BFS 2005



Office fédéral de la statistique
 Bundesamt für Statistik
 Ufficio federale di statistica
 Uffizi federal da statistica
 Swiss Federal Statistical Office

OFS BFS UST

Die Schweiz gehört zu den europäischen Ländern, in denen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am meisten Ausländer wohnen. Im Jahr 2004 stieg die ausländische Wohnbevölkerung auf 1'639'100 Personen. Eine besondere Bedeutung kommt nach wie vor dem Zuwachs der Zahl der Personen aus aussereuropäischen Ländern zu. Ein Fünftel aller ständigen Ausländer ist in der Schweiz geboren und gehört zur zweiten oder sogar dritten Ausländergeneration.

Die Folgen der zunehmenden Multikulturalität der Bevölkerung zeigen sich auch bei der Entwicklung der Eheschliessungen und Geburten. Mehr als zwei Fünftel aller 2004 in der Schweiz Geborenen, deren Eltern verheiratet waren, hatten einen Vater, eine Mutter oder beide Elternteile mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

In der Jahresmitte 2004 waren 1,053 Mio. Ausländer in der Schweiz erwerbstätig. Die ausländischen Arbeitskräfte bekommen die Auswirkungen wirtschaftlich schwieriger Situationen deutlicher zu spüren als ihre Schweizer Kollegen.

Bestellnummer

275-0500

Bestellungen

Tel.: 032 713 60 60

Fax: 032 713 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 39.– (exkl. MWST)

ISBN 3-303-01206-7